

Die Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren  
Eine außenpolitische Strategie in dem Kampf um Weiterexistenz

Dissertation  
Zur Erlangung der Würde des Doktors der Philosophie  
des Fachbereichs Geschichtswissenschaft  
Der Universität Hamburg

Vorgelegt von

Yu, Ning  
aus Liaoning, China

Hamburg, im April 2015

Hauptgutachter: Prof. Dr. Dorothee Wierling

Nebengutachter: Prof. Dr. Bernd Eberstein

Datum der Disputation: 06. Oktober 2015

Mein besonderer Dank gilt

Meiner Frau Song-yan, Xu für die uneingeschränkte Unterstützung, die sie mir gibt.

Meiner Doktormutter Prof. Dr. Dorothee Wierling für die Ermöglichung dieser Arbeit, die Unterstützung zu jeder Tages- und Nacht-Zeit und die positive Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Bernd Eberstein, für sein Mitgefühl und seine Unterstützung.

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	iv
Abkürzungsverzeichnis.....	vi
Abbildungsverzeichnis.....	ix
I      Einführung .....	1
1     Zum Stand der Forschung.....	1
2     Deutsche und chinesische Quellen .....	5
3     Die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China von 1949 bis 1979 .....	9
II     Die Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren .....	27
1     Die Außen- und Chinapolitik der DDR und die entscheidenden Elemente .....	27
1.1    Eine Übersicht der Außenpolitik der DDR und ihre Ziele.....	27
1.2    Das Verhältnis zwischen der Außenpolitik und der Chinapolitik der DDR ....	36
1.3    Die Chinapolitik der DDR, ihre Ziele und Schwerpunkte .....	38
1.4    Die wesentlichen Elemente der Chinapolitik der DDR .....	46
1.4.1    Die Sowjetunion .....	48
1.4.2    Die USA.....	66
1.4.3    Die Bundesrepublik Deutschland .....	70
1.4.4    Die Entwicklung der VR China seit dem Ende der 1970er-Jahre .....	74
1.4.5    Die innenpolitische Situation in der DDR .....	78
1.5    Die Organe und Entscheidungsverfahren der Außenpolitik .....	81
2     Die politische Beziehung zwischen der DDR und der VR China .....	86
2.1    Wiederannäherung und Normalisierung und die erste Phase bis 1986.....	87
2.2    Staatsbesuch von Erich Honecker in der VR China im Jahr 1986.....	169
2.3    Die Entwicklung bis 1989 und das Ende der diplomatischen Beziehungen..	194
2.4    DDR und Taiwan.....	236
3     Die ökonomische Beziehung zwischen der DDR und der VR China.....	238
3.1    Die Entwicklung des Außenhandels seit 1980.....	238
3.2    Abkommen über die langfristige Zusammenarbeit von 1986 bis 1990 .....	247

4	Die kulturelle und wissenschaftliche Beziehung zwischen der DDR und der VR China .....	259
4.1	Aufgabe und Bedeutung des Kultauraustauschs.....	259
4.2	Die Entwicklung des Kultauraustauschs seit 1980 .....	260
5	Zusammenfassung und Fazit .....	271
6	Gedruckte Quellen und Literaturverzeichnis.....	274
7	Ungedruckte Archivquellen.....	288
8	Erklärung.....	291

## Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BArchG	Bundesarchivgesetz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CIA	Central Intelligence Agency (US-amerikanischer Geheimdienst)
CNS	China News Service
ČSSR	Tschechoslowakei (bis 1990)
CWIHP	Cold War International History Project
DAAD	Deutscher Akademischer Austausch Dienst
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-Aktiengesellschaft
Ebd.	Ebenda
FALSG	Foreign Affairs Leading Small Group of the Communist Party of China
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
f.	folgende (Seite)
ff.	folgende (Seiten)
Gbl.	Gesetzblatt
GMD	Chinesische Nationalpartei (Guomindang)
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (1949–1990)
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
Kcal	Kilokalorie

KDVR	Koreanische Volksdemokratische Republik
kg	Kilogramm
KGB	Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti (sowjetischer Geheimdienst)
KIZ	Kultur- und Informationszentrum (der DDR, ausländische Informationseinrichtung der Liga der Völkerfreundschaft der DDR)
KPD	Kommunistischen Partei Deutschlands
KP	Kommunistische Partei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
M	Mark (der DDR)
MEGA	Marx-Engels-Gesamtausgabe
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
Mio.	Million(en)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (westliches Verteidigungsbündnis)
Nr.	Nummer
NVK	Nationaler Volkskongress Chinas
Pkw	Personenkraftwagen
R	Rubel
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RMB	Renminbi (chinesische Währung)
S.	Seite oder Seiten
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDI	Strategic Defense Initiative
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPK	Staatliche Plankommission (der DDR)
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
Stasi	Staatssicherheitsdienst (der DDR)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen)
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
Vgl.	vergleiche
VR	Volksrepublik
ZK	Zentralkomitee
ZMK	Zentrale Militärkommission

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Das Bruttosozialprodukt, das Bruttoinlandsprodukt und der Außenhandelsumsatz der Sowjetunion von 1970 bis 1979 .....	50
Abbildung 2: Das Bruttosozialprodukt, das Bruttoinlandsprodukt und der Außenhandelsumsatz der Sowjetunion von 1980 bis 1989 .....	51
Abbildung 3: Wirtschafts- und Sozialindikatoren I der Sowjetunion und ausgewählter Industriestaaten .....	52
Abbildung 4: Wirtschafts- und Sozialindikatoren II der Sowjetunion und ausgewählter Industriestaaten .....	53
Abbildung 5: Vergleich der statistischen Wirtschaftsdaten in den USA und der UdSSR im Jahr 1987.....	54
Abbildung 6: Importe und Exporte der DDR mit der VR China im Jahr 1983 .....	240
Abbildung 7: Schwerpunkte der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China von 1986 bis 1990.....	242

## I Einführung

### 1 Zum Stand der Forschung

Die wissenschaftliche Forschungsarbeit zur Beziehung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Volksrepublik China (VR China) betrifft ein spezielles Teilgebiet der Forschung zu den deutsch-chinesischen Beziehungen. Die Anfänge der modernen allgemeinen deutsch-chinesischen Beziehungen gehen bis auf das Jahr 1897 zurück und erstrecken sich mit einer Fülle von historischen Ereignissen bis in die Gegenwart. Bei dieser Beziehung handelt es sich um die Begegnung von zwei Ländern mit sehr unterschiedlichen Kulturkreisen, wodurch die grundlegende Forschungsfrage entsteht, warum und wie die beiden derart verschiedenen Länder überhaupt eine Zusammenarbeit suchten. Diese Beziehungen und ihre damit verbundenen Verflechtungen und Entwicklungen haben die Geschichte von beiden Ländern, insbesondere die von China vor 1949, stark beeinflusst. Noch in den 1990er-Jahren wurden in der wissenschaftlichen Betrachtung die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China als ein „*Teilaspekt der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China oder im Rahmen der chinesisch-sowjetischen Beziehung behandelt*“.<sup>1</sup> Sowohl im deutschen als auch im chinesischen Sprachraum liegen nur wenige akademische Studien und Schriften zum Verhältnis der DDR und der VR China vor; in Deutschland gelten die Monographie von Harald Möller, *DDR und VRCH in den 50er Jahren*,<sup>2</sup> und die Studie *Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China 1949–1990, Kulturelle Diversität und politische Positionierung* von Martina Wobst<sup>3</sup> bisher als einzige wissenschaftliche Arbeiten, die sich auf die Beziehung zwischen der DDR und der VR China konzentriert und diese bilaterale Beziehung nachgezeichnet und dargestellt haben. Mechthild Leutner, Werner Meißner und weitere Forscher legten über den Zeitraum von

---

<sup>1</sup> Meißner, Werner, Die DDR und China 1945-1990: Politik - Wirtschaft - Kultur. Eine Quellensammlung, Oldenbourg Akademieverlag (1. Dezember 1995), S. 11.

<sup>2</sup> Vgl. Möller, Harald, DDR und VRCH in den 50er Jahren : (Arbeitspapier), Berlin, Brüsseler Str. 33 (1998/99).

<sup>3</sup> Vgl. Wobst, Martina, Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China 1949-1990. Kulturelle Diversität und politische Positionierung, LIT; Auflage: 1., Aufl. (15. Juni 2004)

1897 bis 1995 ausgewählte Quellensammlungen in sechs Bänden – „*Deutsch-chinesische Beziehungen*“<sup>4</sup> – vor.

Es lassen sich tatsächlich zwei Hauptlinien in den bilateralen Kontakten zwischen der DDR und der VR China feststellen und nachweisen. Die eine Hauptlinie erfüllte den ausschließlichen Zweck der propagandistischen Kommunikation; die andere Hauptlinie konzentrierte sich auf die Verfolgung und Durchsetzung von konkreten Interessen und Bedürfnissen in den unterschiedlichsten (parteipolitischen) Bereichen. Als Adressat der propagandistischen Linie, wie sie sich in den öffentlichen Medien (Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehen und Rundfunk) und in den offiziellen Dokumenten spiegelte, fungierte die Zentrale der kommunistischen Bewegung in ‚Moskau‘, wobei sich die Kommunikation in Gestalt einer stark standardisierten und sich in Wiederholungen erschöpfenden ‚Parteisprache‘ vollzog. Im Gegensatz dazu verfolgte die realistische und an konkreten Fragestellungen interessierte Linie das Ziel, die Stabilität der Herrschaft der kommunistischen Partei, sowohl der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR als auch der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) in der VR China, zu sichern und darüber hinaus die Stellung der DDR in der internationalen Staatengemeinschaft angesichts des Konkurrenzverhältnisses mit der BRD auf politischer Ebene zu erhöhen.

In dieser Arbeit erfolgt die Darstellung, Analyse und Bewertung der Chinapolitik der DDR-Führung in den 1980er-Jahren mit dem Ziel, die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China vor dem Hintergrund der Epoche des Kalten Krieges zu dokumentieren. Der Kalte Krieg umfasste die Blockkonfrontation, Bipolarität und Abschreckungsstrategie als wesentliche Merkmale im Rahmen des globalen Ost-West-Konfliktes. Alle Länder stellten sich aus machtpolitischen, geopolitischen und ideologischen Gründen und Motiven entweder auf die Seite der ‚Supermacht‘ Vereinigte Staaten von Amerika (USA) und ihren jeweiligen Verbündeten und Allianzen oder auf die Seite der ‚Supermacht‘ Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) und den anderen sozialistischen Staaten. Diese Phase des Kalten Krieges kann in der Geschichte der beiden Länder, DDR und VR China, als eine Phase der gegenseitigen Wiederannäherung bezeichnet werden. Die-

---

<sup>4</sup> Vgl. Leutner (1997); Leutner (2006); Martin (2003); Leutner (1998); Leutner (1995); Meißner (1995), Eine Quellensammlung (Quellen Zur Geschichte der Deutsch-Chinesisch Beziehungen), Oldenbourg Akademieverlag

se Wiederannäherung der beiden Nationen wurde vor allem durch drei Ereignisstränge bestimmt: (1) die Konfrontation der ‚Supermächte‘ im Kalten Krieg, die Eskalation der weltpolitischen Lage und das massive Wettrüsten zwischen der UdSSR und den USA; (2) der Verfall und schließlich der Zusammenbruch der UdSSR in den 1980er-Jahren und (3) die besonderen politischen und ökonomischen Motive respektive staatlichen Interessen der beiden Länder. Ende der 1970er-Jahre begann in der internationalen Politik eine neue Ära, die durch die militärische Invasion der UdSSR in Afghanistan, ein Land, das in dieser Zeit primär eine Politik der Annäherung an die osteuropäischen Staaten verfolgte, eingeleitet wurde. Dieser Krieg in Afghanistan stellte eine starke Verletzung der ideologischen sowjetischen Propaganda und der allgemeinen sozialistischen Bewegung dar; die chinesische Führung betrachtete daher die UdSSR als eine Form des *Sozialimperialismus*<sup>5</sup>; diese militärische Intervention isolierte die Führung der Sowjetunion in der internationalen Weltgemeinschaft. Im Gegensatz zu dem Einmarsch der sowjetischen Armee als Antwort auf die reformistischen kommunistischen Bestrebungen des ‚Prager Frühlings‘ unter der Führung von Alexander Dubček in die Tschechoslowakei im August 1968 entwickelte sich diese militärische Intervention in Afghanistan zu einer großen politischen und ökonomischen Belastung für die UdSSR. Diese Invasion im Dezember 1979 in Verbindung mit einem dauerhaften Kriegsgeschehen in Afghanistan, das erst durch den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan im Jahr 1989 ein Ende fand, spielte eine wichtige Rolle im nachfolgenden Zusammenbruch der UdSSR.

Das andere wichtige weltpolitische Ereignis betraf im Rahmen der iranischen ‚Islamischen Revolution‘ die gewaltsame Besetzung der US-amerikanischen Botschaft und die damit verbundene Geiselnahme von US-Diplomaten in Teheran im November 1979. Durch dieses Ereignis wurden die sicherheitspolitischen Interessen der USA im Nahen Osten schwer bedroht und die Lage dort eskalierte.

---

<sup>5</sup> Seit dem Konflikt entlang der Grenze zwischen der Sowjetunion und der VR China im Jahr 1969 bezeichnete die chinesische Führung die UdSSR als ‚Sozialimperialismus‘. Der Begriff wurde erstmals als Schlagwort während des 20. Nationalfeiertags verwendet. Dieser Begriff zielte auf die Aussage ab, dass die Sowjetunion innenpolitisch eine faschistische Politik und außenpolitisch eine Aggressionspolitik betreibe. Seit dieser chinesischen Kritik an der sowjetischen Führung wurde die Beziehung zwischen der Sowjetunion und der VR China abgebrochen. Der Begriff des ‚Sozialimperialismus‘ wird seit der Reform- und Öffnungspolitik der VR China Ende der 1970er-Jahre nicht mehr gebraucht. Vgl. ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报), Leitartikel vom 1. Januar 1970.

Im Februar 1979 marschierten chinesische Truppen nach einem jahrelangen Grenzstreit und insbesondere nach dem Abschluss eines Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und Vietnam, wodurch Vietnam zu einem wichtigen politischen und militärischen Partner der Sowjetunion in Südostasien aufstieg, in den Norden Vietnams, um im Rahmen eines sogenannten ‚Erziehungsfeldzuges‘ oder einer ‚Strafexpedition‘ der Sowjetunion zu demonstrieren, dass ihre Politik gegen die chinesischen Interessen gerichtet sei. Obwohl die Sowjetunion zahlreiche Truppen entlang der Grenzen zu China und der Mongolei mobilisierte, verzichtete die Sowjetunion auf militärische Aktionen auf dem chinesischen Territorium.

Ab Januar 1979 wurde unter der Führung des US-amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter die volle diplomatische Beziehung zwischen der VR China und den USA hergestellt; seitdem entwickelte sich die Beziehung beider Länder – trotz des im April 1979 vom amerikanischen Kongress verabschiedeten Gesetzes, dem ‚Taiwan Relations Act‘, in dem die US-amerikanische Administration zu einer Unterstützung Taiwans verpflichtet worden ist – immer besser. Die chinesische Führung betrachtete dieses Gesetz bis in die Gegenwart hinein als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas.

Eine sehr wichtige Entwicklung in der VR China seit 1978 besteht in der Einführung und Umsetzung der Reform- und Öffnungspolitik (改革开放). Unter dem starken Einfluss der sogenannten ‚Zweiten Führungsgeneration‘ der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), vornehmlich vertreten durch Deng Xiaoping (1904–1997), veränderte sich die chinesische Innen- und Außenpolitik entscheidend. Der Schwerpunkt der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik konzentrierte sich insbesondere auf die Modernisierung und den Ausbau der chinesischen Volkswirtschaft in Verbindung mit einer politischen Öffnung zu den westlichen kapitalistischen Industriestaaten. Die grundsätzlichen ideologisch-politischen Differenzen zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus sollten aufgelöst und durch pragmatische Gesichtspunkte ersetzt werden.

Aufgrund der neuen internationalen Weltlage entwickelte die Führung der DDR seit Ende der 1970er-Jahre eine neue Chinapolitik. Die Inhalte der Chinapolitik der DDR-Führung wird als ein Bestandteil der Außenpolitik der DDR in der vorliegenden Arbeit einer Analyse und Bewertung unterzogen. Die wesentlichen Bausteine dieser ostdeutschen Chinapolitik, insbesondere die ideologischen, nationalen, internationalen, ökonomischen sowie sowjetischen und chinesischen Implikationen, und die historischen Folgen der politischen Entscheidungen werden in der vorliegenden Arbeit mit zahlrei-

chen Dokumenten, akademischen Werken und einzelnen Artikeln aus Deutschland und China analysiert und diskutiert.

Die chinesische Führung versucht, durch ihre internationale Entwicklungshilfepolitik in Afrika und Südamerika politische Unterstützung zu erhalten, wie damals die Politik von der UdSSR und der DDR. Diese Politik und ihre Nachwirkungen wird allerdings in dieser Arbeit nicht thematisiert.

## **2 Deutsche und chinesische Quellen**

Zu den deutschen Hauptquellen zur Chinapolitik der Deutschen Demokratischen Republik und zu den bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern zählen die offiziell veröffentlichten Dokumente aus der Publikationsreihe „*Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik*“. Diese Publikationen erstrecken sich im chronologischen Verlauf auf insgesamt 33 Bände, beginnend mit Band I aus dem Jahr 1954 bis Band XXXIII/2 aus dem Jahr 1988. Alle Bände wurden vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Berlin (von 1954 bis 1963) und vom Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR in Potsdam (von 1964 bis 1988) herausgegeben. Neben diesen zugänglichen Dokumenten und Akten werden weitere wichtige Quellen aus der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) in Berlin herangezogen; dieses Quellenmaterial wird in dieser Arbeit als „*SAPMO-BArch*“ zitiert. In diesen umfangreichen Dokumenten stehen zahlreiche Protokolle der Sitzungen des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der SED aus den Jahren von 1950 bis 1989 über beispielsweise internationale Lageeinschätzungen, getroffene politische Entscheidungen und über die Entwicklung der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China, zudem die Gesprächsprotokolle der DDR-Botschaft in Beijing und ihre jeweiligen Berichte über die politische und wirtschaftliche Entwicklung Chinas und vieles mehr als Forschungsquellen zur Verfügung.

Nach der deutschen Wiedervereinigung durch den Beitritt der DDR an die Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Oktober 1990 wurden alle Dokumente aus dem ehemaligen Zentralen Staatsarchiv, Dienststelle Potsdam, in das Bundesarchiv integriert, in dem die Akten von den ehemaligen Fachministerien, wie Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Ministerium für Außenhandel und Ministerium für Staatssicherheit, liegen.

Aufgrund des Archivgesetzes besteht eine generelle Schutzfrist von 30 Jahren<sup>6</sup> für alle derartigen Akten und Unterlagen, weshalb bisher lediglich formale Beschlüsse, die früher durch das Politbüro der DDR zur Veröffentlichung genehmigt worden sind, zugänglich sind.

Eine wichtige Quelle zur Hintergrundforschung über die Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren stellen die Dokumente des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland dar. Die Dokumente werden als *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (1949–1953 und 1963–1976)*<sup>7</sup> vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amtes seit 1997 herausgegeben. Diese Publikationsreihe wird jährlich durch neue Jahrgänge fortgesetzt. Für die vorliegende Arbeit werden die Bände von 1970 bis 1983 herangezogen und verwendet.

Die von Mechthild Leutner zweimal jährlich herausgegebene Zeitschrift *Berliner China-Hefte* sowie die monographische Reihe *Berliner China-Studien*, ebenfalls von Mechthild Leutner betreut und herausgegeben, sind wichtige wissenschaftliche Bezugsquellen nicht nur für den Fachbereich der Sinologie, sondern auch für die Forschung zu den diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China. Diese Quellen werden ebenfalls als wesentliche Forschungs- und Studienmaterialien in der vorliegenden Arbeit genutzt. Das Buch *Außenpolitik in engen Grenzen: Die DDR im internationalen System* von Hermann Wentker<sup>8</sup> gilt als die erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung der Außenpolitik der DDR, die den gesamten Zeitverlauf von der Gründung bis zum Ende der DDR sowie alle thematischen Aspekte einschließlich der organisatorischen Strukturen umfasst; dieses Werk wurde als wichtige Ergänzung zu der eigenen Forschungsarbeit herangezogen, insbesondere für das Kapitel über die DDR und die VR China in den 1980er-Jahren.

---

<sup>6</sup> Vgl. Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz (BArchG)), 6. Januar 1988, zuletzt geändert durch § 13 Absatz 2 des Gesetzes vom 5. September 2005 (Bundesgesetzblatt, S. 2722): „§ 2a, (4) 1. Die in § 5 Abs. 1 Satz 1 genannte Schutzfrist von 30 Jahren findet auf die Bestände der Stiftung keine Anwendung. 2. Im Übrigen ist die Benutzung der Unterlagen der Stiftung unter Beachtung von § 5 Abs. 1 letzter Satz sowie der Absätze 2, 5 und 6 in dem Erlaß zu regeln.“ Quelle: Bundesministerium der Justiz.

<sup>7</sup> Vgl. Institut für Zeitgeschichte (1994 ff.); Hans-Peter Schwarz (bis Jahrgang 1974), Horst Möller (ab Jahrgang 1975).

<sup>8</sup> Vgl. Wentker, Hermann, Außenpolitik in engen Grenzen: Die DDR im internationalen System 1949–1989. Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Wissenschaftsverlag (1. September 2007).

Neben dem Studium der offiziellen Dokumente wurden ebenso Monographien, Biographien und Erinnerungen von beteiligten Personen ausgewertet wie zum Beispiel das Buch von Wjatscheslaw Kotschemassow<sup>9</sup> mit dem Titel *Meine letzte Mission: Fakten, Erinnerungen, Überlegungen*; Wjatscheslaw Kotschemassow arbeitete von 1983 bis 1990 als sowjetischer Botschafter in der DDR.

In China existieren zu dem Thema der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China bis 1990 lediglich Aufsätze in Zeitungen und Magazinen, wobei die propagandistischen Inhalte überwiegen. Die offiziellen chinesischen Forschungen zu den Beziehungen mit anderen sozialistischen Ländern in Europa und Asien sind bis heute nach wie vor ein vernachlässigtes Gebiet. Der chinesische Staat entwickelte insbesondere nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten in Osteuropa und der Sowjetunion kein Forschungsinteresse mehr und handelte diesen Zeitraum unter dem Motto „Ebbe der internationalen kommunistischen Bewegung“<sup>10</sup> ab.

Nach dem 7. Juli 1990 wurde die Beziehung zwischen der DDR und der VR China wegen der Erklärung der 10. Volkskammer der DDR in der 11. Sitzung<sup>11</sup> und im weiteren Verlauf durch die Vereinigung Deutschlands im Oktober 1990 abgebrochen; seit diesem Zeitpunkt gab es keine Publikation mehr über ein solches Thema in China. Erst im November 2006 wurde ein Sammelband von Aufsätzen unter dem Titel *A Century of China-German Relations*<sup>12</sup> in Beijing veröffentlicht, das bislang als einziges chinesisches Werk zur Beziehung zwischen der VR China und Deutschland vorliegt. Die Autoren beschäftigen sich in diesem 400-seitigen Sammelband über 40 Seiten mit der Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und der DDR von 1949 bis 1990. Dieses Buch gehört außerdem zu einer Reihe von populären akademischen Werken unter dem Titel *A Century History of Chinese Diplomatic Relations*.

---

<sup>9</sup> Vgl. Kotschemassow, Vjaceslav, *Meine letzte Mission, Fakten, Erinnerungen, Überlegungen*, Dietz (1994).

<sup>10</sup> Vgl. 李爱华, 低潮中的奋进: 苏东剧变后的世界社会主义, 社会主义研究, 2003年2月; Li Aihua, Sozialismus nach dem Zusammenbruch von der UdSSR und Osteuropa, *Forschung zum Sozialismus*, Februar, 2003.

<sup>11</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 424-425, Dokument 213; Antrag aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu einer gemeinsamen Erklärung über die Ereignisse vom 3. und 4. Juni 1989 in der Volksrepublik China.

<sup>12</sup> Vgl. 潘琪昌, 百年中德关系, 世界知识出版社, 北京, 2006, Pan Qichang: *A Century of China-German Relations*, World Affairs Press, Beijing, 2006

Als chinesische Quellen stehen vor allem die Akten von dem Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und die Dokumente des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der VR China zur Verfügung. Die Akten des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas sind bis heute nur in Auszügen öffentlich zugänglich, die sich vornehmlich auf einige formale Beschlüsse beziehen. Die Dokumente vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bis 1965 sind erst nach einer offiziellen Mitteilung seit 2006 für die Öffentlichkeit freigegeben.<sup>13</sup> Aus diesem Grund sind die entsprechenden chinesischen Dokumente über die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China in den 1980er-Jahren nicht zugänglich und verfügbar. Als Hauptquellen für die vorliegende Arbeit dienen erstens die veröffentlichten Quellensammlungen des Volksverlages (人民出版社), des Chinesischen Dokumenten-Verlages (中国档案出版社) und des Zentral-Literatur-Verlages (中央文献出版社) über die Geschichte der VR China und der Kommunistischen Partei Chinas; zweitens die zahlreichen Artikel aus den Presseorganen der VR China von 1980 bis 1990 wie die ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报) und weitere Broschüren über die Außenpolitik Chinas sowie die publizierten Erinnerungen von chinesischen Politikern.

Zur Dokumentation und Analyse des bilateralen Handels zwischen der DDR und der VR China in den 1980er-Jahren wurde primär das von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik herausgegebene *Statistische Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik* von Band 1979 bis Band 1990 verwendet. Auf der chinesischen Seite wurde der vom chinesischen Wirtschaftsverlag (中国经济年鉴社) herausgegebene *Almanach der chinesischen Wirtschaft* (中国经济年鉴, Almanac of China's Economy) von Band 1981, der tatsächlich der erste Band dieses Almanachs darstellt, bis Band 1990 herangezogen.

---

<sup>13</sup> Seit dem 12. November 2008 sind die Dokumente vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten von 1956 bis 1965 öffentlich zugänglich, insgesamt 41.097 Akten mit über 366.551 Seiten; Quelle: Nachricht am 9. Mai 2006, 12. November 2008 von der (staatlichen) Nachrichtenagentur Xinhua, Archive vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der VR China. Es gibt auch eine dreißigjährige Schutzfrist gemäß dem Gesetz für alle offiziellen Dokumente in der VR China, außer der Schutzfristregel gelten noch weitere wichtige Kriterien in dem Entscheidungsverfahren, ob und wie die Dokumente öffentlich zugänglich sein sollten. Nach einem Bericht vom China News Service (CNS) am 15. November 2008 wolle das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der VR China „in 3 Jahren die Archive bis 1978 gemäß dem Gesetz freigeben“. Dieser Plan wurde wegen der landesweiten Datensicherheitsprüfung ausgesetzt. Siehe: ‚Wochenende im Süden Chinas, am 15. Juli 2009, Sturm im Geheimhaltungsamt der VR China, 22 wurden bestraft‘ (中国保密局刮罕见风暴 22 人被处理).

Die russischen Quellen über die russisch-chinesischen Beziehungen und zur Innenperspektive der UdSSR wurden in Gestalt der durch Verlage in China herausgegebenen Übersetzungen genutzt; darüber hinaus wurden auch Publikationen und Forschungsergebnisse aus englischsprachigen Ländern als wichtige ergänzende Literaturquellen verwendet.

Die Recherche und Auswertung von englischsprachigen Dokumenten und Quellen, die Auskünfte geben über die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China, der UdSSR und der VR China sowie die politische Entwicklung in der DDR und VR China im Jahr 1989 konzentrierte sich vor allem auf die weltweit größte digitale Dokumentensammlung des Projekts ‚Cold War International History Project‘ (CWIHP) (Wilson Center). Zahlreiche Dokumente der internationalen Politikgeschichte fanden noch keine Berücksichtigung und Resonanz in der Geschichtsforschung in der VR China wie zum Beispiel ‚Interkit, 1966–1987‘ oder ‚Sino-Soviet Split, 1960–1984‘.

### **3 Die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China von 1949 bis 1979**

Am 25. Oktober 1949 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China durch einen Telegrammaustausch der jeweiligen Außenminister Georg Dertinger und Zhou Enlai herbeigeführt, unmittelbar nach den Gründung der DDR und der VR China.<sup>14</sup> Zhou Enlai war nicht nur der Außenminister, sondern auch der Premierminister der Volksrepublik China sowie der Stellvertretende Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas. Die Außenpolitik der chinesischen Regierung, nicht nur mit der DDR, sondern auch mit anderen Ländern, stand bis zu seinem Tod im Januar 1976 immer unter der Führung und Leitung von Zhou Enlai. Die auswärtigen Angelegenheiten der chinesischen Regierung wurden am Anfang von Zhou Enlai geführt und durch sein Engagement und seine Leistungen tief geprägt.

Obwohl die diplomatische Anerkennung der DDR durch die VR China eine große Bedeutung hatte, gestaltete sich die Beziehung zwischen den beiden Staaten von 1949 bis 1953 ohne einen intensiveren Austausch. Die Beziehung der beiden Länder nahm am Anfang lediglich eine allgemeine idealistische und solidarische Stellung als ‚sozialistische Bruderstaaten‘ ein. „*Die Festigung der deutsch-chinesischen Freundschaft ist ein schwerer Schlag für den amerikanischen Imperialismus in seinem Bestreben, Deutsch-*

---

<sup>14</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 68-69.

*land zu spalten und das deutsche Volk zu versklaven und einen neuen Weltkrieg zu inszenieren.“<sup>15</sup>* Mit Unterstützung der UdSSR versuchte die noch junge DDR, ein neues politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System aufzubauen und die Herrschaft der SED auf allen Ebenen zu stabilisieren. Der von der SED propagierte ‚Aufbau des Sozialismus‘ und die durchgeführte Sowjetisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der DDR fand unter anderem aufgrund der Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zunehmend Widerstand bei der ‚werkältigen‘ Bevölkerung. Im Juni 1953 brach in Ost-Berlin als Folge einer ‚Ernährungskrise‘ ein Volksaufstand aus, der erst durch den Einsatz der sowjetischen Armee niedergeschlagen werden konnte.

Nach der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 durch Mao Zedong befand sich die chinesische Regierung in der letzten Phase des Bürgerkrieges zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Chinesischen Nationalpartei (Guomindang; GMD), die sich schließlich auf die Insel Taiwan zurückziehen musste. Gleichzeitig wurde mit dem Wiederaufbau der Infrastruktur der Wirtschaft und der Landwirtschaft auf dem chinesischen Festland erfolgreich begonnen (工商业改造和土地革命). Der kommunistische Staat unter Mao Zedong formte die Staatsorgane und die Industrialisierung nach dem Vorbild der Sowjetunion.

Am 25. Juni 1950 überquerten nordkoreanische Truppen die Grenze nach Südkorea und nahmen bereits drei Tage später die südkoreanische Hauptstadt Seoul ein. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) verabschiedete nach dieser militärischen Invasion die ‚Resolution 85‘, wonach UN-Truppen unter der militärischen Führung der US-Amerikaner mit der Aufgabe ermächtigt wurden, die Invasion auf das Gebiet Südkoreas zurückzudrängen. Nach der UN-Offensive unterstützte die VR China Nordkorea, weil sie den Einsatz der UN-Truppen als Angriff auf Nordchina interpretierte. Im Rahmen einer Gegenoffensive im Frühjahr 1951 waren etwa 400.000 chinesische, 100.000 nordkoreanische und 200.000 UN-Soldaten beteiligt. Der Koreakrieg wurde am 27. Juli 1953 durch ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Vereinten Nationen (UNO) und Nordkorea beendet.

Als eine Folge des Koreakrieges wurde die VR China von den USA völkerrechtlich nicht anerkannt; die Versuche, mit den USA eine diplomatische Beziehung zu etablieren,

---

<sup>15</sup> Meißner (1995), S. 70 (Anmerkung 1).

ren, wurden abgebrochen. Erst im Jahr 1979 – 26 Jahre nach dem Ende des Koreakrieges – wurde die diplomatische Beziehung zwischen der VR China und den USA wieder aufgenommen und hergestellt.

Eine weitere Folge des Koreakrieges ist die sogenannte Taiwan-Frage; die Vereinigung Chinas (Festland) mit Taiwan (Insel) wurde wegen des Krieges unerwartet abgebrochen; bis heute stellt die Taiwan-Frage eine wichtige Kernangelegenheit in der VR China dar. Die chinesische Regierung entwickelte vor dem Hintergrund dieses Konfliktes mit der Insel Taiwan ein wichtiges Prinzip ihrer Außenpolitik: die ‚Ein-China-Politik‘. Das Prinzip bedeutet, dass es auf der Welt nur ein einziges China, nämlich die VR China, gibt und die Provinz Taiwan gilt als ein untrennbarer Teil der VR China. Alle Staaten, die diplomatische Beziehungen zur VR China aufnehmen wollen, müssen dieses Prinzip und die Regierung der VR China als die einzige legitime Regierung Chinas anerkennen, ihre Beziehungen zu den Behörden in Taiwan müssen daher abgebrochen werden.<sup>16</sup> Die Anerkennung der ‚Ein-China-Politik‘ erhielt China sowohl von der DDR-Regierung als auch von den anderen sozialistischen Ländern.

Da die Führungen der DDR und der VR China vor 1953 mit eigenen Schwierigkeiten und Problemen beschäftigt waren, waren sie miteinander kaum in Kontakt gekommen. Beide Länder drückten trotz dieses kontaktarmen Verhältnisses ihre gegenseitige Solidarität und Unterstützung in Form von ideologisch und propagandistisch geprägten Artikeln in Zeitungen und durch den Austausch von Briefen zwischen den Führungspersonen der beiden kommunistisch-sozialistischen Parteien.<sup>17</sup>

Aufgrund der großen geografischen Entfernung zwischen der DDR und China gestalteten sich die politischen Kontakte und ebenso der Warenaustausch schwierig. Enge persönliche Beziehungen zwischen Funktionären und Vertretern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Kommunistischen Partei Chinas bestanden durch die Aufenthalte von Zhou Enlai, Zhu De und Deng Xiaoping in den 1920er-Jahren in

---

<sup>16</sup> Nach dem ‚Consensus of 1992‘ (九二共识) wird die ‚Ein-China-Politik‘ so erklärt, dass es nur ein China gäbe und sowohl das Festland-China als auch die Insel Taiwan ein Teil davon seien; siehe White Paper – The Taiwan Question and Reunification of China (1993) (台湾问题与中国的统一); White Paper – The One-China Principle and the Taiwan Issue (2000) (一个中国的原则与台湾问题), State Council Information Office of the People’s Republic of China (2000); Anti-Secession Law (adopted at the Third Session of the Tenth National People’s Congress on March 14) (2005).

<sup>17</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 69-71 (Anmerkung 1), Dokument 3; Über die Entstehung des neuen Deutschland; Huang Caoliang (1949), in: Xinhua Yuebao (新华月报), S. 380-381; Meißner (1995), Dokument 4; Entwurf zum Aufruf der Nationalen Front, SAPMO-BArch, ZPA IV 2/20/116.

Berlin und anderen Städten Deutschlands mit deutschen Kommunisten wie Otto Braun (李德), Arthur Ewert, Richard Sorge, Manfred Stern und Ruth Werner (Ursula Kuczyski), die in den 1930er-Jahren die KP Chinas entweder als ‚Kundschafter‘ oder als ‚Militärberater‘ unterstützt hatten.<sup>18</sup> Die offizielle Beziehung zwischen der DDR und der VR China seit 1949 kann auch als Fortsetzung der Kooperation in der Vergangenheit zwischen der KPD und der KP Chinas verstanden werden.

Im September 1953 wurden die diplomatischen Missionen der DDR und der VR China in Botschaften umgewandelt.<sup>19</sup> Die diplomatischen Beziehungen entwickelten sich schnell und intensiv; 1954 besuchte Zhou Enlai die DDR und Otto Grotewohl war 1955 in Beijing. Am 25. Dezember 1955 wurde der *Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China* in Beijing abgeschlossen und von den beiden Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und Zhou Enlai unterzeichnet. Dieser Vertrag bildete eine wichtige und umfassende Grundlage für die weiteren Verträge über die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen in den 1950er-Jahren und die Verlängerung solcher Verträge in den 1980er-Jahren, die Taiwan-Frage und die Stellungnahme der DDR-Regierung zu der Anerkennung der VR China als Mitglied in der Vollversammlung und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.<sup>20</sup> Der 1955 geschlossene Vertrag sollte gemäß Artikel 7 bis zur Wiedervereinigung Deutschlands 1990 und damit bis zum Erlöschen des Staates DDR auch als Subjekt des Völkerrechts Gültigkeit besitzen.

Die UdSSR hatte die beiden Länder, DDR und China, seit Langem massiv unterstützt, um zum einen in der DDR das neue politische und wirtschaftliche System ‚im Herzen Europas‘ aufzubauen und zum anderen in China den Sieg der KPCh über die Nationalisten der Guomindang im Bürgerkrieg sicherzustellen, beim Verlauf und Ausgang des Koreakrieges militärische Hilfe zu leisten und den wirtschaftlichen Aufbau Chinas zu unterstützen. Die UdSSR beziehungsweise Moskau spielten deswegen eine sehr bedeutende Rolle in der Beziehung zwischen der DDR und der VR China. Der Führungsan-

---

<sup>18</sup> Vgl. Möller (1999); Kampen (1997), in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, S. 88-104; Felber/Hübner (1988), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, S. 148-172.

<sup>19</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 72-73 (Anmerkung 1).

<sup>20</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 82-83 (Anmerkung 1), Dokument 15; Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China 1955.

spruch der Sowjetunion unter Stalin wurde von den anderen sozialistischen Ländern anerkannt.

Während des XX. Parteitages der Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) in Moskau im Februar 1956 hatte Nikita Chruschtschow, der Erste Sekretär der Partei, die Gelegenheit genutzt, den Personenkult des im März 1953 verstorbenen Stalin anzuklagen und die Verbrechen des Stalinismus zu verurteilen; er forderte eine Neuausrichtung der sowjetischen Wirtschaftspolitik, die unter dem Begriff der ‚Entstalinisierung‘ in die Geschichte einging. Dieses Ereignis führte nicht nur zu einer Reihe von neuen politischen Entwicklungen in Osteuropa, sondern auch zum Bruch zwischen der VR China und der UdSSR, der bis Ende der 1970er-Jahre anhielt. Die Führung der DDR hatte Sympathien für Stalin und wollte die massive Kritik Chruschtschows gegen Stalin nicht unterstützen. Auch in China sprach sich die KPCh gegen ‚Reformen‘ aus und ging vielmehr davon aus, dass Chruschtschow und die KPdSU die internationalen kommunistischen Bewegungen in der Welt schwer beschädigten. Chruschtschow und die neue Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion mit den westlichen kapitalistischen Staaten und insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika wurde von der KPCh als ‚Revisionismus‘ bezeichnet und verursachte heftige Debatten zwischen Beijing und Moskau. Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 stellt deswegen ein Meilenstein nicht nur in der internationalen kommunistischen Bewegung, sondern auch in der Geschichte der Beziehung zwischen der VR China und der UdSSR und der Beziehung zwischen der DDR und der VR China dar. SED und KPCh vertraten dieselbe Position gegen die Politik der ‚Entstalinisierung‘ und gegen Chruschtschows ‚Aufweichung‘; beide Parteien verstanden die neue internationale Lage als eine massive Herausforderung der kommunistischen Bewegung und arbeiteten daher bis 1960 noch enger zusammen.

Sechs Monate nach dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau besuchte Walter Ulbricht und eine ZK-Delegation der SED am 8. September 1956 Beijing. Er sprach mit Mao Zedong ausführlich und umfassend über innenpolitische und internationale Fragen; in den folgenden drei Jahren gestaltete sich die Beziehung zwischen der DDR und der VR China immer enger, zumal die beiden Parteien in mehreren wichtigen ideologischen und innenpolitischen Fragen übereinstimmten: vor allem in ihrer ablehnenden Position gegenüber dem Projekt der ‚Entstalinisierung‘ unter Chruschtschow, in der Zustimmung der SED zur ‚Hundert-Blumen-Bewegung‘ und später zur ‚Anti-Rechtsabweichler-

Kampagne‘ sowie in der Unterstützung der ‚Volkskommunen‘ in China. Seit 1956 versuchte die VR China, ein eigenständiges kommunistisches Gesellschaftsmodell unabhängig von der UdSSR aufzubauen. Die Solidarität der DDR-Führung mit der Politik der Kommunistischen Partei Chinas erstreckte sich bis zu dem grausamen Ereignis am 4. Juni 1989 auf dem ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ in Beijing.<sup>21</sup>

In den 1950er-Jahren entwickelte sich die diplomatische Beziehung zwischen der DDR und der VR China gut; die Beziehungen unter allen sozialistischen Ländern gestalteten sich freundlich und solidarisch; es gab damals kaum ideologische und diplomatische Auseinandersetzungen unter den sozialistischen Ländern, besonders mit der UdSSR. Diese positive Atmosphäre stand allerdings in starker Abhängigkeit von den jeweiligen Interessen der UdSSR. Wenn beispielsweise der Fall eintrat, dass irgendein sozialistisches Land Meinungsverschiedenheiten oder ideologische Auseinandersetzungen mit der Führung der UdSSR hatte, eröffnete sich die Gefahr, dass dieses Land die bisherigen guten außenpolitischen Beziehungen mit den anderen sozialistischen Ländern verliert. Die historische Entwicklung der Beziehung zwischen der DDR und der VR China in den folgenden Jahren bestätigt diese Einschätzung. Weil die DDR die politische und wirtschaftliche Unterstützung der UdSSR dringend brauchte, orientierte sich ihre Außenpolitik beziehungsweise ihre Chinapolitik eng an den Vorgaben und Interessen aus Moskau.

Als sich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen ab 1959 allmählich verschlechterten und ihren Höhepunkt schließlich in den blutigen Zwischenfällen im Umkreis des Grenzflusses Ussuri an der sowjetisch-chinesischen Grenze von März bis September 1969 erreichte, nahm diese sowjetisch-chinesische Entwicklung einen direkten Einfluss auf die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China. Während dieser Krisensituation bereiteten sich die Sowjetunion und die VR China auf einen größeren Krieg selbst mit der Androhung, Atomwaffen einzusetzen, vor; aufgrund der wachsenden Spannungen zwischen der UdSSR und der VR China hatte die chinesische Führung sogar Vorbereitungen dafür getroffen, die Hauptstadt Beijing nach Wuhan zu verlagern, wenn die Rote Armee tatsächlich Nordchina angegriffen hätte. Diese Konfliktsituation im Kalten Krieg zwischen der UdSSR und der VR China führte dazu, dass sich die diplomatischen Be-

---

<sup>21</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 397-398 (Anmerkung 1), Dokument 190; 9. Tagung der Volkskammer der DDR am 8. Juni 1989.

ziehungen zwischen der DDR und der VR China stark verschlechterten und beinahe zu einem vollständigen Abbruch der Beziehungen geführt hätte.

Seit 1959 begannen die Debatten, Meinungsverschiedenheiten und ideologischen Konflikte zwischen Beijing und Moskau um die indisch-chinesischen Grenzkonflikte, die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, die Beziehung zu den westlichen Ländern generell und insbesondere die Beziehung zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Die UdSSR hatte im Juli 1960 alle Verträge mit China für den Auf- und Ausbau der chinesischen Industrie einseitig rückgängig gemacht und alle sowjetischen Fachleute, die sich in China aufhielten, zurückgerufen; diese Entscheidung hatte die wirtschaftliche Entwicklung in China schwer beschädigt, weil zahlreiche Auf- und Ausbauprojekte nunmehr unvollendet blieben und nicht abgeschlossen werden konnten.

Im Jahr 1963, nachdem das Politbüro der KPdSU einen offenen Brief gegen China herausgegeben hatte, eskalierten die sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Vom 6. September 1963 bis zur Absetzung Chruschtschows am 14. Oktober 1964 hatte die Kommunistische Partei Chinas eine Reihe von Kommentaren<sup>22</sup> veröffentlicht, um ihre Position darzustellen, und kritisierte darin heftig die sowjetische Politik der ‚Entstalinisierung‘ und die Entwicklung Jugoslawiens unter Tito als Führer der Bewegung der blockfreien Staaten. Seitdem sich eine Reihe von militärischen Konflikten an der Grenze zwischen der UdSSR und der VR China in Fernost, Ussuri und Xinjiang,<sup>23</sup> ereignete, wurde in der Folge die Kooperation zwischen den beiden Ländern eingestellt. Die Führung der UdSSR hatte außerdem zahlreiche Truppen – bis zu einer Million Soldaten – und Raketen – etwa ein Drittel des Arsenals der UdSSR – gegen China entlang den Grenzen zwischen der Sowjetunion und China und der Mongolei und China mobili-

---

<sup>22</sup> Neun Kommentare zur Kommunistischen Partei Chinas in der ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报) und der ‚Roten Fahne‘ (Hong Qi, 红旗) vom 6. September 1963 bis 14. Juli 1964.

<sup>23</sup> Der größte Konflikt an der sowjetisch-chinesischen Grenze am Fluss Ussuri und auf der Insel Zhenbao Dao ereignete sich im Jahr 1969; zahlreiche sowjetische und chinesische Soldaten starben oder wurden verletzt. Gemäß dem Abkommen zwischen der sowjetischen und chinesischen Regierung aus dem Jahr 1991 (‘Sino-Russian Border Agreement’) und dem Jahr 2005 (‘The Supplement to Sino-Russian East Border Agreement’) gehört die Insel zu China. Im Sommer 1960 ereigneten sich bereits einige Konflikte an der Grenze zwischen Westchina, Xin Jiang und der Sowjetunion. Sowjetische Soldaten brachen dort über die Grenze ein, schlugen chinesische Bauern und vertrieben sie mit Gewalt. Dieses Ereignis war der erste Konflikt zwischen der UdSSR und der VR China; es war ein wichtiges Signal für eine Wende in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen; siehe auch Ma Xusheng (2001).

siert und eingesetzt.<sup>24</sup> Diese Situation markierte eine Wende in der Beziehung zwischen der DDR und der VR China. Bereits auf dem VI. Parteitag der SED im Jahr 1963 wurden die Auseinandersetzungen der beiden Parteien, SED und KPCh, offenbar und in den folgenden Jahren kritisierten sich beide Parteien gegenseitig heftig. Die Konfrontation verursachte schließlich eine Reihe von unfreundlichen und gewalttätigen Ereignissen in Berlin im Jahr 1967.<sup>25</sup>

Obwohl Walter Ulbricht nicht die Zielsetzung verfolgte, die Beziehung mit der VR China vollständig abzubrechen,<sup>26</sup> befand sich die DDR-Führung in einer schwierigen Lage, insofern die DDR weiterhin die Unterstützung und den militärischen Schutz von der UdSSR benötigte; außerdem verfügte die UdSSR auf dem Territorium der DDR über ein Kontingent von sowjetischen Streitkräften.<sup>27</sup> Die DDR befand sich strategisch und geografisch an der Front des Kalten Krieges, wodurch sich die Außenpolitik der DDR-Führung auf dem Spannungsfeld zwischen den Interessen der UdSSR und den eigenen Interessen als unabhängiger und von der Weltgemeinschaft anerkannter Staat bewegte.

Die chinesische Regierung wollte die Beziehungen mit der DDR trotz der bestehenden Spannungen zwischen der VR China und der UdSSR weiter fortsetzen und verbessern. Dieses Interesse nach Kooperation und Zusammenarbeit drückte sich unter anderem in

---

<sup>24</sup> Vgl. Deng Xiaoping (1995), S. 291-295; Gespräch des Vorsitzenden der Militärikommission beim ZK der KPCh, Deng Xiaoping, mit dem Generalsekretär der ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, am 16. Mai 1989.

<sup>25</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 133 (Anmerkung 1), Dokument 38; Erinnerungen des Genossen Wu Xiuquan; Geschichte der KPCh (1983), S. 186-187; Meißner (1995), S. 166, Dokument 54; China protestiert gegen die Anweisung der DDR-Behörden, Ausstellungskästen der Chinesischen Botschaft in Karlshorst zu entfernen; Xinhua News Agency, 18. Februar 1967, S. 168; Meißner (1995), Dokument 56; Zusammenfassender Bericht über den Unfall des chinesischen Botschaftswagen am 27. Juni 1967 und die darauf folgenden Ereignisse und Maßnahmen, SAMP-BArch, ZPA NL 182/1222, S. 169; Meißner (1995), Dokument 57; Information über die Vorgänge an der chinesischen Botschaft in Berlin-Karlshorst am 28. Juni 1967, SAPMO-BArch, ZPA NL 182/1222.

<sup>26</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 135 (Anmerkung 1), Dokument 39; Schlußwort des Genossen Walter Ulbricht zur Diskussion über die schriftlich vorgelegten Berichte, über das Programm und über das Referat ‚Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei in Deutschland‘, Meißner (1995), S. 135-137, Dokument 40; Schreiben des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, an den Vorsitzenden der KP Chinas, Mao Zedong, zum Auftreten der chinesischen Parteitagsdelegation auf dem VI. Parteitag der SED.

<sup>27</sup> Die GSSD (Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland) waren Gliederungen der Land- und Luftstreitkräfte der sowjetischen Armee, die von 1945 bis 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland (SBZ) und von 1949 bis 1994 in der DDR und BRD (nach der Wiedervereinigung Deutschlands von 1990 bis 1994) stationiert waren, gemäß der drei Abkommen: ‚Potsdamer Abkommen‘ (1945), ‚Abkommen über den zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR‘ (1957) und ‚Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Der Zwei-plus-Vier-Vertrag)‘ (1990).

der chinesischen Unterstützung des sogenannten Viermächte-Status und der Teilung der Stadt Berlin in Sektoren aus.<sup>28</sup> Auf der chinesischen Seite bestand das Interesse, in der Taiwan-Frage die Unterstützung der internationalen Weltgemeinschaft, einschließlich der DDR, zu erhalten.

1966 begann die Kulturrevolution in China, die größte politische Bewegung Chinas seit ihrer Staatsgründung im Jahr 1949. Über die Gründe, Motive und Zielsetzungen der chinesischen Kulturrevolution bestehen bis heute zahlreiche kontroverse Positionen.<sup>29</sup> Während der Kulturrevolution von 1966 bis 1976 wurden die diplomatischen Kontakte Chinas mit fast allen anderen Staaten der Welt abgebrochen. 1967 kehrten der chinesische Botschafter Zhang Haifeng in der DDR und seine Kollegen in anderen Ländern nach Beijing zurück. Sie befolgten den Befehl aus Beijing, aktiv an der Kulturrevolution innerhalb Chinas teilzunehmen. Von 1967 bis 1969 entsandte Beijing keinen Nachfolger für Zhang Haifeng in die Hauptstadt der DDR. Im Gegenzug hatten der Botschafter und seine Kollegen aus der DDR in Beijing ebenfalls kaum Kontakte mit den Funktionären und Leitern in der chinesischen Regierung.<sup>30</sup> Wegen des Kalten Krieges hatte China kaum Kontakt mit westlichen Staaten und wurde damals lediglich von einigen Staaten wie Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden anerkannt.<sup>31</sup> Die diplomatischen Beziehungen mit den sozialistischen Ländern wegen der Spannungen zwischen der VR China und der UdSSR hatten sich in diesen Jahren weiter verschlimmert.

---

<sup>28</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 196-198, Dokument 74; Information zur Berichterstattung der chinesischen Presse über Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrages und die Lösung des Westberlinproblems, SAPMO-BArch, ZPA IV 2/20/115; Meißner (1995), Dokument 75, Information zur Berichterstattung der chinesischen Presse über Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrages und die Lösung des Westberlinproblems in der Zeit vom 6. bis 18. Juli 1961, SAPMO-BArch, ZPA IV 2/20/115; Meißner (1995), Dokument 76; Schreiben von Günter Kohrt, Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen, an das Politbüromitglied Hermann Matern vom 29. Juli 1961 zu einem geplanten Artikel in der ‚Renmin Ribao‘, SAPMO-BArch IV 2/20/115; Meißner (1995), Dokument 110; Die Differenzierungspolitik der chinesischen Führung – Ausdruck ihrer Spaltaktivität gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft, SAPMO-BArch, ZPA IV B 2/20/582.

<sup>29</sup> Vgl. Strauss (2007); Liu Guokai (1987); Barnouin (1993); Barnouin/Yu Changgen (1997); Chen Jack (1976); Jiaqi Yan/Gao Gao (1996); Lee Hong Yong (1978); Ma Jisen (2004); Joseph/Wong/Zweig (1991); Yan Jiaqi (1990).

<sup>30</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 124.

<sup>31</sup> Die volle diplomatische Beziehung zwischen der VR China und Großbritannien wurde erst 1972 hergestellt; es existierte 18 Jahre lang lediglich eine Vertretung von ‚charge d'affaires‘ in der VR China von 1954 bis 1972. Derartige Vertretungen bestanden ebenso mit anderen westlichen Industriestaaten wie zum Beispiel den Niederlanden. Diese Phase wurde von Beijing als „*halbe diplomatische Beziehung*“ bezeichnet; vgl. World Affairs (Shi Jie Zhi Shi, 世界知识) (Januar 2005).

Seit der Gründung der VR China im Jahr 1949 verfolgte und formulierte die chinesische Regierung eine vollständig neue Außenpolitik. Im „*Gemeinsamen Programm der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volks*“, das in den ersten Jahren der VR China als provisorische Verfassung diente, wurden die wesentlichen Prinzipien der chinesischen Außenpolitik angeführt: „*Die Prinzipien der Außenpolitik der Volksrepublik China sind die Gewährleistung der nationalen Unabhängigkeit, der Freiheit sowie der territorialen Integrität und der Souveränität, die Unterstützung für dauerhaften Frieden auf der Welt und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt sowie das Auftreten gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus.*“<sup>32</sup> Solche politischen Prinzipien waren vor dem Hintergrund des Kalten Krieges schwierig durchzusetzen. Die VR China wurde zuerst von der Sowjetunion und danach von den anderen sozialistischen Staaten einschließlich der DDR anerkannt. Die vollen diplomatischen Beziehungen mit den Ländern wurden schnell hergestellt. Die USA hatte inzwischen das Angebot Chinas, die diplomatischen Beziehungen mit den USA aufzunehmen, abgelehnt. Neben dem ideologischen Argument, dass nämlich die VR China ein kommunistischer Staat sei, bestand ein wichtiger Grund für die US-amerikanische Ablehnung der chinesischen Kooperationsofferte in der Erfahrung des Koreakriegs von 1951 bis 1953. Nach dem militärischen Konflikt zwischen der VR China und den USA war die Aufnahme von „normalen“ diplomatischen Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten unmöglich. Die VR China formulierte angesichts dieser Situation eine neue Außenpolitik, die als eine „*Eine-Seite-Politik*“ bezeichnet wurde. Diese „*Eine-Seite-Politik*“ bedeutete, dass sich die chinesische Regierung nur noch um die diplomatischen Beziehungen und Kontakte mit sozialistischen Ländern kümmern sollte. Entsprechend dieser Politik verfügte die VR China über wenige Kontakte mit westlichen Industrieländern mit der Folge, dass China über die neuen internationalen Entwicklungen in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft nur geringe Kenntnisse besaß. Diese negativen Erfahrungen stellen einen sehr wichtigen Grund für die Entscheidung der chinesischen Regierung seit dem Ende der 1970er-Jahre dar, die Reform- und Öffnungspolitik zur Modernisierung der chinesischen Wirtschaft zu entwickeln.

Eine andere damalige Herausforderung der Außenpolitik Chinas bestand in einer Reihe von politischen und militärischen Konflikten mit der UdSSR, besonders die militäri-

---

<sup>32</sup> Zhou Yihuang/Xiao Jun (Übersetzung) (2004), S. 5-6.

schen Konflikte im Jahr 1969, in dessen Verlauf die Sowjetunion zahlreiche Truppenverbände entlang den sowjetisch-chinesischen und mongolisch-chinesischen Grenzen eingesetzt und stationiert hatte. Dieser sowjetische militärische Aktionismus stellte eine große Bedrohung Nordchinas dar. Die Beziehungen der VR China mit den anderen sozialistischen Ländern, auch mit der DDR, entwickelten sich angesichts dieser Ereignisse immer schlechter. Seit Anfang der 1970er-Jahre wurde die Politik der Sowjetunion in der chinesischen Propaganda als ‚Sozialimperialismus‘ bezeichnet.<sup>33</sup> Dieses Schlagwort war ein wichtiges Signal, das seitdem sowohl die Sowjetunion als auch die USA betraf und umfasste. Der Kalte Krieg wurde als strategischer Kampf zwischen der Sowjetunion und den USA um die Vorherrschaft als einzige ‚Supermacht‘ in der Welt interpretiert, sodass die beiden Länder als eine große Bedrohung für den Weltfrieden eingestuft wurden. Die Beziehungen zwischen der VR China und der UdSSR entwickelten sich vor diesem Hintergrund ‚eiskalt‘; zwischen den Führungen beider Länder bestand bis 1978 kaum Kontakt; offizielle Kontakte fanden lediglich im Rahmen von Bestattungszерemonien anlässlich von verstorbenen Staatschefs sowohl in der UdSSR als auch in der VR China statt. Diese Phase wurde als ‚Beerdigungsdiplomatie‘ bezeichnet.

Auf der Seite der Sowjetunion wurde die vielfältige politische und wirtschaftliche Unterstützung Chinas in der Vergangenheit als Ausdruck der konstruktiven Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den anderen sozialistischen respektive kommunistischen Ländern vor allem in Osteuropa unter ihrer Führung und Kontrolle verstanden. Nach der Erklärung von Beijing, dass das Ziel der neuen chinesischen Außenpolitik in der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Landes bestand, konnten die bisherigen politischen Rahmenbedingungen zwischen der Sowjetunion und der VR China nicht mehr aufrechterhalten werden. Diese Erklärung ist nicht nur als ideologische Propaganda des Marxismus-Leninismus, wie in den anderen sozialistischen Ländern, zu verstehen, sondern sie weist darüber hinaus auf die teilweise kolonialen Wurzeln der chinesischen Geschichte in den vergangenen Jahrhunderten zurück. Wie die UdSSR in Osteuropa versuchte China in Südostasien ebenfalls eine dominierende Stellung als Führungsmacht zu gewinnen und zu festigen, sodass auch ein Konkurrenzverhältnis um eigene Interessen in Südostasien zwischen der UdSSR und der VR China, besonders in Vietnam, bestand,

---

<sup>33</sup> Vgl. ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报), Leitartikel am 1. Januar 1970. Die VR China befand sich damals in der Kulturrevolution, wodurch sehr extreme politische Stellungnahmen abgegeben wurden.

was schließlich im Februar 1979 zum sogenannten ‚Strafkrieg‘ oder ‚Erziehungsfeldzug‘ durch den Einmarsch von chinesischen Truppen nach Nordvietnam führte. Die dramatische Entwicklung der Beziehung zwischen der UdSSR und der VR China in den 1970er-Jahren war jedoch nicht unerwartet.

Während der bestehenden Grenzkonflikte zwischen der UdSSR und der VR China hatte die US-amerikanische Regierung Moskau eine Mahnung zukommen lassen, wonach die USA gewillt sei, die VR China zu unterstützen, wenn die UdSSR einen Atomangriff gegen China durchführen werde. Diese Initiative war ein Versuch der USA, die Beziehung mit der VR China zu verbessern und gleichzeitig die Sowjetunion weiter zu isolieren. Diese offensive Haltung der US-Regierung veränderte die Einschätzung und Zusammenarbeit Beijings mit den USA, sodass eine Kooperation mit den USA jetzt für möglich gehalten wurde; unmittelbar nach dieser US-amerikanischen außenpolitischen Initiative begannen die geheimen Kontakte zwischen beiden Ländern.<sup>34</sup>

Ein offener Kontakt ereignete sich im Jahr 1971 beim Besuch der US-amerikanischen Tischtennis-Mannschaft in Beijing. Dieser Besuch wurde rückblickend als ‚Ping-Pong-Diplomatie‘ bezeichnet. Am 25. Oktober 1971 wurden die Rechte der VR China gemäß der *Resolution 2758 der UN-Generalversammlung* in den Vereinten Nationen wiederhergestellt.<sup>35</sup> Die VR China war nach dieser Resolution nunmehr nicht mehr von der internationalen Weltgemeinschaft isoliert, obgleich die Kulturrevolution bis 1976 andauerte.

Im Jahr 1972 besuchte der damalige US-amerikanische Präsident Richard Nixon Beijing. Auf der amerikanischen Seite suchte die Nixon-Regierung die Unterstützung von Beijing, um den dauerhaften Krieg in Vietnam zu beenden. Neben wirtschaftlichen Motiven verfolgte der China-Besuch Nixons das Ziel, seine persönliche Popularität im eigenen Land zu steigern.<sup>36</sup> Obwohl die vollständigen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten erst ab dem 1. Januar 1979 herbeigeführt und hergestellt wurden, markiert der Staatsbesuch Nixons einen historischen Meilenstein für die zukünftige Zusammenarbeit beider Länder. Nach dem Staatsbesuch veröffentlichten die beiden Regie-

---

<sup>34</sup> Vgl. Bader, Monika, Der sino - amerikanische Normalisierungsprozeß: Vom Dogmatismus zum Pragmatismus? München, 1983

<sup>35</sup> United Nations General Assembly Resolution 2758; Restoration of the lawful rights of the people's Republic of China in the United Nations, 25. Oktober 1971.

<sup>36</sup> Vgl. CA 9/1974, S. 554; Madsen (1995), S. 85; Trampedach (1997), in: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nummer 279.

rungen am 28. Februar 1972 ein *Joint Communiqué of the United States of America and the People's Republic of China (Shanghai Communiqué)*<sup>37</sup>, ein Markstein der Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR China und den USA seit dem Ende des Koreakrieges. Seit diesem Zeitpunkt stellten alle westlichen Industrieländer volle diplomatische Beziehungen mit der VR China her, unter anderem auch die Bundesrepublik Deutschland. Die Außenminister beider Länder, Ji Pengfei (姬鹏飞) und Walter Scheel, unterzeichneten am 11. Oktober 1972 das *Gemeinsame Communiqué* in Beijing.<sup>38</sup> Ab 1972 unterhielt China diplomatische Beziehungen sowohl mit der DDR als auch mit der BRD. Der Kontakt und die Beziehung mit der BRD hatte für die VR China eine wichtige Bedeutung, weil sie die moderne Technik und die Industrieprodukte aus der BRD für ihren eigenen industriellen Ausbau und die Weiterentwicklung der chinesischen Wirtschaft dringend benötigte.

1972 waren die BRD und die DDR Mitglieder der Vereinten Nationen (UN) geworden, seitdem wurden beide Staaten von der internationalen Gemeinschaft völkerrechtlich aufgenommen und anerkannt. Die politische Führung der DDR stand nun vor der Aufgabe, der Weltgemeinschaft zu zeigen, welcher Teil Deutschlands ideologisch und wirtschaftlich tatsächlich der ‚bessere‘ Staat sei. Die DDR war ein kleines Land mit nur einem einzigen Rohstoff: die Braunkohle. Sie existierte zwischen dem Machtbereich der UdSSR und der BRD als Vertreter der ‚Weststaaten‘. Diese geopolitische Ausgangsposition eröffnete der DDR relativ wenige Möglichkeiten, ihre eigenen Interessen während des Kalten Krieges zu verfolgen und durchzusetzen; sogar die Stabilisierung der Herrschaft der SED stellte eine schwierige Aufgabe für die Führung der DDR dar, besonders in den 1980er-Jahren aufgrund der politischen Bewegungen in Polen und Russland. Eine intensive Beziehung mit der VR China wurde für die DDR angesichts der geopolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen daher immer wichtiger.

---

<sup>37</sup> Vgl. *Joint Communiqué of the United States of America and the People's Republic of China (Shanghai Communiqué)*, ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报), 28. Februar 1972. Im ‚Shanghai Communiqué‘ erklärten die Regierungen von der VR China und den USA, dass beide Länder gegen die Hegemonie im Asien-Pazifik-Gebiet seien. Diese Erklärung bedeutete jedoch eine gegen die Position der Sowjetunion gerichtete Auffassung; im Gegensatz zu den USA sah die Führung der VR China in der UdSSR eine ‚echte‘ militärische Bedrohung. Heute besitzt das ‚Shanghai Communiqué‘ noch eine realistische Bedeutung für die VR China und die USA, weil die US-Regierung erstmals offiziell schriftlich die ‚Ein-China-Politik‘ anerkannte.

<sup>38</sup> Vgl. *Joint Communiqué of the Federal Republic of Germany and the People's Republic of China, Volkszeitung*‘ (Renmin Ribao, 人民日报), 12. Oktober 1972.

In der Außenpolitik Chinas spielte die DDR eine wichtige Rolle in ihrem Kampf gegen die UdSSR und in der Beziehung zwischen der VR China und der BRD.<sup>39</sup> Am 12. August 1970 unterzeichneten der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt, der deutsche Außenminister Walter Scheel, der sowjetische Ministerpräsident Alexei Kossygin und der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko in Moskau den ‚Moskauer Vertrag‘. Im Vertrag verzichtete die Sowjetunion offiziell auf die rechtliche Anerkennung der DDR durch Westdeutschland (BRD) als Vorbedingung für die Verbesserung der Beziehung und den Beginn der Gespräche. Es wurde festgehalten, dass die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze zur VR Polen und die Grenze zwischen der DDR und der BRD als unverletzbar gelten. Trotz der Lage Westberlins innerhalb des Territoriums der DDR hatte die UdSSR im Vertrag den Status quo der De-facto-Besetzung Westberlins schließlich anerkannt. Während der Verhandlungen in Moskau über die Zukunft von beiden deutschen Staaten hatten die Vertreter der BRD vielmals betont, dass eine künftige Änderung der gegenwärtigen Grenzen in einem friedlichen Europa nicht ausschloss, dass das ‚getrennte‘ deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Die Deutschland-Frage war für die DDR – wie die Taiwan-Frage für die VR China – von zentraler Bedeutung.

Die chinesische Führung hatte die UdSSR wegen des ‚Moskauer Vertrages‘ heftig kritisiert; die UdSSR wurde von Beijing als ‚Verräter‘ bezeichnet.<sup>40</sup> Die chinesische Position bestand darin, dass sich Deutschland unter einer sozialistisch-kommunistischen Führung wiedervereinigen respektive eine Einheit des deutschen Volkes unter dem Dach der DDR angestrebt werden sollte. Die Führung Chinas versuchte außerdem, die DDR als einen wichtigen Partner in Europa gegen die ‚sozialimperialistischen‘ Interessen der UdSSR zu gewinnen. Nach der Auffassung der chinesischen Führung hatte die UdSSR zugunsten ihrer eigenen Interessen die Rechte der DDR aufgegeben. Es wurde zudem die Kritik angeführt, dass in diesem Vertrag Westdeutschland und Berlin unter dem Begriff Deutschland zusammengefasst wären, weshalb nach dieser Sprachregelung die DDR als ein souveräner Staat nach der Ansicht der UdSSR bereits in der BRD integriert sei. Trotz der seit Langem bestehenden engen Zusammenarbeit der DDR mit der Sow-

---

<sup>39</sup> Vgl. Kim Sang Kyu, Die Stellung der VR China zur Deutschlandfrage 1949 – 1980, Schrift zur Rechtslage Deutschlands, Band 6. Köln, Berlin, München 1983.

<sup>40</sup> Vgl. Leutner/Trampedach (1995), S. 134, Dokument 50; Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua.

jetunion wurden in dem ‚Moskauer Vertrag‘ die nationalen Interessen der DDR zugunsten der Interessen der UdSSR stark beschädigt. Die Frage, ob die Führung der DDR mit der Position Beijings einverstanden war und ihre Unzufriedenheit über die Inhalte dieses Vertrages ebenfalls gegenüber Moskau äußerte, kann im Rückblick nicht eindeutig beantwortet werden. Die SED stellte sich offenbar immer noch auf die Seite der UdSSR. Nach dem Abschluss des ‚Moskauer Vertrages‘ im August 1970 zeichnete sich jedoch ein Wendepunkt in der Entwicklung der Chinapolitik der DDR ab, indem die Führung der DDR erneut versuchte, die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China zu intensivieren und zu verbessern. Bei der politisch offenen Frage der zukünftigen Wiedervereinigung Deutschlands unterstützte die VR China immer die DDR, auch später, als die SED das politische Ziel der Wiedervereinigung aufgegeben und den Status quo anerkannt hatte.<sup>41</sup> Das Thema der Wiedervereinigung nahm für die chinesische Regierung seit der Gründung der VR China eine sehr bedeutende Stellung ein. Vor dem Staatsbesuch Deng Xiaopings in den USA im Jahr 1979 hatte die USA militärische Truppen in Taiwan eingesetzt. Die Inhalte und Bestimmungen des ‚Moskauer Vertrages‘ und die Sowjetunion selbst wurden von Beijing wegen Chinas eigener Interessenslage in der Taiwan-Frage daher sehr stark kritisiert. Dass es in Europa zwei deutsche Staaten gebe, war nach der Auffassung Beijings nur ein politisches Ergebnis des Kalten Krieges und stellte somit einen ‚unnatürlichen‘ Zustand dar. Angesichts der neuen politischen Entwicklungen in Europa nahm China später die offizielle Position ein, dass die beiden deutschen Staaten auf friedliche Weise und durch Verhandlungen das Ziel einer nationalen Wiedervereinigung selbst verwirklichen und lösen sollten.

Seit Anfang der 1970er-Jahre wurde die chinesische Außenpolitik wieder aktiver. Mao Zedong versuchte, das Dilemma wegen der Kulturrevolution zu lösen,<sup>42</sup> obwohl sich China zu diesem Zeitpunkt noch von der Weltgemeinschaft isolierte und abkapselte. Im September 1970 sendete die chinesische Regierung nach drei Jahren der Vakanz einen neuen Botschafter, Song Zhiguang (宋之光), nach Berlin. Im Oktober 1970 besuchte Song Zhiguang Otto Winzer, den damaligen Außenminister der DDR. Bei diesem ersten Gespräch äußerte Otto Winzer das Interesse der DDR-Regierung, mit China die Zu-

---

<sup>41</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 236, Dokument 110; Die Differenzierungspolitik der chinesischen Führung – Ausdruck ihrer Spaltertätigkeit gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft.

<sup>42</sup> In der Forschung zur chinesischen Kulturrevolution wird die These aufgestellt, dass diese Kulturrevolution bereits 1969 beendet gewesen sei und die folgenden Jahren bis 1976 nur eine Fortsetzung darstellen.

sammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, Technik und Wissenschaft herzustellen und weiter auszubauen. Er sprach die Überlegung aus, dass eine derartige Zusammenarbeit für die Verbesserung der politischen Atmosphäre vorteilhaft wäre.<sup>43</sup> Seitdem wurde der Kontakt zwischen der DDR und der VR China kontinuierlich aufrechterhalten und gepflegt und nach der Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China ab dem Jahr 1978 schließlich wieder weiter ausgebaut.

Die DDR-Führung war mit der damaligen Politik Moskaus in Bezug auf die BRD nicht einverstanden. Diese Unzufriedenheit spielte bei der Wiederannäherung später in den 1970er-Jahren eine wichtige Rolle. Bei der Unterzeichnung des ‚Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken‘ am 12. August 1970 hatte Walter Scheel, der Minister für auswärtige Angelegenheiten der BRD, an seinen russischen Kollegen Andrei Gromyko einen sehr kurzen, aber wichtigen Brief geschrieben:

*„[...] im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“<sup>44</sup>*

Von der sowjetischen Seite hatte die BRD-Regierung keine negative Antwort oder gar eine Protestnote erhalten. Dieses ‚schweigsame‘ Verhalten schien damals zum Ausdruck zu bringen, dass in dem Fall, wenn die BRD in Zukunft auf friedliche Weise die DDR ‚wiedervereinigt‘ hätte, die Sowjetunion nichts dagegen unternehmen wollte, das heißt, sie würde die DDR im Ernstfall militärisch nicht verteidigen. Dieses sowjetische Zugeständnis wurde von Beijing als ‚Verkauf‘ gebrandmarkt. Beijing wollte diese prekäre Lage, in der sich die DDR zu diesem Zeitpunkt befand, ausnutzen, während auf der Seite der DDR die Führung nach Möglichkeiten suchte, um mehr politische Unterstützung zu erhalten. Auch wenn Beijing durch die Annäherung an die DDR das Ziel verfolgt haben mag, das durch den ‚Moskauer Vertrag‘ angespannte Verhältnis zwischen der DDR und der UdSSR für ihre Interessen zu nutzen, erwies sich diese Strategie Bei-

---

<sup>43</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 125.

<sup>44</sup> Brief zur deutschen Einheit anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags, Bundesgesetzblatt 1972 II, S. 356.

jings allerdings nicht als erfolgreich. Die Unterzeichnung des ‚Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik‘ („Grundlagenvertrag“) am 21. Dezember 1972 führte zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Insbesondere im Artikel 6 des ‚Grundlagenvertrages‘ wurde festgehalten, dass sich die Hoheitsgewalt auf das eigene Staatsgebiet beschränkt und dass beide deutschen Staaten gegenseitig die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in inneren und äußeren Angelegenheiten respektieren.<sup>45</sup>

Der bilaterale Handel zwischen der DDR und der VR China wurde jedoch nicht aufgrund der politischen Kritik an dem ‚Moskauer Vertrag‘ oder der Folgen des ‚Grundlagenvertrages‘ abgebrochen, sondern setzte vielmehr bereits in den 1960er-Jahren ein. 1970 betrugen die Umsätze des bilateralen Handels 74.000.000 Rubel, was einem Anstieg von 24 Prozent im Vergleich zu den 1960er-Jahren entspricht. 1973 besuchte eine chinesische Delegation die Leipziger Messe; nach diesem Kontakt ging in der Propaganda der DDR-Medien die Kritik gegenüber der VR China stark zurück, sodass sich in der Folge die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China allmählich verbesserten.

Die Art der Ausfuhrgüter der DDR hatte sich seit Anfang der 1970er-Jahre von zunächst Transportmaschinen zu dann vornehmlich optischen und elektronischen Instrumenten verändert. Aufgrund des Importdrucks aus den nicht-sozialistischen Ländern erwies sich eine Ausweitung des Handels mit China für die DDR als eine sinnvolle Möglichkeit des Exports, weshalb die Regierung der DDR das Ziel verfolgte, den Handel mit der VR China weiter zu intensivieren und auszubauen. Bei dieser Form der Zusammenarbeit spielten die Lehren des Marxismus-Leninismus, der proletarische Internationalismus und andere ideologische Überlegungen keine Rolle; hier ging es nur um ökonomische Interessen der DDR-Führung.

Nach dem Tod von Mao Zedong im September 1976 begann seit 1978 die Ära Deng Xiaopings in China, offiziell in dem 3. Plenum des 11. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1978. Während der Parteisitzung hielt Deng Xiaoping

---

<sup>45</sup> Vgl. Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik [„Grundlagenvertrag“] vom 21. Dezember 1972, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 8. November 1972, Nummer 155, S. 1842-1844; Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken [„Moskauer Vertrag“] vom 12. August 1970, Bundesgesetzblatt 1972 II, S. 354-356.

eine Rede, die keine der aus Mao Zedongs Ära gewohnten Formeln und Lösungen von Klassenkampf und Revolution mehr enthielten. In dieser Rede verurteilte Deng Xiaoping die Kulturrevolution und forderte, dass die ökonomische Entwicklung des Landes die Hauptaufgabe für die Partei werden müsse.<sup>46</sup> Im Februar 1978 hatte die Führung Chinas ebenfalls den Begriff ‚Vier Modernisierungen‘ als Entwicklungsplan angekündigt.<sup>47</sup>

Seit der Ankündigung und Umsetzung des Reform- und Öffnungsprogramms spielen die ideologischen Prinzipien und Argumente eigentlich keine wesentliche Rolle mehr in den politischen Entscheidungsprozessen; die chinesische Regierung konzentriert sich auf die Entwicklung und Modernisierung Chinas, besonders im wirtschaftlichen Bereich, und betreibt eine realistische Außenpolitik mit allen Ländern aus praktischen Motiven.

Aufgrund des neuen innen- und außenpolitischen sowie ökonomischen Umbruchs und der Entwicklung in China seit 1978, auch angesichts der neuen internationalen Lage und der Reformbewegungen in den europäischen sozialistischen Ländern formulierte die Führung der DDR eine neue Chinapolitik. In den folgenden Kapiteln wird die Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren auf der Grundlage von zahlreichen Akten, Dokumenten und einzelnen Artikeln in Zeitungen und Magazinen aus Deutschland und China vor dem Hintergrund des Kalten Krieges analysiert und diskutiert.

---

<sup>46</sup> Vgl. Deng Xiaoping (1995); 13. Dezember 1978: „*[...] emancipate the mind, seek truth from facts and unite as one in looking to the future*“.

<sup>47</sup> Die ‚Vier Modernisierungen‘ Chinas betreffen die Modernisierung der Industrie, der Landwirtschaft, der Verteidigung sowie der Wissenschaft und Technik. Dieser Begriff wurde zuerst von Zhou Enlai am 21. Dezember 1964 beim 3. Nationalen Volkskongress im Bericht über die Arbeit der Regierung eingeführt. Dieser Begriff wurde als das Ziel der Entwicklung Chinas mehrmals in den Jahren 1975, 1977 und 1978 verwendet. Siehe ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报), 31. Dezember 1964; 12. Januar 1975; siehe auch Deng Xiaoping (1995).

## **II Die Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren**

### **1 Die Außen- und Chinapolitik der DDR und die entscheidenden Elemente**

Die Forschung zur Chinapolitik der DDR gehört in den Bereich der Forschung zur Außenpolitik der DDR. In diesem Kapitel werden deshalb vor allem die Außenpolitik der DDR, ihre Interessen und Zielsetzungen, wesentlichen Elementen und Entscheidungsverfahren in den 1980er-Jahren dargestellt sowie der internationale politische Hintergrund, besonders die Entwicklung des Kalten Krieges in diesem Zeitraum besprochen. Diese breit angelegte Thematisierung der Außenpolitik der DDR schafft eine sichere Grundlage für die Einordnung der Ereignisse und Entscheidungen und ermöglicht eine wichtige Horizonterweiterung für die Forschung zur Chinapolitik der DDR.

Die speziellen chinesisch-russischen und chinesisch-amerikanischen Beziehungen stellten sehr bedeutende Elemente und Faktoren in der Entwicklung der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China dar und übten auf die Chinapolitik der DDR einen starken Einfluss aus. Die Beziehungen der DDR zu der UdSSR, den USA und der VR China werden daher in den folgenden Kapiteln diskutiert, um über die Darstellung der jeweiligen Verflechtungen einen Überblick über die entscheidenden Elemente der Außen- und Chinapolitik der DDR zu gewinnen.

#### **1.1 Eine Übersicht der Außenpolitik der DDR und ihre Ziele**

Die Fragestellung, ob die DDR tatsächlich eine EIGENSTÄNDIGE Außenpolitik führte und eine UNABHÄNGIGE Diplomatie treiben konnte, wird anhand von verschiedenen Aspekten bereits seit längerer Zeit debattiert.<sup>48</sup> Manche Forschungsansätze vertreten die Auffassung, dass die DDR durch seine eigene Verfassung und die völkerrechtliche Anerkennung als autonomer Staat vornehmlich durch die sozialistische Staatengemeinschaft ihre eigene Außenpolitik entwickelte und praktizierte und über die jeweiligen Inhalte und Zielsetzungen selbst entscheiden konnte. Andere Forschungen bewerten die Situation anders und argumentieren, dass die DDR, obwohl sie auf eine eigene Verfassung zurückgreifen konnte und mit einem eigenen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) nach außen auftrat, durch die Stationierung von sowjetrussischen Streitkräften mit Abschussrampen für Raketen und Kernwaffen auf ihrem Territorium

---

<sup>48</sup> Vgl. Schulz/Jacobsen/Leptin/Scheuner, GDR Foreign Policy, New York (1982); siehe auch Jacobsen/Leptin, Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, München-Wein, R. Oldenbourg Verlag, 1979

nicht über eine unabhängige Entscheidungskompetenz verfügte, sondern im Gegenteil in einem abhängigen Verhältnis zur KPdSU stand und daher ihre außenpolitischen Entscheidungen mit der Regierung der UdSSR abstimmen musste.<sup>49</sup> Wegen des Kalten Krieges und der besonderen geografischen Lage der DDR benötigte Berlin immer die politische Unterstützung und den militärischen Schutz der UdSSR; über den Wahrheitsgehalt dieser Aussage besteht in der gegenwärtigen Forschung kein Zweifel.<sup>50</sup>

Für die UdSSR, die daran interessiert war, ihre dominierende Machtstellung in Osteuropa („Satellitenstaaten“) im Kalten Krieg zu behalten, bedeutete die DDR ein wichtiger geopolitischer Bestandteil im Rahmen ihrer Strategie des „Klassenkrieges“. Die militärische Präsenz und Stationierung der russischen Armee auf dem Territorium der DDR dauerte tatsächlich länger als die Existenz der DDR selbst; erst im Jahr 1994 zogen sich die russischen Streitkräfte gemäß des 1990 geschlossenen „Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Der Zwei-plus-Vier-Vertrag)“ nach Russland zurück. Die UdSSR spielte sicher eine wichtige Rolle in der Geschichte der DDR, sogar nach ihrer „Auflösung“, deshalb müssen die Forschungen zur DDR und ihrer Außenpolitik das russische Element stets in ihren Überlegungen berücksichtigen.

Obwohl Moskau in der Steuerung und Ausführung der Regierungsgeschäfte der DDR-Führung sehr wichtig und mächtig geworden war, schloss diese strategische und ideologische Abhängigkeit jedoch keineswegs aus, dass Berlin alle Anordnungen und Richtlinien aus Moskau unbedingt und uneingeschränkt zu befolgen hatte. Die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR waren nicht nur für die DDR bedeutend, sondern ebenso für die UdSSR. Seitdem Leonid Breschnew 1964 an die Macht kam, verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in der UdSSR allmählich. Die in der UdSSR hergestellten Geräte und Maschinen besaßen eine sehr schlechte Qualität und konnten selbst bei einer Halbierung der Preise nicht exportiert werden. Die Produktivität der

---

<sup>49</sup> Über die Position Japans gibt es heute eine ähnliche Diskussion. Obwohl Japan von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen völkerrechtlich anerkannt wird, stationieren die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Marine, die Siebte Flotte oder die Pazifik-Flotte auf japanischem Territorium seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute und spielen nach wie vor eine entscheidende Rolle in der Außenpolitik Japans, besonders in der japanischen Asienpolitik. Ob nun Japan tatsächlich unabhängig ist, ist heute eine ähnlich diskutierte Frage wie die nach der damaligen Unabhängigkeit der Entscheidungen der DDR-Führung vom sowjetischen „Bruderstaat“.

<sup>50</sup> Vgl. Schulz/Jacobsen/Leptin/Scheuner, Ulrich (1982).

Leichtindustrie für die Herstellung der Güter des täglichen Bedarfs nahm rapide ab.<sup>51</sup> Die Außenwirtschaft der UdSSR war gezwungen, die notwendigen Waren und Maschinen aus der DDR zu importieren oder über die DDR auf westlichen Märkten einzukaufen. Die UdSSR war in solchen Bereichen tatsächlich von der DDR abhängig, weshalb die DDR in den 1970er-Jahren für die UdSSR die Stellung eines bedeutenden und unverzichtbaren Handelspartners einnahm.

Spätestens seit der Aufnahme der DDR und der BRD als Mitglieder der Vereinten Nationen im Jahr 1972 und der jeweiligen diplomatischen Anerkennung als unabhängige Staaten kann davon ausgegangen werden, dass die DDR sicher ihre eigenen außenpolitischen Interessen und Ziele verfolgte, obwohl die Regierung der UdSSR die Inhalte der Außenpolitik der DDR manchmal stark beeinflusste, besonders in Bezug auf die Chinapolitik der DDR-Führung. Insbesondere aufgrund der neuen Rahmenbedingungen der internationalen Politik und des einsetzenden Niedergangs der Wirtschaft der UdSSR seit Anfang der 1970er-Jahre entwickelte sich die innenpolitische Situation der UdSSR negativ. Die DDR nahm in der Beziehung zwischen der DDR und der UdSSR daher immer eine wichtige Stellung ein, wodurch sich ihr relativ mehr Möglichkeiten eröffneten, ihre eigenen nationalen Interessen in Gestalt einer eigenen Außenpolitik zu verfolgen und auszuweiten; dieser ‚Spielraum‘ für eigenständige Entscheidungen galt sicherlich auch für die Chinapolitik der DDR. Die ‚selbstbewusste‘ Außendarstellung der DDR sollte später ein wichtiges Element in der Beziehung zwischen der DDR und der VR China in den 1980er-Jahren werden.

Neben diesen allgemeinen Merkmalen, wodurch sich die DDR auszeichnete und insbesondere ihre ‚privilegierte‘ und ‚selbstbewusste‘ Stellung gegenüber der Sowjetunion bestimmte, bestehen weitere Gründe, die darauf hinweisen, dass die DDR im Verlauf ihrer Geschichte tatsächlich eine eigenständige Außenpolitik betrieb, beispielsweise der Umstand, dass die DDR kein slawisches Land war, dass die DDR als atheistischer Staat weder in kultureller Hinsicht oder aus religiösen Traditionen oder Rücksichten von der Sowjetunion (russisch-orthodox) stark beeinflusst war, weshalb die DDR anders als andere osteuropäische Staaten nicht in den Staatenbund der sowjetischen Republiken eingegliedert wurde und somit an seiner Unabhängigkeit festhalten konnte.

---

<sup>51</sup> Vgl. Erb, Scott, German Foreign Policy, Navigating a new Era, Lynne Rienner Publishers, Inc., 2003, S. 78-80.

Aus staatstheoretischer und verfassungsrechtlicher Perspektive bestand die Grundlage des Handelns der Führung der DDR und speziell der Ausgestaltung ihrer Außenpolitik in der Entsprechung zur Ideologie des Marxismus-Leninismus. Das nationale Selbstverständnis der DDR drückte sich in der revidierten und aktualisierten DDR-Verfassung vom Oktober 1974 eindeutig aus als ‚sozialistischer Staat‘ unter der Führung der ‚marxistisch-leninistischen Partei‘ (SED): „*Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.*“<sup>52</sup>

Die fünf Prinzipien der Außenpolitik der DDR wurden sehr deutlich in dem Artikel 6 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik angeführt:

„*Artikel 6*

*1 Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet. Sie betreibt eine dem Sozialismus und dem Frieden, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienenden Außenpolitik.*

*2 Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet. Das enge und brüderliche Bündnis mit ihr garantiert dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik das weitere Vorranschreiten auf dem Weg in den Sozialismus und des Friedens.*

*Die Deutsche Demokratische Republik ist untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie trägt getreu den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus zu ihrer Stärkung bei, pflegt und entwickelt die Freundschaft, die allseitige Zusammenarbeit und den gegenseitigen Bestand mit allen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft.*

*3 Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt die Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in ihrem Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt. Die Deutsche Demokratische Republik tritt für die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von*

---

<sup>52</sup> Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974), Artikel 1, Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und Jugendgesetz (1989); vgl. auch GBl. 1974 I, Nr. 47, S. 432.

*Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen ein und pflegt auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung die Zusammenarbeit mit allen Staaten.*

*4 Die Deutsche Demokratische Republik setzt sich für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, für eine stabile Friedensordnung in der Welt und für allgemeine Abriistung ein.*

*5 Militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß werden als Verbrechen geahndet.“<sup>53</sup>*

Die angeführten verfassungsgemäßen Grundlagen und Ziele der DDR umfassen und vertreten ebenso die Prinzipien ihrer Außenpolitik. Die Ziele der Außenpolitik der DDR, offiziell und ideologisch, orientieren sich an den Lehren des Marxismus-Leninismus beziehungsweise an der Bewegung des proletarischen Internationalismus, beweist sich in der Unterstützung anderer sozialistischer Länder und in der Solidarität mit anderen sozialistischen Gesellschaften und strebt Frieden und friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung an.

Ein besonderes Merkmal der Verfassung der DDR zeigt sich im 2. Absatz des Artikels 6, in dem zum Ausdruck gebracht wird, dass die DDR und ihre Außenpolitik „*für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*“ verknüpft sein sollen. Während in der Verfassung eines Landes normalerweise die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Landes betont wird, verbindet die DDR-Verfassung ihre Existenz mit der UdSSR. Die von der DDR-Führung selbst festgelegte verfassungsrechtliche Legitimation eines Abhängigkeitsverhältnisses mit einem anderen Land mutet in Anbetracht der nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in Asien und Afrika einsetzenden nationalen Befreiungsbewegungen und von blutigen Befreiungskriegen gegen kolonialistische Herrschaften und Besatzungsmächte seltsam an. Die Prinzipien Unabhängigkeit und Selbstständigkeit werden im Gegensatz dazu in der chinesischen Verfassung als die wichtigsten Merkmale der Souveränität des Landes genannt.<sup>54</sup> Nach diesem Prinzip der nationalen Souveränität kam es für die chinesische Führung seit der Gründung der VR China im Jahr 1949 niemals in Betracht, sich der Vorherrschaft der Sowjetunion zu verpflichten, worauf die seit dem Tod Stalins bestehenden Spannungen zwischen beiden sozialistisch-kommunistischen Ländern zurückgeführt werden können.

---

<sup>53</sup> Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (1989).

<sup>54</sup> Verfassung der Volksrepublik China, 中华人民共和国宪法, Ausgabe 1982, Law Press, Beijing (2004).

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges seit Anfang 1950 brauchte die SED dringend die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der UdSSR respektive der KPdSU, um ihren eigenen Machtanspruch zu legitimieren und aufrechtzuerhalten und damit die Existenz der DDR zu schützen und zu stabilisieren, wodurch die in der aktualisierten DDR-Verfassung vom Oktober 1974 angeführte Verknüpfung mit der UdSSR „*für immer und unwiderruflich*“ verständlicher wird.

Auf der Seite der UdSSR wurde das Bündnis mit der DDR besonders seit Anfang der 1970er-Jahre durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Landes immer wichtiger. Auch um die dominierende Position im Kalten Krieg beziehungsweise in Europa weiterhin zu behalten, brauchte die UdSSR die DDR als verlässlichen Bündnispartner in der Auseinandersetzung gegen die Interessen der NATO-Länder und der USA. Der wirtschaftliche Niedergang der UdSSR führte zunehmend zu einem politischen Prestige- und Machtverlust in Europa und in der Welt. Die Führung in Moskau erkannte diese neue Herausforderung und versuchte daher, die Macht der UdSSR in Osteuropa zu revitalisieren und zu stärken, wobei eine sowjetische Initiative darin bestand, die Modernisierung des Raketenstystems mit SS-20-Langstreckenraketen auf dem Territorium der DDR durchzuführen.<sup>55</sup> Solche Maßnahmen konnten die sowjetische Lage nicht verändern, sondern führten vielmehr zu einer großen Belastung für die Volkswirtschaft der UdSSR in den 1970er- und 1980er-Jahren bis hin zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991.

Die verfassungsgemäßen Prinzipien für die Unterstützung von „*Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen*“ und die sicherheitspolitische „*Zusammenarbeit in Europa*“ stehen hinter der Bedingung der DDR zum Bündnis mit der UdSSR. Die herausragende Bedeutung und Position der UdSSR in der Verfassung der DDR nahm hier einen zweideutigen Charakter an. Die DDR setzte sich zwar für „*eine stabile Friedensordnung in der Welt und für allgemeine Abriegelung*“ ein, stellte im Gegensatz dazu aber im Rahmen einer militärischen Intervention der Staaten des Warschauer Paktes im August 1968 ihre Soldaten der Nationalen Volksarmee zur Niederschlagung der Reformbewegungen in der Tschechoslowakei („Prager Frühling“) zur Verfügung. Diese Entscheidung bedeutete

---

<sup>55</sup> Vgl. Erb, Scott, German Foreign Policy, Navigating a new Era, Lynne Rienner Publishers, Inc., 2003, S. 55-76.

eine erhebliche Verletzung der Grundsätze ihrer Außenpolitik. Zum einen traf die militärische Intervention ein sozialistisches Land im sozialistischen Staatenverbund und zum anderen stand der militärische Einsatz in Konflikt mit den außenpolitischen Prinzipien wie „*Frieden*“ in Europa und „*Abüstung*“.

Auch im Jahr 1981 beteiligte sich die DDR am sowjetischen Invasionsplan gegen Polen, um die von der „Solidarność“ angeführte Gewerkschaftsbewegung und die innenpolitischen Reformbestrebungen in Polen zusammen mit anderen Warschauer-Pakt-Truppen gewaltsam niederzuschlagen. Die Führung der DDR betrachtete die Gewerkschaftsbewegung in Polen als Bedrohung ihrer eigenen Herrschaftsansprüche. Aufgrund des politischen Drucks vonseiten der USA und des andauernden Kriegs in Afghanistan hatte die Führung der KPdSU schließlich den Invasionsplan wieder aufgegeben, wobei die DDR-Führung jedoch eine aktive Rolle einnahm.<sup>56</sup> Dieses Beispiel zeigt, dass die Diskussion zur Außenpolitik der DDR neben dem Studium der öffentlich zugänglichen Propaganda vor allem mit den Berichten und Dokumenten der beteiligten Personen, Behörden und Ministerien weiter fortgesetzt werden muss.

Am 20. Januar 1981 wurde Ronald Reagan zum 40. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. In seiner Amtszeit änderten sich die Schwerpunkte der US-amerikanischen Außenpolitik und die Strategien des Kalten Krieges gegen die UdSSR. Die Reagan-Regierung trat zuerst als eine Politik des Selbstbewusstseins und der Stärke auf, wobei die antikommunistischen Grundhaltungen und Ressentiments besonders ausgeprägt waren. Sie bekämpfte mit allen Mitteln den sowjetisch-kommunistischen Einfluss in der Dritten Welt, besonders in Lateinamerika. Durch die enorme Steigerung des militärischen Budgets befand sich die USA nunmehr erstmals seit der Amtszeit von Jimmy Carter auf „Augenhöhe“ mit der Militärmacht Sowjetunion. Im März 1983 kündigte die Reagan-Regierung die Entwicklung eines Abwehrsystems gegen Interkontinentalraketen an, die „Strategic Defense Initiative“ (SDI). Das Abwehrsystem wurde in der Öffentlichkeit auch als „Star-Wars-Programm“ bezeichnet. Obgleich dieses Abwehrsystem in der Ära von Ronald Reagan nicht realisiert wurde, trug es jedoch dazu bei, dass der Rüstungswettstreit zwischen den USA und der UdSSR eskalierte und den Verlauf des Kalten Krieges weiter dramatisierte. Durch die antisowjetische, antisozialistische

---

<sup>56</sup> Vgl. Kubina/Wilke, >>Hart und kompromißlos durchgreifen<<, Die SED contra Polen 1980/81, Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Akademie Verlag GmbH, Berlin, 1995

Konfrontationspolitik der US-amerikanischen Regierung verschärfte sich die internationale Spaltung in Ost und West.

Festigung des Friedens, militärische Entspannung, Senkung der Kriegsgefahren oder militärische Provokation, Forcierung der Aufrüstung und Zunahme der Kriegsgefahr; Ausbau der Zusammenarbeit zum Wohl aller Staaten und Völker oder Konfrontation und konterrevolutionäre Einwirkung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten – die Auseinandersetzung um diese polarisierenden Fragen bestimmte den Charakter des zugespitzten Kampfes zwischen zwei Grundlinien der internationalen Politik. Durch diese Veränderungen wurde auch die sozialistische Außenpolitik der DDR vor komplizierte Aufgaben gestellt.<sup>57</sup>

Die DDR hatte ihre Außenpolitik gemäß der Verfassung und der tatsächlichen internationalen Lage in vier Teile gegliedert. Der erste Teil betraf die Außenpolitik zu den sozialistischen Ländern; das entsprechende Ziel umfasste die Stärkung und Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, mit den Bruderländern den Frieden und das höchste Gut der Menschheit zu bewahren und zu sichern. Ein grundlegendes Element dieses außenpolitischen Teils war die Festigung des Bruderbundes und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Der zweite Teil bezog sich auf die befreiten Völker und Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika beziehungsweise der ‚Dritten Welt‘.<sup>58</sup> Es existierte in den Anfängen der DDR in den 1950er-Jahren kein Begriff von der ‚Dritten Welt‘, damals wurden alle Länder unter zwei Begriffe eingeteilt – und zwar in Sozialismus und Kapitalismus. Der Begriff ‚Dritte Welt‘ wurde seit Anfang der 1960er-Jahre von der Führung der DDR allmählich anerkannt und verwendet. Die Länder aus der ‚Dritten Welt‘ wurden weiter anhand von drei Merkmalen definiert und unterschieden: (1) Entwicklungsländer mit „sozialistischer Orientierung“, (2) Entwicklungsländer auf vorwiegend „kapitalistischem Entwicklungsweg“, (3) Entwicklungsländer, „in denen zwischen den fortschrittlichen Kräften und der inneren Reaktion ein harter Kampf um die Festlegung des künftigen Entwicklungsweges geführt wird und deren weiter Weg noch nicht klar bestimmt ist“.<sup>59</sup> Das außenpolitische Ziel der DDR bestand darin, die Zusammenarbeit mit diesen Entwick-

---

<sup>57</sup> Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik (1984), S. 9.

<sup>58</sup> Vgl. Möller (2003).

<sup>59</sup> Möller (2003), S. 1; siehe auch Institut für Internationale Beziehung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR (1980), S. 152-154.

lungsländern auszubauen und ihren Kampf gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid zu unterstützen. Die Führung der DDR sah solche Länder als Partner im Kampf gegen kapitalistische Länder, weshalb die DDR in zahlreichen Projekten und Initiativen politische und ökonomische Unterstützung insbesondere für afrikanische Länder leistete.

Da sich die politische und soziale Situation in Afrika viel komplizierter darstellte als lediglich der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus und zudem die dortigen Konflikte nicht nur ideologische Elemente, sondern eine Melange von ökonomischen, ethnischen, geografischen, geschichtlichen und weiteren Konfliktpotenzialen enthielten, muss aus heutiger Forschungsperspektive durch eine sorgfältige Analyse von Dokumenten erneut der Frage nachgegangen werden, ob eine derartige Politik in Afrika zu nachhaltigen Folgen führte und das außenpolitische Ziel der DDR-Führung durch die zahlreich durchgeführten Programme und Interventionen tatsächlich erreicht worden ist.

Der dritte Teil behandelte die kapitalistischen Industriestaaten oder allgemein den Westblock. Das Ziel für diesen Schwerpunkt der Außenpolitik der DDR war die Entwicklung der ‚friedlichen Koexistenz‘ mit solchen Ländern. Obwohl die DDR während des Kalten Krieges zum sozialistischen Lager gehörte, in einer engen Beziehung zur UdSSR stand und die internationalen Spannungen durch die Politik von Ronald Reagan seit Anfang der 1980er-Jahre verschärft wurden, brach die DDR-Führung die Beziehungen mit den kapitalistischen Industriestaaten nicht ab, im Gegenzug versuchte die Führung der DDR, sich für die Entspannung der internationalen Lage und die Fortsetzung des Dialogs zwischen Ost und West, Süd und Nord einzusetzen.<sup>60</sup> Aus ökonomischen Gründen beziehungsweise aufgrund des Bedarfs an ausländischen Devisen entwickelte die DDR-Führung die Beziehungen mit den kapitalistischen Industriestaaten weiter.

Die Angabe der jeweiligen Ziele für verschiedene Außenpolitiken mit verschiedenen Staaten besitzt einen starken ideologischen Charakter, ähnlich wie die allgemeine Erklärung in der Verfassung der DDR, wonach das Ziel der Außenpolitik der DDR in Sozialismus und Frieden bestehe. Diese Erklärungen finden sich ähnlich in allen Verfassungen der sozialistischen Länder, weil sie als politische Einparteiensysteme den Marxismus-Leninismus als ein fundamentales Prinzip betrachten. Sowohl die Außen- wie auch die Innenpolitik der DDR verfolgte in der praktischen Umsetzung der verfassungsmäßi-

---

<sup>60</sup> Aus der Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, auf der 12. Tagung des ZK der SED, 21./22. Mai 1980, S. 10 ff.; siehe auch Dokumente zur Außenpolitik der DDR (1984).

gen Grundsätze allein das Ziel, die Führung der DDR beziehungsweise die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) unbedingt zu erhalten und zu stabilisieren. Um dieses primäre und übergeordnete Ziel zu erreichen, nutzte die DDR-Führung alle ihre politischen, ökonomischen, militärischen, technischen, kulturellen und geografischen Ressourcen, auch wenn die getroffenen Entscheidungen die verfassungsgemäßen Grundsätze verletzten oder sogar konterkarierten wie zum Beispiel (a) bei der militärischen Invasion in die Tschechoslowakei im Jahr 1968, (b) bei der Planung eines militärischen Eingreifens in Polen in den Jahren 1980 und 1981, (c) im Zusammenhang mit Waffenlieferungen zur Devisenbeschaffung in den Iran und Irak während des Iran-Irak-Krieges (Erster Golfkrieg) von 1980 bis 1988, (d) bei der Unterstützung des Einmarsches der Roten Armee in Afghanistan im Jahr 1979 oder (e) bei der Entscheidung der NATO für den Einsatz der neuen Mittelstreckenraketen größerer Reichweite.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China war ebenfalls eine Folge der zweideutigen Grundhaltung der Außenpolitik der DDR, insofern die jeweiligen Entscheidungen der DDR-Führung vor allem vor dem Hintergrund des jeweils aktuell bestehenden Verhältnisses zwischen der VR China und der UdSSR getroffen wurden. Um die Motive und Gründe der von der DDR-Führung getroffenen außenpolitischen Entscheidungen unmittelbarer und besser nachvollziehen zu können, werden in dieser Arbeit die Original-Dokumente von der SED und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung Internationale Verbindungen, genauer analysiert und dargestellt.

## **1.2 Das Verhältnis zwischen der Außenpolitik und der Chinapolitik der DDR**

Die Chinapolitik betraf einen wichtigen Bestandteil der Außenpolitik der DDR. Wie die Außenpolitik diente die Chinapolitik der Durchsetzung der Interessen der DDR und der politischen Führung der DDR, der SED.

Das Ziel der Chinapolitik der DDR wurde in zwei Teile gegliedert. Ideologisch wurde das Ziel verfolgt, in Zusammenarbeit mit der VR China den Weltfrieden gegen den Imperialismus zu bewahren und zu schützen und die gegenseitige Unterstützung der sozialistischen Länder zu verbessern. Das tatsächliche und vorrangige Ziel bestand allerdings darin, die Herrschaft der SED zu stabilisieren. Diese zwei unterschiedliche Ziele enthalten jedoch keinen Widerspruch. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wurden nahe-

zu alle Länder, zumal in Europa, gemäß dem weltanschaulichen Standpunkt in zwei Blöcke aufgeteilt, in Ost- und Weststaaten.

Trotzdem besaß die Chinapolitik der DDR-Führung jedoch seinen eigenen Charakter aufgrund der Position Chinas in der Welt. Als bevölkerungsreichstes Land der Erde,<sup>61</sup> als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen seit 1971, als Nuklearmacht und dynamische Volkswirtschaft seit den Reformen im Jahr 1978 sind die potenziellen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten und Fähigkeiten der VR China ungleich größer als die der DDR. Aus der Perspektive der DDR-Führung erhöhte eine stabile wirtschaftliche und politische Beziehung mit der VR China das politische Gewicht der DDR in der internationalen Staatengemeinschaft und stärkte darüber hinaus die Position gegenüber dem ‚Dauerkonkurrenten‘ BRD. In der ‚Realpolitik‘ nahm die BRD für den wirtschaftlichen Ausbau der VR China eine viel wichtigere Stellung ein als die DDR.

Die chinesische Führung versuchte seit Maos Ära insgeheim die Vorherrschaft in den sozialistischen Ländern als Modell für die Entwicklung eines kommunistischen Landes zu erreichen, was die tatsächliche Ursache für den dauerhaften Konflikt zwischen der VR China und der UdSSR von 1949 bis Mitte der 1980er-Jahre darstellte. Der Kalte Krieg zwischen der VR China und der UdSSR wirkte sich auch auf die Beziehungen zwischen der VR China und den sozialistischen Ländern in Osteuropa aus, besonders die Beziehung mit der DDR, weil die DDR noch enger als andere sozialistische Länder mit der UdSSR in Verbindung stand. Obgleich die VR China zum damaligen Zeitpunkt ökonomisch den Status eines ‚Dritte-Welt‘-Landes besaß, behandelte die ‚Dritte-Welt‘-Politik der DDR-Führung die VR China mit anderen Maßstäben und Konsequenzen.

Am 25. Oktober 1971 wurde die VR China durch die Abstimmung in der 26. Generalversammlung der Vereinten Nationen als Mitglied aufgenommen. Als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat verfügt die VR China wie die UdSSR, USA, Frankreich und England über ein Vetorecht für wichtige internationale Fragen und Entscheidungen, die den ‚Weltfrieden‘ und die ‚internationale Sicherheit‘ betreffen. Aufgrund dieser besonderen Machtstellung war die VR China für die Führung der DDR in der Durchsetzung ihrer außenpolitischen Interessen zu einem immer wichtiger werdenden Partner gewor-

---

<sup>61</sup> Vgl. China Statistical Yearbook 1985; National Bureau of Statistics of China.

den, wobei in Rücksicht auf die UdSSR die Chinapolitik der DDR-Führung behutsam und sorgfältig gestaltet werden musste.

Nach der Machtübernahme von Deng Xiaoping im Jahr 1978 begann die chinesische Reform- und Öffnungspolitik. Die Zentralaufgabe der Kommunistischen Partei Chinas bestand nun darin, die chinesische Wirtschaft neu aufzustellen und voranzutreiben, wobei die ideologische Doktrin in den Entscheidungsprozessen nur noch eine untergeordnete Funktion einnahm. Wegen der riesigen wirtschaftlichen Aufbauprojekte brauchte China dringend moderne Technik aus den Industriestaaten. Die DDR nahm als Industrialisierungsvorbild für den Aufbau von Industriezweigen eine sehr wichtige Stellung ein. Das bilaterale Handelsvolumen in den 1980er-Jahren stieg kontinuierlich auf ein neues Rekordniveau, auch wenn sich eine präzise quantitative und qualitative Bewertung des Außenhandels zwischen der DDR und der VR China aufgrund der diversen Berechnungsgrundlagen mit verschiedenen Devisen – wie in Rubel, Valutmark, US-Dollar, Schweizer Verrechnungsfranken sowie auf Clearing-Basis – als eine schwierige Aufgabe herausstellte.<sup>62</sup> Im Zuge dieser Zusammenarbeit wurde die VR China ein wichtiger wirtschaftlicher Partner für die DDR in Asien in den 1980er-Jahren.

Den Höhepunkt der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China stellte der Staatsbesuch von Erich Honecker im Oktober 1986 in der VR China dar.

### **1.3 Die Chinapolitik der DDR, ihre Ziele und Schwerpunkte**

Die Ziele und Schwerpunkte der Chinapolitik der DDR in den verschiedenen Phasen der Beziehung lassen sich deutlich und transparent, wenn auch in sehr unterschiedlichen Konturen jeweils vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zwischen der UdSSR und der VR China, der allgemeinen Entwicklung der internationalen Politik sowie der bilateralen Beziehung zwischen der BRD und der DDR, sogar als Reaktion auf die aktuellen Beziehungen zwischen der VR China und den USA, abbilden. Die Chinapolitik der DDR gliedert sich in drei Phasen.

(1) Von der Gründung der zwei kommunistischen Staaten im Jahr 1949 bis Mitte der 1960er-Jahre standen die beiden Länder wegen des Konflikts zwischen dem West- und dem Ostblock in einem engen Verhältnis, der wirtschaftliche und kulturelle Austausch entwickelte sich gut und schnell. Die beiden Länder unterzeichneten in diesem Zeitraum

---

<sup>62</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 11, S. 245, S. 282.

zahlreiche wichtige Abkommen über bilaterale Beziehungen, wirtschaftliche Kooperation und Kultauraustausch.

(2) Die zweite Phase erstreckt sich von Mitte der 1960er- bis Anfang der 1980er-Jahre. Da die Führung der DDR die sozialistische Vorherrschaft der UdSSR anerkannte, gestaltete sich in dieser Phase die Beziehung zwischen der DDR und der VR China wegen den massiven Spannungen und Konflikten zwischen der UdSSR und der VR China äußerst negativ; es drohte in dieser Phase sogar ein Abbruch der Beziehungen zum Beispiel durch die Schließung des Konsulats in Shanghai.

(3) Seit Anfang der 1980er-Jahre entwickelte sich die Weltpolitik in eine neue Phase, in der sich die DDR-Führung sorgfältig mit einer neuen Chinapolitik und neuen Schwerpunkten der Zusammenarbeit beschäftigte. Über die neue Chinapolitik hatte sich Erich Honecker im Bericht des Zentralkomitees der SED auf dem X. Parteitag der SED im Palast der Republik vom 11. bis 16. April 1981 deutlich geäußert.

*„Für den Kampf um die Lösung der brennendsten Probleme im Leben der Menschheit, um Frieden, Fortschritt und Unabhängigkeit der Völker, gegen den Imperialismus wäre es von beträchtlichem Gewicht, wenn auch ein so großes Land wie die VR China seinen positiven Beitrag dazu leisten würde.“<sup>63</sup>*

Diese Aussage von Erich Honecker war seit Mitte der 1960er-Jahre die erste positive Einschätzung und Stellungnahme über die Bedeutung der VR China und ein gutes Signal für die chinesische Regierung, die Beziehung zwischen beiden Ländern zu verbessern.

*„Was die DDR betrifft, so ist sie nach wie vor bereit, die Beziehungen zur VR China entsprechend den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung zu normalisieren. Eine Politik des Friedens und der normalen Beziehungen, davon sind wir überzeugt, liegt auch im Interesse des chinesischen Volkes selbst.“<sup>64</sup>*

Die Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China wurde nunmehr das neue Ziel der Chinapolitik der DDR nach der Phase der offenen Distanz von 1964 bis 1980 zwischen beiden Ländern sowie zwischen der UdSSR und

---

<sup>63</sup> Meißner (1995), Dokument 170, S. 353; Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik 11. bis 16. April 1981.

<sup>64</sup> Ebd., S. 353

der VR China; diese Phase der offenen Distanz deckte sich mit der von 1964 bis 1982 währenden Amtszeit von Leonid Breschnew als Parteichef der KPdSU und Staatspräsident der Sowjetunion. Die Äußerung Erich Honeckers zur Chinapolitik der DDR beinhaltete eine sehr deutliche und klare Botschaft im Vergleich zu den ansonsten typischen Floskeln der SED und auch der anderen Wortführer der kommunistischen Parteien.

Die Änderung der Chinapolitik durch die SED begann bereits 1976; die Phase von 1976 bis zum X. Parteitag im Jahr 1981 kann als Vorbereitungsphase für die neue Chinapolitik beschrieben werden. Die VR China als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates seit 1971 stellte für die DDR einen politisch wertvollen Kooperationspartner dar; die VR China führte gleichzeitig die Reform- und Öffnungspolitik seit 1978 ein und für den Auf- und Ausbau der industriellen Projekte in China war die Technik aus der DDR ein sehr wichtiger Faktor, während gleichzeitig der Handel zwischen der DDR und der VR China stetig stieg. Die VR China stellte für die DDR sowohl auf ideologischer als auch auf politischer und wirtschaftlicher Ebene eine wichtige Größe dar, weshalb die Chinapolitik der DDR-Führung in der weiteren Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen eine zunehmend wichtigere Rolle in der Außenpolitik der DDR spielte.

In Rücksicht auf die damals aktuellen Spannungen zwischen der UdSSR und der VR China hatte die SED im April 1981 routinemäßig auch die Außenpolitik Chinas, insbesondere ihr gutes Verhältnis zu den USA, kritisiert.

*„Leider muß man feststellen, dass noch immer das Gegenteil der Fall ist. Das außenpolitische Zusammenwirken Chinas mit den USA kommt der Konfrontationspolitik der reaktionärsten Kreise des Weltimperialismus zugute. Das gilt insbesondere für Pekings Antisowjetismus und seine feindselige Haltung gegenüber den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Die Überwindung des maoistischen Erbes, das von den gegenwärtigen Führern Chinas selbst als verhängnisvoll bezeichnet wird, erweist sich als ein komplizierter, widerspruchsvoller Prozess. Mit welchem Ergebnis die sich jetzt abzeichnenden Veränderungen verlaufen werden, bleibt daher abzuwarten.“<sup>65</sup>*

---

<sup>65</sup> Meißner (1995), Dokument 170, S. 353; Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik 11. bis 16. April 1981.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des XXVI. Parteitages der KPdSU wollte die Führung der SED alle Möglichkeiten nutzen, „um die Volksrepublik China aus den Bindungen mit den USA herauszulösen“.<sup>66</sup>

Der Vorwurf des ‚Antisowjetismus‘ und der widerspruchsvollen ‚Überwindung des maoistischen Erbes‘ an die Adresse der chinesischen Außenpolitik war unter Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Grundsätze der Außenpolitik der DDR verständlich, insofern die SED das Ziel verfolgte, den Vorgaben und Richtlinien der sowjetischen Politik zu entsprechen. Für Moskau musste die SED darauf bedacht sein, seine loyale Haltung gegenüber der Sowjetunion deutlich zum Ausdruck zu bringen, obgleich die SED zugleich versuchte, Schritt für Schritt in den 1980er-Jahren ihre eigene Außenpolitik zu gestalten und umzusetzen. In einem Brief an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 13. Juli 1982 kritisierte Erich Honecker die antisowjetische Haltung der VR China heftig.

*„In der VR China werden Geschichtsfälschungen publiziert, durch die die russisch-chinesischen und die sowjetisch-chinesischen Beziehungen entstellt und Gebietsansprüche gegenüber der UdSSR „untermauert“ werden sollen [...] Es kommt sogar zu für alle sowjetischen Menschen beleidigenden Ausfällen der offiziellen Presse der VR China gegen die führenden sowjetischen Repräsentanten. Die chinesische Seite will offenkundig nicht die elementaren Normen des Anstands unter zwischenstaatlichen Beziehungen einhalten. Die sowjetische Seite hat anhand konkreter Fakten die chinesische Seite schon mehrfach auf die antisowjetische Kampagne in China aufmerksam gemacht und unterstrichen, daß eine solche Kampagne einer Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen hinderlich ist, das Misstrauen verschärft und zu einer Zuspitzung der Lage in der Welt insgesamt führt. In dem Bestreben, Voraussetzungen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China zu schaffen, hat die sowjetische Seite mehrfach vorgeschlagen, sich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit feindlicher Propagandatätigkeit zu enthalten. Die chinesische Seite hat jedoch auf die Appelle und Gesten des guten Willens nicht reagiert. Die Vorschläge der UdSSR haben auch heute noch ihre Gültigkeit. Die andauernde antisowjetische Kampagne in China kann man nicht anders bezeichnen denn als Ausdruck der Absicht der*

---

<sup>66</sup> Brief von Honecker an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen am 13. Juli, 1982, PA AA, MfAA, ZR 21/87, S. 1.

*chinesischen Seite, auch weiterhin die unnötige Entfremdung in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen beizubehalten und unter dem chinesischen Volk Stimmungen gegen das Sowjetvolk zu wecken. Eine solche Linie widerspricht den Interessen und Hoffnungen der Völker beider Länder sowie der sozialistischen Bruderländer und verhindert eine Minderung der internationalen Spannungen.“<sup>67</sup>*

Als Abschluss seiner Ausführungen rief Erich Honecker sogar dazu auf, „daß die SED und die DDR in enger Kampfgemeinschaft mit der KPdSU und der UdSSR den antisowjetischen Positionen der gegenwärtigen Partei- und Staatsführung in China, die sich zugleich gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder richten, entgegentreten“.<sup>68</sup>

Bei der öffentlichen Formulierung von außenpolitischen Positionen wurde die DDR allmählich von der Sowjetunion unabhängiger, auch auf der internationalen politischen Bühne zeigte sich die DDR-Führung aktiver als früher. Ein wichtiges Zeichen für dieses neue Selbstbewusstsein und Selbstverständnis der DDR-Führung war, trotz der offenen Antihaltung der DDR-Führung gegenüber den USA, die Vorbereitung und Planung eines offiziellen Besuchs von Erich Honecker in den USA.<sup>69</sup> Der Staatsbesuch konnte bis zum ‚Einigungsvertrag‘ im September 1990, der gleichzeitig die Auflösung des Staates DDR bedeutete, jedoch nicht realisiert werden, aber in der Ära Ulbrichts wäre ein Staatsbesuch eines führenden SED-Funktionärs unvorstellbar gewesen.

Nach dem X. Parteitag der SED im April 1981 begann eine neue Ära in der Beziehung zwischen der DDR und der VR China. Ein paar Wochen nach der Rede Erich Honeckers hielt sich eine Delegation der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der SED während einer Reise in Nordkorea, Vietnam und Laos kurz in Beijing vom 12. bis 16. Mai 1981 auf. Diese Begegnung markierte den ersten persönlichen Kontakt zwischen Vertretern beider Parteien, der SED und der KPCh, seit dem offenen Konflikt zwischen der Sowjetunion und der VR China in den 1960er-Jahren. Die Kon-

---

<sup>67</sup> Brief von Honecker, PA AA, MfAA, ZR 21/87, S. 3-4.

<sup>68</sup> Ebd., S. 3-4.

<sup>69</sup> Bei einer Reise von Hermann Axen (SED) vom 1. bis 6. Mai 1988 erörterte er Modalitäten für einen offiziellen Besuch Erich Honeckers in den USA.

takte zwischen den beiden Parteien und Regierungen häuften sich, bis zu dem Staatsbesuch von Erich Honecker im Jahr 1986 fanden über sechs hochrangige Treffen statt.<sup>70</sup>

Die Wiederannäherung der beiden Länder löste in Moskau Besorgnis und Skepsis aus. Die Führung der UdSSR interpretierte die Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China als den strategischen Versuch Chinas, die Distanz der DDR zur UdSSR zu vergrößern. In einem vertraulichen Dokument von Hermann Axen findet sich hierzu die bewertende Information des Zentralkomitees der KPdSU an die ‚Bruderparteien‘, dass die chinesische Diplomatie das Interesse verfolge, durch den Ausbau von bilateralen Beziehungen die Vorherrschaft der UdSSR einzuschränken: „*Kennzeichnend für die Pekinger Taktik gegenüber der DDR sind die hartnäckige Aufforderung, die bilateralen Beziehungen auszubauen, sowie die Bemühungen, dieses Land zur UdSSR in Gegensatz zu bringen.*“<sup>71</sup> Die schriftliche Information des Zentralkomitees der KPdSU wurde nicht an die Partei, die SED, sondern an die ‚Bruderparteien‘ adressiert. Die KPdSU beabsichtigte mit dieser Mitteilung, die SED unter den kommunistischen Parteien in Osteuropa unter Druck zu setzen und sie an ihre Loyalitätspflichten gegenüber der UdSSR zu erinnern. Die SED fühlte sich daraufhin aufgefordert, ihre loyale Haltung und die Grundsätze ihrer Chinapolitik gegenüber der ‚Moskauer Zentrale‘ zu erklären, um den skeptischen Überlegungen der KPdSU den Boden zu entziehen. In dem Schreiben der SED im Juli 1982 an das Zentralkomitee der KPdSU wird zunächst ausführlich der neue ‚Kurs‘ der Chinapolitik der DDR-Führung dargelegt und erläutert:

„*Das Zentralkomitee der SED hat aufmerksam die Überlegung geprüft, die das Zentralkomitee der KPdSU in seiner Mitteilung vom 14. Juli 1982 in bezug auf die Beziehung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft mit der VR China dargelegt hat. Wie in der Mitteilung des ZK der KPdSU richtig festgestellt wird, haben der X. Parteitag der SED und der XXVI. Parteitag der KPdSU unsere abgestimmte, prinzipielle Linie gegenüber der VR China klar festgelegt. Diese Linie ist – wie auch in der Mitteilung des ZK der KPdSU vom 14.7.1982 bekräftigt wird – konsequent auf eine Verbesserung der Beziehungen unserer Länder mit der VR China gerichtet. Die Verwirklichung dieses Kur-*

---

<sup>70</sup> Die Anzahl der Besuche und Begegnungen der Spitzenpolitiker beider Länder ergibt sich aus den verschiedenen Dokumenten wie den Dokumenten zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1979 bis 1987, Meißner (1995) und aus Berichten von der chinesischen staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua.

<sup>71</sup> Meißner (1995), S. 357; handschriftlicher Vermerk: ‚Gen. H. Axen‘. Vermutlich handelt es sich bei diesem Dokument um eine Information des ZK der KPdSU an die ‚Bruderparteien‘.

*ses dient folgenden grundlegenden Zielen der Parteien und Staaten der sozialistischen Gemeinschaft:*

*1. Angesichts der gefährlichen Zusitzung der internationalen Lage durch die Konfrontationspolitik der USA erfordern es die Interessen der Sicherheit des Sozialismus sowie der Gewährleistung des Weltfriedens, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die VR China aus den Bindungen mit den USA herauszulösen.<sup>72</sup> Koordinierte, beharrliche Bemühungen unserer Staaten in dieser Richtung sollten dazu beitragen, das Zusammenzimmern einer antisozialistischen Allianz zwischen USA-China-Westeuropa-Japan, und die damit verbundenen Pläne, der UdSSR, der Militär-Koalition des Warschauer Vertrages, einen Zweifronten-Kampf aufzwingen zu können, zu vereiteln. Auf längere Sicht sollte die VR China faktisch neutralisiert werden und auf diese Weise mit immer größerer Kraft und Wirkung der Hauptstoß gegen den Hauptfeind, den Imperialismus der USA, geführt werden.*

*2. Eine solche Lostrennung der VR China vom Komplott mit den USA wäre die nächstliegende und wichtigste Voraussetzung für die Realisierung unseres langfristigen, gemeinsamen klassenmäßigen Bestrebens, das darauf abzielt, die VR China als sozialistisches Land allmählich in den gemeinsamen antiimperialistischen Kampf einzubeziehen. Dies könnte einer künftigen Wiederannäherung und Heranführung der VR China an die sozialistische Gemeinschaft den Weg bereiten.<sup>73</sup>*

In diesem Schreiben der SED an das Zentralkomitee der KPdSU wird zudem die enge Verbundenheit und Loyalität der DDR-Führung zum sowjetischen Führungsanspruch der kommunistischen Bewegung erneut bekräftigt:

*„Das ZK der SED vertrat und vertritt unverbrüchlich gegenüber den Pekinger Führern die grundsätzliche Position, dass Chinas Beziehungen zur DDR, dem engen Verbündeten der UdSSR, niemals besser sein können als Chinas Beziehungen zur Hauptkraft des Weltsozialismus, zur Sowjetunion.“<sup>74</sup>*

In dem ausführlichen Schreiben an das Zentralkomitee der KPdSU ging die SED nicht nur auf die ‚neuen‘ Schwerpunkte und Strategien der Chinapolitik der SED im Rahmen der Wiederannäherung und Normalisierung der diplomatischen und wirtschaftlichen Be-

---

<sup>72</sup> Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

<sup>73</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 359, Dokument 175; Schreiben der SED an das ZK der KPdSU (Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 30 vom 27. Juli 1982).

<sup>74</sup> Meißner (1995), S. 359, Dokument 175.

ziehungen mit der VR China ein, unter anderem mit dem Hinweis, die VR China aus den Bindungen mit dem ‚imperialistischen Handelspartner‘ USA herauszulösen, sondern führte auch die Einzelheiten der Strategie an.

*„Wie den sowjetischen Freunden gut bekannt ist, wurde und wird allen Versuchen der Pekinger Führer eine Abfuhr zuteil, im Interesse ihres Zusammenspiels mit dem Imperialismus die revanchistischen Aggressionslüste der BRD gegenüber der DDR zu unterstützen. Das ZK der SED stimmt daher vollkommen mit Ihrem Hinweis überein, dass unsere gemeinsamen Interessen ein komplexes politisches Herangehen an die Beziehungen zur VR China verlangen. Für ein solches komplexes Herangehen empfehlen wir folgendes: Ausarbeitung eines abgestimmten Planes konkreter Aktionen und Maßnahmen zur schrittweisen Normalisierung und Verbesserung der staatlichen Beziehungen auf den Gebieten des Handels, der Wissenschaft, Technik, des Bildungswesens, der Kultur und des Sports. Was die wirtschaftlichen anbetrifft, so sollten wir alles nutzen, was zum ökonomischen Vorteil für unsere sozialistischen Staaten ist. Wir sollten China ökonomisch genauso behandeln wie imperialistische Handelspartner.<sup>75</sup> Und dies schließt für uns vorteilhafte Geschäfte ein und natürlich jegliche Stärkung des Militärpotentials Chinas aus. Es wäre sicherlich angebracht, die Ausarbeitung eines solchen Aktionsplanes und den regelmäßigen Austausch der Erfahrungen bei seiner Realisierung zwischen den Bruderländern zu organisieren. Auf diese Weise würden wir – wenn auch sicherlich nicht leicht und nicht schnell – auf dem Wege der Normalisierung der Beziehungen zu China praktisch vorankommen und durch die stete Koordinierung und den Erfahrungsaustausch zwischen uns von vorn herein die Differenzierungsabsichten Pekings unwirksam machen. [...] Was die Parteibeziehungen zur KP Chinas anbetrifft, so teilt das Zentralkomitee der SED die Meinung des Zentralkomitees der KPdSU, dass gegenwärtig dafür die Bedingungen fehlen.“<sup>76</sup>*

Diese Aussagen stellen die deutlichsten Äußerungen zur Chinapolitik der DDR seit dem X. Parteitag der SED im Jahr 1981 dar. Sie zeigen, dass die SED eine realistische oder machiavellistische Außenpolitik und insbesondere Chinapolitik durchführte, wobei das primäre Ziel darin bestand, die Herrschaft der SED zu stabilisieren und die Interessen der DDR zu schützen. In Rücksicht auf das primäre Ziel des Machterhalts der SED kann

---

<sup>75</sup> Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

<sup>76</sup> Meißner (1995), S. 359-360.

hier nicht von einer ‚neuen‘ Chinapolitik der DDR-Führung gesprochen werden; es handelt sich hier vielmehr um eine Modifikation und Anpassung der außenpolitischen Strategien an die ‚neuen‘ politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der 1980er-Jahre. Bereits in einem Geheimbericht der DDR-Führung aus den 1970er-Jahren über die Entwicklung des bilateralen Handels mit der VR China wies der ‚namenlose‘ Verfasser darauf hin, dass etwaige moralische oder ideologische Bedenken hinter den tatsächlichen Vorteilen, die sich aus Handelsbeziehungen ergeben, zurückzustehen haben: „*Dass Vietnam nach Kambodscha einmarschiert ist, sollte die Handelsbeziehung nicht belasten, sondern ist die Voraussetzung dafür, dass sich die beiden Seiten gegenseitig Vorteile verschaffen.*“<sup>77</sup>

#### **1.4 Die wesentlichen Elemente der Chinapolitik der DDR**

Die Außenpolitik der DDR setzt sich aus zahlreichen Elementen zusammen, die jeweils nach Maßgabe der aktuellen Situation und der aktuell bestehenden Interessen von der DDR-Führung entsprechend angepasst und verändert wurden. Als bestimmende Einflussfaktoren gelten zum Beispiel die aktuellen Auffassungen über die internationale politische Lage, die Vorgaben und Bewertungen der politischen Entwicklung aus Moskau, die allgemeinen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, die innenpolitische Situation in der DDR oder die Besonderheiten der geografischen Lage in der Mitte Europas, die Entwicklung des Kalten Krieges und die diesbezügliche Einschätzung für die Interessen der DDR und vieles mehr. Diese Elemente und Einflussfaktoren der Außenpolitik der DDR führten in den verschiedenen Zeiträumen zu unterschiedlichen Entscheidungen und Konsequenzen. In diesem Kapitel werden daher die wesentlichen Elemente der Außenpolitik der DDR in allgemeiner Absicht dargestellt und diskutiert, um die Komplexität der Sachverhalte, die für jeden einzelnen Fall bestehen, zu reduzieren und das Verständnis zu vereinfachen.

---

<sup>77</sup> Pan Qichang (2006), S. 126. Das Zitat im Geheimbericht wird in der zweiten Fußnote auf Seite 126 des Buchs, und zwar aus dem Aufsatz von Fabritzek, Uwe G., Die SED zwischen Moskau und Peking, in der im März 1973 erschienenen Zeitschrift Osteuropa, S. 189, wiedergegeben. In diesem Artikel findet sich allerdings kein Zitat, das sich in dieser Weise über die Chinapolitik der DDR äußert. Darüber hinaus stimmt die Angabe des Datums, an dem Vietnam nach Kambodscha einmarschierte – 25. Dezember 1978 –, nicht überein mit der Angabe 1973. Es ergibt sich somit die Schlussfolgerung, dass der chinesische Autor die Quelle des Zitats falsch abgeschrieben und falsch zitiert haben musste. Bei einer systematischen Recherche konnte die korrekte Quelle in den veröffentlichten Artikeln der Zeitschrift ‚Osteuropa‘ nicht gefunden werden.

Die Chinapolitik als Bestandteil der Außenpolitik der DDR nahm seit 1980 eine immer wichtiger werdende Bedeutung an. Wie die Außenpolitik von vielen verschiedenen Elementen bestimmt wurde, wurde damals auch die Chinapolitik von multivariablen Elementen beeinflusst wie beispielsweise die chinesisch-russische Beziehung, die Einschätzung der Beziehung mit der VR China und die Bewertung der zukünftigen Entwicklung, die historischen Kontakte mit China, die Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der VR China, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen, Deng Xiaopings Politik der Modernisierung Chinas und vieles mehr. Nach der allgemeinen Einführung der wesentlichen Elemente in der Außenpolitik der DDR erfolgt die Diskussion über die Chinapolitik, um die bestimmten nationalen und internationalen Entwicklungen aus der Perspektive der DDR und der VR China darzustellen und zu analysieren.

Die wesentlichen Elemente, die für die jeweiligen außenpolitischen Entscheidungen der DDR verantwortlich waren, bestehen aus ideologischen, innenpolitischen, ökonomischen, sowjetischen und internationalen Feldern. Darüber hinaus werden in diesem Zusammenhang auch die persönlichen Faktoren, die sich durch die jeweilige Persönlichkeit der beteiligten Außenpolitiker ergeben, anhand von Dokumenten diskutiert.

Als eines der wichtigsten Elemente gilt vor allem die ideologische Grundlage der Lehre des Marxismus-Leninismus. Diese Lehre bildete das Fundament für die Gründung der DDR im Jahr 1949 und den Machtanspruch der SED als sozialistisch-kommunistische Partei. Dieses ideologische Prinzip war der rechtmäßige Grund für die Macht der Parteien und ihre Herrschaft in allen sozialistischen Ländern. Nach diesem Prinzip wurde während des Kalten Krieges die Welt in zwei Lager aufgeteilt, den Ostblock und den Westblock, beziehungsweise in sozialistische und kapitalistische Staaten. Die DDR als sozialistischer Staat – ebenso wie die anderen sozialistischen Länder vor allem in Osteuropa – erhielt von der UdSSR aufgrund dieses ideologischen Prinzips die politische, ökonomische und militärische Unterstützung. Alle sozialistischen Länder galten daher als ‚Genossen‘ und ‚Brüder‘, deren ideologisches Band noch enger geknüpft war als beispielsweise eine Allianz, die sich zur Verfolgung von bestimmten Interessen bildet und gegebenenfalls wieder beendet wird.

Wenn die Führung der DDR die Entscheidung zu treffen hatte, ob eine diplomatische Beziehung mit einem anderen Staat eingegangen werden sollte, wurde dieser Staat zuerst danach beurteilt, ob er mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus übereinstimmt oder nicht. Je nachdem, ob es sich um eine sozialistische oder kapitalistische

Gesellschaftsordnung des betreffenden Staates handelte, wurde daraufhin eine entsprechende diplomatische Beziehung mit diesem Staat aufgenommen. In dem Fall der VR China wurde die Beziehung ohne vorherige diplomatische Kontakte oder Verhandlungen lediglich durch den Austausch von Telegrammen hergestellt, weil beide Länder dasselbe Grundprinzip, den Marxismus und Leninismus, vertraten und zudem unter der Führung von marxistisch-leninistischen Parteien, hier der SED und der KPCh, standen. Diese Konstellation stellt in der Geschichte der Diplomatie ein seltenes Ereignis dar. In den 1980er-Jahren entwickelte sich die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern noch intensiver und enger, weil sich jeweils beide Führungen mit denselben oder zumindest ähnlichen internationalen Aufgaben und Herausforderungen konfrontiert sahen, vor allem die Entwicklung des Kalten Krieges sowie des ökonomischen und technischen Fortschritts in den westlichen Industriestaaten.

#### **1.4.1 Die Sowjetunion**

Das Element Sowjetunion stellte den wichtigsten Einflussfaktor in der Gestaltung und Entwicklung der Außenpolitik der DDR dar. Die verfassungsmäßig vorgegebene Politik der DDR, den Interessen der Sowjetunion als ‚Bruderstaat‘ zu entsprechen, sowie das ideologische Prinzip des Marxismus-Leninismus ergänzten und bedingten sich wechselseitig, da die Sowjetunion als Mutterland der kommunistischen Bewegung und der Arbeiterklasse galt und ihre historischen Leistungen von den politischen Akteuren der DDR anerkannt und bewundert wurden. Das Ziel, der Sowjetunion verpflichtet zu sein, sowie die Lehren des Marxismus-Leninismus zu akzeptieren und in der Politik des ‚Arbeiter- und Bauern-Staates‘ abzubilden, stand in keinem Widerspruch.

In der Entwicklung der Außenpolitik der DDR spielte das Element Sowjetunion eine herausragende Rolle, weil die UdSSR im Kalten Krieg als eine ‚Supermacht‘ mit einem riesigen militärischen Potenzial und einem historisch legitimierten Machtanspruch auftrat. Die Epoche des Kalten Krieges, eine spannungs- und konfliktreiche Auseinandersetzung um die Vorherrschaft zwischen der UdSSR und den USA, bedeutete vor allem für die Länder in Europa eine große Herausforderung. Alle west- und osteuropäischen Länder mussten sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Grundfrage auseinandersetzen, welchem militärischen Sicherheits- und Verteidigungsbündnis – der im April 1949 gegründeten ‚NATO‘ oder dem im Mai 1955 gebildeten ‚Warschauer Pakt‘ – sie sich anschließen sollten. Für die DDR war die politische, ökonomische und

militärische Unterstützung durch die UdSSR zur Sicherung ihrer nationalen Existenz und zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der SED unverzichtbar. Seit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 stand die DDR zum Wiederaufbau des Landes und zur Durchsetzung des politischen Systems in Abhängigkeit zur UdSSR. Diese ideologische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeit bedeutete jedoch nicht, dass der Status der DDR dem einer sozialistischen Sowjetrepublik entsprach. Sowohl kulturell als auch geografisch weist das Volk der DDR keine traditionelle gemeinsame Geschichte mit Russland oder den russischen Bolschewiken auf wie etwa die Ukraine oder Weißrussland.

Aus der Perspektive der UdSSR galt die DDR als ein wichtiger Bündnispartner in Mitteleuropa, auf dessen Territorium sich ein sehr großes Kontingent von Land- und Luftstreitkräften der Sowjetarmee befand.<sup>78</sup> Die DDR stand im wirtschaftlichen Bereich mit der BRD in einem starken Konkurrenzverhältnis, um zu demonstrieren, welche Gesellschaftsordnung bessere Möglichkeiten der Entwicklung und des Fortschritts bot. In Anbetracht dieser ‚Rahmenbedingungen‘ lässt sich die Aussage treffen, dass die Führung der DDR sicherlich nur beschränkte Möglichkeiten besaß, ihre eigene Außenpolitik zu entwickeln und durchzuführen.

Seit der Breschnew-Ära verschlimmerte sich die wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion, was eine große Belastung für die UdSSR darstellte. Die Ursachen des Rückgangs der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Sowjetunion lassen sich auf drei wesentliche Gründe zurückführen: (1) die Zentralverwaltungswirtschaft (Planwirtschaft), (2) das militärische Wettrüsten mit den USA und (3) der dauerhafte Krieg in Afghanistan. In manchen Bereichen entwickelte sich in den 1980er-Jahren sogar eine gewisse Abhängigkeit in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR, zum Beispiel bei der Einfuhr von Maschinen aus den westlichen Industrieländern, bei der Ausfuhr der eigenen Produkte oder in Wirtschaftsbereichen wie der Elektro- und Chemieindustrie sowie im Maschinenbau. Die finanziellen sowjetischen Unterstützungen und die für die Volkswirtschaft der DDR sehr wichtigen sowjetischen Erdöllieferungen wurden seit Anfang der 1980er-Jahre stark reduziert, sodass sich die Führung der DDR gezwungen sah, eine Kreditanfrage an den ‚Dauerkonkurrenten‘ BRD zu richten. Seit der Einführung von Reformmaßnahmen von Michail Gorbatschow im Jahr 1986 wollte sich Mos-

---

<sup>78</sup> Siehe Fußnote 25.

kau nicht mehr in die inneren Angelegenheiten der Ostblockstaaten einmischen. In dieser Phase der bilateralen Beziehungen gewann die Führung der DDR mehr Möglichkeiten, ihre eigenen Interessen zu verfolgen und auszubauen sowie ihre eigene Außenpolitik zu formulieren und umzusetzen, besonders die Chinapolitik.

Die wirtschaftliche Lage in der UdSSR verschlimmerte sich seit den 1970er-Jahren; dieser Befund wird in der vorliegenden Arbeit mit statistischen Daten aus der Sowjetunion und Deutschland analysiert und diskutiert. Die beginnende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der UdSSR zeigt sich in der Statistik über die Jährlichen Wachstumsraten der Sowjetunion anhand des Bruttosozialprodukts (BSP), des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und des Außenhandelsumsatzes von 1970 bis 1989:<sup>79</sup>

Jährliche Wachstumsrate	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
BSP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
BIP	108,7 <sup>80</sup>	107,0	104,4	108,2	106,2	105,6	105,2	104,8	104,7	102,7
Außenhandelsumsatz	107,5	104,0	110,6	114,8	100,8	109,0	106,9	105,8	108,5	101,1

**Abbildung 1: Das Bruttosozialprodukt, das Bruttoinlandsprodukt und der Außenhandelsumsatz der Sowjetunion von 1970 bis 1979**

Jährliche Wachstumsrate	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
BSP	104,5	103,8	103,9	104,5	104,0	102,3	103,3	102,9	105,5	103,0

<sup>79</sup> Vgl. Slavic Research Center Library; Statistisches Bundesamt Sowjetunion, 1980 – 1991, Bilanz der letzten Jahre, Metzler Poeschel, Wiesbaden, 1992

<sup>80</sup> In der sowjetischen Statistik war die Grundzahl 100 Prozent, daher bedeutete zum Beispiel die Zahl 108,7 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 8,7 im Jahr 1970.

BIP	103,6	103,2	103,4	104,2	103,3	102,4	103,3	102,3	103,5	101,9
Außenhandelsumsatz	104,4	104,8	107,6	103,8	103,6	99,6	102,3	100,6	102,6	104,5

**Abbildung 2: Das Bruttosozialprodukt, das Bruttoinlandsprodukt und der Außenhandelsumsatz der Sowjetunion von 1980 bis 1989**

Nach den statistischen Daten von 1970 bis 1989 (siehe Abbildung 1 und 2) entwickelte sich das wirtschaftliche Wachstum in der Sowjetunion sehr langsam. Das BSP sank vom Jahr 1980 mit 104,5 auf 103,0 im Jahr 1989 um 1,5 Prozent. Das BIP sank ebenfalls vom Jahr 1970 mit 108,7 bis zum Jahr 1989 mit 101,9 um 6,8 Prozent. Die Außenhandelsumsätze verminderten sich von 107,5 im Jahr 1970 um 3,0 Prozent im Vergleich zum Jahr 1989 mit 104,5. Die Außenhandelsumsätze stagnierten insbesondere in den 1980er-Jahren; 1980 wurde ein Wert von 104,4, 1989 dagegen lediglich ein Wert von 104,5 statistisch erfasst, was einem minimalen Anstieg von 0,1 Prozent über einen Zeitraum von zehn Jahren entspricht. Die statistischen Angaben leiten sich aus den offiziellen Publikationen in der UdSSR ab, wobei davon auszugehen ist, dass aus Gründen der Propaganda diese Angaben noch einen positiveren Trend darstellen, als er den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Als zusätzliche Referenzquellen wurden daher die veröffentlichten Daten des Statistischen Bundesamtes herangezogen,<sup>81</sup> um die damalige wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion genauer erfassen und analysieren zu können. Die Abbildung 3 zeigt die wichtigsten Wirtschafts- und Sozialindikatoren I (Ernährung, Gesundheitswesen und Bildungswesen) der Sowjetunion und ausgewählter Industriestaaten (BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA) und die Abbildung 4 die Zusammenfassung der Daten für die Wirtschafts- und Sozialindikatoren II (Landwirtschaft, Energie, Außenhandel, Verkehr, Informationswesen und Sozialprodukt). Der Vergleich der Wirtschaftslage in den USA und der UdSSR im Jahr 1987 erfolgt in Abbildung 5.

---

<sup>81</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (1992). S.18

Indikator	Ernährung		Gesundheitswesen		Bildungswesen	
Land	Kalorienversorgung 1986		Lebenserwartung bei Geburt 1990	Einwohner je Krankenhausbett 1984	Anteil der Alphabeten an der Bevölkerung (15 und mehr Jahre 1990)	
	je Einwohner/Tag				eingeschriebenen Schüler an der Bevölkerung im Grundschulalter 1987 <sup>82</sup>	
	Kcal <sup>83</sup>	% des Be- darfs	Jahre	Anzahl	%	
BRD	3,528	130	75	89	99	101
Frankreich	3,356	130	76	170	99	113
Großbritannien	3,256	128	76		99	106
Italien	3,523	139	76	103 (79)	97 (86)	95
Japan	2,864	122	78	66 (87)	100 (84)	102
Kanada	3,462	129	77	150 (87)	99(80)	105
Sowjetunion	3,399	133	70	76 (90)	98 (89)	105
USA	3,645	138	76	171 (80)	99 (79)	100

**Abbildung 3: Wirtschafts- und Sozialindikatoren I der Sowjetunion und ausgewählter Industriestaaten<sup>84/85</sup>**

<sup>82</sup> 100 Prozent übersteigende Anteile begründen sich aus der Erfassungsmethode nach Unterrichtsstufen, wobei zum Teil Schüler miterfasst werden, die nicht zur entsprechenden Altersgruppe gehören.

<sup>83</sup> 1 Kilokalorie = 4,187 Kilojoule.

<sup>84</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (1992), S. 18.

<sup>85</sup> Bei den in Klammern gesetzten Zahlen handelt es sich um Jahresangaben.

Indikator	Landwirtschaft		Energie	Außenhandel	Verkehr	Informationswesen		Sozialprodukt
Land	Anteil der		Energieverbrauch je Einwohner 1988	Anteil weiterverarbeiteter Produkte an der Gesamtausfuhr 1988	Pkw 1986	Fernsprechhauptanschlüsse 1989	Fernsehempfangsgeräte 1987	Bruttonsozialprodukt zu Marktpreisen je Einwohner 1988
	Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt 1988	Landwirtschaftliche Erwerbspersonen an Erwerbspersonen insgesamt 1988				je 1.000 Einwohner		
	% <sup>86</sup>					Anzahl		US-Dollar
BRD	2	4	4,421	90	463	460	385 <sup>87</sup>	18.480
Frankreich	4	6	3,704	76	394	454	333	16.090
Großbritannien	2 (86)	2	3,756	82	318	427	347	12.810
Italien	4	8	2,608	89	408	350	257	13.330
Japan	3 (87)	7	3,306	98	250	416	587	21.020
Kanada	4 (84)	4	9,683	62	455 (87)	581 (90)	584	16.960
Sowjetunion	25 (90)	18 (90)	4,512	24 (87)	57 (90)	139	321 (89)	8.160 (87)
USA	2 (85)	3	7,655	78	561 (88)	524	811	19.840

**Abbildung 4: Wirtschafts- und Sozialindikatoren II der Sowjetunion und ausgewählter Industriestaaten**<sup>88/89</sup>

<sup>86</sup> 1 kg Öleinheit = 0,043 Gigajoule.

<sup>87</sup> Empfangsgenehmigung.

<sup>88</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (1992), S. 18.

<sup>89</sup> Bei den in Klammern gesetzten Zahlen handelt es sich um Jahresangaben.

	USA	UdSSR
BIP (Millionen US-Dollar)	5.093.396	1.965.457
Bevölkerung (Tausend)	244.942	283.100
BIP pro Kopf (US-Dollar)	20.880	6.943
Arbeitsplatz (Tausend)	114.697	138.121
Jahresarbeitszeit	1.608	1.700
Stundenleistung (US-Dollar)	27,62	8,37

**Abbildung 5: Vergleich der Wirtschaftslage in den USA und der UdSSR im Jahr 1987<sup>90</sup>**

Insbesondere bei der Betrachtung der Wirtschafts- und Sozialindikatoren der beiden „Supermächte“ UdSSR und USA zeigt sich das Gesamtergebnis, dass sich anhand der statistischen Daten die Sowjetunion in den 1980er-Jahren nicht auf „Augenhöhe“ mit dem wirtschaftlichen Leistungsvermögen der USA befand. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt betrug in den USA im Jahr 1985 2 Prozent, während die UdSSR einen Anteil von 25 Prozent verzeichnete. Einen ähnlich niedrigen Anteil von 2 bis 4 Prozent der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt wiesen die anderen ausgewählten Industriestaaten auf. Auch der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen an den Erwerbspersonen insgesamt betrug in der UdSSR 18 Prozent im Jahr 1990, während die USA lediglich einen Anteil von 3 Prozent erreichte. Der Vergleich im Bereich des Außenhandels führt zu dem Ergebnis, dass die UdSSR in der Rubrik „Weiterverarbeiteter Produkte an der Gesamtausfuhr“ mit großem Abstand den letzten Platz einnahm (24 Prozent); die höchsten Anteile erzielten die BRD mit 90 Prozent und Japan mit 98 Prozent; die USA erreichte einen Anteil von 78 Prozent.

Die statistischen Daten im Bereich Verkehr (Pkw je 1.000 Einwohner) und Informationswesen (Fernsprechhauptanschlüsse, Fernsehempfangsgeräte je 1.000 Einwohner) verdeutlichen ebenfalls den Befund, dass sich die Sowjetunion in den 1980er-Jahren in einem Prozess des wirtschaftlichen Niedergangs befand. Während beispielsweise in Kanada im Jahr 1987 die Hälfte der Einwohner über einen Pkw, Fernsprechhauptanschluss und ein Fernsehempfangsgerät verfügte, betrug der Anteil der sowjetischen Be-

---

<sup>90</sup> Quelle: Maddison, Angus, Measuring the Performance of a Communist Command Economy, The Review of Income and Wealth, September 1998, Number 3. Table 8.

völkerung lediglich 57 bei den Pkws (1990), 139 bei den Fernsprechhauptanschlüssen (1989) und 321 je 1.000 Einwohner bei den Fernsehempfangsgeräten (1989). Bei diesen Indikatoren nahm die USA den Spaltenplatz ein mit 561 Pkws (1988) und 811 Fernsehempfangsgeräten (1987) je 1.000 Einwohner.

Ein wichtiger Indikator für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft stellt das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen je Einwohner dar. Die Daten weisen für die UdSSR ein Bruttosozialprodukt von 8.160 US-Dollar (1987) und für die USA ein Bruttosozialprodukt von 19.840 US-Dollar (1988) aus; auch alle anderen ausgewählten Industriestaaten rangieren in diesem Ranking über der UdSSR. Unter Berücksichtigung dieser statistischen Daten lässt sich die These aufstellen, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjetunion im Dezember 1991 keine Überraschung darstellte, insofern der Niedergang der sowjetischen Volkswirtschaft sich bereits in den 1980er-Jahren deutlich abzeichnete.

Die Auswertung der statistischen Daten zeigt, dass für die erfolgreiche Entwicklung einer Volkswirtschaft die moderne Technik und das Niveau der Wissenschaft eine entscheidende Bedeutung als Wachstumsfaktoren besitzen. Obgleich die Sowjetunion in den Bereichen der Luft- und Raumfahrt, Atomwaffentechnik und des U-Boot-Baus eine Spaltenposition einnahm, befanden sich ihre industriellen Anlagen und Maschinen in einem veralteten Zustand. Das statistische Datenmaterial führt darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass die UdSSR trotz einer sehr hohen Bevölkerungszahl und eines unermesslichen Reichtums an Bodenschätzten und natürlicher Ressourcen im Vergleich zu den viel kleineren Ländern wie der BRD oder Japan ein wesentlich geringeres Bruttosozialprodukt (BSP) erwirtschaftete.

### **Interkit<sup>91</sup>**

Seit Dezember 1967 organisierte Moskau Konferenzen in ihren Botschaften mit Militärverbündeten aus dem Warschauer Pakt (außer Rumänien) und der Mongolei, um die politischen, ideologischen und kulturellen Aspekte der Beziehungen der kommunistischen Länder zur VR China festzulegen und zu koordinieren. Neben dem militärischen Druck auf die chinesische Führung führte Moskau über diese multilateralen Beratungen

---

<sup>91</sup> Die ‚Interkit‘-Konferenzen stellen eine wichtige Quelle zur Beurteilung des Spannungs- und Konfliktfeldes zwischen Moskau und Beijing dar; die systematische Auswertung der Dokumente und Inhalte der jährlich abgehaltenen Sitzungen steht sowohl in der BRD als auch in der VR China noch aus.

eine ideologische Kampagne gegen Beijing.<sup>92</sup> Die Konferenzen erfüllten eine sowjetische Kontrollfunktion über Form und Inhalt der Beziehungen der kommunistischen Ostblockstaaten mit der VR China. Die erste Sitzung dieser Gruppe fand unter der Bezeichnung ‚Interkit‘<sup>93</sup> vom 14. bis 21. Dezember 1967 unter Beteiligung von Vertretern der sowjetischen KPdSU, der SED und der kommunistischen Parteivertreter aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und der Mongolischen Volksrepublik in Moskau statt. Die Tagesordnungspunkte und die Beratungsbeschlüsse wurden von den Delegierten der SED in einem Sitzungsprotokoll festgehalten:

*„Auf Vorschlag der sowjetischen Genossen wurde folgende Tagesordnung beschlossen:*

1. *Erarbeitung einer gemeinsamen Einschätzung in Form eines Arbeitsmaterials zur Lage in der VR China und zur Politik der Mao Tse-tung-Gruppe*
2. *Mündlicher Informationsaustausch zu diesen Fragen*
3. *Meinungsaustausch über das weitere Vorgehen in der Auseinandersetzung mit der Politik der Mao Tse-tung-Gruppe sowie über die Koordinierung der Forschungstätigkeit und des Informationsaustausches auf diesem Gebiet [...]*

*Auf der Beratung herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Auseinandersetzungen mit der Politik und der Ideologie der Mao Tse-tung-Gruppe eine Grundfrage von entscheidender Bedeutung für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und die Einheit der kommunistischen Weltbewegung sowie das Zusammenwirken mit der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung ist [...]“<sup>94</sup>*

Von 1967 bis zum Ende der ‚Interkit‘-Konferenzen im Jahr 1986 bildeten diese politischen und ideologischen Stellungnahmen der Teilnehmer zur aktuellen Politik der VR China das Hauptthema der Beratungen. Selbst als Walter Ulbricht unter dem politischen Druck von Moskau sein Amt als Staatsratsvorsitzender der DDR im Mai 1971 aufgeben musste, nahm die DDR weiterhin eine aktive Rolle bei diesen Konferenzen ein und zweifelte den Führungsanspruch Moskaus für die ‚Einheit der kommunistischen Weltbewegung und die Einheit der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung‘ zu keinem

---

<sup>92</sup> Vgl. Watts, Larry, A Romanian INTERKIT? Soviet Active Measures and the Warsaw Pact ‚Maverick‘ 1965-1989, December 2012, CWIHP Working Paper #65, Washington DC, USA; Hershberg, James G., The Interkit Story: A Window into the Final Decades of the Sino-Soviet Relationship, February 2011, CWIHP Working Paper #63, Washington DC, USA, 2011

<sup>93</sup> Die Bezeichnung ‚Interkit‘ setzt sich aus dem Wort ‚inter‘ für ‚international‘ und ‚kitai‘ für das russische Wort für China zusammen.

<sup>94</sup> DDR-Bericht von Interkit in Moskau am 27.12.1967, SAPMO-BA, DY 30, IV A 2/20/1150.

Zeitpunkt an. Im Jahr 1982 zeigte sich allerdings ein Umbruch und Wandel im Verhältnis der DDR-Führung zur Sowjetunion; Erich Honecker verweigerte erstmals seine Unterschrift unter das Protokoll der ‚Interkit‘-Sitzungen. Dieses demonstrative Verhalten markierte den Beginn einer eigenständigen und unabhängigen Chinapolitik der DDR-Führung.

Im Oktober 1984 löste sich die gemeinsame propagandistische Front der kommunistischen Ostblockstaaten gegenüber der VR China zunehmend auf, im Februar 1985 verlor die KPdSU ihre Vormachtstellung und ihre Einflussmöglichkeiten auf ihre ‚Bruderparteien‘ im Hinblick auf deren Chinapolitik. In den folgenden Jahren erklärte Michail Gorbatschow den osteuropäischen Führungen, dass sich die KPdSU in die inneren Angelegenheiten ihrer Länder in Zukunft nicht mehr einmischen werde. Diese neue Situation führte zum Beginn der politischen Reformbewegungen in Osteuropa.<sup>95</sup>

Die VR China befand sich als Agrargesellschaft seit ihrer Gründung im Jahr 1949 in einer ähnlichen wirtschaftlich angespannten Situation wie die UdSSR. Die chinesische Führung hatte schon früher die Differenz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen China und den westlichen Industriestaaten wahrgenommen und als Problem erkannt,<sup>96</sup> aber wegen den durch die Kulturrevolution ausgelösten innenpolitischen Spannungen und Konflikten, den Auswirkungen der kommunistischen Planwirtschaft und der staatlichen Enteignung von Kleinbauern und Handwerkern entwickelte sich die chinesische Wirtschaft zunächst sehr langsam. Durch die seit 1978 begonnene Reform- und Öffnungspolitik unter der Führung von Deng Xiaoping wurden die kommunistischen Vorgaben und Zielsetzungen, die den Entscheidungs- und Handlungsspielraum des Einzelnen einschränkten, gelockert, sodass sich das ökonomische Potenzial des Landes freier entfalten konnte. Die Konzentration der chinesischen Politik auf die ökonomischen Bedürfnisse und volkswirtschaftlichen Interessen des Landes führte in den 1980er-Jahren zu intensiveren Beziehungen mit den technologisch fortgeschrittenen westlichen Industriestaaten als Handelspartner; zu diesen Ansprechpartnern gehörte auch die Wirtschaft der DDR.

---

<sup>95</sup> Vgl. Wentker (2007), S. 534-535.

<sup>96</sup> Vgl. Zhou Enlai, Bericht über die Arbeiten der Regierung für die 1. Tagung des 3. Nationalen Volkskongresses im Jahr 1964. Das Landbauziel, Vier-Modernisierungen, wurde im Jahr 1964 in dem Bericht zum ersten Mal eingeführt.

Am 27. Dezember 1979 marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein. Dieser Krieg dauerte bis 1988 an; fast bis zur Auflösung der Sowjetunion und Umwandlung in eine ‚Gemeinschaft Unabhängiger Staaten‘ (GUS) im Dezember 1991. Vor der sowjetischen Invasion war die politische Lage in Afghanistan durch einen Machtkampf zwischen Muhammad Taraki und Hafizullah Amin, die beide einen sozialistischen Kurs verfolgten, geprägt, der schließlich durch den Tod von Muhammad Taraki und den Ausbruch eines afghanischen Bürgerkrieges eskalierte. Nach der Ermordung des afghanischen Präsidenten Hafizullah Amin durch sowjetische Fallschirmjäger begannen der bis Dezember 1988 andauernde militärische Konflikt und die Besatzungszeit in Afghanistan. Entsprechend der Strategie der Sowjetunion, die mittelasiatische Region bis zum Indischen Ozean (Südgrenze der Sowjetunion) unter ihren Macht- und Einflussbereich zu bringen und zu kontrollieren, besetzte die Sowjetunion mit zwischenzeitlich über 100.000 Soldaten und starken Panzerverbänden Afghanistan, wobei sie innerhalb einer Woche die Hauptstadt Kabul und weitere Städte wie Bagram und Herat einnahmen.

Die sowjetische Besatzung in Afghanistan führte zu erbitterten Kämpfen mit den Muschaheddin. Die afghanische Widerstandsbewegung erhielt zur Fortsetzung ihres Kampfes finanzielle und militärische Unterstützung vor allem von den USA unter der Kontrolle und Führung des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA. Von Dezember 1979 bis zum Abzug der sowjetischen Truppen im Dezember 1988 entwickelte sich der Afghanistankrieg zu einer sehr großen Belastung für die sowjetische Volkswirtschaft; die Kosten für die militärische Besatzung betrugen in ihrem höchsten Niveau 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Während des Krieges wurden bis zu 14.453 sowjetische Soldaten getötet, 469.685 Soldaten verletzt. Die sowjetischen Truppen verloren 147 Panzer, 21 Flugzeuge und 333 Hubschrauber. Der Krieg in Afghanistan wurde von der Mehrheit der Staaten und den Vereinten Nationen verurteilt und führte die UdSSR in die internationale politische Isolation. Aufgrund des Scheiterns der militärischen Zielsetzungen in Afghanistan, der schlechten wirtschaftlichen Lage und gesellschaftlichen Krise in der UdSSR wurde der Afghanistankrieg von der Führung der Sowjetunion schließlich beendet. Im Februar 1988 gab Michail Gorbatschow, der Generalsekretär der KPdSU, den Abzug der sowjetischen Truppen in Afghanistan bekannt, der schließlich am 15. Februar 1989 vollständig abgeschlossen wurde. In der Weltöffentlichkeit

wurde dieser erfolglos geführte Krieg später als das ‚sowjetische Vietnam‘ bezeichnet. Zwei Jahre später existierte die Sowjetunion nicht mehr.<sup>97</sup>

Der Verlauf und das Ende des Afghanistankrieges, der bevorstehende Staatsbankrott der sowjetischen Volkswirtschaft, die schlechte Versorgungslage der sowjetischen Bevölkerung und die neue Politik von Michail Gorbatschow veränderten die politische Stellung der UdSSR in der Welt und insbesondere in Europa. Die demokratischen Bewegungen in Osteuropa erzielten erste Erfolge und entwickelten sich weiter. Nach einem ersten Staatsbesuch eines sowjetischen Präsidenten nach dreißig Jahren im Mai 1989 durch Michail Gorbatschow in Beijing normalisierten sich die chinesisch-sowjetischen Beziehungen dramatisch.<sup>98</sup>

Die Versuche der VR China und der UdSSR, die bilateralen Beziehungen nachhaltig zu verbessern, reichen bereits in das Jahr 1978 zurück. Diese Annäherung der beiden führenden kommunistischen Länder hatte eine besondere Bedeutung für die Führung in der DDR, wenn es darum ging, eine neue Chinapolitik einzuführen. Von 1964 bis 1982 bestanden kaum Kontakte zwischen der VR China und der Sowjetunion. Nach dem Tod von Mao Zedong im September 1976 äußerte Leonid Breschnew in freundlichen Erklärungen den Wunsch, eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu realisieren. In einem Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas betonte Breschnew, dass die KPdSU die politische Entwicklung innerhalb der chinesischen Gesellschaft seit Langem mit Aufmerksamkeit verfolge, wobei der Weg und die Tendenz der chinesischen Politik von außen schwer einzuschätzen und zu bewerten sei; die Sowjetunion sei jedoch bereit, auf der Grundlage des Prinzips der friedlichen Koexistenz die Beziehungen mit der VR China zu normalisieren. In seiner Tischrede am

---

<sup>97</sup> Vgl. Botscharow, Gennadi, Die Erschütterung Afghanistan – Das sowjetische Vietnam, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin, 1991; Yousaf/Adkin, Afghanistan – The Bear Trap: The Defeat of a Superpower, Casemate 2001; Borowik, Land der Blutenden Sonne, Mit der Roten Armee in Afghanistan, Rowohlt TB-V., Rnb. 1992

<sup>98</sup> Nikita Chruschtschow reiste dreimal zu einem Staatsbesuch in die VR China: vom 29. September bis 12. Oktober 1954, Ende Juli 1958 im Rahmen eines Geheimbesuchs und vom 30. September bis 4. Oktober 1959. Seitdem fand kein offizieller sowjetischer Staatsbesuch mehr bis Mai 1989 in der VR China statt. Siehe Day/Jones (1985); 彼得·琼斯, 西安·凯维尔著, 郭学德, 朱耀先, 黄飚译, 中苏关系内幕纪实.

18. Oktober 1976 anlässlich eines Banketts mit der mongolischen Führung brachte Bre-schnew zum Ausdruck, dass die UdSSR für den Dialog mit der VR China bereit sei.<sup>99</sup>

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und den USA am 1. Januar 1979 förderte den Prozess der Annäherung zwischen der UdSSR und der VR China. Deng Xiaoping reiste in seiner Eigenschaft als Stellvertretender Premierminister Chinas hierfür zu einem Staatsbesuch nach Washington. Kurz vor dem Staatsbesuch von Deng Xiaoping brach im Februar 1979 der chinesisch-vietnamesische Krieg, der nach heftigen Kampfhandlungen nach vier Wochen durch den Abzug der chinesischen Streitkräfte beendet wurde, aus.<sup>100</sup> Vietnam galt als ein wichtiger politischer Partner der UdSSR in Südostasien, weshalb die militärische Intervention Chinas als eine Mahnung von Beijing an die Adresse Moskaus gerichtet war. Diese beiden Ereignisse – die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der VR China mit den USA und der chinesisch-vietnamesische Krieg – führten die UdSSR in eine noch isoliertere internationale Lage, sodass die Führung der UdSSR schließlich die Entscheidung traf, durch eine Änderung ihrer Chinapolitik sich der VR China wieder anzunähern und dadurch aus ihrer politischen Isolation herauszutreten.

Zhu Liang, Leiter der Abteilung Internationale Verbindung des Zentralkomitees der KP Chinas und Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chinas, vertrat anlässlich des Besuchs von Erich Honecker in der VR China im Jahr 1986 die parteipolitische Auffassung, dass keine politische Organisation das Recht habe, sich als Führungspartei zu betrachten; es spielt dabei keine Rolle, ob es sich um große oder kleine Parteien handelt, weil „alle müssten gleichberechtigt behandelt werden und alle sollten voneinander lernen. Da die Situation jeder Partei anders sei, gebe es natürlich Meinungsverschiedenheiten. Selbst innerhalb einer Partei gebe es nicht nur übereinstimmende Meinungen.“

---

<sup>99</sup> Vgl. 吴跃农, 从"塔什干讲话"到"海参崴讲话":中苏关系正常化历程, 《党史纵览》2011年08期, 合肥., Wu Yuenong, von der Rede in Taschkent zur Rede in Wladiwostok, die Normalisierung der Beziehung von der VR China und der UdSSR, Geschichte der KPCh, August, 2011, Hefei, China

<sup>100</sup> Der chinesisch-vietnamesische Krieg hatte eine starke politische Bedeutung. Manche Autoren gehen davon aus, dass Deng Xiaoping den Gegnern in der chinesischen Armee, die sich gegen eine Reform der Armee aussprachen, die wirkliche Situation der Armee zeigen wollte, indem er den ‚Strafkrieg‘ gegen Vietnam führen ließ. Für Deng Xiaoping befand sich die damalige chinesische Befreiungsarmee insgesamt in einem rückständigen und veralteten Zustand. Einige Forscher glauben sogar, dass der ‚Strafkrieg‘ auch eine Mahnung für Großbritannien signalisierte, weil die Führung der VR China die ‚Sonderverwaltungszone‘ Hongkong zurücknehmen und Beijing daher den Willen zum Ausdruck bringen wollte, die chinesische Souveränität ernst zu nehmen.

*Das sei wie in einer Familie. Deshalb sei die KP Chinas gegen gemeinsame Kommuni-qués und Dokumente ...“<sup>101</sup>*

Am 24. März 1982, während seines Besuches in Taschkent, der Hauptstadt Usbekistans, brachte Leonid Breschnew in einer Rede zum Ausdruck, dass die Sowjetunion beabsichtigte, ihr Verhältnis zur VR China zu ändern. In seiner Rede hatte Breschnew mehrmals betont, dass die Sowjetunion der Führung Chinas die Mitteilung gegeben habe, die Verhandlungen über die sowjetisch-chinesische Grenzfrage fortzusetzen. Außerdem führte er in seiner Rede in Taschkent vier wichtige Punkte an: (1) trotz zahlreicher in der Vergangenheit geführter ideologischer Debatten zwischen beiden Ländern erkenne die Führung der UdSSR an, dass die VR China ein sozialistisches Land sei; die Führung der UdSSR wolle sich jedoch in die inneren Angelegenheiten Chinas nicht einmischen; (2) die Sowjetunion respektiere und unterstütze die ‚Ein-China-Politik‘; (3) die Sowjetunion stelle keine Bedrohung für die VR China dar, die Führung der Sowjetunion sei bereit, die Verhandlungen über die Grenzfrage mit China fortzusetzen; (4) die Führung der Sowjetunion habe die Freundschaft mit China nie vergessen und wolle mit der VR China eine Reihe von Abkommen über den wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch schließen, unter der Voraussetzung, dass sich die Sowjetunion und China gegenseitig respektierten, sich in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes nicht einmischten und die Interessen der anderen Länder nicht beschädigen sollten.<sup>102</sup> Diese Äußerungen wurden als ein wichtiges Signal für die Versöhnung zwischen der UdSSR und der VR China betrachtet.

Kurz darauf, am 26. März 1982, gab Qian Qichen (钱其琛), der Sprecher des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, bei der ersten Pressekonferenz in der Geschichte dieses Ministeriums den Kommentar ab, dass Beijing die in der Rede enthaltenen Angriffe gegen China ablehne und in der Beziehung zwischen China und der Sowjetunion allein die tatsächlichen Handlungen der UdSSR von Bedeutung seien.<sup>103</sup>

Während in der Vergangenheit seit dem Abbruch der Beziehungen Beijing alle offiziellen Äußerungen aus Moskau stets mit einer heftigen Kritik kommentierte, zeigte die

---

<sup>101</sup> Stellungnahme von Zhu Liang bei der Begegnung von Li Xiannian mit Erich Honecker in Beijing im Jahr 1986; siehe PA AA, MfAA, ZR 2492/90, S. 4.

<sup>102</sup> Rede in Taschkent im März 1982 von Leonid Breschnew; die Rede verfolgte das Ziel, zur Entspannung der Beziehung zwischen der UdSSR und der VR China beizutragen.

<sup>103</sup> Vgl. Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报) vom 25. März 1982.

Reaktion im März 1982, dass Beijing inzwischen ebenso eine andere Grundhaltung gegenüber der UdSSR angenommen hatte. Dieser Kommentar wurde im Rahmen einer Einschätzung und Diskussion zur internationalen Politik und der innenpolitischen Situation in der UdSSR von der chinesischen Führung abgegeben. Die Inhalte der ersten Pressekonferenz des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wurden jeweils nach telefonischer Rücksprache mit Deng Xiaoping wiedergegeben.<sup>104</sup>

Bei der Präsidentschaftswahl 1980 setzte sich der republikanische Herausforderer Ronald Reagan gegen Jimmy Carter, den amtierenden Präsidenten aus dem Lager der Demokraten, durch; er wurde am 20. Januar 1981 als 40. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt. Als Vizepräsident wurde George Bush Senior ernannt. Die Amtszeit von Ronald Reagan dauerte vom 20. Januar 1981 bis 20. Januar 1989. In dieser Zeit entstand eine neue Ära der amerikanischen Außenpolitik, die zu Beginn zu einer Verschärfung und schließlich zum Ende des Kalten Krieges führte.

Im Mittelpunkt der Außenpolitik Reagans stand sein Antikommunismus. Er beschloss am 23. März 1983 die Durchführung der sogenannten ‚Strategic Defense Initiative‘ (SDI) zum Aufbau eines militärischen Abwehrschirms angeblich gegen die Bedrohung durch sowjetische Interkontinentalraketen. Auch wenn die Entwicklung dieses Waffensystems in den 1980er-Jahren zu keinen konkreten Ergebnissen führte und inzwischen als gescheitertes Mammutprojekt betrachtet wird, entfaltete die Initiative eine erfolgreiche und effektive politische Wirkung. Das politische Ziel der SDI bestand darin, die UdSSR in einen noch stärkeren Kreislauf des Wettrüstens zu führen und zu noch höheren Militärausgaben zu veranlassen. Angesichts der volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten der UdSSR in den 1980er-Jahren konnte die Sowjetunion auf diese US-amerikanische Herausforderung nicht mehr angemessen reagieren. Es lässt sich daher die Aussage treffen, dass das angekündigte Projekt eines militärischen Abwehrschirms gegen sowjetische Interkontinentalraketen zum Ende des Kalten Krieges führte und den volkswirtschaftlichen Zusammenbruch der Sowjetunion beschleunigte.

Trotz der volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten führte die Sowjetunion das Wettrüsten mit den USA in den folgenden Jahren weiter. Die UdSSR verwendete in ihrer Geschichte 10 bis 14 Prozent des BIP für militärische Ausgaben, in einem Jahr einmalig sogar 40

---

<sup>104</sup> Vgl. 钱其琛, 外交十记, 世界知识出版社, 北京 (2003), Qian Qichen, Erinnerung an der Diplomatie, World Affairs Press, Beijing, 2003

Prozent des BIP. Die Ausgaben in die Entwicklung und Forschung von militärischen Gütern stellten in der sowjetischen Volkswirtschaft einen wichtigen Faktor dar. Der Waffenexport nahm in der damaligen UdSSR und ebenso im heutigen Russland zur Beschaffung von Devisen eine wichtige Stellung ein.<sup>105</sup>

Der Afghanistankrieg, der Rüstungswettlauf mit den USA, die vor dem Bankrott stehende Zentralverwaltungswirtschaft in den 1980er-Jahren und die demokratischen Bewegungen in Osteuropa und in der UdSSR stellten für die Herrschaft der KPdSU eine große Herausforderung dar.

Nach den kurzen Amtszeiten von Juri Andropow und Konstantin Tschernenko gelangte Michail Gorbatschow am 11. März 1985 als Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU an die Macht. Bereits lange Zeit vor dem Machtantritt von Gorbatschow zeichnete sich ab, dass angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Probleme im eigenen Land die Subventionierung der osteuropäischen ‚Satellitenstaaten‘ der UdSSR als ein immer weniger tragbarer Preis für den Erhalt des sowjetischen Imperiums erschien.<sup>106</sup> Um Lösungsperspektiven für die vielfältig bestehenden ökonomischen sowie innen- und außenpolitischen Problemfelder zu eröffnen, stellte Gorbatschow offiziell am 27. Januar 1987 auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU ein Paket von Reformmaßnahmen vor mit dem Ziel, das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche System der Sowjetunion neu zu strukturieren, um die Zukunftsfähigkeit des Landes zu erhalten. Die vorgeschlagenen Reformen wurden unter dem Begriff ‚Perestroika‘ (Umbau, Umgestaltung) zusammengefasst.

Neben der Reformierung der sowjetischen Gesellschaft und Wirtschaft verfolgte Gorbatschow eine Abrüstungs- und Entspannungspolitik mit den USA. Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Michail Gorbatschow und Ronald Reagan den Abrüstungsvertrag ‚Intermediate-Range Nuclear Forces‘ (INF), der beide Staaten zum vollständigen Abbau von Kurz- und Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.000 Kilometer verpflichtete. Bereits im Jahr 1985 wurden erneut Verhandlungen über die Re-

---

<sup>105</sup> Vgl. Wulf, Herbert, Arms industry limited, Stockholm International Peace Research Institute, Oxford Univ. Press, Oxford 1993; Schwanitz, Simone, Die russische Rüstungsindustrie: ein weißer Fleck der Privatisierung? Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien ; 1994, S. 47.

<sup>106</sup> Vgl. Gerd Herzog, Schäfe als Stärke, Bargaining Power im RGW, Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, H 17/1998., in Hans-Hermann Hertle, Konrad Jarausch (Hgg.): Risse im Bruderbund, Die Krim-Gespräche Honecker – Brezhnev 1974 bis 1982, Ch. Links Verlag, 2006, S.52

duzierung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffensysteme aufgenommen; dieser sogenannte ‚START-I-Vertrag‘ wurde schließlich im Juli 1991 unterzeichnet. Die Sowjetunion reduzierte außerdem die Militärhilfe für kommunistische Rebellenbewegungen in Afrika und Lateinamerika drastisch. Im Dezember 1989 zogen sich die sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan zurück; die Vereinten Nationen sollten zudem beim Wiederaufbau des Landes stärker einbezogen werden.<sup>107</sup>

Die UdSSR verzichtete auch auf die Kontrolle und Überwachung von anderen sozialistischen Staaten, da nach den neuen Leitlinien der sowjetischen Politik die kommunistische Staatsform nun nicht mehr maßgeblich sei. Durch die Abschaffung der sogenannten ‚Breschnew-Doktrin‘<sup>108</sup> konnte nun jeder sozialistisch-kommunistische Staat unabhängig und frei entscheiden, welcher Ideologie und politischen Weltanschauung er sich anschließen möchte. Gorbatschow erklärte, wenn sich ein Staat dazu entscheiden sollte, sich vom Sozialismus abzuwenden, würde die Sowjetunion nicht eingreifen. Durch diese Aussage wurden die mit der Sowjetunion verbündeten Staaten ebenfalls zu politischen Reformen aufgefordert und ermutigt. Die ‚Breschnew-Doktrin‘ bildete seit 1968 den Gegenstand einer kontroversen Debatte zwischen der VR China und der UdSSR; Beijing betrachtete die Doktrin als Ausdruck des sowjetischen Chauvinismus und Hegemoniestrebens. Die Tatsache, dass die DDR diese Doktrin aufgrund ihrer prosowjetischen Grundhaltung akzeptierte, verhinderte über viele Jahre hinweg eine intensivere und bessere Beziehung zwischen der DDR und der VR China.

Nach der Einführung der Reformen, ‚Perestroika‘, versuchte Gorbatschow, um vor allem mehr Unterstützung von der sowjetischen Gesellschaft zu erhalten, weitere Reformen durchzuführen. Diese innenpolitischen Reformmaßnahmen, die als ‚Glasnost‘ (Offenheit) bezeichnet wurden, zielten darauf ab, eine größere Transparenz sowie Presse- und Redefreiheit im Sinne einer Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft zu schaffen.

---

<sup>107</sup> Vgl. Credentials of representatives to the 6th emergency special session of the General Assembly: resolution/adopted by the General Assembly, UN Document Symbol: A/RES/ES-6/1, 15. Januar 1980; The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security: resolution/adopted by the General Assembly, UN Document Symbol: A/RES/ES-6/2, 15. Januar 1980.

<sup>108</sup> Vgl. Ouimet (2003). Diese Doktrin führte den Begriff der ‚beschränkten Souveränität‘ von sozialistischen Staaten ein; aufgrund dieser Doktrin wurde das Recht der Sowjetunion abgeleitet, in dem Fall, wenn in einem dieser Staaten der Sozialismus bedroht werde, militärisch einzutreten. Die Hauptaussage lautete: „Die Souveränität der einzelnen Staaten findet ihre Grenze an den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft.“ Diese Doktrin wurde im Jahr 1968 während der sowjetischen Invasion in die Tschechoslowakei eingeführt.

Bedingt durch die schwierige Phase des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft entwickelte sich die sowjetische Wirtschaft von Stagnation zum Verfall. 1991 sank das sowjetische BIP um 17 Prozent;<sup>109</sup> zwischen 1990 und 1991 stiegen die Verbraucherpreise in der Sowjetunion um 140 Prozent. Die allgemeine Lebensqualität sank und die öffentliche Kritik an der Politik der KPdSU wurde zunehmend aggressiver und heftiger. „Glasnost“ ermöglichte den Medien eine kritische Berichterstattung über politische und gesellschaftliche Ereignisse. Die kontroversen und temperamentvollen Debatten im Volksdeputiertenkongress wurden im Fernsehen live übertragen; sie lösten einen Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit aus durch die Bewusstwerdung der schlechten wirtschaftlichen Situation, in der sich das Land tatsächlich befand, und durch die Enthüllung von gefälschten und manipulierten statistischen Angaben. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Führungskompetenz der KPdSU nahm innerhalb kurzer Zeit rapide ab.

Die Reformbestrebungen und die beginnende Demokratisierung in der Sowjetunion erfassten auch die sozialistischen Staaten Osteuropas und der DDR. Die bisherige Herrschaft der kommunistisch-sozialistischen Parteien begann sich allmählich ab 1989 durch die Bürgerrechtsbewegungen und die Forderung nach freien Wahlen aufzulösen. Das Ausmaß und die Folgen von „Perestroika“ und „Glasnost“ sowohl in der Sowjetunion als auch in den „Bruderstaaten“ überraschten selbst Michail Gorbatschow. Die Führung der KPdSU sah sich dem öffentlichen Vorwurf einer gescheiterten Reformpolitik ausgesetzt, die den Bankrott der Sowjetunion zu verantworten hätte.

Die Führung der UdSSR suchte in dieser prekären Situation politische Unterstützung von der VR China und verfolgte dabei das Ziel, eine strategische Kooperation Chinas mit den USA zuungunsten der UdSSR zu verhindern. Die sowjetische Führung befand sich in diesen Jahren des Umbruchs und der Neuorientierung in einer derart pessimistischen Stimmung, dass Moskau sogar die Wiederannäherung der DDR an die VR China am Anfang der 1980er-Jahre als eine konspirative Strategie Beijings interpretierte, die enge Beziehung zwischen der UdSSR und der DDR zu entfremden. In einem Schreiben des Zentralkomitees der SED an das Zentralkomitee der KPdSU am 27. Juli 1982 gab

---

<sup>109</sup> Die Statistik der UdSSR wies im Jahr 1989 ein BIP von 2.659.500 Millionen US-Dollar aus, das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 9.211 US-Dollar. Im Jahr 1990 erzielte die USA zum Vergleich ein BIP von 5.233.300 Millionen US-Dollar und ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von 21.082 US-Dollar; siehe CIA World Factbook (1991).

die Führung der SED gegenüber Moskau eine Erklärung ab, die keinen Zweifel an der Loyalität und Verbundenheit der SED mit den Interessen der KPdSU aufkommen ließ; die VR China wird in diesem Schreiben als ‚imperialistischer Handelspartner‘ bezeichnet.

*„Das ZK der SED stimmt daher vollkommen mit Ihrem Hinweis überein, dass unsere gemeinsamen Interessen ein komplexes politisches Herangehen erfordern. Wir empfehlen folgendes: Ausarbeitung eines abgestimmten Planes konkreter Aktionen und Maßnahmen zur schrittweisen Normalisierung und Verbesserung der staatlichen Beziehungen auf den Gebieten des Handels, der Wissenschaft, Technik, des Bildungswesens, der Kultur und des Sports. Was die wirtschaftlichen Beziehungen anbetrifft, so sollen wir alles nutzen, was zum ökonomischen Vorteil für unsere sozialistischen Staaten ist. Wir sollten China ökonomisch genauso behandeln wie imperialistische Handelspartner.“<sup>110</sup>*

Trotz der prosowjetischen Grundhaltung der DDR-Führung entwickelte sich die Beziehung zwischen der DDR und der VR China in den folgenden Jahren weiter positiv analog zu der Chinapolitik der anderen sozialistischen Staaten in Osteuropa wie Polen, Ungarn, Bulgarien oder die Tschechoslowakei, die in den 1980er-Jahren ähnliche Maßnahmen und Initiativen durchführten, um sich Beijing anzunähern und die Beziehungen mit China zu normalisieren.<sup>111</sup>

#### 1.4.2 Die USA

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnte keine Frage oder kein Problem der internationalen Politik ohne die Zustimmung der USA beantwortet oder gelöst werden. Durch ihre riesigen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und militärischen Ressourcen und Potenziale befand sich die USA in der Position einer Weltmacht, wodurch sie in allen diplomatischen Fragen und Bereichen der internationalen Politik zum ersten Ansprechpartner aufstieg. Obwohl die UdSSR als einzige andere Weltmacht den USA auf ‚Augenhöhe‘ in der Ära des Ost-West-Konflikts begegnete, konnte die UdSSR in vielen Bereichen mit den Standards der USA nicht in Konkurrenz treten.

---

<sup>110</sup> Meißner (1995), S. 359-360; Schreiben des ZK der SED an das ZK der KPdSU.

<sup>111</sup> Vgl. 谢仲礼, 马叙生, 风云变幻中的外交生涯, Xie Zhong-li; Ma Xusheng, Diplomatie, 2003; 钱其琛, 外交十记, 世界知识出版社, 北京, 2003, Qian Qichen, Erinnerung an der Diplomatie, World Affairs Press, Beijing, 2003

Die USA übte in der Außenpolitik der DDR einen indirekten Elementfaktor aus. Der tatsächliche diplomatische Status zwischen den USA und der DDR ergibt sich aus der veröffentlichten Quellensammlung des Staatsverlags: „Dokumente zur Außenpolitik der DDR“. Von 1974 bis 1985 gab es nur einige Dokumente über die Beziehung zwischen der DDR und den USA. Die USA nahm am 4. September 1974, zwei Jahre nach der Mitgliedschaft der DDR in den Vereinten Nationen, diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Dieses Ereignis war ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der DDR, weil nunmehr die DDR nicht nur von der internationalen Gemeinschaft, sondern vor allem von den USA als Staat anerkannt wurde. Nach diesem außenpolitischen Erfolg eröffnete sich für die DDR die Möglichkeit, Kontakte mit Staaten außerhalb von Europa herzustellen und die Aufnahme und Pflege von diplomatischen Beziehungen, wie beispielsweise mit der VR China, einzuleiten. In der Phase der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China in den 1980er-Jahren spielte die USA eine indirekte Rolle.

Der Staatsbesuch von Präsident Richard Nixon im Februar 1972 und die Herstellung der vollen diplomatischen Beziehung zwischen der VR China und den USA im Januar 1979 hatte das politische Gewicht der VR China in der internationalen Staatengemeinschaft erheblich erhöht; diese neue Entwicklung betrachtete die Führung der Sowjetunion mit Skepsis und Sorge. In einem internen Dokument fasste die damalige US-Regierung den „neuen“ geopolitischen Stellenwert der VR China insbesondere in Bezug auf die „sowjetische Aggression und Expansion“ zusammen: „*China spielt eine zentrale Rolle in der geopolitischen Balance der Mächte, einschließlich des Kampfes zur Begegnung der sowjetischen Aggression und Expansion in kritischen Spannungsregionen ...*“<sup>112</sup> Die Annäherung dieser beiden Staaten wurde von Moskau als eine strategische Kooperation angesehen, die sich zu einer Allianz gegen die Sowjetunion ausbilden könnte. Aufgrund dieser Entwicklung hatte die Führung der UdSSR den Versuch unternommen, die Beziehung mit China wieder zu verbessern. Im März 1982 hatte Leonid Breschnew in seiner Rede in Taschkent die Verbundenheit und Freundschaft der Sowjetunion mit der

---

<sup>112</sup> Dossier über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der VR China und den USA (April bis Dezember 1979), PA AA, MfAA, ZR 535/88, S. 16; vgl. auch den Artikel der chinesischen Nachrichtenagentur XNA vom 15.11.1979 zur Diskussion im US-Senat über das bilaterale Handelsabkommen.

VR China zum Ausdruck gebracht und bekräftigt.<sup>113</sup> Im Jahr 1989 kam Michail Gorbatschow nach Beijing zum Staatsbesuch. In dieser Phase besaß die DDR einen größeren Spielraum zur Ausgestaltung der Kontakte mit der VR China, weil die Führung der DDR für ihre Außenpolitik und insbesondere für ihre Chinapolitik die Vorgaben und Richtlinien aus Moskau weniger ausgeprägt beachten musste.

Die Aufnahme von diplomatischen und außenpolitischen Beziehungen mit den USA in der Amtszeit von US-Präsident Richard Nixon, der Einmarsch von chinesischen Truppen in Nordvietnam und der Besuch von Deng Xiaoping in Washington betrachteten die UdSSR und ihr strategischer Partner in der DDR sehr skeptisch. Die Beziehung zwischen den USA und der VR China wurde von der DDR-Führung intensiv beobachtet. Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf politischem, ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und militärischem Gebiet sowie in den Bereichen von Kultur, Sport und Tourismus wurde akribisch verfolgt, wobei alle verfügbaren Informationen über die Zusammenarbeit zwischen den USA und der VR China gesammelt und analysiert wurden. Nach Einschätzung der Führung der SED hatte die Taiwan-Problematik zwar keinen entscheidenden Einfluss mehr auf die Entwicklung der bilateralen Beziehungen, auch wenn weiterhin ein Spannungsverhältnis besteht: „*So sanktionierte der USA-Kongress ungeachtet chinesischer Warnungen durch die Annahme eines Gesetzes über die Beziehungen USA-Taiwan im März, das der Administration größere Sicherheitsverpflichtung als ursprünglich vorgesehen gegenüber Taiwan auferlegt, faktisch die Weiterführung der „2-China-Politik“.*“<sup>114</sup>

Ende 1980 gab die US-Regierung bekannt, dass sie 1980 Taiwan Waffen und militärische Ausrüstungen in Höhe von 280 Millionen US-Dollar liefern werden. Beijings Reaktion und Stellungnahme auf diese US-amerikanische Militärhilfe fiel allerdings gering aus.<sup>115</sup> Die DDR-Führung interpretierte die chinesische Zurückhaltung als den Versuch, die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Beijing nicht zu gefährden. Die Reagan-Administration unternahm gleichzeitig den Versuch, die Beziehung mit Taiwan auf eine Ebene unterhalb offizieller diplomatischer Beziehungen

---

<sup>113</sup> Rede in Taschkent im März 1982 von Leonid Breschnew. Vgl. Wentker (2007), S. 532; UdSSR wirkt konsequent für die Friedenssicherung, Neues Deutschland 25. März 1982

<sup>114</sup> Dossier über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der VR China und den USA (April bis Dezember 1979), Botschaft der DDR in der VR China, Peking, 06.02.1980, S. 5, PA AA, MfAA, ZR 535/88, Beziehung VR China und USA.

<sup>115</sup> Ebd.

einzuordnen und die Erneuerung der militärischen Beziehungen mit Taiwan durch Lieferung moderner Kriegsgeräte auszusetzen.

Die VR China versuchte in allen Phasen der volkswirtschaftlichen Entwicklung strategische Handelspartner zu finden für die Lieferung von modernen Produktionsanlagen und Ausrüstungen insbesondere für den Energiesektor und zur Rohstoffgewinnung sowie für die Schwerindustrie und die Landwirtschaft. Die Führung der VR China unternahm große Anstrengungen, um die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den USA voranzutreiben und einen Zugang zum fortgeschrittenen Know-how der USA zu erhalten; die Politik der USA in Bezug auf die VR China kommt diesen Interessen und Bestrebungen immer stärker entgegen.

Die Zusammenarbeit auf dem militärischen Gebiet war sehr sensativ. In den Jahren 1979 und 1980 sandte die Führung der USA drei Delegationen in die VR China. Der Besuch des US-amerikanischen Verteidigungsministers Harold Brown Anfang 1980 in Beijing wurde als Beginn einer direkten militärischen Zusammenarbeit gewertet. Beide Seiten vereinbarten die Bildung von vier militärischen Arbeitsgruppen und den Austausch von chinesischen Offizieren im Rahmen eines zehnmonatigen Lehrgangs in Bildungseinrichtungen der US-Streitkräfte. Harold Brown versprach die Lieferung einer Satelliten-Bodenstation an die VR China. Richard Nixon, Jesse Jackson und andere einflussreiche US-Politiker forderten wiederholt die direkte militärische Stärkung der VR China. Am 24. Januar 1980 erklärte der Sprecher des Pentagon sogar, dass die USA gewillt sei, an die VR China verschiedene ‚militärische Hilfsausrüstungen‘ zu verkaufen.

Die immer engere Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den USA und der VR China auf allen Ebenen interpretierte die Führung der DDR als den massiven Versuch der USA, die VR China als ‚antisowjetischen‘ Bündnispartner zu gewinnen. Gleichzeitig wolle die US-Regierung Taiwan nicht aufgeben, sondern die inoffiziellen politischen, ökonomischen und militärischen Beziehungen zu Taiwan verstärken. China brauche die USA für den wirtschaftlichen Ausbau moderner Technik, einen starken Außenhandel und Zugang zur militärischen Aufrüstung, wobei sie ihr Prinzip der Außenpolitik: die ‚Ein-China-Politik‘, nicht verändern werde.<sup>116</sup> Die beiden Regierungen wollen eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen möglichst vermeiden und „[...] deshalb

---

<sup>116</sup> Analyse „Zur Chinapolitik der Reagan-Administration. Kontinuität und Wandel“, Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den USA, S. 8, PA AA, MfAA, ZR 535/88, Beziehung VR China und USA.

*gegenseitig akzeptablen Kompromiss anstreben. Auch bei einem möglichen Kompromiss in der Taiwan-Frage bleiben die bilateralen Beziehungen langfristig widersprüchlich, obgleich die politischen, wirtschaftlichen und militärstrategischen Potenzen der Zusammenarbeit China – USA noch nicht erschöpft sind [...]“<sup>117</sup>*

### **1.4.3 Die Bundesrepublik Deutschland**

Eine unmittelbare Folge des Zweiten Weltkrieges stellte die Teilung Deutschlands in die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) dar. Die Gründung der BRD erfolgte am 23. Mai 1949, die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949. Die BRD schloss sich dem Bündnis der Westalliierten mit dem Modell der Marktwirtschaft und der parlamentarischen Demokratie an, während die DDR die Planwirtschaft und die Gesellschaftsordnung nach dem sowjetischen Modell einführte. Beide deutschen Staaten in der Mitte Europas symbolisierten exemplarisch den Ost-West-Konflikt und den Kalten Krieg. Die Außenpolitik der BRD verfolgte vornehmlich das Ziel, im Rahmen einer Einbettung in das westeuropäisch-atlantische Bündnis eine Atmosphäre der Entspannung und des friedlichen Miteinanders in Europa zu schaffen, wobei sie im Gegensatz zur DDR an dem politischen Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands festhielt.

Am 12. August 1970 unterzeichneten die UdSSR und die BRD den „Moskauer Vertrag“. In diesem Vertrag wurde in Artikel 3 die „territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt“ garantiert einschließlich der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze zur VR Polen und der Grenze zwischen der BRD und der DDR.<sup>118</sup> Vor der Unterzeichnung des Vertrages übergab Bundeskanzler Willy Brandt der sowjetischen Delegation einen „Brief zur deutschen Einheit“, in dem festgestellt wird, dass der Vertrag „nicht im Widerspruch zu dem Ziel der Bundesrepublik steht, auf einen Frieden in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung

---

<sup>117</sup> Zu den chinesisch-amerikanischen Beziehungen (Januar bis November) (Fortschreibung der Information der Botschaft der DDR in der VR China, Peking, vom 12.01.1981 und 30.11.1981, S. 11, PA AA, MfAA, ZR 535/88, Beziehung VR China und USA.

<sup>118</sup> Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken („Moskauer Vertrag“) vom 12. August 1970, Bundesgesetzblatt 1972 II, S. 354-356.

*seine Einheit wiedererlangt*“.<sup>119</sup> Der ‚Moskauer Vertrag‘ und der ‚Brief zur deutschen Einheit‘ bedeuteten ein starkes Signal für die Entspannungspolitik in Europa,<sup>120</sup> das gleichzeitig den politischen Status quo in Mitteleuropa festigte und die Basis für eine ‚normale‘ Beziehung zwischen der BRD und der DDR legte.

Am 21. Dezember 1972 wurde der ‚Grundlagenvertrag‘ (ratifiziert am 11. Mai 1973, in Kraft getreten am 21. Juni 1973) unterzeichnet, der die „*Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik*“<sup>121</sup> beinhaltet. Es werden in diesem Vertragswerk „*normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung*“ angestrebt nach den Prinzipien der „*souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte*“. Da der ‚Grundlagenvertrag‘ keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD bedeutete, vereinbarten beide Seiten anstelle der Einrichtung von Botschaften die Bildung von ‚Ständigen Vertretungen‘ in den beiden deutschen Staaten.

Diesem wichtigen Vertrag ging eine Reihe anderer Abkommen im Rahmen der Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt voraus: Am 12. August 1970 wurde ein Vertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR geschlossen (,Moskauer Vertrag‘), am 7. Dezember 1970 mit Polen (,Warschauer Vertrag‘)<sup>122</sup>, am 3. September 1971 erfolgte als ergänzende Vereinbarung zum ‚Viermächteabkommen über Berlin‘ ein ‚Transitabkommen‘ zwischen der BRD und der DDR, das den Transit und die Durchreise von West-Berlin in die BRD über das Territorium der DDR regelte. Am 11. Dezember 1973 wurde der ‚Prager Vertrag‘<sup>123</sup> mit der Tschechoslowakei (ČSSR) geschlossen. Die neue

---

<sup>119</sup> Brief zur deutschen Einheit anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970, Bundesgesetzblatt 1972 II, S. 356.

<sup>120</sup> Vgl. Werner Weidenfeld (Hrsg.); Breska, Eric von [Mitarb.], Neue Ostpolitik - Strategie für eine gesamteuropäische Entwicklung, Gütersloh : Verl. Bertelsmann-Stiftung, 1997; Bender, Peter, Neue Ostpolitik : vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag, München : Dt. Taschenbuch-Verl., 1986

<sup>121</sup> Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (,Grundlagenvertrag‘) vom 21. Dezember 1972, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 8. November 1972, Nr. 155, S. 1842-1844.

<sup>122</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (,Warschauer Vertrag‘) vom 7. Dezember 1970, Bundesgesetzblatt 1972 II, S. 362-363.

<sup>123</sup> Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (,Prager Vertrag‘) vom 11. Dezember 1973, Bundesgesetzblatt 1974 II, S. 990-993.

Ostpolitik diente nicht nur der Entspannung in Mitteleuropa, sondern legte auch den politischen Grundstein für die friedliche Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Die deutsche Wiedervereinigung erfolgte schließlich durch den Beitritt der DDR an die BRD am 3. Oktober 1990.

Die Auswirkungen der Entspannungspolitik in Mitteleuropa in den 1970- und 1980er-Jahren sicherte nicht nur die Existenz der DDR, sondern eröffnete der Führung der DDR auch die Möglichkeit, ihre Zukunft langfristig zu gestalten.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und der VR China wurden am 11. Oktober 1972 offiziell aufgenommen.<sup>124</sup> Aufgrund der geopolitischen Lage in Mitteleuropa und der Zugehörigkeit zum Atlantischen Militärbündnis des Westens konnte die Regierung der BRD in dieser Phase der Zusammenarbeit nur relativ konservative Initiativen starten. Nachdem die neue Ostpolitik der Regierung Brandt erfolgreich ausgeführt wurde, rückte die VR China als interessanter Handelspartner zunehmend in das Blickfeld der außenpolitischen Aktivitäten. China benötigte zur Modernisierung ihrer Wirtschaft die Industrietechnik aus der BRD.<sup>125</sup> Der außenpolitische Schwerpunkt der BRD konzentrierte sich unter dem Bundeskanzler Willy Brandt allerdings auf eine gute Zusammenarbeit und Beziehung mit der Sowjetunion, da die VR China als asiatisches Land nur einen geringen Einfluss auf die Entwicklung der europäischen Politik nehmen konnte.

Die VR China unterstützte das politische Ziel der BRD der zukünftigen Wiedervereinigung beider deutscher Staaten, obgleich es ‚ideologisch‘ dem westlichen, marktwirtschaftlich organisierten System angehörte. Diese positive chinesische Haltung gegenüber den Interessen der BRD bildete einen wichtigen Grundstein in der Entwicklung der diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und der VR China. Durch die bestehende ‚ideologische‘ Konkurrenz zwischen der BRD und der DDR übte die gute Zusammenarbeit zwischen der BRD und der VR China einen beträchtlichen politischen Gestaltungsdruck auf die Führung der DDR aus.

---

<sup>124</sup> Vgl. Joint Communiqué on the Establishment of Diplomatic Relations between the People’s Republic of China and the Federal Republic of Germany, 中华人民共和国政府和德意志联邦共和国政府关于两国建立外交关系的联合公报, Volkszeitung, 12. Oktober 1972.

<sup>125</sup> Seit Mitte der 1960er-Jahre zählte die BRD zum zweitstärksten Handelspartner der VR China nach Japan. 1967 überstiegen die Umsätze des bilateralen Handels zwischen der BRD und der VR China erstmals die 10-Milliarden-Grenze. 1965 trat ein Beschluss der Bundesregierung in Kraft, nach dem die Bundesrepublik Deutschland für Exporte nach China eine fünfjährige Kreditgarantie leistete, um die Handelsgeschäfte mit der VR China weiter zu fördern; siehe auch Pan (2006), S. 188.

Hu Yaobang, Generalsekretär der KPCh, erklärte, dass die BRD in Europa der stärkste Handelspartner der VR China darstelle, weltweit an dritter Stelle gefolgt von den USA und Japan. Die DDR besaß im Vergleich zur wirtschaftlichen Bedeutung der BRD lediglich eine ideologisch-politische Relevanz; die BRD „[...] ist seit vielen Jahren ununterbrochen der größte Handelspartner in Europa und nimmt im Außenhandel unseres Landes nach Japan und den USA den dritten Platz ein.“<sup>126</sup>

Seit Anfang der 1980er-Jahre verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion dramatisch. Die UdSSR konnte ihrer Solidarität und Verantwortung für ihre kommunistischen ‚Bruderstaaten‘ nicht mehr wie in der Vergangenheit nachkommen. Die finanziellen Unterstützungen und die Lieferung von sowjetischem Erdöl wurden erheblich reduziert. Die DDR versuchte in dieser prekären Situation, Kredite von der Regierung der BRD zu akquirieren sowie Werkzeugmaschinen und Konsumgüter aus der BRD zu importieren. Das deutsch-deutsche Netzwerk der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde immer dichter. Finanziell manövrierte sich die Führung der DDR immer mehr in ein Abhängigkeitsverhältnis zur BRD.

Das Interesse der VR China an guten Handelsbeziehungen mit der BRD beschränkte sich allerdings auf den Austausch von moderner Technik und Maschinen, sogar auf den Handel mit militärischen Rüstungsgütern, wobei politische Diskussionen über den Schutz von Menschenrechten als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas aufgefasst und nicht akzeptiert wurden. Politische Reformen und Menschenrechtsverletzungen in China galten von Deng Xiaoping bis Hu Jintao als Tabuthemen. Die bilateralen Beziehungen zwischen der BRD und der VR China erreichten im Juni 1989 ihren Tiefpunkt, als anlässlich eines Staatsbesuchs von Michail Gorbatschow auf dem ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ in Beijing Hunderte Teilnehmer der Demokratiebewegung gewaltsam durch chinesische Sicherheitskräfte ums Leben kamen. Aufgrund der starken wirtschaftlichen Beziehung zwischen der BRD und der VR China und vor dem Hintergrund der guten Zusammenarbeit zwischen den USA und der VR China seit 1991 normalisierte sich trotz des ‚Tian’anmen-Massakers‘ das Verhältnis zwischen der BRD und der VR China.<sup>127</sup>

---

<sup>126</sup> Leutner (1995), S. 240; Rede des Generalsekretärs der KPCh, Hu Yaobang.

<sup>127</sup> Vgl. Leutner (1995), S. 318; Wirtschaftskreise gegen Sanktion.

#### 1.4.4 Die Entwicklung der VR China seit dem Ende der 1970er-Jahre

Nach dem Ende der Kulturrevolution 1976 befand sich die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas in einer noch größeren Krise, als sie unter der Führung von Mao Zedong bereits bestanden hatte. Um seine Autorität zu festigen und erneut unter Beweis zu stellen, versuchte Mao Zedong, eine neue Außenpolitik zu entwickeln. Während der Kulturrevolution, die zunächst als eine Bewegung zur Beseitigung von innenpolitischen Missständen 1966 begann, wurden zahlreiche chinesische Botschaften und Konsulate in anderen Staaten geschlossen; die Diplomaten erhielten die Aufforderung, nach Beijing zurückzukehren, um im eigenen Land an der Kulturrevolution in China aktiv teilnehmen zu können.

Mao Zedong lud Henry Kissinger, damals Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon, zweimal nach Beijing ein, um Vorgespräche für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit den USA zu führen. In dieser Phase bestand ein starker Konflikt zwischen der KPCh und der KPdSU um die ideologische Vorherrschaft der kommunistischen Bewegung. Die Wiederaufnahme des Kontakts mit dem kapitalistischen ‚Erzfeind‘ nach 22 Jahren des Schweigens bedeutete einen schweren Schlag für die chinesisch-sowjetischen Beziehungen. Aus amerikanischer Perspektive entsprach die Möglichkeit der Aufnahme von ‚normalen‘ Beziehungen mit der VR China einem beträchtlichen Prestigegegewinn vor dem Hintergrund des Kalten Krieges mit der Sowjetunion. Im Februar 1972 hielt sich der US-Präsident Richard Nixon im Rahmen eines Staatsbesuchs in China auf. Es fanden Vier-Augen-Gespräche mit Mao Zedong und Zhou Enlai statt. Die Aufnahme der offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der VR China erfolgte im Januar 1979. Diese außenpolitische Leistung gehört zum bleibenden Erbe von Mao Zedong.

Nach der Kulturrevolution und dem Tod Mao Zedongs im September 1976 brach die Wirtschaft Chinas zusammen, die Legitimität der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas wurde bereits angezweifelt. Die konservativen Kräfte in der KPCh sprachen sich zunächst gegen die neuen Reformpläne von Deng Xiaoping, der die Führung in der Kommunistischen Partei Chinas übernahm, aus. Bei den Wirtschaftsreformen handelte es sich weniger um eine Erneuerung, sondern vielmehr um den Versuch, das marode Wirtschaftsleben in China wieder zu normalisieren und der chinesischen Bevölkerung mehr Freiraum für eigene wirtschaftliche Entscheidungen zu verschaffen. Das im Jahr

1978 eingeführte ‚Household Responsibility System‘ (家庭联产承包责任制) beispielsweise geht auf eine Idee von Bauern in der Mitte Chinas zurück, dass nämlich die privaten Haushalte über einen Teil der landwirtschaftlichen Produktion selber bestimmen sollten. Deng Xiaoping, der eine Modernisierung Chinas zum Ziel hatte, griff diesen Vorschlag auf und setzte ihn in ganz China durch. Die Umschichtung der kollektiven landwirtschaftlichen Flächen an private Haushalte legte den Grundstein für das Wachstum der ländlichen Wirtschaft und für die Ernährung der chinesischen Bevölkerung.

Die Beschlüsse der ‚neuen‘ politischen und ideologischen Linie auf dem 3. Plenum des XI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1978, in deren Zentrum die „*Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes der Partei auf die Ökonomie*“ stand, bestimmte maßgeblich die innere Entwicklung der VR China seit 1979.<sup>128</sup> Diese gravierenden Veränderungen der parteipolitischen Aufgaben und Ziele der KPCh wurden begleitet durch eine ‚neue‘ Einschätzung und Bewertung der internationalen politischen Lage. Während die KPCh bisher die Position vertrat, dass die Gefahr eines Krieges bestehe und ein Krieg sehr bald ausbrechen und nicht zu vermeiden wäre, vertrat Ende der 1970er-Jahre die KPCh die Auffassung, dass die Kräfte gegen den Krieg ständig wachsen und inzwischen stärker seien als die Kräfte, die auf einen Krieg drängen, obwohl die Gefahr einen Krieges weiterhin bestehe. Es gehe nun darum, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. „*Wenn das bis zum Jahre 2000 gelinge, dann bestehe eine reale Möglichkeit für eine dauerhafte Friedenssicherung [...]*“<sup>129</sup>

Auch in Bezug auf die Frage nach der innenpolitischen Lage in den kapitalistischen Ländern erfolgte eine Veränderung des bisherigen Standpunktes; es gebe nunmehr in den entwickelten kapitalistischen Ländern keine revolutionäre Situation mehr. Auf dem 3. Plenum des XI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wurde von der Führung der KPCh erstmals eingeräumt, dass in den 1960er-Jahren die KPCh die Lage in diesen Ländern hinsichtlich der revolutionären Situation überbewertet habe.<sup>130</sup>

---

<sup>128</sup> Kurzinformation zur politisch-ideologischen Situation in der Volksbefreiungssarmee (VBA), Botschaft der DDR in der VR China, Peking, den 10.01.1980; PA AA, MfAA, ZR 50/87.

<sup>129</sup> Stellungnahme von Zhu Liang bei der Begegnung von Li Xiannian mit Erich Honecker in Beijing im Jahr 1986; siehe PA AA, MfAA, ZR 2492/90, S. 2.

<sup>130</sup> Stellungnahme von Zhu Liang bei der Begegnung von Li Xiannian mit Erich Honecker in Beijing im Jahr 1986; siehe PA AA, MfAA, ZR 2492/90, S. 4.

Die Forderung nach politischen Reformen wie Meinungsfreiheit war seit dem Ende der Kulturrevolution immer stärker geworden. Ein Beispiel für dieses Selbstbewusstsein vor allem der jüngeren Generation in China lieferte die ‚Mauer der Demokratie‘ in Beijing. Am 5. Dezember 1978 hängte Wei Jingsheng (魏京生) an der Ziegelmauer ein unterzeichnetes Plakat mit dem Titel ‚Die fünfte Modernisierung‘ auf. Als erstes Plakat der chinesischen Demokratiebewegung forderte es mehr individuelle Freiheiten. Mit der Behauptung, dass persönliche Freiheit die einzige Modernisierung sei, die sogar wichtiger wäre als die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen, wirkte diese Aktion nachhaltig auf die Demokratiebewegung in China. Plakat und Text stellten eine Antwort dar auf die ‚Vier Modernisierungen‘, den Entwicklungsplan der Kommunistischen Partei Chinas. Deng Xiaoping und die KPCh betrachteten die ‚Mauer der Demokratie‘ und die Forderungen des ‚Bürgerlichen Liberalismus‘ nicht nur als eine Kritik an der Politik, sondern auch als ein Versuch, die Kommunistische Partei Chinas zu stürzen. Wei Jingsheng wurde wegen des Vergehens der ‚Konterrevolution‘ angeklagt und zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Die von Deng Xiaoping in den späten 1970er-Jahren aufgestellten ‚Vier Grundprinzipien für die Entwicklung Chinas‘ besitzen nach wie vor im politischen Handeln und Denken der Kommunistischen Partei Chinas Gültigkeit; sie bestimmen die Grundpfeiler der chinesischen Politik und Gesellschaft als auf ‚dem sozialistischen Weg‘, ‚unter Führung der Kommunistischen Partei‘, ‚auf Grundlage von Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Denken‘ und ‚auf Grundlage der Diktatur des Proletariats‘. Diese Grundprinzipien schränken die Möglichkeit von politischen Reformen nach wie vor ein und gelten in China weiterhin als endgültig und unumstößlich.

Die Kader der Kommunistischen Partei Chinas und ihre Angehörigen begannen, ihre Machtbefugnisse für ihre persönlichen Bedürfnisse und Interessen einzusetzen und auszunutzen. Die Geschäftemacherei der kommunistischen Funktionäre wurde in der Öffentlichkeit sehr stark kritisiert. Unter den Profiteuren befand sich auch Deng Xiaopings Sohn, Deng Pufang (邓朴方), und seine Firma Kanghua (康华公司). Die Kritik an den Privilegien der Kader und ihrer Angehöriger und vor allem die noch massivere Kritik gegen die Korruption der Kommunistischen Partei Chinas führte im Jahr 1986 zu einer studentischen Protestbewegung vor allem an der ‚University of Science and Technology of China‘ in Anhui, Provinz Hefei. Der erste Vizedirektor der Universität, Prof. Dr. Fang Lizhi, wurde aus der KPCh ausgeschlossen. Deng Xiaoping führte bis zu seinem

Tod im Jahr 1997 eine politische Kampagne gegen den sogenannten ‚Bürgerlichen Liberalismus‘. Selbst der als Nachfolger von Deng Xiaoping gehandelte Hu Yaobang, von 1980 bis 1987 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, musste wegen liberaler Tendenzen von seinem Amt zurücktreten.

Im Jahr 1987 fand der XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas vom 25. Oktober bis 1. November in Beijing statt. Es wurde dort das gesellschaftliche Modell des ‚Sozialismus chinesischer Prägung‘ (中国特色社会主义) eingeführt. Dieser ‚Sozialismus chinesischer Prägung‘ beinhaltet ‚Zwei grundlegende Punkte‘, nämlich (1) die weitere Verwirklichung der ‚Vier Grundprinzipien‘ (das heißt ‚den sozialistischen Weg‘ ‚unter Führung der Kommunistischen Partei‘ ‚auf der Grundlage von Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Denken‘) und (2) die ‚Reform und Öffnung‘. Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Reform soll gleichzeitig die Reform der politischen Strukturen<sup>131</sup> durchgeführt werden. Die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben und Zielsetzungen zielen darauf ab, die führende Rolle der Kommunistischen Partei Chinas zu stärken und den Sozialismus in China auszubauen. Dieses Prinzip wurde als ‚Deng-Xiaoping-Theorie‘ bezeichnet; es galt als offizieller Slogan der Partei bis 2000.<sup>132</sup>

Aus der studentischen Protestbewegung gegen Korruption und der Forderung nach politischen Reformen vor allem zum Schutz von Menschenrechten und für Presse- und Meinungsfreiheit entstand seit 1989 die größte demokratische Bewegung in China, besonders in der Hauptstadt Beijing. Eine Trauermesse von Studenten auf dem ‚Platz des Himmels Friedens‘ in Beijing für den am 15. April 1989 verstorbenen Hu Yaobang verwandelte sich zu einer Protestkundgebung, die sich zu einem Hungerstreik von etwa 2.000 Studenten ausweitete. Es wurde schließlich das Kriegsrecht verhängt und der ‚Platz des Himmels Friedens‘ am 3. und 4. Juni 1989 gewaltsam von militärischen Einsatzkräften mit Schützenpanzern geräumt. Dieses Ereignis ging unter der Bezeichnung ‚Tian’anmen-Massaker‘ in die Geschichte ein.

Bis heute wird von der Kommunistischen Partei Chinas die Auffassung vertreten, dass durch die ‚Niederschlagung des Volksaufstandes‘ die Stabilität des Landes gewährleistet worden wäre. Eine Debatte über die damaligen Ereignisse findet in China nicht statt;

---

<sup>131</sup> Beispielsweise durch die Aufnahme von Privatunternehmern als offizielle Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas.

<sup>132</sup> Information über den Besuch einer Delegation des ZK der SED zum Studium der Erfahrungen der Parteiarbeit der KP Chinas, PA AA, MfAA, ZR 2507/90, S. 2-3.

sie gelten als Tabuthema; Bilder und Videos hierzu stehen unter der Kontrolle der Zensur, auch später im Internet.

#### **1.4.5 Die innenpolitische Situation in der DDR**

Die innenpolitische Situation in der DDR veränderte sich Ende der 1970er-Jahre. Nach der Durchsetzung der Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts schlossen die BRD und die DDR am 21. Dezember 1972 den ‚Grundlagenvertrag‘.<sup>133</sup> Am 18. September 1973 traten die BRD und die DDR als 133. und 134. Mitglieder den Vereinten Nationen bei; 1974 wurde von beiden deutschen Staaten zusammen mit Österreich dort ein Übersetzungsdiensst eingerichtet. 1977 und 1978 war die Bundesrepublik Deutschland nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, 1980 und 1981 die DDR, 1987 und 1988 wieder die Bundesrepublik. 1980 wurde der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Rüdiger von Wechmar, Präsident der UN-Generalversammlung, 1987 jener der DDR, Peter Florin.

Die internationale Anerkennung der DDR war für der Führung der DDR von besonderer Bedeutung. In der politischen Wahrnehmung der DDR als ‚Satellitenstaat‘ der UdSSR stellte sich die Frage, ob die DDR tatsächlich die Souveränität besaß, eine eigene Außenpolitik zu gestalten.<sup>134</sup> Nachdem die DDR die internationale Anerkennung erhalten hatte, zeichnete sich bei der DDR-Führung die Tendenz einer immer größer werdenden Unabhängigkeit in der Außenpolitik ab. Im Jahr 1986, in einer Phase, als die Meinungsverschiedenheiten und Spannungen zwischen der UdSSR und der VR China noch bestanden, besuchte der Parteichef Erich Honecker Beijing. Dieser Staatsbesuch erfolgte mit der Zustimmung aus Moskau.<sup>135</sup>

Eine große Herausforderung für die Parteiführung der SED stellte die demokratische Bewegung von Teilen der Bevölkerung in der DDR dar, deren Wurzeln bis auf den Arbeiteraufstand im Jahr 1953 in Berlin zurückreichen. Mit dem Bau der Berliner Mauer, dem Aufbau des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) und einer strengen politischen Kon-

---

<sup>133</sup> Vgl. Ress, Georg, Die Rechtslage Deutschlands nach dem Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht), Springer-Verlag Berlin Heidelberg New York; Auflage: Softcover reprint of the original 1st ed. 1978 (1. Januar 1978).

<sup>134</sup> Vgl. Pfeil, Ulrich, Die DDR und der Westen, Ch. Links Verlag; Scholtyseck, Joachim, Die Außenpolitik der DDR, Oldenbourg R. Verlag GmbH (October 31, 2003).

<sup>135</sup> Vgl. Pötzl, Norbert F. Pötzl, Erich Honecker. Eine deutsche Biographie. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/München, 2002

trolle von ‚Andersdenkenden‘ und ‚Dissidenten‘ erreichte die SED mit Unterstützung der ‚Besatzungsmacht‘ Sowjetunion bis zur ‚friedlichen Revolution‘ im Jahr 1989 einen relativ stabilen innenpolitischen Zustand. Die Opposition in der DDR befand sich im geteilten Deutschland in einer besonderen Situation, insofern seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein Gegenmodell existierte, das als Vorbild für eine politische und gesellschaftliche Ordnung herangezogen werden konnte. Die demokratische Bewegung in der DDR entwickelte sich zeitgleich und parallel mit den politischen Bewegungen in den sozialistischen Nachbarländern wie Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei. Im Verlauf des aktionsreichen Jahres 1989 entstanden zahlreiche neue Widerstandsgruppen und Organisationen, beispielsweise das ‚Neue Forum‘ und die ‚Wittenberger Gruppe‘. Derartige Bürgerrechtsbewegungen verloren nach dem Sturz des SED-Regimes im vereinten Deutschland wieder an Bedeutung.<sup>136</sup> Die von der Opposition organisierten ‚Montagsdemonstrationen‘ in Leipzig seit dem 4. September 1989, die Demonstration auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989 in Berlin trugen zum Zusammenbruch des SED-Regimes wesentlich bei.<sup>137</sup>

In einem Gespräch am 8. Juni 1987 mit Zhao Ziyang, Ministerpräsident des Staatsrates der VR China, kommentierte Erich Honecker die aktuelle Situation in der DDR: „*Nach wie vor ist es so wie zur Zeit unseres Besuches bei Ihnen, dass in der BRD und Berlin-West rund um die Uhr etwa 25 Rundfunksender und 3 Fernsehstationen ihre Sendungen in die DDR ausstrahlen. Unter diesen Umständen bekommen wir überhaupt keine Gelegenheit einzuschlafen.*“<sup>138</sup>

Die polnische Bewegung ‚Solidarność‘ („Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarität“) war ein Vorbild für andere demokratische Gruppen in Osteuropa unter der Herrschaft der Sowjetunion. Mit der Ausrufung des Kriegszustandes in Polen in der Nacht vom 13. Dezember 1981 wurden die führenden Aktivisten der Gewerkschaft verhaftet und interniert sowie die Gewerkschaft verboten; sie setzte im Untergrund ihre Arbeit fort. Am 8. Oktober 1982 erfolgte durch ein neues Gewerkschaftsgesetz das end-

---

<sup>136</sup> Vgl. Eisenfeld/Neubert (Hrsg.), Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR. Edition Temmen, Bremen, 2001; Kowalcuk, Ilko-Sascha (Hrsg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989. Eine Dokumentation. Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin, 2002

<sup>137</sup> Vgl. Jankowski, Martin, Der Tag, der Deutschland veränderte – 9. Oktober 1989. Essay. Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen Nr. 7, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig, 2007

<sup>138</sup> Meißner (1995), S. 388.

gültige Verbot von ‚Solidarność‘, das im April 1989 wieder aufgehoben wurde. Am 4. Juni 1989 kam es in Polen zu freien Wahlen, die von ‚Solidarność‘ überwältigend gewonnen wurden.

Die politische Entwicklung in Polen beunruhigte die Verantwortlichen in der KPdSU und der SED. Moskau betrachtete die polnische Demokratiebewegung seit dem Beginn ihrer Aktivitäten im Jahr 1980 als wesentliche Bedrohung der Herrschaft der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.<sup>139</sup> Am 25. August 1980 leitete Mikhail Suslov, ein einflussreiches Mitglied des Politbüros der KPdSU, den ‚Ausschuss Polen‘. Auch im Vorfeld des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan im Jahr 1979 wurde ein ähnlicher ‚Ausschuss‘ gebildet. Die KPdSU wollte die oppositionelle Bewegung in Polen nach demselben Handlungsmuster wie beim ‚Arbeiteraufstand‘ in Berlin 1953 in der DDR, wie beim ‚Volksaufstand‘ 1956 in Ungarn und wie beim ‚Prager Frühling‘ 1968 in der Tschechoslowakei mit einer militärischen Intervention niederschlagen.

Seit Anfang der 1980er-Jahre nahm die SED die politische Entwicklung in Polen als eine Bedrohung ihrer eigenen Herrschaft wahr; Erich Honecker war bereit, selbst auf ein „Blutvergießen“ als „das letzte Mittel“ nicht zu verzichten, „wenn die Arbeiter- und Bauernmacht verteidigt werden muss“.<sup>140</sup> Die DDR-Grenze nach Polen wurde geschlossen und bis Mitte der 1980er-Jahre durften die DDR-Bürger nur mit Visum und Einladung nach Polen einreisen. Während der Krise in Polen von 1980 bis 1981 berieten und verhandelten Erich Honecker und Gustáv Husák über einen militärischen Einsatzplan zur Erhaltung und Sicherung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Dieser Plan wurde vom sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew genehmigt und erhielt daraufhin gemäß den Bestimmungen des ‚Warschauer Paktes‘ ein Manöverzeichen, ‚Soyuz-80‘. Durch den Widerstand von Juri Andropow, dem damaligen Leiter des sowjetischen Ge-

---

<sup>139</sup> Vgl. Trepanier/Domaradzki/Stanke, The Solidarity Movement and Perspectives on the Last Decade of the Cold War, Krakow, Poland: Andrzej Frycz Modrzewski Krakow University Press, 2010, S. 29

<sup>140</sup> Mehlhorn, Ludwig (2001a) Zwangsverordnete Freundschaft? DDR und Polen 1949-1990, in: Eberwein, Wolf-Dieter / Kerski, Basil (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte- und Interessengemeinschaft? Arbeitsgruppe: Internationale Politik, medea Verlag, Berlin, S. 11-16

heimdienstes KGB, wurde der Plan ‚Soyuz-80‘ allerdings nicht umgesetzt und durchgeführt.<sup>141</sup>

## 1.5 Die Organe und Entscheidungsverfahren der Außenpolitik

In der VR China entscheidet die ZK der KPCh über die Inhalte der Außenpolitik. Es gibt wie in anderen Staaten zwar das Parlament und das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, die aber unter der Leitung und Kontrolle der Kommunistischen Partei Chinas arbeiten. Der Einfluss des chinesischen Außenministeriums ist sehr begrenzt. Das Außenministerium gilt als erste Anlaufstelle für außenpolitische Anliegen und Anfragen und stellt durch mittlerweile regelmäßige Pressekonferenzen, auf denen Informationen über Reisen der politischen Führung und Veröffentlichungen von wichtigen Reden zur Verfügung gestellt werden, die Kontakte zu anderen Staaten her.<sup>142</sup> Die Außenpolitik entspricht auf dieser Ebene der Parteipolitik. Die Gleichsetzung von Partei- und Außenpolitik betrifft alle Staaten unter der Führung von kommunistischen Parteien. Die Entscheidungsverfahren über Inhalte und Kurs der Außenpolitik sind nicht offen und nicht transparent. Das primäre Ziel der Außenpolitik der Kommunistischen Partei Chinas besteht darin, zunächst die Herrschaft der Partei zu sichern und daran anknüpfend das nationale Interesse des Landes zu schützen.<sup>143</sup> Wenn das Interesse der Partei von dem nationalen Interesse abweicht, wird sich die Kommunistische Partei Chinas vor allem auf die Stabilisierung ihres Herrschafts- und Machtanspruchs konzentrieren und diesem Ziel den Vorrang einräumen vor der Durchsetzung von anderen nationalen Bedürfnissen oder Interessen.<sup>144</sup>

Durch die Gleichschaltung von Partei und Staat auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens erklärt sich das in sozialistisch-kommunistischen Staaten bestehende Verhalten, bei Uneinigkeit, Meinungsverschiedenheiten oder Spannungen zwischen den Parteior-

---

<sup>141</sup> Vgl. Trepanier/Domaradzki/Stanke, The Solidarity Movement and Perspectives on the Last Decade of the Cold War, Krakowskie Towarzystwo Eduk, 2010; Mastny, Vojtech, The Soviet Non-Invasion of Poland in 1980/81 and the End of the Cold War, Working Paper No. 23, Cold War International History Project, Washington, D.C., September 1998, also published in Europe-Asia Studies, Vol. 51, No. 2 (Mar., 1999), S. 189-211.

<sup>142</sup> Vgl. Godehardt, Nadine, Chinas Ankunft in der Welt –Chinesische Außenpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, GIGA Focus 2011, Nummer 1, S. 6

<sup>143</sup> Vgl. 中国党政干部论坛, Forum des KPCH Kaders, Nr. 9, 2005, 王缉思, 坚持为国内中心任务服务的稳健外交, Eine stabile Außenpolitik dient den Aufgaben im Inneren als fester Bezugspunkt, Wang Jisi, Studiendekan von School of International Studies, Peking University.

<sup>144</sup> Vgl. Godehardt (2011).

ganisationen verschiedener Länder die diplomatischen Kontakte abzubrechen oder sogar die Botschaften und Konsulate in den jeweiligen Staaten zu schließen.<sup>145</sup> Dieses Phänomen zeigt sich besonders im Verhältnis der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). In solchen Staaten steht das Interesse der Partei über dem nationalen Interesse. Auch in der Außenpolitik spiegelt sich dieses Verhältnis zwischen Partei- und Staatsräson. Aufgrund dieser ideo-logisch bedingten Voraussetzung und Konstellation unterscheiden sich die diplomatischen Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten erheblich von den Beziehungen zwischen westlich orientierten, „kapitalistischen“ Industrienationen. In den westlichen Staaten steht das nationale Interesse des Landes im Mittelpunkt des politischen Denkens und Handelns. Bei bestehenden Konflikten, Spannungen oder umstrittenen Angelegenheiten wird versucht, ein Kompromiss, der die jeweiligen nationalen Interessen berücksichtigt, zu finden.

Bei Konflikten zwischen der UdSSR und der VR China oder der DDR und der VR China ging es vor allem um die Frage, welche Parteien als die wahren Nachfolger und Verfechter des Marxismus und Leninismus zu gelten haben. Solche Diskussionen und Auseinandersetzungen sind durch einen unversöhnlichen Charakter geprägt. Nach der Meinung Stalins beispielsweise waren alle anderen kommunistischen Parteien lediglich Filialen der KPdSU, daher mussten alle anderen kommunistischen Parteien den sowjetischen Führungsanspruch anerkennen und den Beschlüssen der KPdSU Folge leisten. Gleichzeitig sah sich Mao als die erste Führungsfigur der kommunistischen Bewegung in Ostasien. Dieser Standpunkt von Mao verursachte unvermeidliche Auseinandersetzungen zwischen Beijing und Moskau und führte schließlich zum Abbruch der offiziellen Kontakte zwischen beiden Parteien. Durch die Gleichsetzung von Partei und Staat kam ebenso die diplomatische Beziehung zwischen beiden Staaten zum Stillstand.

Der Abbruch der Beziehungen zwischen der KPdSU und der KPCh seit den 1960er-Jahren führte zu einem Tiefpunkt der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China. Nach der Wiederannäherung der UdSSR und der VR China in den 1980er-Jahren entwickelte sich dementsprechend auch die Beziehung zwischen der DDR und der VR China kooperativer und positiver.

---

<sup>145</sup> Vgl. 沈志华（主编）， 中苏关系史纲（1917 – 1991）， 新华出版社，北京，2007, Shen, Zhihua (Bearbeiter), Eine Kurzfassung zur Geschichte der sowjetisch-chinesischen Beziehung (1917 – 1991), Xinhua Verlag, Beijing, 2007

Eine kleine Gruppe von Mitgliedern des Politbüros der KPCh, „Foreign Affairs Leading Small Group of the Communist Party of China“ (FALSG), beschäftigte sich mit den auswärtigen Angelegenheiten. Nach der Kulturrevolution nahm die FALSG (中央外事工作领导小组办公室) wieder ihre Arbeit auf. Der erste Leiter dieser Gruppe war Li Xiannian (李先念). Diese Gruppe besteht bis heute. Der Vorsitzende dieser Gruppe war zugleich Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas, weshalb Deng Xiaoping von den 1980er-Jahren bis zu seinem Tod im Februar 1997 faktisch die Außenpolitik Chinas bestimmte, auch wenn zwischenzeitlich andere Leiter der Arbeitsgruppe ernannt worden waren. Für andere wichtige Angelegenheiten, zum Beispiel die Taiwan-Frage, waren andere Arbeitsgruppen wie die „Central Leading Group for Taiwan Affairs“ zuständig.<sup>146</sup> Die Taiwan-Frage spielt eine wichtige Rolle in der Beziehung zwischen der VR China und den USA. Die Entscheidungsverfahren dieses Gremiums sind natürlich ebenfalls nicht offen und nicht transparent.

Diese persönliche Verknüpfung von Parteivorsitz und geheimen Entscheidungsgremien vor allem in der Außenpolitik stellt eine Besonderheit in den kommunistischen Staaten dar. In China traf Mao bis 1976 die wesentlichen Entscheidungen, von 1977 bis 1997 Deng Xiaoping. Die Außenpolitik Chinas trägt daher stark persönlich geprägte Merkmale. Mao Zedong verfolgte sein großes Ziel, zum Führer der kommunistischen Bewegung in Ostasien, Afrika und Südamerika und der sogenannten „Dritten Welt“ aufzusteigen. Deng Xiaoping versuchte nach der zehn Jahre andauernden Kulturrevolution, die ins Wanken geratene Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas aufrechtzuerhalten, zu festigen und weiter auszubauen. Er konzentrierte sich deshalb auf die Durchführung von wirtschaftlichen Reformen, um dieses parteipolitische Ziel zu erreichen. In der Außenpolitik legte Deng Xiaoping den Schwerpunkt auf Offenheit und Pragmatismus; ideologische Prinzipien, die bei Mao Zedong an erster Stelle standen, traten in den Hintergrund.

In den 1980er-Jahren stand die VR China unter der Leitung einer Gruppe, die sich als die „acht Unsterblichen der Kommunistischen Partei Chinas“ (中共八大元老) bezeichnete.

---

<sup>146</sup> Die Central Leading Group for Taiwan Affairs (中共中央对台工作领导小组) wurde 1979 gegründet, als Leiter dieser Arbeitsgruppe wird normalerweise der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas oder der Parteichef – wie Deng Xiaoping in den 1980er-Jahren – bestimmt.

neten.<sup>147</sup> Alle Mitglieder gehörten der Kommunistischen Partei Chinas an und galten als enge Weggefährten von Mao Zedong. Die Mitglieder dieser Gruppe bildeten das höchste Entscheidungsgremium Chinas; sie gehörten zu den mächtigsten Politikern des Landes. In diesem Gremium wurde beispielsweise entschieden, nach der Entmachtung von Zhao Ziyang im Jahr 1989 als neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas Jiang Zemin aus Shanghai einzusetzen.<sup>148</sup>

Im Jahr 1992, in der Phase des gesellschaftlichen Umbruchs und Wandels in der Sowjetunion und in Osteuropa, fasste Deng Xiaoping, der mächtigste Mann Chinas, seine Interpretation der Ereignisse und die zukünftige Haltung der chinesischen Führung zusammen:

*„Was die internationale Lage angeht, so gibt es die Frage von Krieg und Krieg (und Frieden). Wenn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion einander nicht bekämpfen, wird es keinen Weltkrieg geben, aber kleinere Kriege werden unvermeidlich sein [...] Ein anderer Aspekt der internationalen Lage ist der Aufruhr in einigen sozialistischen Staaten. Ich denke, dass der Aufruhr in Osteuropa und in der Sowjetunion unvermeidlich war. Zweifellos wollen die Imperialisten, dass sich die Natur der sozialistischen Staaten ändert. Das derzeitige Problem besteht nicht in der Frage, wann das Banner der Sowjetunion fällt – es wird dort zwangsläufig zu Unruhen kommen –, sondern in der Frage, ob das Banner Chinas fallen wird. Es ist deshalb am wichtigsten, dass es in China nicht zu Unruhen kommt, dass wir mit einer echten Reform fortfahren und uns weiter nach außen öffnen. Ohne eine solche Politik hätte China keine Zukunft. [...] Kurz gesagt, kann meine Sicht der internationalen Lage in drei Sätzen zusammengefasst werden: Erstens sollten wir die Lage mit kühlem Kopf beobachten. Zweitens sollten wir unsere Position behaupten. Drittens sollten wir ruhig handeln. Seid nicht ungeduldig; es ist*

---

<sup>147</sup> Über die Zusammensetzung der „acht Unsterblichen der Kommunistischen Partei Chinas“ (中共八大元老) gibt es verschiedene Versionen: 邓小平 Deng Xiaoping, 陈云 Chen Yun, 杨尚昆 Yang Shangkun, 薄一波 Bo Yibo, 彭真 Peng Zhen, 邓颖超 Deng Yingchao, 李先念 Li Xiannian, 王震 Wang Zhen oder 邓小平; Deng Xiaoping, 陈云 Chen Yun, 杨尚昆 Yang Shangkun, 薄一波 Bo Yibo, 彭真 Peng Zhen, 习仲勋 Xi Zhongxun, 宋任穷 Song Renqiong, 万里 Wan Li; siehe Hort (2000); Yang Fengchun (2001).

<sup>148</sup> Vgl. Kuhn, Robert Lawrence, The Man Who Changed China: The Life and Legacy of Jiang Zemin, Verlag: Crown (11. Januar 2005)

*nicht gut, ungeduldig zu sein. Wir sollten ruhig, ruhig und nochmal ruhig sein und uns mit Ruhe in praktische Arbeit stürzen, um etwas zu erreichen, etwas für China [...].*<sup>149</sup>

Obwohl die Amtszeit von Deng Xiaoping als Parteichef offiziell 1990 endete, regierte er – wenn auch hinter den Kulissen – China bis zu seinem Tod im Februar 1997. Während des Besuchs von Michail Gorbatschow hatte ihm Zhao Ziyang 1989 mitgeteilt, dass wichtige innen- und außenpolitische Entscheidungen von Deng Xiaoping getroffen werden würden.<sup>150</sup> Er hatte dem russischen Gast erklärt, dass bei der 1. Tagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh im November 1987 ein einstimmiger Beschluss gefasst worden wäre, wonach auch zukünftig die Leitlinien der Politik der Kommunistischen Partei Chinas von Deng Xiaoping verantwortet werden würden.<sup>151</sup> Diese Äußerung wurde von der Kommunistischen Partei Chinas als ‚Verrat‘ eingestuft, die schließlich zum Sturz von Zhao Ziyang führte.

Deng Xiaoping und die Kommunistische Partei Chinas betrachteten die Schwäche der sowjetischen Wirtschaft als Hauptgrund für den Zusammenbruch der UdSSR und der osteuropäischen Staaten mit der Folge, dass die kommunistischen Parteien ihre Macht verloren. Deng Xiaoping und seine Kollegen waren davon überzeugt, dass die Entwicklung der Marktwirtschaft, die Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität und des Wohlstands der Mehrheit der chinesischen Bevölkerung die Macht der KPCh in China nachhaltig sichern können. Die Kommunistische Partei Chinas sah in dem sogenannten ‚Sozialismus chinesischer Prägung‘ die beste Lösung für die Zukunftsfähigkeit der Kommunistischen Partei Chinas.<sup>152</sup>

Die Armee bildete die Basis der Macht von Deng Xiaoping und der Kommunistischen Partei Chinas. Ohne die Zustimmung des Oberbefehlshabers der chinesischen Streitkräfte können keine wichtigen Entscheidungen in der Innen- und Außenpolitik Chinas getroffen werden. Es verhält sich hier ebenso wie bei den anderen kommunistischen Regimen. Nach einem 28-jährigen militärischen Kampf baute die Kommunistische Par-

---

<sup>149</sup> Möller (2005); siehe auch 冷溶, 汪作玲 编, 邓小平年谱 (1975-1997 年) (下) 第 1346 页, 中共中央文献研究室编, 中央文献出版社 北京 2004; Leng Rong/Wang Zhuoling, Chronik von Deng Xiaoping, Zentrale Archive Verlag, Beijing, 2004

<sup>150</sup> Vgl. 人民日报, 1989 年 5 月 17 日, Renmin Ribao, Volkszeitung, 17. Mai 1989.

<sup>151</sup> Vgl. XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (1987).

<sup>152</sup> Dieser Ansatz stellt das Kernkonzept Deng Xiaopings für die Einführung wirtschaftlicher Reformen und die Öffnung nach außen dar; siehe Politischer Bericht von Jiang Zemin beim 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas.

tei Chinas ihre Herrschaft auf dem chinesischen Festland aus, weshalb die Parteiführung, von Mao bis heute, die Überzeugung vertritt, dass die politische Macht nur aus den ‚Gewehrläufen‘ komme.<sup>153</sup> Dieser Grundsatz wird von der Kommunistischen Partei Chinas als die ultimative Lösung bei der Bewältigung der Herausforderungen betrachtet, um die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas zu sichern und aufrechtzuerhalten. Das ‚Tian’anmen-Massaker‘ am 4. Juni 1989 wäre ohne dieses ‚Prinzip der staatlichen Gewalt‘ nicht denkbar.

Zu den wichtigsten Organisationen, Einrichtungen und staatlichen Behörden, die für die Umsetzung und Ausführung der außenpolitischen Maßnahmen der VR China unter der Führung des Zentralkomitees der KPCh verantwortlich sind, zählen: die FALSG, die Internationale Abteilung der KPCh (中联部), die Zentrale Militärikommission (ZMK, 中央军委), der Militärnachrichtendienst (总参二部), das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (外交部), das Ministerium der Verteidigung (国防部), die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform (发改委) sowie das Ministerium für Staatssicherheit (国家安全部).

In der VR China und in anderen sozialistischen Gesellschaftssystemen gilt die Kontrolle der Massenmedien als ein wichtiges Instrument der Politik. Alle Medien in China sind daher Parteimedien. Von 1986 bis Sommer 1989 fand in China eine Debatte über die Reformierung der staatlich kontrollierten Medien statt, die jedoch zu keinem Ergebnis führte. Sowohl die Informationsauswahl als auch die Dokumentation und Archivierung der Außenpolitik Chinas unterliegt der parteipolitischen Kontrolle.

## 2 Die politische Beziehung zwischen der DDR und der VR China

Seit Anfang der 1980er-Jahre entwickelte sich die politische Situation der Welt in eine neue Epoche. Im Dezember 1979 marschierte die sowjetische Armee in Afghanistan ein. Im Februar 1979 fand in Teheran durch den Revolutionsführer Ajatollah Chomeini die ‚Islamische Revolution‘ statt, die zur Flucht und Absetzung von Schah Reza Pahlavi und zur Beendigung der Monarchie im Iran führte. Im Februar 1979 ereignete sich der sogenannte ‚Strafkrieg‘ oder ‚Erziehungsfeldzug‘ durch den Einmarsch von chinesischen Truppen in Nordvietnam.

---

<sup>153</sup> Auf Chinesisch 枪杆子里面出政权, siehe Maos Rede auf der Sitzung (八七会议) am 7. August 1927 in Hankou.

Für die VR China umfasste dieser Krieg gegen Nordvietnam vier Bedeutungen: (1) durch die militärische Intervention demonstrierte China seine Stärke und Vormachtstellung in Südostasien; (2) durch die Militäraktion zeigte China an die Adresse der Sowjetunion, dass sie ihre eigenen Interessen im Ernstfall auch militärisch durchzusetzen gewillt sei; (3) China gab ein wichtiges Signal für die US-Regierung, dass es trotz sich gegenseitig ausschließender politischer Systeme dennoch bereit war, als politischer Akteur auf der Weltbühne aufzutreten und zu handeln; (4) Deng Xiaoping erhielt die Gelegenheit, die konservativen militärischen Generäle davon zu überzeugen, dass eine Modernisierung Chinas auch auf dem militärischen Gebiet notwendig und sinnvoll sei.

Im Gesamtüberblick ergibt sich die Feststellung, dass sich die chinesische Außenpolitik seit 1979 äußerst flexibel auf die jeweiligen Situationen der internationalen Politik einstellte und sowohl mit den USA als auch mit der Sowjetunion kooperative Lösungen anstrebten. Diese flexible Strategie der chinesischen Außenpolitik gründet sich in dem Programm der technischen und ökonomischen Modernisierung des Landes. Durch diese politische Zielsetzung ergab sich die Möglichkeit, mit den weiter entwickelten westlichen Industrienationen den für die Entwicklung Chinas dringend notwendigen Austausch von Waren und Dienstleistungen zu organisieren, insbesondere mit den USA.

Auch die DDR war durch die angespannte wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion und durch die beginnenden Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa gezwungen, ihre internationale Strategie grundlegend zu überprüfen und ihre Außenpolitik an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen. Die DDR suchte daher seit Ende der 1970er-Jahre nach weiteren Partnern zur Stärkung ihrer politischen und wirtschaftlichen Position. Vor diesem Hintergrund war eine engere Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China notwendiger und wichtiger als in den vergangenen Jahren.

Von Anfang 1981 bis Juli 1989 entwickelte sich eine enge politische Beziehung zwischen der DDR und der VR China; beide Länder schlossen zahlreiche Abkommen, Kooperationen und Handelsverträge in verschiedenen Bereichen wie dem Maschinen- und Kraftwerkbau sowie der Chemischen Industrie.

## **2.1 Wiederannäherung und Normalisierung und die erste Phase bis 1986**

### **Die neue Ära von Deng Xiaoping**

Nach dem Tod von Mao Zedong im September 1976 veränderten sich die Schwerpunkte der Politik der Kommunistischen Partei Chinas. Auf dem 3. Plenum des XI. Parteita-

ges der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1978 begann die Ära von Deng Xiaoping. In seiner Schlussrede verzichtete er auf die Parolen des von Mao Zedong in den Vordergrund gestellten Klassenkampfes, sondern trat für eine pragmatische, an den tatsächlichen Verhältnissen und Fakten orientierte Politik der Zukunft ein; die Partei solle den ‚Geist befreien‘, die ‚Wahrheit aufsuchen‘, ‚Theorie und Praxis verbinden‘; (解放思想, 实事求是, 团结一致向前看), um auf dieser gemeinsamen Basis das Modernisierungsprogramm der Kommunistischen Partei Chinas umzusetzen; auf diesem Weg in die Zukunft sollen die während der Kulturrevolution begangenen ‚Fehler‘ beseitigt werden. Diese Neuausrichtung der Politik der Kommunistischen Partei Chinas verband Deng Xiaoping mit der Hervorhebung der großartigen Leistungen von Mao Zedong respektive des Maoismus für die chinesische Geschichte.<sup>155</sup>

Obgleich die Rede von Deng Xiaoping keine konkreten Maßnahmen oder Inhalte zur Außenpolitik der VR China enthielt, wurde auf der 10. ‚Interkit‘-Konferenz, die vom 11. bis 13. Dezember 1978 in Havanna (Kuba) stattfand, die programmatische Neuausrichtung der chinesischen Politik äußerst skeptisch und negativ aufgenommen. In dem Bericht der DDR-Delegation konzentrierte sich die Kritik auf drei Bereiche: (1) Imperialismus, (2) Separatismus und (3) Deformierung der sozialistischen Idee.<sup>156</sup>

*„Bei der Einschätzung der Entwicklung der Politik der gegenwärtigen chinesischen Führung wurde ausgehend von dem Krim-Treffen der führenden Repräsentanten der Bruderländer im Jahre 1978 und von der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses die ernsthafte Gefahr unterstrichen, die gegenwärtig von der internationalen Tätigkeit der Führer der VR China für den Sozialismus und den Frieden ausgeht. Ausführlich wurden folgende neue Momente in der Innen- und Außenpolitik der chinesischen Führung analysiert:*

- 1. Heute arbeitet die chinesische Führung faktisch auf allen Gebieten der internationalen Tätigkeit mit dem Imperialismus zusammen, China ist nach dem Klassenhalt seiner Außenpolitik zum offenen und aktiven Verbündeten des Imperialismus geworden [...] 1978 wurde auch eine neue Etappe in der Entwicklung*

---

<sup>155</sup> Vgl. Schlussrede von Deng Xiaoping auf dem XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas.

<sup>156</sup> DDR-Bericht bei 10. Interkit in Havanna, Dezember 1978, siehe: "East German Report on the Tenth Interkit Meeting in Havana, December 1978," December, 1978, History and Public Policy Program Digital Archive, Included in the document reader for the international conference "China and the Warsaw Pact in the 1970-1980s" held by CWHIP and the Parallel History Project March 2004 in Beijing. <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/118520>

*der Beziehungen zwischen China und den USA eingeleitet. Beide Seiten sind zur gemeinsamen Realisierung ihrer „parallelen Interessen“ in der internationalen Arena übergegangen [...]*

2. *In den Beziehungen Chinas zu den sozialistischen Staaten wird die Politik des differenzierten Herangehens immer mehr verfeinert. In der 2. Hälfte des Jahres 1978 befaßte sich die Führung der KP Chinas mit dieser Frage und zog Schlußfolgerungen aus den Schritten in den Beziehungen zur SSR<sup>157</sup>, zur KDVR<sup>158</sup> und SFRJ<sup>159</sup>. Es geht Peking darum, eine separate politische Gruppierung innerhalb des sozialistischen Systems zu schaffen [...]*
3. *Zur inneren Entwicklung Chinas wurde festgestellt, daß selbst eine nicht vollständige Errichtung der anvisierten Ziele in der Wirtschaftspolitik zu einer beachtlichen Erhöhung des militärisch-industriellen Potentials Chinas führen wird. Die pragmatischen Korrekturen auf wirtschaftlichem Gebiet beseitigen nicht die Widersprüche zwischen den objektiven Erfordernissen des Landes und der Politik der chinesischen Führung, schaffen neue Widersprüche und erhöhen die Gefahr der vollen Deformierung der sozialistischen Elemente in der ökonomischen Basis des Landes. Das Zusammenwirken der chinesischen Führung mit dem Imperialismus erhöht die Gefahr des direkten Eindringens des Imperialismus in China und damit einer Vergrößerung seines Einflusses auf die Politik und Wirtschaft der VR China [...].“*

Die DDR-Führung schlug auf der „Interkit“-Konferenz vor, sich in ihrer zukünftigen Arbeit und Beziehung mit der VR China auf die angeführten drei Bereiche zu konzentrieren und ihren Einfluss geltend zu machen. Außenpolitisch übernehme sie die Aufgaben, „[...] dem gefährlichen Komplott der Pekinger Führung mit der NATO und den wichtigsten imperialistischen Staaten gegen Frieden und Entspannung aktiv entgegenzuwirken [...], die Koordinierung zwischen den Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten entsprechend den Festlegungen zu verstärken und die zwischenstaatlichen Beziehungen mit der VR China entsprechend den vorgeschlagenen Kriterien zu entwickeln [...]“ und darüber hinaus für „[...] die massenpolitische und propagandistische Vorbe-

---

<sup>157</sup> Sozialistische Sowjetrepublik.

<sup>158</sup> Koreanische Volksdemokratische Republik.

<sup>159</sup> Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien.

*reitung des 30. Jahrestages der VR China [...]“ zu sorgen sowie „[...] die wissenschaftliche Zusammenarbeit intensiver und effektiver zu gestalten [...]“.<sup>160</sup>*

Im Februar 1979 schickte die Führung der DDR Wolfram Adolphi, den damaligen wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Sektion Asienwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, nach Beijing, um vor Ort die chinesische Sprache zu lernen und darüber hinaus eventuell Informationen über die Entwicklung in China zu sammeln.

Trotz der starken ideologischen Auseinandersetzung und heftigen Kritik gegen die Führung der VR China entwickelte sich der Handel zwischen der DDR und der VR China seit 1978 positiv und erreichte sogar neue Rekordwerte. Auf der wirtschaftlichen Ebene setzte die Annäherung beider Länder bereits ein. In dieser Phase der bilateralen Entwicklung wurden die ersten Grundsteine des neuen Verhältnisses der DDR-Führung mit der VR China gelegt.

### **Die neue Außenpolitik von Deng Xiaoping**

Bevor Deng Xiaoping die Führung der Kommunistischen Partei Chinas übernahm, befasste sich die chinesische Außenpolitik mit der Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR, den USA und Japan sowie mit der Rückgabe der britischen Sonderverwaltungszone Hongkong an die VR China.<sup>161</sup> Während der chinesischen Kulturrevolution, die sich über einen Zeitraum von 1966 bis 1976 erstreckte, befand sich die VR China außenpolitisch in einem Zustand der Isolation. Deng Xiaoping betrachtete die Hauptaufgabe der (neuen) Außenpolitik der VR China darin, die Hegemonie der UdSSR und der USA als „Weltmächte“ einzuschränken sowie die VR China in die internationale Staatengemeinschaft zurückzuführen.

Am 1. Januar 1979 nahm die USA diplomatische Beziehungen mit der VR China auf. Von Dezember 1978 bis März 1979 berichtete das Magazin TIME insgesamt viermal

---

<sup>160</sup> DDR-Bericht bei 10. Interkit in Havanna, Dezember 1978, siehe: "East German Report on the Tenth Interkit Meeting in Havana, December 1978," December, 1978, History and Public Policy Program Digital Archive, Included in the document reader for the international conference "China and the Warsaw Pact in the 1970-1980s" held by CWHIP and the Parallel History Project March 2004 in Beijing. <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/118520>

<sup>161</sup> Vgl. Selected Works of Deng Xiaoping, Vol. 3, Internationale Situation und wirtschaftliche Frage, S. 355-356, Foreign Languages Press, Beijing, May 1, 1994; 吴跃农, 从“塔什干讲话”到“海参崴讲话”:中苏关系正常化历程, 《党史纵览》2011年08期, 合肥, Wu Yuenong, von der Rede in Taschkent zur Rede in Wladiwostok, die Normalisierung der Beziehung von der VR China und der UdSSR, Geschichte der KPCh, August, 2011, Hefei, China

intensiv über Deng Xiaoping und sein Programm der Modernisierung Chinas.<sup>162</sup> Im Rahmen seines achttägigen Besuches in den USA im Februar 1979, der von den US-amerikanischen Medien äußerst positiv begleitet und kommentiert wurde, erläuterte Deng Xiaoping in einem Interview mit dem Magazin TIME der US-amerikanischen Öffentlichkeit die neuen Perspektiven der chinesischen Außenpolitik, die auf eine gute Beziehung und Kooperation mit den USA und Europa gerichtet seien.<sup>163</sup>

Im Anschluss an den USA-Besuch von Deng Xiaoping erklärte die chinesische Führung, dass sie den Sino-Sowjetischen Freundschaftsvertrag, der am 17. Februar 1979 auslief, nicht verlängern werde.<sup>164</sup> Im Februar 1979 marschierten chinesische Truppen nach dem Abschluss eines Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und Vietnam in den Norden Vietnams ein (Chinesisch-Vietnamesischer Krieg), um die hegemonialen Ansprüche der Sowjetunion in Südostasien einzudämmen. Die Sowjetunion verzichtete in diesem Konflikt auf militärische Aktionen auf dem chinesischen Territorium.

In einem Gespräch mit Walter Mondale, US-Vizepräsident, am 28. August 1979 in Beijing erklärte Deng Xiaoping, dass allein durch die militärische Intervention der VR China in Vietnam das strategische Ziel der Sowjetunion nach Vorherrschaft in Südostasien und im Pazifik unmöglich gemacht worden sei; durch das Eingreifen der VR China seien erhebliche Probleme für die USA und Japan, aber auch für die VR China selbst vermieden worden.<sup>165</sup>

Die Führung der DDR protestierte heftig gegen den Einmarsch chinesischer Soldaten in Vietnam; zur Unterstützung Vietnams lieferten sie Waffen im Wert von 37 Millionen Ost-Mark.<sup>166</sup> Trotz der Unterstützung für Vietnam und der propagandistischen Kritik an der Politik der VR China entwickelte sich der Handel zwischen der DDR und der VR China weiterhin positiv ebenso wie mit den anderen Mitgliedstaaten des Rates für ge-

---

<sup>162</sup> Vgl. TIME, 25. Dezember 1978, 1. Januar 1979, 5. Februar 1979, 5. März 1979.

<sup>163</sup> Vgl. An interview with Deng Xiaoping, „You should give them the power to make money”, by Henry Grunwald, Ray Cave and Deng Xiaoping, 5. Februar 1979, TIME.

<sup>164</sup> Wentker (2007), S. 532; .沈志华.中苏同盟与朝鲜战争研究.桂林: 广西师范大学出版社, 1999., Shen Zhihua, Forschung zum chinesisch-sowjetischen Bündnis und Koreakrieg, Guangxi Pädagogik Universität Verlag, 1999

<sup>165</sup> Vgl. Foreign Relations of the United States, 1977-1980, Volume XIII, China, Document 265, 265. Memorandum of Conversation, Beijing, Summary of the Vice President's Meeting with People's Republic of China Vice Premier Deng Xiaoping, August 28, 1979, Carter Library, National Security Affairs, Staff Material, Office, Outside the System File, Box 53, Chron: 8/2/79. Top Secret; Sensitive; Eyes Only. The meeting took place in the Great Hall of the People.

<sup>166</sup> Vgl. Wentker (2007), S. 532.

genseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Etwaige Wirtschaftssanktionen vonseiten der osteuropäischen Länder gegenüber der VR China standen nicht zur Diskussion. Trotz dieser Konfliktsituation organisierte die Botschaft der DDR in der VR China seit 1979 regelmäßige Filmveranstaltungen für ‚Freunde der deutschen Sprache‘ bzw. für ‚Freunde der chinesischen Sprache‘.<sup>167</sup>

Ende September 1979 begannen die Verhandlungen („Normalisierungsgespräche“) zwischen Beijing und Moskau um den Grenzverlauf zu Vietnam und um die militärische Besetzung der Mongolei durch die Chinesen. Es handelte sich bei diesen Gesprächen um den ersten Kontakt auf Ministeriumsebene seit 1964.<sup>168</sup> Am 24. Dezember 1979 marschierte die Rote Armee in Afghanistan an; die VR China brach daraufhin die Verhandlungen mit der UdSSR ab.

Im Rahmen einer vertraulichen und internen Beratung erklärte im Juni 1985 Deng Xiaoping, dass die strategischen Interessen Chinas erfordern, dass die Sowjetunion, die „[...] ein politischer Gegner für die Volksrepublik China ist, und der von ihr geleitete Warschauer Vertrag sowie der RGW nicht gestärkt, sondern geschwächt werden müssen [...]“. In diesem Zusammenhang befürwortete er die ‚harte‘ Politik der „[...] Abtrennung der sozialistischen Länder Osteuropas von der UdSSR, der bevorteilten Entwicklung der vielseitigen Beziehungen zu diesen Ländern und deren Heranziehen zur Modernisierung Chinas [...].“<sup>169</sup>

Nach Meißner bekundete die UdSSR im Februar 1978 ihr Interesse, eine Verbesserung der Beziehung mit der VR China zu erreichen; diese Aussage findet sich in den vorliegenden chinesischen Dokumenten jedoch nicht.<sup>170</sup> In einem persönlichen Gespräch zwischen Erich Honecker und Leonid Breschnew am 27. Juli 1979 über die VR China erklärte der Generalsekretär der KPdSU und Staatspräsident der Sowjetunion, „[...] daß schnelle Fortschritte im sowjetisch-chinesischen Dialog nicht zu erwarten sind. Die Verhandlungen mit China werden von uns große Ausdauer, Umsicht und genaue Berechnung jedes unserer Schritte verlangen. Unter der Berücksichtigung des Gesagten

---

<sup>167</sup> Vgl. Beziehung DDR-VR China, PA AA, MfAA, ZR 21/78, S. 6.

<sup>168</sup> Vgl. 丁明, 1979 年中苏谈判的经过与邓小平的运筹帷幄作用, 《党的文献》2006-2., Die Verhandlung von der VR China und der UdSSR in 1979 und Strategie Deng Xiaopings, Archive der KPCh, Februar, 2006

<sup>169</sup> Küchenmeister, Daniel, Honecker - Gorbatschow, Vieraugengespräche, Dok.4, Information [M. Gorbatschow an E. Honecker, 1. August 1985], 1993, S. 51-52.

<sup>170</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 347.

*glaube ich, daß es für uns alle wichtig ist, in unserem Widerstand gegen die Politik Chinas, die den Interessen des Friedens und der internationalen Sicherheit zuwiderläuft, nicht nachzulassen.“<sup>171</sup>*

### **Die „Interkit“-Konferenz im Jahr 1980**

Am 4. März 1980 sandte Moskau ein Telegramm an ihre Botschafter in vierzehn Ländern, in dem die Botschaft enthalten ist, dass die Führung der VR China versuche, die sozialistischen Länder zu spalten; Nordkorea, Rumänien und Jugoslawien werde von der VR China darin unterstützt, sich von der „sozialistischen Familie“ zu trennen; Vietnam, Kuba, Laos und die Mongolei, so der Inhalt des Telegramms, können keine Verständigung mit der chinesischen Führung erwarten; in Europa versuche die VR China, eine Politik aus „Zuckerbrot und Peitsche“ zu betreiben mit dem einzigen Ziel, durch den wirtschaftlichen Handel Vorteile zu erzielen.<sup>172</sup>

Vom 11. bis 13. Juni 1980 fand die 11. „Interkit“-Konferenz in Mierki (Polen) statt. Aufgrund des militärischen Konflikts der VR China mit Vietnam nahm erstmals auch eine vietnamesische Delegation an den Beratungen teil. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Frage nach der Einschätzung der aktuellen chinesischen Außen- und Innenpolitik insbesondere vor dem XII. Parteitag (1982), wobei sich die sozialistischen Länder die Aufgabe stellten, „[...] daß die wissenschaftlich-theoretische Arbeit in unseren Ländern zur aktuellen China-Problematik sich vor allem auf die Veränderungen in China, einschließlich der Politik und Ideologie der chinesischen Führung seit dem Tode Mao Zedongs konzentrieren muß [...]\“<sup>173</sup>

Die westliche Neuorientierung der chinesischen Politik wurde von den Delegierten als ein Bündnis mit den „imperialistischen Staaten“ USA, Japan und der BRD angesehen; „[...] die chinesische Führung ist zum Bündnis mit den imperialistischen Staaten als einer langfristig angelegten strategischen Linie übergegangen. Wichtigstes Element ist

---

<sup>171</sup> Hertle, Risse im Bruderbund, Die Krim-Gespräche Honecker – Breschnew, Ch. Links Verlag; Auflage 1. (6. Oktober 2006), S. 171 (Niederschrift über das Treffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen Leonid Iljitsch Breschnew, am Freitag, dem 27. Juli 1979, auf der Krim; das Originaldokument ist als Anlage zum Arbeitsprotokoll der SED-Politbürositzung vom 14. August 1979 abgelegt (SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2253).

<sup>172</sup> James G. Hershberg, David Wolff, Péter Vámos, Sergey Radchen, The Interkit Story: A Window into the Final Decades of the Sino-Soviet Relationship, S.25, das Original, RGANI f.4, op.24, d.1200, ll.1-4.. ist auf Russisch

<sup>173</sup> DDR-Bericht bei Interkit im Juni 1980 in Polen, SAPMO-BA Berlin, DY 30, IV B 2/20/593, S. 9.

*der allseitige Ausbau der Beziehungen zu den USA, der in der letzten Zeit durch eine zunehmende militärische Zusammenarbeit gekennzeichnet ist.“<sup>174</sup>*

Neben den USA nehme nach Auffassung der Delegierten Japan in den außenpolitischen Erwägungen Chinas den wichtigsten Platz ein; Japan sei für die VR China nicht nur der größte Handelspartner, sondern erhalte mit Unterstützung Japans darüber hinaus eine beherrschende Position im asiatischen Raum. Die BRD werde nach der außenpolitischen Strategie der VR China als zukunftsträchtiger Partner in Europa betrachtet im Gegensatz zur UdSSR und den anderen sozialistischen ‚Bruderstaaten‘.

Die DDR-Vertreter interpretierten die aktuelle Entwicklung der chinesischen Politik als eine radikale Abwendung vom ‚Marxismus-Leninismus‘ und dem ‚realen Sozialismus‘, wobei im Vordergrund der ‚Spaltenpolitik‘ der ‚Kampf gegen die Sowjetunion‘ stehe; „[...] die Modernisierung des Maoismus hat einen sichtlich radikalen Charakter angenommen. Damit schafft sich die heutige chinesische Führung neue Möglichkeiten für das ideologische Zusammenwirken mit dem Imperialismus und dem Opportunismus gegen den Marxismus-Leninismus und den realen Sozialismus [...]. Die Spaltenpolitik der chinesischen Führung gegenüber den sozialistischen Ländern besteht heute aus einer Variation von Methoden des direkten Drucks und der militärischen Drohung einerseits und verfeinerten Methoden, die zur Entwicklung der Beziehungen mit einzelnen Ländern – mit Ausnahme der UdSSR – führen sollen [...] Peking versichert, daß sein Kampf gegen die Sowjetunion die Entwicklung normaler zwischenstaatlicher Beziehungen zu anderen sozialistischen Ländern nicht behindern brauche [...]“<sup>175</sup>

Aus der Perspektive der DDR-Führung entwickelte sich die VR China durch den Versuch, nach den Erfahrungen der ‚Kulturrevolution‘ den ‚Weg der vier Modernisierungen‘ zu gehen, in eine permanente politische Krisensituation zwischen den Kräften des Maoismus und des Antimaoismus. „Die Auseinandersetzung in der Führung um den Weg der „vier Modernisierungen“, die Einschätzung der Ergebnisse der „Kulturrevolution“ und das ideologische Erbe Maos verschärfen sich erneut. Es besteht die Möglichkeit, daß die politische Lage im Lande durch die anhaltenden Aktivitäten ultralinken maoistischer Kräfte bzw. in bürgerliche Richtung drängender Kräfte nachhaltig beeinflußt werden kann. Längerfristig gesehen wird der Kurs der „vier Modernisierun-

---

<sup>174</sup> Ebd. S. 2.

<sup>175</sup> Ebd., S. 4.

*gen“ zur Quelle neuer politischer Krisen werden, in dem Prozeß sich auch die spontane antimaoistische Bewegung im Lande weiter ausdehnen und formieren kann [...]“<sup>176</sup>*

Bei der ‚Interkit‘-Konferenz im Juni 1980 unterbreitete die DDR-Führung den Vorschlag, zwei neue Themenfelder, nämlich (1) ‚Charakter, Hauptetappen und Perspektiven der gesellschaftlichen Evolution in der VR China, insbesondere seit dem Tod Maos‘, und (2) ‚China und seine Rolle in der Welt‘, in die zukünftigen Beratungen einzubeziehen. Die Delegation der DDR wünschte in dem von den sowjetischen Vertretern vorgelegten schriftlichen Beschluss 43 Textänderungen, wodurch sich die DDR-Führung einerseits von der sowjetischen Position gegenüber der VR China distanzierte, auf der anderen Seite aber auch eine unabhängigere Stellung in der Ausprägung und Gestaltung ihrer Außenpolitik zum Ausdruck brachte.<sup>177</sup>

In den folgenden Jahren beobachtete die DDR-Führung die Entwicklung der VR China sehr genau, insbesondere die wirtschaftliche Kooperation mit dem ‚Konkurrenten‘ BRD. Jiang Zemin<sup>178</sup> besichtigte im Jahr 1978 das Volkswagen-Werk in Wolfsburg; im Jahr 1985 erfolgte die Gründung der Shanghai-Volkswagen, ein Joint Venture mit der Volkswagen AG.

Seit dem 2. Halbjahr 1980 erweiterten und intensivierten sich die offiziellen und nicht-offiziellen Kontakte zwischen Vertretern der DDR und der VR China; es erfolgte in dieser Phase der bilateralen Beziehungen ein starker persönlicher Austausch zwischen den Botschaftern. Der chinesische Botschafter in der DDR besuchte den Bezirk Magdeburg sowie Cottbus; es wurden Studienreisen in den Bezirk Karl-Marx-Stadt und in den Bezirk Halle organisiert. Umgekehrt führte die Botschaft der DDR in der VR China ebenfalls Studienreisen in wichtige chinesische Provinzen durch.<sup>179</sup> Im Sommer 1980 nahm ein Sinologe aus der DDR an einem internationalen Historiker-Kongress in der VR China teil. Ein Literaturwissenschaftler nutzte im Herbst 1980 einen China-Aufenthalt als Gast des Botschafters der DDR zu zahlreichen Aktivitäten (Vorträge, Besuche von Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen, Ausstellung von

---

<sup>176</sup> Ebd., S. 3.

<sup>177</sup> Hershberg et al. (2011), S. 26.

<sup>178</sup> Jiang Zemin war 1978 Direktor des Büros für auswärtige Angelegenheiten, 1985 Bürgermeister von Shanghai.

<sup>179</sup> Vgl. PA AA, MfAA, ZR 21/78, Beziehung DDR-VR China, S. 1.

DDR-Büchern in der Botschaft). Eine DEFA-Gruppe (ebenfalls als Gäste des Botschafters) unternahm eine Informationsreise als Vorbereitung zu dem Film ‚Sonjas Rapport‘ in China.<sup>180</sup>

### **Normalisierung der Beziehung zwischen der Sowjetunion und der VR China**

Die Neuausrichtung der chinesischen Außenpolitik nach der Ära von Mao Zedong veranlasste die Führung der KPdSU, auf der Grundlage von Gleichberechtigung, friedlicher Koexistenz und wirtschaftlicher Zusammenarbeit Schritt für Schritt ein neues Verhältnis zur VR China aufzubauen.<sup>181</sup>

Im Februar 1981 gab Leonid Breschnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau das Ziel aus, dass die KPdSU sich intensiver mit der Verbesserung der Beziehungen zur Kommunistischen Partei Chinas beschäftigen sollte. Diese Aussage von Breschnew und die darauf einsetzende Wiederannäherung der UdSSR und der VR China bedeutete ein wichtiges Signal für die SED in der DDR. Auf dem X. Parteitag der SED, der zwei Monate später im April 1981 stattfand, kritisierte Erich Honecker zwar die ‚Konfrontationspolitik‘ der chinesischen Führung, wäre aber bereit, sich für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China einzusetzen.<sup>182</sup>

*„Für den Kampf um die Lösung der brennendsten Probleme im Leben der Menschheit, um Frieden, Fortschritt und Unabhängigkeit der Völker, gegen den Imperialismus wäre es von beträchtlichem Gewicht, wenn auch ein so großes Land wie die VR China seinen positiven Beitrag dazu leisten würde. Leider muß man feststellen, dass noch immer das Gegenteil der Fall ist. Das außenpolitische Zusammenwirken Chinas mit den USA kommt der Konfrontationspolitik der reaktionärsten Kreise des Weltimperialismus zugute. Das gilt insbesondere für Pekings Antisowjetismus und seine feindselige Haltung gegenüber den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Die Überwindung des maoistischen Erbes, das von den gegenwärtigen Führern Chinas selbst als verhängnisvoll bezeichnet wird, erweist sich als ein komplizierter, widerspruchsvoller Prozeß. Mit welchem Ergebnis die sich jetzt abzeichnenden Veränderungen verlaufen werden, bleibt*

---

<sup>180</sup> Vgl. ebd., S. 2.

<sup>181</sup> Vgl. 吴跃农, 从"塔什干讲话"到"海参崴讲话":中苏关系正常化历程, 《党史纵览》2011年08期, 合肥., Wu Yuenong, von der Rede in Taschkent zur Rede in Wladiwostok, die Normalisierung der Beziehung von der VR China und der UdSSR, Geschichte der KPCh, August, 2011, Hefei, China

<sup>182</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 353, Dokument 170. Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik 11. bis 16. April 1981.

*daher abzuwarten. Was die DDR betrifft, so ist sie nach wie vor bereit, die Beziehungen zur VR China entsprechend den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung zu normalisieren. Eine Politik des Friedens und der normalen Beziehung, davon sind wir überzeugt, liegt auch im Interesse des chinesischen Volkes selbst.“<sup>183</sup>*

Diese Änderung der bisherigen außenpolitischen Strategie stellte einen Meilenstein in der positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China seit der offenen Distanz seit 1964 dar. Darüber hinaus zeigte die Führung der DDR weiterhin das starke Interesse an einer ‚genuauesten‘ Beobachtung der ökonomischen Entwicklung in der VR China, der parteipolitischen Organisation der KPCh und insbesondere außenpolitisch der Beziehung der VR China zu den USA.

Am 4. Februar 1981 schrieb Dr. Herbert Krolikowski einen Brief an Helmut Liebermann, den Botschafter der DDR in Beijing, in dem er auf die zentralen Interessen der DDR-Führung in Bezug auf die VR China einging: „Für die Botschaft Peking kommt es in den nächsten Monaten schwerpunktmäßig darauf an, die innere Entwicklung Chinas genauestens zu verfolgen. Im Mittelpunkt sollten insbesondere die ökonomischen und sozialökonomischen Prozesse stehen. Aber auch die personellen Fragen, die Kaderpolitik insgesamt, die Tätigkeit des Partei- und Staatsapparates sowie der gesellschaftlichen Organisationen und die Stellung der Armee sind von großem Interesse. [...] Auf außenpolitischem Gebiet ist die Verfolgung des Verhältnisses Chinas zu den USA nach der Amtseinführung Reagans von großer Wichtigkeit. Wir bitten dringend, jede relevante Information über Reaktionen der chinesischen Führer auf Schritte der USA und anderer imperialistischer Staaten (Politik der USA gegenüber Taiwan und Südkorea, außenpolitische Strategie des japanischen Ministerpräsidenten Szuki, U-Boot-Verkauf der Niederlande an Taiwan u. a.) zu übermitteln. Wir gehen dabei davon aus, daß die in den letzten Wochen offen zutage getretenen Widersprüche zwischen dem Imperialismus und China Auswirkungen auf die internationale Kräftekonstellation bringen können, die im Interesse der sozialistischen Staaten liegen [...]“<sup>184</sup>

Vom 12. bis 16. Mai 1981 hielt sich unter der Leitung von Bruno Mahlow, dem stellvertretenden Abteilungsleiter der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentral-

---

<sup>183</sup> Ebd.

<sup>184</sup> Brief von Dr. Herbert Krolikowski, Minister für Auswärtige Angelegenheiten, an Helmut Liebermann, Botschafter der DDR in der VR China, am 4. Februar 1981, PA AA, MfAA, ZR 2283/83.

komitees der SED, eine Delegation auf der Reise von Korea nach Laos und Vietnam zu einem Zwischenaufenthalt in der Botschaft der DDR in Beijing auf. Während des dortigen Aufenthaltes nahmen die Mitglieder der Delegation an von der Botschaft der DDR organisierten Veranstaltungen teil. Zu den Veranstaltungen gehörten ein Essen für Vertreter des Außenministeriums der VR China und der Gesellschaft für Freundschaft mit dem Ausland, ein Essen des Botschaftsrates für die Direktion des chinesischen Institutes für Internationale Beziehungen sowie ein von der Botschaft veranstalteter Filmcocktail. Bei diesen Gelegenheiten wurden Gespräche mit den eingeladenen chinesischen Gästen geführt. Unter den chinesischen Gästen befand sich Yu Hongliang, der Leiter der Hauptabteilung Sowjetunion/Osteuropäische Länder im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Luo Yisu, der Sektorleiter für die DDR, die VR Polen und die Tschechoslowakei, Wei Jianye, der stellvertretende Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft, Fan Ruguang, der Abteilungsleiter für Europäische Länder in der Freundschaftsgesellschaft, und andere leitende Funktionäre des Instituts für Internationale Beziehungen.

Es wurde ein ‚Bericht über den Zwischenaufenthalt einer Delegation der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED an der Botschaft der DDR in der VR China‘ erstellt, der Auskunft gibt, wie überrascht die chinesischen Gesprächspartner über die ‚offensive Gesprächsführung‘ der Delegation gewesen waren.<sup>185</sup>

*„Angesichts der offensiven Gesprächsführung der Delegation auf der Linie des X. Parteitages zeigten die chinesischen Gesprächspartner deutliche Unsicherheiten und vermittelten den Eindruck, dass es hinsichtlich der Gestaltung der Beziehungen mit der DDR noch keine klare einheitliche Konzeption gibt.“*

Der Versuch der Delegation aus der DDR, die Beziehungen mit der VR China gemäß der Linie des X. Parteitages der SED zu verbessern, erreichte im April 1981 nicht das gewünschte Ziel, da sich die chinesische Führung über die außenpolitischen Ziele der DDR als enger politischer Partner der Sowjetunion noch kein klares Urteil gebildet hatte. Eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China wurde erst 1989 vor dem Staatsbesuch von Michail Gorbatschow nach Beijing erreicht.

---

<sup>185</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 353, Dokument 171; Bericht über den Zwischenaufenthalt einer Delegation der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED an der Botschaft der DDR in der VR China, SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/20/139.

Trotzdem bedeutete der kurze Aufenthalt der DDR-Delegation in Beijing einen großen Schritt nach vorn in den diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten seit den 1960er-Jahren. Der Bericht fasst die in die Zukunft gerichteten Hoffnungen auf eine gute gemeinsame Zusammenarbeit beider Länder zusammen.

*„Alle Möglichkeiten für Kontakte und Gespräche mit chinesischen Vertretern sind verstärkt zu nutzen. Es sollte an das mehrfach zum Ausdruck gebrachte Interesse der chinesischen Seite angeknüpft werden, um die Beziehungen auf Teilgebieten (z. B. Bildung, Wissenschaft und Kultur) im Interesse der sozialistischen Gemeinschaft schrittweise zu entwickeln. [...] Eine Abstimmung mit den eng befreundeten sozialistischen Ländern über das weitere Vorgehen im Außenhandel aufgrund des von der VR China angestrebten Übergangs zu „freien Devisen“ ist dringend notwendig.“*

### **Deng Xiaopings Höhepunkt an der Macht**

Vom 27. bis 29. Juni 1981 fand das VI. Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas in Beijing statt, auf dem Deng Xiaoping zum Vorsitzenden der Zentralen Militärmmission (ZMK) gewählt wurde. Durch dieses Amt verfügte Deng Xiaoping über die direkte Befehlsgewalt über die chinesische Befreiungsarmee. Der von Mao Zedong ernannte Nachfolger, Hua Guofeng (华国锋), musste seine Ämter als Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und als Ministerpräsident der VR China niederlegen. Darüber hinaus wurde die ‚Resolution über einige Fragen der Parteigeschichte seit Gründung der Volksrepublik China‘ verabschiedet, der als Meilenstein in der Geschichte des modernen Chinas gilt; die Politik von Mao Zedong und die ‚Kulturrevolution‘ wurden aufgegeben. Unter der Leitung von Deng Xiaoping entwickelte sich China in eine neue Richtung, die der Reform- und Öffnungspolitik. Ideologische Differenzen mit anderen Staaten spielten nunmehr in der Gestaltung der Außenpolitik keine nennenswerte Rolle mehr, als Maßstab des politischen Handelns galt die Durchsetzung der Interessen der VR China.

Nur wenige Monate nach dem Besuch der deutschen Delegation in Beijing reisten zwei chinesische Funktionäre vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten nach Berlin und hielten sich dort vom 16. Juli bis 23. August 1981 für 37 Tage auf. Die Funktionäre waren Chen Dexing (陈德馨), stellvertretender Leiter des Sektors Sowjetunion und Osteuropäische Länder in der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, und Du Kening (杜克宁), Mitarbeiter der

gleichen Abteilung. Diese Reise erfolgte auf Einladung des Botschafters der VR China in der DDR, Chen Tun; die Botschaft der VR China übernahm sämtliche Kosten. Erstmals seit Mitte der 1960er-Jahre kündigte die Botschaft der VR China offiziell den Besuch der beiden Mitarbeiter des ZK der KPCh für mehrere Wochen beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR an.<sup>186</sup>

Obgleich der Besuch der chinesischen Funktionäre in der DDR keinen offiziellen Charakter besaß und es sich zudem um keine Mitglieder der Leitung der KPCh handelte, maß die DDR-Führung dieser Begegnung einen großen Stellenwert zu. Die zwei chinesischen Gäste trafen sich mit mehreren Kadern und Fachleuten aus der SED zum ausführlichen Gespräch; unter den Gesprächspartner befanden sich zum Beispiel

- Mensch und Grens, Magistrat von Berlin
- Prof. Dr. Friedrich, Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED
- Prof. Dr. Kaiser, Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR
- Prof. Dr. Klett, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften

Chen Dexing und Du Kening besichtigten darüber hinaus zahlreiche Behörden, Betriebe und Städte der DDR:

- Amt für Jugendfragen
- Rat des Bezirkes Gera und Gera, Neubaugebiete
- Rat der Stadt Jena und Jena, Neubaugebiete
- VEB Kombinat KWO Berlin
- Kombinat Carl Zeiss, Jena
- Drei landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften
- Stadtzentrum und Rathaussturm in Berlin
- Stadtbezirk Berlin-Marzahn
- Iskra-Gedenkstätte, Georgi-Dimitroff-Museum und andere Sehenswürdigkeiten in Leipzig

---

<sup>186</sup> Bericht über den Studienaufenthalt der Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der KP Chinas Chen Dexing (stellvertretender Sektorleiter UdSSR und Osteuropäische Länder) und Du Kening in der DDR vom 16. Juli bis 23. August 1981; Abteilung Ferner Osten, Berlin, 23. August 1981, PA AA, MfAA, ZR 2507/90; dieser Besuch wurde in insgesamt 13 Protokollen sehr detailliert aufgezeichnet; vgl. auch Pan Qichang (2006), S.131

- Sächsische Schweiz mit Festung Königstein, das Grüne Gewölbe, das Basteigebiet mit neuer HOG „Bastei“ in Dresden
- Bezirk Gera, kulturhistorische Stätten und Erholungsgebiete

In den Gesprächen mit SED-Funktionären betonten die Chinesen ihr Interesse, mehr über die reale Entwicklung in der DDR zu erfahren und die von der DDR gesammelten Erfahrungen kennenzulernen. Chen Dexing und Du Kening wurden von Mitarbeitern der Abteilung IV des ZK der SED, Helmut Ettinger und Horst Siebeck, zu einem Essen eingeladen. Sie folgten der Einladung ihrer deutschen Kollegen, aber bei den Tischgesprächen vermieden es die Chinesen, über die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China oder zwischen den beiden Parteien, der SED und der KPCh, zu sprechen.<sup>187</sup>

Bei jedem Gespräch fertigten die chinesischen Kader sehr ausführliche Notizen an; ihre Fragen bezogen sich auf fünf Gebiete:

- **Gebiet der Wirtschaft:** Hintergründe für die Kombinatsbildung, Formen der Kombinate, tatsächliche Vorteile der Leitung durch Kombinate; Regelungen für den Investbau, Veredelung der Rohstoffe, Maßnahmen zur Überwindung von regionalen Entwicklungsunterschieden in der Produktion, Aufgaben der bezirksgleiteten Industrie; Haltung zum privaten Sektor in Wirtschaft und Handel; Verteilung der Gewinne der Betriebe, Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung; Verflechtung von industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, Verhältnis der Einkommen in Industrie und Landwirtschaft, Errechnung der Arbeitseinheiten, Regelungen bei der individuellen Wirtschaft der LPG-Mitglieder, Fragen der Fluktuation.
- **Gebiet der Parteiarbeit, der Arbeit des Staatsapparates und der Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen:** Wie wird die Parteiarbeit in den Staatsorganen organisiert und geleitet? Wie werden die Parteibeschlüsse in der mittleren und unteren Ebene verwirklicht? Welche Erfahrungen gibt es bei der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der Realisierung der Eingabengesetzgebung, des Kampfes gegen Bürokratismus und der Durchsetzung der sozialistischen Rechtsordnung? Fra-

---

<sup>187</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 355, Dokument 172; Aufenthalt von 2 Mitarbeitern des ZK der KP Chinas in der DDR (16. Juli bis 23. August 1981), SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/20/139.

gen von Eigenverantwortung und Kollektivität; Arbeit der Gewerkschaf-ten.

- **Gebiet der Kaderarbeit:** Kriterien für die Auswahl, Aus- und Weiterbildung von Staatsfunktionären; Nutzung der Erfahrung der älteren Kader, Nutzung revolutionärer Traditionen im Erziehungsprozess. Gibt es Konkurrenzerscheinungen zwischen alten und jungen Kadern? Erläute-  
rung der Begriffe „Kaderreservoir“, „Kadernachwuchs“, „Kaderreser-  
ve“ und „Kadernomenklatur“. Welche Rolle spielen die Hoch- und Fach-  
schulen bei der Kaderausbildung?<sup>188</sup>
- **Gebiet der Sozialpolitik:** Regelungen für den Eigenheimbau, Errech-  
nung der Jahresendprämie, allgemeine Fragen der Durchsetzung des  
Prinzips der materiellen Interessiertheit, Fragen des Umweltschutzes in  
den Großstädten.
- **Politisch-ideologisches Gebiet:** Zur weltanschaulichen Bildung in den  
allgemeinbildenden und Hochschulen, zur konkreten Gestaltung des  
Parteilehrjahres, zur Abwehr der ideologischen Einflüsse des Westens, über  
die Jugendkriminalität.<sup>189</sup> Welche Maßnahmen werden allgemein zur Er-  
ziehung und Bildung der Jugend ergriffen? Welche Etappen beinhaltet  
das Bildungssystem? Wie werden die revolutionären Traditionen im Er-  
ziehungsprozess berücksichtigt und vermittelt? Welche Maßnahmen er-  
greift die SED, um ideologischen Einflüssen des Imperialismus entge-  
genzuwirken? Welche besonderen Interessen der Jugend (im beruflichen  
und freizeitlichen Bereich) gibt es? Wie war der Stand der Jugendkrimi-  
nalität in der DDR und wie bekämpft die SED sie? Wie werden die Be-  
schlüsse des X. Parteitages von der FDJ konkret umgesetzt.<sup>190</sup>

Alle Fragen wurden von den Kadern und Fachleuten der DDR detailliert beantwortet. Die Themengebiete erstreckten sich auf konkrete Sachverhalte, enthielten keine propa-

---

<sup>188</sup> Informationsgespräch in der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR am 27.07.1981, PA AA, MfAA, ZR 2507/90.

<sup>189</sup> Bericht über den Studienaufenthalt der Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der KP Chinas Chen Dexing (stellvertretender Sektorleiter UdSSR und Osteuropäische Länder) und Du Kening in der DDR vom 16. Juli bis 23. August 1981; Abteilung Ferner Osten, Berlin, 23. August 1981, PA AA, MfAA, ZR 2507/90, S. 3-4.

<sup>190</sup> Informationsgespräch im Amt für Jugendfragen (AFJ), PA AA, MfAA, ZR 2507/90, S. 3-4.

gandistische Rhetorik und klammerten darüber hinaus jeden Bezug zur UdSSR vollständig aus. Nach der Einführung und Durchsetzung der Reform- und Öffnungspolitik bedeutete dieses Verhalten der chinesischen Funktionäre im Vergleich zu den früheren Besuchen in der DDR und in anderen osteuropäischen Ländern einen tatsächlich vollzogenen Schritt nach außen, wobei dieser Besuch eine größere Bedeutung beinhaltete als lediglich die Geste der Freundschaft zwischen ‚Bruderstaaten‘. Für die wirtschaftlich-technische Entwicklung in der VR China nahm die DDR zum damaligen Zeitpunkt eine sehr wichtige Funktion unter allen sozialistischen Ländern für die VR China ein.

Von der DDR-Führung wurde dieser Besuch als ein Versuch der Kommunistischen Partei Chinas gesehen, die bisherigen ‚schwachen‘ Beziehungen zwischen der KPCh und der SED auf eine neue Basis der Zusammenarbeit unabhängig(er) von der KPdSU zu stellen. Die Leitung der SED stellte fest, „[...] *dass die chinesische Führung ein Interesse hat, schrittweise zu direkten Kontakten mit der SED zu kommen, um daraus Nutzen für die Politik der Differenzierung zwischen der KPdSU einerseits und den Bruderparteien anderseits zu ziehen. Dementsprechend kommt das MfAA den Wünschen der Botschaft in Formen nach, die nicht als Schritte zur Aufnahme von Parteibeziehungen gewertet werden können [...]*“ Die Führung der SED ließ die Spezialisten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) an allen durchzuführenden Maßnahmen und Gesprächen daher lediglich als ‚Dolmetscher‘ bzw. als ‚Protokoll-Bearbeiter‘ teilnehmen, wobei die Vertreter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) keine Mitglieder in den Führungsgremien der SED waren und somit auch über keine Kompetenzen und Machtmittel in der Gestaltung der Außenpolitik verfügten. Die Regierung der DDR stand unter der ausschließlichen Führung der SED.

Die chinesische Führung verfolgte seit Ende der 1970er-Jahre das Interesse, auch die Beziehungen mit osteuropäischen Ländern wie die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn oder Bulgarien zu verbessern, um die Grundlage für eine friedliche internationale Atmosphäre für ihre zentrale Aufgabe, den Wirtschaftsausbau, zu schaffen. Danach waren die Kontakte mit den Ländern in Osteuropa aktiv geworden. Der lange Besuch in der DDR markierte den Anfang der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China. Ende 1981 schlug der 1. Stellvertreter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vor, die Zusammenarbeit mit der VR China noch intensiver zu

gestalten. Dieses Angebot fand ein freundliches Echo auf der chinesischen Seite.<sup>191</sup> Ebenfalls Ende 1981 äußerte der chinesische Botschafter in Berlin, Chen Dong (陈东),<sup>192</sup> dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit und der bilaterale Handel mit der DDR in „kleinen Schritten“ in Beijing begrüßt werde.

Die Arbeitsmöglichkeiten der Botschaften beider Länder sowie die Kontakte zwischen den Botschaften und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) wurden auf der Grundlage der Gegenseitigkeit schrittweise erweitert. Wünsche des Botschafters der VR China und von Mitarbeitern der chinesischen Botschaft in der DDR nach Exkursionen in Bezirke der DDR wurden im Allgemeinen realisiert. Diplomaten der chinesischen Botschaft wurde eine Reihe von Konsultationen zu innenpolitischen Fragen der DDR gewährt wie zum Beispiel zur Bildung der Kombinate, zum Städtebau, zur Sozialversicherung oder zur Berufsbildung. Die Botschaft der DDR in der VR China konnte Arbeitskontakte zu staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen der VR China (Institut für Internationale Studien, Forschungsinstitut für die UdSSR und Osteuropa der Volksuniversität in Peking, Gesellschaft für Freundschaft mit dem Ausland) sowie zu einigen Redaktionen chinesischer Massenmedien herstellen bzw. erweitern. Die Form der Kontaktaktivität als „Gäste des Botschafters“<sup>193</sup> wurde von beiden Seiten ebenfalls verstärkt wahrgenommen.<sup>193</sup>

Seit 1981 traten wieder chinesische Gastdozenten an der Humboldt-Universität auf.<sup>194</sup> 1980 wurde zwischen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Beijing-Universität eine Vereinbarung über einen Lektorenaustausch für das Semesterjahr 1981/1982 abgeschlossen. Seit Herbst 1981 arbeiteten je zwei Gastlektoren für deutsche bzw. chinesische Sprache und Literatur an der Beijing-Universität bzw. der Humboldt-Universität. Beide Seiten sprachen sich dafür aus, diese Vereinbarung für 1982/1983 zu erneuern.<sup>195</sup> Am 18. Juni 1981 hatte eine Gruppe aus Berlin die Chinesische Volksuniversität be-

---

<sup>191</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 131.

<sup>192</sup> Chen Dong (陈东) war von März 1978 bis April 1984 chinesischer Botschafter in Berlin.

<sup>193</sup> Bilaterale Beziehungen DDR-VR China, PA AA, MfAA, ZR 21/87, S. 2-3.

<sup>194</sup> Vgl. Kaden, Klaus, „Das Studium der chinesischen Sprache an Universitäten und Schulen der DDR“. Beiträge zur Geschichte der Beziehungen der DDR und der VR China. Hrsg. V. Joachim Krüger, Münster, LIT Verlag, 2002. S.173 -196

<sup>195</sup> Bilaterale Beziehungen DDR-VR China, PA AA, MfAA, ZR 21/87, S. 4.

sucht, war es „*der erste Besuch von DDR-Bürgern an der Chinesischen Volksuniversität seit Beginn der „Kulterrevolution“*“.<sup>196</sup>

Aufgrund der Spannungen zwischen Moskau und Beijing vollzog sich die Wiederannäherung zwischen der DDR und der VR China jedoch nur langsam.

Am 9. Juli 1981 fand in Moskau ein Arbeitstreffen von Vertretern der Internationalen Abteilungen der Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP), der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV), der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), der Kommunistischen Partei Kubas, der Mongolischen Revolutionären Volkspartei (MRVP), der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) statt. Bei den Gesprächen zur Beurteilung der Entwicklung der chinesischen Außenpolitik wurde festgestellt, dass die Beziehung zwischen der VR China und den USA „[...] zu einer vertiefenden militärpolitischen Allianz, in eine qualitativ neue und für den Frieden äußerst gefährliche Phase eingetreten ist“.<sup>197</sup>

Der Verlauf der 6. Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Juni 1981 und insbesondere der „[...] Beschluß über einige Fragen der Geschichte der KP Chinas seit der Gründung der VR China [...]“<sup>198</sup> wurde als Machtkampf innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas interpretiert. Die Teilnehmer des Treffens betonten, dass die Möglichkeit einer wirklich sozialistischen Umgestaltung des Landes unmittelbar davon abhängig sei, in welchem Maße es China gelingen werde, das maoistische Erbe zu überwinden. Die Teilnehmer fassten den Beschluss, „[...] die antisozialistischen, antisowjetischen Aktionen der chinesischen Führung in den Massenmedien der Bruderländer aktiv zu entlarven.“<sup>199</sup> Die Delegationen bestätigten, dass die turnusmäßige 12. „Interkit“-Konferenz wie vereinbart in Bulgarien stattfinden werde.<sup>200</sup>

---

<sup>196</sup> Bericht über einen Besuch der Chinesischen Volksuniversität (Zhongguo Remin Da Xue, 中国人民大学) in Peking am 18. Juni 1981, Berlin, 2. Juli 1981, PA AA, MfAA, ZR 55/87, Hochschulwesen

<sup>197</sup> Protokollniederschrift über das Arbeitstreffen von Vertretern der Internationalen Abteilungen der Zentralkomitees der BKP, der USAP, der KPV, der SED, der KP Kubas, der MRVP, der PVAP, der KPdSU und der KPTsch, PA AA, MfAA, ZR 22/87, S. 1.

<sup>198</sup> Ebd., S. 1.

<sup>199</sup> Ebd., S. 2.

<sup>200</sup> Vgl. ebd., S. 3.

Am 16. November 1981 antwortete der stellvertretende Minister des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Boris Nikolaewich Vereshchagin, dem mongolischen Botschafter Narkhuu bei einem persönlichen Treffen auf die Frage nach dem Stand der Gespräche zwischen Moskau und Beijing, dass gegenwärtig Verhandlungen geführt werden, die jedoch bislang zu keinen konkreten Ergebnissen geführt haben; er erwarte keine Veränderungen; der Warenaustausch und der Zahlungsverkehr mit der VR China zeige im Vergleich zum Vorjahr eine rückläufige Tendenz.<sup>201</sup>

### **Die sowjetische Sicht auf die VR China**

Die Auffassung der sowjetischen Führung über die neue Außen-, Öffnungs- und Reformpolitik der VR China insbesondere im Verhältnis zu den USA zeigte sich deutlich in einem vertraulichen Dokument, in dem festgestellt wurde, dass „[...] die Liebedienerei Pekings vor dem amerikanischen Imperialismus mit finanziellen Almosen belohnt [wird]. Es wird erwartet, daß der Warenaumsatz im Handel der USA mit China im Jahre 1981 6 Mrd. Dollar erreichen wird (1980 – 4,8 Mrd. Dollar).“

Die von den Vereinten Nationen (UN) gegründete und zur Weltbank gehörende „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ (IBRD) stellte der VR China ein Darlehen in Höhe von 200 Millionen US-Dollar zu Vorzugskonditionen zur Verfügung. Die VR China wurde von den USA als ein „befreundetes Entwicklungsland“ betrachtet; darüber hinaus übten die USA Druck auf ihre Verbündeten (Japan, NATO-Länder) aus und forderten sie auf, „[...] der schweren finanziellen und wirtschaftlichen Lage Chinas „Verständnis“ entgegenzubringen und nach Möglichkeit, die Forderungen auf Schadenersatz, den sie infolge des einseitigen Rücktritts von einer ganzen Reihe früher abgeschlossener großer Verträge erlitten hatten, abzuschwächen“.<sup>202</sup>

Die UdSSR wertete die enge Beziehung zwischen der VR China und Japan als eine antisowjetische Allianz, wobei die chinesische Führung die Strategie verfolge, „[...] die sowjetisch-japanischen Beziehungen noch mehr zu komplizieren und den Kurs der ja-

---

<sup>201</sup> Vgl. Economic Cold War, Interkit, 1966-1987, Sino-Soviet Split, 1960-1984, Mongolian Foreign Ministry Archive, Ulaanbaatar, , fond 2, dans 1, kh/n 458. Obtained and translated for CWIHP by Sergey Radchenko, das Originale ist auf Russisch

<sup>202</sup> Die chinesische Frage unter den Bedingungen der Verschärfung der Internationalen Spannungen, Vormaterial zur Erörterung auf dem Arbeitstreffen am 9. Juli 1981, PA AA, MfAA, ZR 22/87, S. 7.

*panischen Regierung auf eine Annäherung mit China auf antisowjetischer Grundlage zu verankern.“<sup>203</sup>*

Die neue Außenpolitik der VR China zu den westeuropäischen Staaten interpretierte die UdSSR als Schaffung einer „[...] breitesten antisowjetischen Front [...] In der praktischen Politik unterstützt Peking in der Regel jedes Vorgehen reaktionärer Kreise, das gegen die UdSSR und seine Verbündeten, gegen die Entspannung, auf eine Verschärfung der internationalen Spannungen gerichtet ist. Peking ist auch bestrebt, das Interesse der westeuropäischen Partner (in erster Linie Großbritanniens) an China als aussichtsreichen Käufer moderner Waffen zu erhalten.“<sup>204</sup>

Für die sowjetische Führung stellte die VR China eine größere Herausforderung und Gefahr dar als die ‚Supermacht‘ USA; auf nahezu allen Bereichen der internationalen Politik begriff Moskau die Entscheidungen der chinesischen Führung als antisowjetische Maßnahmen. „*Die Herausbildung der neuen militärpolitischen Allianz unter Beteiligung Chinas erfolgt vor dem Hintergrund der Verstärkung des aggressiven Kurses der USA, der Umtiefe des US-Imperialismus nicht nur gegen die UdSSR, sondern auch gegen Vietnam, Laos, Kambodscha, Kuba und Polen, gegen die Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt [...] in der sich entfaltenden Antikriegskampagne dem negativen Einfluß des chinesischen Faktors auf die internationale Lage entgegenzuwirken, die kriegshetzerische Rolle Pekings und die Umwandlung Chinas zu einem Werkzeug hegemonistischer Pläne und Kriegsvorbereitungen des internationalen Imperialismus, in erster Linie des US-Imperialismus, zu entlarven.*“<sup>205</sup>

Die negative Betrachtung der chinesischen Außenpolitik gipfelte in der Aussage Moskaus, dass die VR China die Strategie verfolge, im Verbund mit den USA, Japan und den NATO-Staaten wie ‚am Vorabend des Zweiten Weltkrieges‘ die Sowjetunion militärisch herauszufordern. „*Die Annäherung Chinas an die USA, Japan und die NATO-Länder auf antisowjetischer Grundlage ist im Grunde genommen eine Wiederholung der alten Praxis der Bildung verschiedenartiger „Achsen“ und „Antikominternpakte“ am Vorabend des zweiten Weltkrieges unter den gegenwärtigen Bedingungen. Eine weitere Verstärkung des militärischen Potentials Chinas verfolgt ein strategi-*

---

<sup>203</sup> Ebd., S. 10.

<sup>204</sup> Ebd., S. 10.

<sup>205</sup> Ebd., S. 10.

*sches Ziel – die Verschärfung der Konfrontation der vereinigten Kräfte der USA, Chinas und Japans gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder im Fernen Osten mit einer gleichzeitigen Erhöhung des Kriegspotentials der NATO-Länder in Europa, Schaffung eines feindlichen Ringes um die sozialistische Gemeinschaft.“<sup>206</sup>*

Aufgrund dieses angenommenen militärischen Bedrohungsszenarios sah sich die Führung der UdSSR unter diesen Bedingungen gezwungen, „[...] Maßnahmen zu treffen, die sie für die Gewährleistung der Sicherheit ihrer Grenzen, für die Unterbindung jedweder Provokationen und Anschläge auf die Souveränität und territoriale Integrität der Bruderländer im Fernen Osten, in Südostasien und in Europa als notwendig erachtet“.<sup>207</sup>

Die UdSSR forderte daher ihre sozialistischen ‚Bruderstaaten‘ auf, ihre militärischen Verteidigungsausgaben zu erhöhen und von der Politik der VR China „erzwungene und notwendige Maßnahmen“<sup>208</sup> zu ergreifen, wobei jedoch betont wurde, dass die Sowjetunion trotz der ‚Verstärkung des militärischen Potentials Chinas‘ die Möglichkeit einer Normalisierung der Beziehungen mit der VR China anstrebe. „Das ist die Linie des XXVI. Parteitages der KPdSU. Die gut bekannten Vorschläge der Sowjetunion in dieser Hinsicht behalten ihre Gültigkeit. Jedoch macht man sich in Peking mehr Gedanken nicht über die Wege zur Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion, sondern darüber, wie noch mehr Sperren und Barrieren in Form von Vorbringungen und Forderungen verschiedener Art an unser Land errichtet werden können. Der Kreis dieser Forderungen ist bekanntlich ziemlich groß.“<sup>209</sup>

Die chinesische Führung forderte von der UdSSR eine Verminderung der Truppen an der sowjetisch-chinesischen Grenze, erhöhte aber zugleich ihre eigenen militärischen Vorbereitungen an der sowjetischen Grenze. Die Bewaffnung und die technische Ausstattung der stationierten chinesischen Truppen sowie die Anzahl der Soldaten und der Panzer- und Artillerieeinheiten wurden ausgeweitet. Angesichts des „faktische[n] pro-imperialistische[n] Kurs[es]“, den Deng Xiaoping und seine Gruppe nach der Auffas-

---

<sup>206</sup> Ebd., S. 10.

<sup>207</sup> Ebd., S. 10.

<sup>208</sup> Ebd., S. 12.

<sup>209</sup> Ebd., S. 10.

sung der sowjetischen Führung fahre, sei nicht damit zu rechnen, „*daß eine radikale Verbesserung der Beziehungen zur VR China in übersehbarer Zeit möglich ist.*“<sup>210</sup>

Die UdSSR hielt es für notwendig, der hegemonistischen Politik Beijings weiterhin entgegenzuwirken, die Interessen der UdSSR und ihrer Verbündeten sowie der internationalen kommunistischen Bewegung zu verteidigen und immer wieder die antimarxistische, antileninistische Ideologie und Politik Beijings, „*darunter auch die heutige „modifizierte Variante“ des Maoismus, zu entlarven.*“<sup>211</sup>

Wang Youping, der stellvertretende Außenminister der VR China, gab die Erklärung ab, *dass es „[...] in der gegenwärtigen Situation keine Bedingungen für Fortschritte in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen gibt und in der überschaubaren Zukunft keinerlei Veränderungen vorauszusehen sind“*<sup>212</sup>

Auf die Frage nach sowjetisch-chinesischen Verhandlungen über die Sicherheit der Grenzen sagte Wang Youping, „*[...] daß jetzt die Zeit dafür „nicht geeignet sei“*“<sup>213</sup> Als eine Vorbedingung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen nannte er den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan.<sup>214</sup>

### **„Sicher, aktiv, selbständig, ohne sich nach Moskau umzuschauen“<sup>215</sup>**

Die DDR-Botschaft in Beijing lud am 23. März 1982 während des Aufenthaltes von Horst Siebeck und Helmut Ettinger die Mitarbeiter von der Abteilung für Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, der Länderabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, der Abteilung für Internationale Verbindungen des Jugendverbandes und der Gewerkschaft zum Essen ein. Darunter befand sich Huan Guoying (黃國英), die stellvertretende Unterabteilungsleiterin der Internationalen Verbindungen des Zentralkomitees, als ranghöchster Guest. In einem offiziellen Telegramm des Botschafters Helmut Liebermann wurde diese Veranstaltung als historisches Ereignis festgehalten: „*Damit nahmen seit Mitte sechziger Jahre erstmals offizielle Vertreter KPCh an Veranstaltung Botschaft DDR teil.*“<sup>216</sup>

---

<sup>210</sup> Ebd., S. 10.

<sup>211</sup> Ebd., S. 15.

<sup>212</sup> Ebd., S. 12.

<sup>213</sup> Ebd., S. 12.

<sup>214</sup> Vgl. ebd., S. 12.

<sup>215</sup> Kotschemassow (1994), S. 139.

<sup>216</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 356.

In diesem langen, am 24. März 1982 nach Berlin gesendeten Telegramm hatte der Botschafter Helmut Liebermann über die Veranstaltung, die Anwesenheit der chinesischen Mitarbeiter von der Kommunistischen Partei Chinas und die geführten Gespräche sehr ausführlich berichtet. Der Besuch in China von Siebeck und Ettinger „*sei ein positiver Schritt*“ und habe zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse beigetragen. „*Diese Methode sollte fortgesetzt werden.*“ Als nächsten Schritt in der bilateralen Beziehung kündigte er noch im gleichen Jahr den Besuch von chinesischen Kollegen in der DDR an.<sup>217</sup>

Der Bericht des Botschafters enthält ebenso die Bemerkung, dass es die chinesischen Besucher vermieden, vom „sozialistischen Aufbau“ zu sprechen. Dieses Verhalten entspricht den Grundsätzen der chinesischen Reformpolitik. Die Kommunistische Partei Chinas verfolgte das Ziel, den chinesischen Weg zum Sozialismus zu verwirklichen. Der Umgang und das Verhältnis der Kommunistischen Partei Chinas zu anderen sozialistisch-kommunistischen Parteien war analog zu den praktizierten außenpolitischen Prinzipien auf Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ausgerichtet. Es sollten friedliche und kooperative Beziehungen zu anderen Ländern aufgebaut werden, um gute Bedingungen für den wirtschaftlichen Aufbau Chinas zu schaffen. Die zwei chinesischen Kollegen äußerten auch den Wunsch, mehr über die Kaderausbildung in der DDR erfahren zu wollen. Helmut Liebermann erhielt auch die Information, dass sich die älteren Spitzenpolitiker wie Deng Xiaoping (邓小平), Chen Yun (陈云) und Li Xiannian (李先念) nicht mehr mit den „Tagesaufgaben“ beschäftigen, sondern sich nur noch auf wichtige Entscheidungen konzentrieren würden.

In den Gesprächen erklärte Huan Guoying die Haltung Chinas, dass die Entwicklung der Beziehungen „in kleinen Schritten“ vorteilhaft wäre, und dass in Bezug auf die Beziehung mit der Sowjetunion China erwarte, dass die Sowjetunion „*durch konkrete Taten ihr Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen*“ zeige. China fordere zudem die Territorien, die sich Russland in ihrer Geschichte zu Unrecht einverleibt hätte, nicht zurück. In diesen Gesprächen spielte die UdSSR wieder eine wichtige Rolle in der Beziehung zwischen der DDR und der VR China. Die Sowjetunion war damals nicht dazu bereit anzuerkennen, dass ihr großes Territorium, besonders in Fernost, auf ungleichen Verträgen mit der Tsing-Dynastie beruhte. Dieses Thema bildete den Gegenstand hefti-

---

<sup>217</sup> Vgl. ebd., S. 356.

ger Konflikte zwischen der VR China und der UdSSR. Die in den Gesprächen geäußerte Bereitschaft Chinas, in dieser Frage einen Kompromiss mit der Sowjetunion anzustreben, signalisierte eine gute Tendenz in der Beziehung zwischen der UdSSR und der VR China. Die Entspannung der Beziehung zwischen der VR China und der UdSSR am Anfang der 1980er-Jahre hatte eine wichtige Bedeutung für die Führung der DDR.<sup>218</sup>

Obgleich der militärische chinesische Angriff auf Nordvietnam im Februar 1979 die Führung der UdSSR zu einer sehr negativen Einschätzung der Politik und der Interessen der VR China veranlasste, entwickelte sich das Verhältnis der UdSSR und der VR China Anfang der 1980er-Jahre allmählich und in kleinen Schritten in eine positive Richtung.<sup>219</sup>

### **Rede in Taschkent**

In einer Rede des sowjetischen Partei- und Staatschefs Leonid Breschnew in Taschkent im März 1982 wurde ein versöhnlicherer Ton gegenüber China eingenommen. Moskau erkenne China als ein sozialistisches Land an; Moskau wolle sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen; in der Taiwan-Frage akzeptiere Moskau die Souveränität der VR China; die Sowjetunion stelle keine territoriale Forderungen an die VR China und sei bereit, die Verhandlungen über die Grenzprobleme fortzusetzen; die Sowjetunion sei „*ohne alle Vorbedingungen*“ für eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen. „*Was Asien anbelangt, so würden wir eine Normalisierung und allmähliche Gesundung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Chinesischen Volksrepublik auf der Grundlage, so würde ich sagen, des gesunden Menschenverstands, der gegenseitigen Achtung und des gegenteiligen Vorteils für eine sehr wichtige Sache halten.*“<sup>220</sup>

---

<sup>218</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 130.

<sup>219</sup> Als Beleg für die damals vorherrschende Uneinigkeit und Differenz zwischen der UdSSR und der VR Chinas sei ein Artikel aus der damals monatlich erscheinenden illustrierten Zeitschrift des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR angegeben: „*Die Pekinger Führer, nachdem sie den Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus verraten hatten, entfachten eine närrische Kampagne gegen die sozialistischen Staaten, gegen die gesamte fortschrittliche Menschheit. [...] Der heimtückische Überfall Chinas auf Vietnam im Februar 1979 zeigte, daß die Pekinger Abenteuer nun offen zur Politik der Erpressung, der Gewalt und des Diktats übergegangen sind, um ihre expansionistischen Ziele zu verwirklichen. [...] Die Blockbildung der chinesischen Hegemonisten mit dem Imperialismus ist heute eine der ernstesten Gefahren für die Sachen des Sozialismus und des Friedens.*“ Die Streitkräfte Chinas, nach Materialien der internationalen Presse, Ministerium für Verteidigung der UdSSR, 1/80, S. 30; PA AA, MfAA, ZR 50/87.

<sup>220</sup> Breschnew will Beziehungen zu China wieder verbessern, Hamburger Abendblatt, Eigener Bericht – dpa; Historisches Archiv, Nr. 224 vom 27. September 1982, S. 9.

Diese Rede wurde kurz vor Breschnews Tod gehalten; sie wurde von Beijing als ein positives Signal für die Entspannung des Verhältnisses beider Länder gewertet. Die Äußerungen Breschnews zur Taiwan-Frage wurden begrüßt, zumal Beijing wegen der Waffenlieferungen der USA an Taiwan sehr ärgerlich reagierte und die Beziehung zu den USA abbrach. Deng Xiaoping erklärte im September 1982 anlässlich des 12. Parteitages,<sup>221</sup> dass China eine unabhängige Außenpolitik durchsetzen wolle.<sup>222</sup> Diese Aussage bedeutete ein gutes Signal für Moskau. Ein Bericht der Nachrichtenagentur Xinhua führte die wichtigsten Inhalte der Rede Breschnews an, ohne hierbei – wie sonst üblich – Moskau kritisch zu kommentieren. Deng Xiaoping nutzte diese Chance, um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR China und der Sowjetunion einzuleiten. Im Herbst 1982 wurde der halbjährliche politische Dialog zwischen der VR China und der Sowjetunion auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister wieder fortgesetzt.<sup>223</sup> Während der kurzen Ära von Juri Andropow als Generalsekretär des ZK der KPdSU bezeichnete er in einer Rede am 22. November 1982 die VR China als einen ‚großartigen Nachbarn‘. Diese Bemerkung stellte die erste positive Äußerung eines sowjetischen Parteichefs über China seit 1969 dar.<sup>224</sup>

Vom 13. bis 21. März 1982 besuchte Mikhail Stepanowich Kapitsa (贾丕才), Leiter der Abteilung Südostasien des Außenministeriums der UdSSR, Beijing; er traf sich dort mit dem Vizeminister des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der VR China, Qian Qichen, zum Gespräch. Am 20. Mai 1982 erschien in der ‚Prawda‘, dem Zentral-

---

<sup>221</sup> Der 12. Parteitag der KPCh fand vom 1. bis 12. September 1982 in Beijing statt. Bei diesem Parteitag erfolgte die Wahl Deng Xiaopings zum ständigen Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, zum Direktor des Beratungskomitees der ZK der KPCh und zum Vorsitzenden der Militärischen Kommission des ZK der KPCh. Deng Xiaoping erreichte den Höhepunkt seiner Macht in China. Er formulierte drei Ziele für die Arbeit der KPCh in den 1980er-Jahren: Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung; Wiedervereinigung mit Taiwan und Widerstand gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermächte.

<sup>222</sup> Deng Xiaoping forderte eine Reihe von Dialogen mit der Sowjetunion, um die Spannungen mit Moskau zu verringern; siehe 蒋本良, 给共和国领导人作翻译(见证历史: 共和国大使讲述), 上海辞书出版社, 上海 (2007), Jiang, Ben-liang, Als Dolmetscher für die Leiter der Republik, Shanghai Lexicographical Publishing House, Shanghai, 2007

<sup>223</sup> Bis zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR China und der UdSSR im Mai 1989 fand dieser politische Dialog insgesamt dreizehn Mal statt; siehe Jian Chen (2001); Stephan (1996).

<sup>224</sup> Vgl. Jones/Kevill, China and the Soviet Union 1949–84, Keesing’s International Studies, Langman House, 1985; 黄华, 亲历与见闻——黄华回忆录, 世界知识出版社 (2007), Huang Hua, Erinnerung, World Affairs Press, 2007

organ des ZK der KPdSU, ein Kommentar über die sowjetische Chinapolitik. Er betonte, dass die UdSSR kein zur VR China gehörendes Territorium beanspruche.<sup>225</sup>

Anfang Mai 1982 lehnte Anatoly Chernyaev, Mitglied der Internationalen Abteilung der KPdSU, einen Artikel (‘Book Review’) über ein Buch von Oleg Borisowich Rakhmanin ab, das die Chinapolitik der UdSSR zum Inhalt hatte. Nach Chernyaevs Auffassung handelte es sich bei diesem Buch lediglich um die Rechtfertigung und Verteidigung der bisherigen Chinapolitik der Sowjetunion. Wenn er den Artikel angenommen hätte, so Anatoly Chernyaev, hätte die prochinesische Rede von Leonid Breschnew in Taschkent keine Bedeutung mehr gehabt.<sup>226</sup>

Am 11. Mai 1982 fand die ‚Interkit‘-Konferenz in Sofia (Bulgarien) statt. Die DDR-Delegation reichte 100 Änderungsvorschläge ein; Bruno Mahlow, der Leiter der DDR-Delegation, lehnte es schließlich ab, das Protokoll des ‚Interkit‘-Treffens zu unterzeichnen. Bruno Mahlow berichtete Oleg Borisowich Rakhmanin, dass die Führung der DDR ein eigenes Interesse an der Beziehung zur VR China verfolge; die KPdSU habe in der Vergangenheit zahlreiche Fehler gegenüber der Führung der VR China begangen, die nach einer Korrektur und Entschuldigung verlange.<sup>227</sup>

Anatoly Chernyaev berichtete, dass ihm sein Kollege Balmashnow nach der ‚Interkit‘-Konferenz ein zwölfseitiges Dokument übergeben habe, das sich vorwiegend mit Erich Honecker beschäftigte; es wird darin behauptet, dass er die Interessen der sowjetischen Führung missachte und eine eigenständige Politik verfolge.<sup>228</sup>

Am 21. Juni 1982 wurde der neue chinesische Botschafter Li Qianfen in Berlin akkreditiert; Erich Honecker besuchte an diesem Tag persönlich die chinesische Botschaft in Berlin-Pankow, um mit Li Qianfen zu sprechen. Erich Honecker verwies darauf, „[...] daß erste Kontakte auf Parteiebene [...] über die Botschaften unterhalten werden“.<sup>229</sup>

Am 5. März 1982 hatten Siebeck und Ettinger einen Besuch der Parteihochschule des ZK der KP Chinas empfangen, dabei waren auch Chen Dexing und Du Kening. Die Parteihochschule ist in der Erziehung und theoretischen Bildung der hochrangigen Ka-

---

<sup>225</sup> Vgl. Jones/Kevill (1985), S. 177.

<sup>226</sup> Vgl. Chernyaev, dvukh epokh. 1972-1991 gody. (Moskva: Rossppen, 2010), S. 507. Übersetzt für CWIHP von Sergey Radchenko.

<sup>227</sup> Vgl. Ebd., S. 488-489.

<sup>228</sup> Vgl. Ebd., S. 494-499.

<sup>229</sup> Wentker (2007), S. 533.

der seit der Gründung der KPCh tätig. Der Besuch der Parteihochschule war von der chinesischen Seite auf hohem protokollarischem Niveau organisiert worden, trotzdem über die Möglichkeit des Besuchs von Vertretern der Partnerinstitution der DDR bei der Parteihochschule der KPCh sprachen die Vertreter der Parteihochschule des ZK der KPCh im Unterschied zur „Volkszeitung“ nicht.<sup>230</sup>

Am 25. Juni 1982 führte Dr. Herbert Krokowski, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), ebenfalls Gespräche mit Li Qianfen. Sie sprachen über die gemeinsame Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technik, Kultur und Sport. In den folgenden Jahren wurden sowohl die diplomatischen als auch die Parteikontakte ausgeweitet.<sup>231</sup>

Von 1972 bis zum Tod Leonid Brechnews im Jahr 1982 trafen sich die Parteichefs der Ostblockstaaten fast jeden Sommer auf der Halbinsel Krim. Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Leonid Breschnew und Erich Honecker standen in diesem Zeitraum vor allem zwei Themen: die finanziellen Unterstützungen von der UdSSR und die chinesische Außenpolitik. Seit Anfang der 1980er-Jahre erhielt die DDR immer weniger sowjetische Erdöllieferungen, sodass die Führung der DDR in die Situation geriet, verstärkt Finanzhilfen aus der BRD anzunehmen. In den 1980er-Jahren zählte die BRD zum größten Kreditgeber der DDR; diese Entwicklung kritisierte Leonid Breschnew in den Gesprächen mit Erich Honecker. Die Führung der KPdSU teilte die Sorge, dass die BRD dadurch mehr Einfluss auf die Entwicklung in der DDR nehmen könnte. Auch die Annäherung der DDR mit der VR China betrachtete Leonid Breschnew mit Skepsis, weil er von der Annahme ausging, dass die Führung der VR China seit dem Tod von Mao Zedong das Ziel verfolge, eine „feindselige Kampagne“ in Osteuropa durchzuführen. Auch anlässlich des Treffens am 11. August 1982 wiederholte Leonid Breschnew diese Einschätzung gegenüber Erich Honecker, dass die VR China eine Außenpolitik gegen die Interessen der Sowjetunion und der europäischen sozialistischen Länder einschließlich Vietnam, Laos und Kuba betreibe, wobei das auf Normalisierung ausgerichtete Verhältnis zur DDR allein durch taktische Erwägungen gekennzeichnet sei.

---

<sup>230</sup> Vermerk über den Besuch der Parteihochschule des ZK der KP Chinas am 5. März 1982, Peking den 12.3. 1982, PA AA, MfAA, ZR 464/86, Studienaufenthalt Mitarbeiter Abt. IV/ZK d. SED in VR China (Bericht)

<sup>231</sup> Vgl. Wentker (2007), S. 533; Meißner (1995), S. 348 f.

*„Ungeachtet gewisser Veränderungen in der Innenpolitik dieses Landes – und wir sehen diese Veränderungen – ist die Außenpolitik Chinas nach wie vor gegen die Interessen der Sowjetunion, gegen die gemeinsamen Interessen der sozialistischen Gemeinschaft in praktisch allen für uns lebenswichtigen Fragen gerichtet [...] Die Chinesen nehmen eine unversöhnliche Haltung gegenüber der Sowjetunion, Vietnam, Laos und Kuba ein. Gegenüber anderen sozialistischen Ländern verhalten sie sich jedoch umsichtiger, sind bestrebt, ihnen zu gefallen. Die Chinesen tun so, als ob sie durchaus freundlich zur DDR eingestellt sind und bereit wären, die Beziehungen mit euch zu normalisieren. Und eure Presse schweigt im Grunde über die unablässige, feindselige Kampagne Pekings gegen die UdSSR, sie schweigt angesichts der chinesischen Linie zur Blockbildung mit dem Imperialismus [...] Was wollen die Chinesen wirklich? Die Tatsachen belegen, daß sie die Beziehungen innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft unterwandern und dadurch jedes von unseren Ländern schwächen möchten [...].“<sup>232</sup>*

Bei der ‚Interkit‘-Konferenz im Mai 1982 in Sofia erhielt die UdSSR keine uneingeschränkte Unterstützung von den DDR-Delegierten, sondern sie musste im Gegenteil feststellen, dass die Führung der DDR von den sowjetischen Prinzipien der Chinapolitik aufgrund der Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen abweiche. Leonid Breschnew betonte ausdrücklich, dass die sowjetische Chinapolitik nicht das Ziel verfolge, die sozialistischen Länder in Osteuropa zu verändern, sondern lediglich zu unterstützen. Erich Honecker nahm diesen Gedanken Breschnews auf und drückte offiziell seine Loyalität gegenüber der Sowjetunion auf. „Ich möchte unterstreichen, daß die DDR in der chinesischen Frage stets an der Seite der UdSSR steht und auch künftig allen Versuchen der Differenzierung entgegenwirken wird. In diesem Sinne habe ich auch mit dem neuen chinesischen Botschafter bei seiner Akkreditierung gesprochen. Ich habe betont, daß man in den Beziehungen Chinas zur DDR stets beachten muß, daß die DDR engster Verbündeter der Sowjetunion ist. Der chinesische Botschafter mußte dies zur Kenntnis nehmen [...]“<sup>233</sup>

Im Rückblick erinnerte sich der Botschafter der UdSSR in Berlin, Wjatscheslaw Kotschemassow, dass Erich Honecker bereits zu diesem Zeitpunkt sich von den sowjeti-

---

<sup>232</sup> Hertle (2006), S. 250, Niederschrift über das Treffen des Genossen E. Honecker mit Genossen Leonid Iljitsch Breschnew auf der Krim am Mittwoch, dem 11. August 1982, SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2A/2502. Die Hervorhebungen stammen vom Autor dieser Arbeit.

<sup>233</sup> Ebd., S. 257.

schen Vorgaben löste und zu einer eigenständigen Chinapolitik bereit und willens gewesen war. „*Bald darauf vereinbarte die Führung der DDR mit den Chinesen über ihre Kanäle auf höchster Ebene die Normalisierung der staatlichen Beziehung. Honecker agierte sicher, aktiv, selbstständig, ohne sich nach Moskau umzuschauen [...]*“<sup>234</sup>

Die Normalisierung der bilateralen Beziehungen und Kontakte zwischen der DDR und der VR China und darüber hinaus die in den 1980er-Jahren einsetzende Annäherung der DDR zu ihrem ‚Konkurrenten‘ BRD war in Moskau sicherlich mit großer Sorge beobachtet worden, trotz des ‚Entspannungsschrittes‘ zwischen der Sowjetunion und der VR China. Bereits seit den 1960er-Jahren stellte die DDR ein sensitives Thema in der chinesisch-sowjetischen Beziehung dar. In dem langjährigen Konflikt zwischen Moskau und Beijing wurde Berlin vom Kreml als Instrument genutzt, um Beijing und ihre Politik anzugreifen. Auf der anderen Seite instrumentalisierte auch Beijing gegebenenfalls die schwierige Lage der DDR, um gleichfalls Moskau zu kritisieren.<sup>235</sup> Moskau verstand die Beziehung und den Kontakt zwischen der DDR und der VR China als den Versuch Beijings, einen politischen Partner in Osteuropa gegen die UdSSR an sich zu binden. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der VR China stellte daher einen sehr sensiblen Bereich in der Außenpolitik Moskaus dar.

Die VR China verlängerte außerdem 1979 den im Jahr 1950 mit der UdSSR unterzeichneten ‚Sino-sowjetischen Vertrag über Freundschaft, Allianz und gegenseitige Hilfe‘ (中苏友好同盟互助条约) wegen der angespannten Beziehung zur Sowjetunion nicht mehr. Trotz der Kündigung des ‚Vertrags über Freundschaft, Allianz und gegenseitige Hilfe‘ durch die VR China stand die chinesische Regierung weiterhin in Verhandlungen mit der UdSSR, um die Beziehung zu ihrem sehr mächtigen Nachbarn zu verbessern. Wegen der neuen Bedrohungslage an der Westgrenze Chinas beziehungsweise der sowjetischen Invasion in Afghanistan brach die chinesische Regierung die Verhandlungen mit der Sowjetunion schließlich ab. Im Januar 1978 nahm die USA die außenpolitische Beziehung zur VR China auf; bei einem Staatsbesuch in den USA urteilte Deng Xiaoping über Moskau, ‚man müsse den Eisbären an die Kandare nehmen‘. Im Februar 1979 führte die chinesische Regierung den ‚Erziehungsfeldzug‘ gegen Nordvietnam, den politischen Partner der Sowjetunion. In der Forschung wird die These

---

<sup>234</sup> Kotschemassow (1994), S. 139-140.

<sup>235</sup> Vgl. Fabritzek, Uwe G. Die SED zwischen Moakau und Peking, Osteuropa, Berlin, 1973, S. 185-192.

vertreten, dass durch die Kündigung des ‚Vertrags über Freundschaft, Allianz und gegenseitige Hilfe‘ die chinesische Regierung auch in die Lage versetzt worden wäre, einen ‚Strafkrieg‘ gegen die Sozialistische Republik Vietnam führen zu können.<sup>236</sup>

Die potenzielle Kooperation und Zusammenarbeit zwischen den USA und der VR China entwickelte sich für Moskau zu einer großen Herausforderung. Moskau reagierte auf diese neue Situation mit zwei Maßnahmen: (1) intensive Beobachtung der Beziehung der DDR zur VR China, um die enge Beziehung zwischen Moskau und Berlin weiterhin zu sichern; (2) deutliche Verbesserung der sowjetischen Beziehung zur VR China, um das potenzielle Bündnis von den USA und der VR China zu verhindern.

Die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und den USA sowie zu anderen Industrieländern wie Japan sah die UdSSR als Bedrohung der internationalen politischen Lage und als Ausdruck des ‚Imperialismus‘. In einem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU im März 1981 wurde die Außenpolitik der VR China heftig angegriffen: „*Sie [die Außenpolitik Pekings] ist nach wie vor auf die Verschärfung der internationalen Lage gerichtet und vereint sich mit der Politik des Imperialismus. Das wird China natürlich nicht auf einen gesunden Entwicklungsweg zurückführen. Die Imperialisten werden nicht zu Freunden des Sozialismus werden. Hinter der Bereitschaft der USA, Japans und einiger NATO-Staaten, die militärpolitischen Beziehungen zu China zu erweitern, verbirgt sich eine einfache Rechnung, nämlich die Feindschaft Chinas gegenüber der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft für ihre eigenen imperialistischen Interessen auszunutzen. Welch riskantes Spiel!*“<sup>237</sup>

Noch ein Jahr später, in einem Brief des ZK der KPdSU an Erich Honecker vom 27. Juli 1982 (unmittelbar nach dem Besuch Honeckers in der chinesischen Botschaft in Berlin-Pankow), besteht die ‚unversöhnliche‘ Position der sowjetischen Führung gegenüber der Politik der VR China unverändert fort: „*Wenn Peking Anlaß bekommen würde, darauf zu spekulieren, daß irgendeiner der nächsten Verbündeten und Freunde*

---

<sup>236</sup> Vgl. Elleman, Bruce, Sino-Soviet Relations and the February 1979 Sino-Vietnamese Conflict, 1996 Vietnam Symposium "After the Cold War: Reassessing Vietnam" 18-20 April 1996, The Vietnam Center, Texas Tech University

<sup>237</sup> XXVI. Parteitag der KPdSU, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Berlin 1981, S. 16.

*der UdSSR Neutralismus bzw. Nachgiebigkeit in Bezug auf die antisowjetische ‚breite Einheitsfront‘ zeigt, die von den chinesischen Führern zusammengezimmert wird, würde das, das ist klar, äußerst negative Folgen für den Sozialismus, den Frieden und unsere bilaterale Zusammenarbeit haben [...]“<sup>238</sup>*

Noch am gleichen Tag setzte das ZK der SED einen Antwortbrief auf mit der Versicherung der ‚unverbrüchlichen‘ Beziehung der DDR zum sowjetischen Führungsanspruch des ‚Weltsozialismus‘. „Das ZK der SED vertrat und vertritt unverbrüchlich gegenüber den Pekinger Führern die grundsätzliche Position, das Chinas Beziehungen zur DDR, dem engen Verbündeten der UdSSR, niemals besser sein können als Chinas Beziehungen zur Hauptpunkt des Weltsozialismus zur Sowjetunion [...]“<sup>239</sup>

In einem Dokument vom 22. Juni 1982, vermutlich eine Information des ZK der KPdSU an die ‚Bruderparteien‘, drückte die KPdSU ihre Bedenken und ihr Misstrauen gegenüber der chinesischen Strategie aus: „Kennzeichnend für die Pekinger Taktik gegenüber der DDR sind hartnäckige Aufforderungen, die bilateralen Beziehungen auszubauen sowie Bemühungen, dieses Land zur UdSSR in Gegensatz zu bringen.“<sup>240</sup> In den folgenden Abschnitten dieses Dokumentes nahm die KPdSU zu den bilateralen Kontakten, Abkommen und Projekten zwischen der DDR und der VR China über einen Zeitraum von fast einem Jahr sehr ausführlich Stellung. Das Dokument beschäftigt sich inhaltlich mit drei Bereichen der Zusammenarbeit, nämlich dem politischen, dem wirtschaftlichen und technischen sowie dem kulturellen Bereich. Es enthält auch die Information, dass sich die SED und die KPCh innerhalb eines Jahres dreimal getroffen haben, wobei die KPCh die Integration der DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) mit „unewünschten Folgen für die Wirtschaft der DDR“ kommentierte.

In einem Dokument des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR vom 26. April 1982 stellte die Führung der DDR fest, dass die antisowjetische Grundhaltung der chinesischen Führung auch die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China beeinträchtige. „Die Beziehungen DDR – VR China sind nach wie vor durch ein niedriges Niveau und grundsätzliche Differenzen in internationalen Haupt-

---

<sup>238</sup> Brief des ZK der KPdSU an Erich Honecker, Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 30 vom 27.07.1982.

<sup>239</sup> Brief des ZK der SED an das ZK der KPdSU, Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 30 vom 27.07.1982.

<sup>240</sup> SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2.035/64; Meißner (1995), S. 357, Dokument 174.

*fragen gekennzeichnet. Durch die antisowjetische Außenpolitik der chinesischen Führung werden auch die bilateralen Beziehungen DDR – VR China stark belastet.“<sup>241</sup>*

In diesem Dokument wird weiter ausgeführt, dass die DDR-Führung sich für eine enge Koordinierung der Aktivitäten in der Entwicklung der Beziehungen zur VR China zwischen den sozialistischen Bruderländern einsetze. Etwaige Versuche, antisowjetische Tendenzen in die Beziehungen zur VR China hineinzutragen sowie Differenzierungsbestrebungen umzusetzen, werden von der Führung der DDR zurückgewiesen. Die Haltung der chinesischen Führung zur Problematik der beiden deutschen Staaten und zum Status von Westberlin berühre unmittelbar die Interessen der DDR. Führende Politiker der VR China seien wiederholt öffentlich mit Äußerungen aufgetreten, die sich gegen die souveränen Interessen der DDR richten und den Revanchismus der BRD unterstützen.<sup>242</sup>

Die Außenpolitik der DDR-Führung stand in den 1980er-Jahren grundsätzlich vor dem Dilemma, sowohl ihr Verhältnis zur Sowjetunion nicht zu belasten und ihre Loyalität zu demonstrieren als auch gegenüber der VR China ihre eigenständigen Interessen nicht zu vernachlässigen.

In den Ausführungen zum Bereich Wirtschaft und Technik stand der Austausch von Waren zwischen der DDR und der VR China im Mittelpunkt. Die beiden Regierungen schlossen von 1980 bis 1982 drei Abkommen im wirtschaftlichen Bereich beziehungsweise „Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr“. In dem Dokument wurden jedoch keine genauen Angaben über das Volumen des Warenaustauschs und Zahlungsverkehrs festgehalten. Die Äußerung des chinesischen Botschafters Chen Dong (陈东) in Berlin Ende 1981 über den Wunsch Beijings, die bilateralen Beziehungen in „kleinen Schritten“ weiterzuentwickeln, wurde ebenfalls festgehalten; in diesem Zusammenhang wurden genaue Angaben zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit gegeben; der beiderseitige Handel war um 7 Prozent gestiegen und Beijing plante, in diesem Jahr 2.500 Lastkraftwagen aus der DDR zu importieren.

Im Bereich Kultur wurden zahlreiche Projekte angeführt, beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen der Humboldt-Universität und der Pekinger Universität; ein Stu-

---

<sup>241</sup> Bilaterale Beziehungen DDR-VR China, PA AA, MfAA, ZR 21/87.

<sup>242</sup> Vgl. Bilaterale Beziehungen DDR-VR China, PA AA, MfAA, ZR 21/87.

dentenaustausch; Buchspenden von der Pekinger Universität; gegenseitiger Besuch von Journalistendelegationen; ein sechsmonatiger Aufenthalt von Chinesen (darunter ein Vertreter der Nachrichtenagentur Xinhua) an der Humboldt-Universität, um die deutsche Sprache zu lernen; Besuch der Abteilung Asiatische und Afrikanische Länder des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR in China; eine chinesische Besuchergruppe von der Shanghaier Zeitung ‚Shijie Djingdji Daobao‘ (Weltwirtschaftsbote); Vorschlag des Journalistenverbandes, die Zusammenarbeit mit der chinesischen Organisation wieder aufzunehmen; Buchausstellung der DDR in Beijing, chinesische Mediziner nach Berlin usw. Es wurden insgesamt fünfzehn Projekte und Initiativen festgehalten. Für die DDR und die VR China gehörte der kulturelle Kontakt zu einer wichtigen taktischen Maßnahme in ihrer Außenpolitik, vor allem in Phasen, in denen sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern schwierig und kompliziert gestalteten. Die häufigen kulturellen Kontakte bildeten die Vorbereitung für die Normalisierung der Beziehungen. Diese Strategie wurde von Moskau sehr deutlich erkannt. Die Beziehung zwischen Berlin und Beijing war seit längerer Zeit ein sehr sensitives und heikles Thema für Moskau, weshalb es selbstverständlich war, dass Moskau diese Kontakte derart intensiv beobachtete. Dieses Dokument wurde vom ZK der KPdSU als Informationsmaterial ‚vermutlich‘ an die ‚Bruderparteien‘ weitergegeben.<sup>243</sup> Das Wort ‚Bruderparteien‘ war Plural, das heißt, dieses Dokument wurde nicht nur an die SED, sondern auch an die anderen kommunistischen Parteien in Osteuropa weitergereicht. Es handelte sich daher nicht nur um eine Information, sondern ebenso um eine Botschaft und Mahnung Moskaus an alle ‚verbündeten‘ Parteien. Moskau sorgte sich um die Außenpolitische Entwicklung zwischen Osteuropa und China.

Die DDR betrachtete sich nun in der Pflicht, eine Antwort an die KPdSU zu verfassen, um die Wiederannäherung zwischen der DDR und der VR China zu erklären.<sup>244</sup> Am 27. Juli 1982 schrieb das ZK der SED einen langen und ausführlichen Brief an das ZK der KPdSU. In diesem Brief verteidigte und erläuterte das ZK der SED ihre Chinapolitik.

*„Das Zentralkomitee der SED hat aufmerksam die Überlegungen geprüft, die das Zentralkomitee der KPdSU in seiner Mitteilung vom 14. Juli 1982 in bezug auf die Bezie-*

---

<sup>243</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 357.

<sup>244</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 359-360, Dokument 175.

*hung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft mit der VR China dargelegt hat.<sup>245</sup> Wie in der Mitteilung des ZK der KPdSU richtig festgestellt wird, haben der X. Parteitag der SED und der XXVI. Parteitag der KPdSU unsere abgestimmte, prinzipielle Linie gegenüber der VR China klar festgelegt. Diese Linie ist – wie auch in der Mitteilung des ZK der KPdSU vom 14.7.1982 bekräftigt wird – konsequent auf eine Verbesserung der Beziehungen unserer Länder mit der VR China gerichtet.“*

In den folgenden Abschnitten verfolgte die SED das Ziel, ihre Taktik und Strategie der Chinapolitik mit näheren Informationen „ausführlich dem ZK der KPdSU“ mitzuteilen. Die SED betonte, ihre Chinapolitik diene „*folgenden grundlegenden Zielen der Parteien und Staaten der sozialistischen Gemeinschaft*“. Zu den von der SED erwähnten „grundlegenden Zielen“ gehören:

*„1. Angesichts der gefährlichen Zuspitzung der internationalen Lage durch die Konfrontationspolitik der USA erfordern es die Interessen der Sicherheit des Sozialismus sowie der Gewährleistung des Weltfriedens, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die VR China aus den Bindungen mit den USA herauszulösen. Koordinierte, beharrliche Bemühungen unserer Staaten in dieser Richtung sollen dazu beitragen, das Zusammenzimmern einer antikommunistischen Allianz zwischen den USA-China-Westeuropa-Japan, und die damit verbundenen Pläne, der UdSSR, der Militär-Koalition des Warschauer Vertrages, einen Zweifronten-Kampf aufzwingen zu können, zu vereiteln. Auf längere Sicht sollte die VR China faktisch neutralisiert werden und auf diese Weise mit immer größerer Kraft und Wirkung der Hauptstoß gegen den Hauptfeind, den Imperialismus der USA, geführt werden.“*

*2. Eine solche Lostrennung der VR China vom Komplott mit den USA wäre die nächstliegende und wichtigste Voraussetzung für die Realisierung unseres langfristigen, gemeinsamen klassenmäßigen Bestrebens, das darauf abzielt, die VR China als sozialistisches Land allmählich in den gemeinsamen antiimperialistischen Kampf einzubeziehen. Dies könnte einer künftigen Wiederannäherung und Heranführung der VR China an die sozialistische Gemeinschaft den Weg bereiten.“*

Die Entwicklung der zukünftigen Beziehung zwischen der DDR und der VR China beschrieb die SED als Spiegelbild der Qualität der sowjetisch-chinesischen Beziehungen.

---

<sup>245</sup> Information liegt nicht vor; siehe Meißner (1995), S. 359 (Fußnote 12).

*„Das ZK der SED vertrat und vertritt unverbrüchlich gegenüber den Pekinger Führern die grundsätzliche Position, dass Chinas Beziehung zur DDR, dem engen Verbündeten der UdSSR, niemals besser sein können als Chinas Beziehungen zur Hauptkraft des Weltsozialismus, zur Sowjetunion.“*

Die Beziehungen zwischen der BRD und der VR China wurden aus der Perspektive der SED-Funktionäre als eine Bedrohung der eigenen Existenz und Sicherheit wahrgenommen und mit Vokabeln des Klassenkampfes kommentiert.

*„Wie den sowjetischen Freunden gut bekannt ist, wurde und wird allen Versuchen der Pekinger Führer eine Abfuhr zuteil, im Interesse ihres Zusammenspiels mit dem Imperialismus die revanchistischen Aggressionsgelüste der BRD gegenüber der DDR zu unterstützen.“*

Um die engste Verbundenheit und Solidarität der SED mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu demonstrieren, wird in diesem Schreiben des ZK der SED die VR China auf die Ebene eines ‚imperialistischen Handelspartners‘ gestellt. Die Argumentation und Gedankenführung vermitteln den Eindruck, als ob der ‚schrittweise‘ Aufbau der Beziehungen mit der VR China für die DDR lediglich mit dem Ziel verbunden gewesen wäre, den ‚ökonomischen Vorteil‘ zu maximieren und zugleich ‚jegliche Stärkung des Militärpotentials Chinas‘ zu minimieren.

*„Das ZK der SED stimmt daher vollkommen mit Ihrem Hinweis überein, dass unsere gemeinsamen Interessen ein komplexes politisches Herangehen an die Beziehungen zur VR China verlangen. Für ein solches komplexes Herangehen empfehlen wir folgendes: Ausarbeitung eines abgestimmten Planes konkreter Aktion und Maßnahmen zur schrittweisen Normalisierung und Verbesserung der staatlichen Beziehungen auf den Gebieten des Handels, der Wissenschaft, Technik, des Bildungswesens, der Kultur und des Sports. Was die wirtschaftlichen Beziehungen anbetrifft, so sollten wir alles nutzen, was zum ökonomischen Vorteil für unsere sozialistischen Staaten ist. Wir sollten China ökonomisch genauso behandeln wie imperialistische Handelspartner.<sup>246</sup> Und dies schließt für uns vorteilhafte Geschäfte ein und natürlich jegliche Stärkung des Militärpotentials Chinas aus. Es wäre sicherlich angebracht, die Ausarbeitung eines solchen Aktionsplans und den regelmäßigen Austausch der Erfahrungen bei seiner Realisierung zwischen den Bruderländern zu organisieren. Auf diese Weise*

---

<sup>246</sup> Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

*würden wir – wenn auch sicherlich nicht leicht und nicht schnell – auf dem Wege der Normalisierung der Beziehungen zu China praktisch vorankommen und durch die stete Koordinierung und den Erfahrungsaustausch zwischen uns von vorn herein die Differenzierungsabsichten Pekings unwirksam machen.“<sup>247</sup>*

Auch in Bezug auf die Parteibeziehungen zwischen der SED und der Kommunistischen Partei Chinas erfüllen die Ausführungen die Erwartungshaltung der Kommunisten Partei der Sowjetunion, dass nämlich hierfür die ‚Bedingungen fehlen‘.

*„Was die Parteibeziehungen zur KP Chinas anbetrifft, so teilt das Zentralkomitee der SED die Meinung des Zentralkomitees der KPdSU, dass gegenwärtig dafür die Bedingungen fehlen.“<sup>248</sup>*

In diesem Dokument teilte die SED die wichtigsten Grundlinien zur Beziehung zwischen der DDR und der VR China in den 1980er-Jahren mit. Diese Grundlinien wurden bis 1989 auf politischer, wirtschaftlicher, technischer und kultureller Ebene umgesetzt.

Obgleich die SED in diesem offiziellen Schreiben an die KPdSU ihre Loyalität gegenüber der KPdSU zum Ausdruck brachte, war bereits erkennbar, dass sich die DDR in ihrer Außen- beziehungsweise Chinapolitik allmählich eine von der UdSSR selbstständige Position einnahm. Der erste Kontakt zur VR China im Jahr 1981 ging von der DDR-Führung aus. Das politische Ziel, unabhängiger von den Eigeninteressen der Sowjetunion zu werden, war eine Tendenz in der Haltung der DDR, aber auch von den anderen sozialistischen Ländern in Osteuropa in den 1980er-Jahren. Diese politische Tendenz wäre in den vorangegangenen Jahren unvorstellbar gewesen. Auf der Seite der VR China wurde der Normalisierungsversuch begrüßt, zumal China nach der Einführung der Reformpolitik und nach der Öffnung nach außen durch Deng Xiaoping die moderne Industrietechnik für ihren wirtschaftlichen Auf- und Ausbau dringend benötigte.

Im Oktober 1982 fand die 5. Tagung des Zentralkomitees der SED nach dem X. Parteitag der SED im April 1981 in Berlin statt. Während der Tagung erklärte Hermann Axen, Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der SED, in seinem Bericht über die Chinapolitik, dass die DDR derzeit konstruktive Schritte ausführe, um die Beziehungen zur VR China am Maßstab der Richtlinien Anerkennung der Prinzipien von Unabhängigkeit,

---

<sup>247</sup> Meißner (1995), S. 360.

<sup>248</sup> Ebd., S. 360.

Gleichberechtigung und Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu normalisieren.<sup>249</sup>

Als Architekt der Außenpolitik der DDR seit dem Ende der 1960er-Jahre spielte Hermann Axen eine sehr wichtige Rolle in der Außenpolitik der DDR. Seit 1981 war er insbesondere für die Beziehungen zu den Ländern Afrikas, Asiens und des arabischen Raums zuständig. Durch die Erklärung von Hermann Axen über die angestrebte Normalisierung der Beziehungen zur VR China konnte die chinesische Regierung die positive Tendenz der Wiederannäherung erkennen.

Seit 1981 wurde die propagandistische Kritik gegen die VR China in der DDR eingestellt, Beiträge und ‚Broschüren polemischer Natur‘ wurden aus dem Verkauf genommen<sup>250</sup>, im Dietz Verlag erschienen seit 1982 keine kritischen Publikationen gegen die VR China und den Maoismus mehr.<sup>251</sup> Die Aufnahme von chinesischen Studenten zu einem postgradualen Studium wurde vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) vorbereitet. Am 3. März 1982 wurde ein chinesischer Dokumentarfilm über archäologische Ausgrabungen im DDR-Fernsehen gesendet, eine Ausstellung über China in den Staatlichen Museen wurde erfolgreich durchgeführt.<sup>252</sup> Auf der chinesischen Seite nahm die Berichterstattung in der chinesischen Presse über die DDR zu. Es gab sachliche Meldungen über ökonomische Ergebnisse, Erfolge in Sport und Wissenschaft und andere innenpolitische Fragen. Es gab auch Veröffentlichungen tendenziösen oder verleumderischen Charakters wie zum Beispiel über ‚Friedensdemonstrationen‘ Jugendlicher in Dresden, wobei über Inhalte der Außenpolitik der DDR im Allgemeinen nicht berichtet wurde. Obwohl die chinesische Seite mehrfach aufgefordert wurde, in Veröffentlichungen die korrekte Staatsbezeichnung der DDR zu verwenden, wurde sowohl in chinesisch- als auch englischsprachigen Publikationen der VR China nach wie vor häufig der Begriff ‚Ostdeutschland‘ gebraucht.<sup>253</sup>

---

<sup>249</sup> Vgl. Axen, Hermann, "Aus dem Bericht des Politbüros an die 5. Tagung des ZK der SED", Dietz-Verlag, Berlin 1982; Pan Qichang (2006), S. 131.

<sup>250</sup> Vgl. Wobst (2004), S. 84.

<sup>251</sup> Vgl. Krüger, Zu Gast in Peking, WeltTrends Nr. 2, März 1994, S. 134

<sup>252</sup> Genossen Dr. Krokowski zur Information, PA AA, MfAA, ZR 21/87.

<sup>253</sup> Vgl. Bilaterale Beziehungen DDR-VR China, PA AA, MfAA, ZR 21/87, S. 2.

### **,Beerdigungsdiplomatie‘**

Als Geste der Entspannung beschloss Deng Xiaoping, dass eine chinesische Delegation unter der Leitung von Huang Hua (黄华), Minister für Auswärtige Angelegenheiten, an der Beerdigung von Leonid Breschnew am 15. November 1982 teilnehmen sollte. Vor seiner Abreise nach Moskau hielt Huang Hua auf dem Beijinger Flughafen eine Rede, in der er Breschnew als einen exzellenten Politiker bezeichnete und seinen Tod als einen großen Verlust für das sowjetische Volk beklagte.<sup>254</sup> Während des Staatsbegräbnisses trafen sich Huang Hua und Andrei Gromyko, der Außenminister der Sowjetunion, am 16. November 1982 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zu einem Gespräch. Beim diesem Gespräch bekräftigte Gromyko den Standpunkt von Andropow und der Leitung der UdSSR, dass die Sowjetunion die Beziehung zur VR China verbessern wolle.<sup>255</sup>

Die chinesische Delegation unter der Leitung von Huang Hua nahm auch an den Beerdigungsfeierlichkeiten für Juri Andropow und Konstantin Tschernenko teil. Diese Kontakte gingen in China als ‚Beerdigungsaußенpolitik‘ in die Geschichte ein. Bis zu seinem Tod im Februar 1984 setzte sich Juri Andropow für die Verbesserung und Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der VR China ein; seine Leistungen auf diesem Feld der Politik werden in der chinesischen Geschichtsforschung als positiv und aktiv eingeschätzt.<sup>256</sup> Juri Andropow arbeitete in der Amtszeit von Leonid Breschnew auch als einer seiner Redenschreiber; von der Führung der VR China wurde er ‚als Mann hinter Breschnew‘ gesehen.<sup>257</sup>

### **Chinas Veto zugunsten der UdSSR bei der UN-Vollversammlung**

Juri Andropow wurde im November 1982 zum Generalsekretär des ZK der KPdSU ernannt; er sprach sich mehrmals für eine Verbesserung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit der VR China aus.<sup>258</sup> Am 12. September 1983 legte die VR China bei einer

---

<sup>254</sup> 李景贤, 邓小平与对苏“葬礼外交”, 百年潮, 2008 年第, 12 期, Li, Jingxian, Deng Xiaoping und die Beerdigung Diplomatie mit der UdSSR, Jahrhundert, Dezember 2008

<sup>255</sup> Vgl. 黄华, 亲历与见闻——黄华回忆录, 世界知识出版社 (2007), Huang Hua, Erinnerung

<sup>256</sup> Vgl. Wishnick, Elizabeth, Mending Fences: The Evolution of Moscow's China Policy from Brezhnev to Yeltsin, University of Washington Press; Reprint edition, 2014

<sup>257</sup> Vgl. 吴跃农, 从“塔什干讲话”到“海参崴讲话”:中苏关系正常化历程, 《党史纵览》2011 年 08 期, 合肥., Wu Yuenong, von der Rede in Taschkent zur Rede in Wladiwostok, die Normalisierung der Beziehung von der VR China und der UdSSR, Geschichte der KPCh, August, 2011, Hefei, China

<sup>258</sup> Ebd.

Sitzung des Sicherheitsrats der UN anlässlich der Verurteilung des Abschusses einer zivilen Passagiermaschine mit 269 Personen an Bord (Korean-Air-Lines-Flug 007) durch die sowjetische Luftwaffe am 1. September 1983 ihr Veto zugunsten der Sowjetunion ein. Nach einer jahrzehntelangen Phase der Distanzierung zwischen beiden Ländern stellte diese Entscheidung im Sicherheitsrat der UN die erste Unterstützung der VR China für die Sowjetunion dar.

Die guten Beziehungen zwischen Moskau und Beijing eröffneten den osteuropäischen Ländern, darunter auch der DDR, die Möglichkeit, ihre Beziehungen zur VR China zu verbessern.

### **Neue chinesische Verfassung als Beginn einer neuen Außenpolitik der VR China**

Am 4. Dezember 1982 fand das 5. Plenum des V. Nationalen Volkskongresses in Beijing statt. Die Delegierten verabschiedeten unter der Federführung von Deng Xiaoping eine Änderung der chinesischen Verfassung, wodurch die Grundlage für die Modernisierung der VR China und die Reform- und Öffnungspolitik geschaffen wurde. Durch diese Verfassungsänderung signalisierte die VR China auch gegenüber den kommunistisch geführten Ostblockstaaten ihre Bereitschaft zur Kooperation und Verständigung.<sup>259</sup>

Am 24. Mai 1983 traf sich Oskar Fischer, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, mit seinem Amtskollegen Qian Qichen (钱其琛), dem chinesischen Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der VR China, in Ost-Berlin zum Gespräch. Anlass des Besuches war die Vorbereitung der Unterzeichnung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens in Beijing im Juni 1983. Qian Qichen sprach bei dieser Gelegenheit mit Dr. Herbert Krolkowski, dem Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, über die Fragen der gegenwärtigen internationalen Lage und die Beziehung zwischen den beiden Ländern. Beide Seiten verständigten sich darüber, den Frieden und die internationale Sicherheit zu festigen, den Weg friedlicher, gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit von allen Staaten zu beschreiten und die militärischen Konflikte, insbesondere den Ausbruch eines nuklearen Konfliktes, zu verhindern.<sup>260</sup>

Die tatsächliche wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China entsprach allerdings nicht den jeweiligen Erwartungen. Die Führung der DDR betrach-

---

<sup>259</sup> Vgl. Wentker (2007), S. 532.

<sup>260</sup> Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1983, S. 164.

tete daher die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens als geeignetes Mittel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren. Das Volumen des bilateralen Handels ging im Jahr 1982 zurück. Bereits im April 1982 betonte Dr. Krokowski gegenüber Chen Tung, dem Botschafter der VR China, die Notwendigkeit, neue Formen und Möglichkeiten zu erschließen, um ‚baldmöglichst‘ das bisher höchste Niveau wieder zu erreichen.<sup>261</sup> Bei den Verhandlungen zum Abkommen über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr im Jahr 1983 brachte die chinesische Seite den Hauptgrund für die ausbleibende Steigerung der Handelsbeziehungen zum Ausdruck:

*„Von der chinesischen Seite wurde vor Beginn der Verhandlungen mitgeteilt, daß 60 % der von der DDR vorgeschlagenen Exporte nicht übernommen werden können, da sie den Importerfordernissen Chinas im Jahre 1983 nicht entsprechen. Die fehlende Abnahmefähigkeit Chinas betraf vorrangig Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Elektrotechnik/Elektronik, die seit langer Zeit den Hauptteil der Exporte der DDR nach der VR China umfassen. Vorberatungen in Berlin und Peking führten zu keiner Änderung des Standpunktes der chinesischen Seite.“<sup>262</sup>*

Die VR China verfügte zu Beginn der Reform- und Öffnungspolitik über keine langfristigen wirtschaftspolitischen Pläne und Entwicklungskonzepte, weshalb seit Anfang der 1980er-Jahre beispielsweise der Bedarf an Importen, um die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft zu unterstützen, zumeist von kurzfristig ausgerichteten Überlegungen abhing. Diese Situation führte dazu, dass die VR China bei Bedarf bereits zugesagte Importe aus der DDR häufig nicht einhielt und den Vertrag zurückzog. „*Die chinesische Seite betonte ausdrücklich, daß der seit 1980 zu verzeichnende Rückgang des bilateralen Handels keine politischen Ursachen hat, sondern auf die gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen des Landes zurückzuführen ist.*“<sup>263</sup>

Infolge der verminderten Exporterlöse im Handel mit der VR China musste die DDR ihrerseits ihre Einfuhren aus der VR China drosseln. Um den volkswirtschaftlich außerordentlich wichtigen Import von Rohstoffen und Waren aus der VR China zu sichern,

---

<sup>261</sup> Vermerk über das Gespräch des Staatssekretärs Genossen Dr. Krokowski mit dem Botschafter der VR China in der DDR, Chen Tung, während dessen Abschiedsbesuches am 23.4.1982, PA AA, MfAA, ZR 21/87.

<sup>262</sup> Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der VR China zum Abkommen über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr im Jahre 1983, Anlage zum Reinschriftenprotokoll des Politbüros vom 19.4.1983, Meißner (1995), Dokument 136, S. 281f. (SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/2/1996).

<sup>263</sup> Meißner (1995), S. 282.

unternahm die Führung der DDR den Versuch, ein langfristiges Handelsabkommen mit der VR China abzuschließen, um künftig die Handelsbeziehungen berechenbarer zu gestalten. Im Juli 1985 unterzeichneten die DDR und VR China schließlich ein Handelsabkommen für 1986 bis 1990.<sup>264</sup>

Obwohl die UdSSR für die DDR-Wirtschaft nach wie vor der Handelspartner Nummer 1 darstellte, stand die Führung der DDR seit Anfang der 1980er-Jahre unter einem ökonomischen Druck; in dieser Phase bemühte sich die DDR-Führung um die Intensivierung der Beziehungen sowohl zum ‚Konkurrenten‘ BRD im ‚Westen‘ als auch zum kommunistischen ‚Bruderland‘ China im ‚Osten‘.

Vom 6. Juni bis 21. Juni 1983 wurde die 1. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses in Beijing veranstaltet. Während der Tagung äußerte sich der chinesische Ministerpräsident Zhao Zhiyang (赵紫阳) in seinem politischen Bericht über die Beziehung zur DDR, dass das chinesische Volk an die Völker in Osteuropa, darunter das der DDR, mit freundlichen Gefühlen denke. Ihre Erfahrungen und Leistungen beim sozialistischen Aufbau seien dem chinesischen Volk sehr wichtig. In den vergangenen Jahren seien die Projekte und Initiativen mit den Ländern in Osteuropa in Bezug auf den wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Austausch stärker geworden. Die chinesische Regierung sei davon überzeugt, dass die Beziehungen zu den Ländern in Osteuropa durch beiderseitige Anstrengungen weiter verbessert werden können.<sup>265</sup>

Nach dem Gespräch mit dem chinesischen Amtskollegen Qian Qichen im Mai 1983 traf Oskar Fischer bei der 38. Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 1983 mit dem chinesischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Wu Xueqian (吴学谦), in New York zusammen. Dieses Treffen bedeutete den ersten Kontakt zwischen den Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten seit den 1960er-Jahren. Die Vertreter beider Ministerien teilten ihre Auffassung, die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern weiterhin zu entwickeln und die Zusammenarbeit zu verstärken.<sup>266</sup>

Die Regierung der DDR führte im Jahr 1983 ungefähr dreizehn Maßnahmen durch, um die Beziehung zur VR China zu verbessern. Zu den Maßnahmen zählten auf der politischen Ebene die Besuche bei der chinesischen Botschaft in Berlin anlässlich des jährli-

---

<sup>264</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 244.

<sup>265</sup> Vgl. Volkszeitung (Renmin Ribao), 24. Juni 1983, S. 1.

<sup>266</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 132.

chen Empfangs am chinesischen Nationalfeiertag am 1. Oktober durch hochrangige SED-Funktionäre; Glückwunschtelegramme an die VR China waren ab 1983 mit den Unterschriften der SED-Leiter versehen, während sie zuvor lediglich mit der Bezeichnung des Funktionsorgans verschickt worden waren; die Leiter der DDR nahmen an Empfängen und Abschiedsfeiern von den chinesischen Botschaftern in Berlin teil; die Vorschläge an Beijing, den Informationsaustausch zwischen der jeweiligen Botschaft und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten besser zu organisieren und zu intensivieren; die Abschaffung von Regeln, zum Beispiel die Regel, dass die chinesische Botschaft in Berlin die Nachrichtenmeldungen einer Zensurbehörde der DDR vorlegen müsse, oder die Regel, dass die „*Beijing Rundschau*“<sup>267</sup> an manche Organe in der DDR zugestellt werden müsse; ab 1983 gab es keine Reiseeinschränkungen mehr in der DDR für den chinesischen Amtskollegen in der Botschaft; die positiven Berichte über die VR China in der Propaganda der DDR wurden immer häufiger und die negativen Nachrichten über China nahmen ab; bereits in der Zeitschrift „Horizont“, einer Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft in der DDR, aus dem Jahr 1982 gab es einen sehr positiven Bericht von Kurt Vogel über seine Erfahrungen in Beijing über sein „*bewegendes Wiedersehen mit chinesischen Genossen und Kampfgefährten aus den fünfziger Jahren, die nie den Glauben an die Richtigkeit und Überlegenheit unserer Weltanschauung verloren haben*“.<sup>268</sup> Kurt Vogel war damals der Sekretär des Zentralvorstandes des DDR-Journalistenverbandes; er kehrte im Winter 1982 aus Beijing nach Berlin zurück.

Zu den Maßnahmen auf der Parteiebene zählte, dass beispielsweise die chinesischen Kollegen von der Abteilung für internationale Verbindungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas als Gäste des chinesischen Botschafters die DDR bereisten, umgekehrt Vertreter der SED China.

Auf der wirtschaftlichen Ebene wurden zahlreiche Projekte durchgeführt, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit fortzusetzen; zum Beispiel unterschrieben außer dem jähr-

---

<sup>267</sup> Die „Beijing Rundschau“ ist die deutschsprachige Ausgabe der „Beijing Review“. „Beijing Review“ ist das einzige wöchentlich erscheinende Nachrichtenmagazin Chinas in englischer Sprache. Gegründet wurde es im Jahr 1958 unter der Schirmherrschaft des damaligen Ministerpräsidenten Zhou Enlai. Als zentrales Sprachrohr der chinesischen Regierung spielt die „Beijing Review“ seit ihrer Gründung eine wichtige Rolle in der Kommunikation Chinas mit der Welt. Schwerpunktthemen der „Beijing Rundschau“ sind die auswärtigen Beziehungen und der Außenhandel Chinas, daher sind die Ausgaben eine sehr wichtige Quelle für die Leser, um sich über die chinesische Politik zu informieren.

<sup>268</sup> Meißner (1995), S. 349.

lich erneuerten „*Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr*“<sup>269</sup> die beiden Regierungen am 23. Juni 1983 ein „*Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldungswesens*“.<sup>270</sup> Es handelte sich um das erste Abkommen, das seit mehr als zwanzig Jahren von beiden Ländern im technischen Bereich vereinbart wurde. Nach der Vereinbarung sollte das Volumen des bilateralen Handels im Jahr 1983 250 Milliarden Schweizer Franken betragen.

Auf der kulturellen Ebene förderte die DDR die offiziellen Kontakte zur VR China durch sogenannte „Volkskontakte“; die DDR lud zum Beispiel chinesische Delegationen des Gesundheitsministeriums und des nationalen Sportkomitees in die DDR ein; die DDR sandte ihrerseits Delegationen des Journalistenverbandes und Sekretäre der Rundfunkgesellschaft in die VR China.

Am 23. Juni 1983 wurde das „*Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldungswesens*“ unterzeichnet.<sup>271</sup> Am 10. November 1983 erfolgte die Vereinbarung eines „*Plans zwischen dem Ministerium für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Gesundheitswesen der Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gesundheit und der medizinischen Wissenschaft in den Jahren 1984 und 1985*“.

Es gab auch Vorschläge aus Berlin über die Zusammenarbeit in Bereichen wie Kulturaustausch, Nachrichtenagenturen und Fernsehsendungen. Beide Länder trafen die Vereinbarung, die Ständige Kommission für Technische und Technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China erneut einzusetzen, die schließlich im Rahmen einer 11. Tagung am 12. Dezember 1983 in Berlin ihre Gespräche aufnahm. Diese große Zahl an Initiativen und Maßnahmen hatten die Beziehungen zwi-

---

<sup>269</sup> Das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr wurde jährlich zwischen der DDR und der VR China aktualisiert. In dem Abschnitt über die wirtschaftliche Beziehung zwischen der DDR und der VR China wurde über die Inhalte des Abkommens – auch in Rücksicht auf die Interessen der Sowjetunion – bereits diskutiert.

<sup>270</sup> Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1983 (1986), S. 164.

<sup>271</sup> Vgl. ebd., S. 164.

schen beiden Ländern tatsächlich verbessert und führten zu einer beiderseitigen Normalisierung der Beziehungen.

Im Dezember 1983 fand die ‚Interkit‘-Konferenz in Prag (Tschechoslowakei) statt. Die DDR-Delegation schlug zusammen mit den Vertretern Polens und Ungarns<sup>272</sup> vor, dass eine Normalisierung der Beziehungen mit der VR China auch von den anderen sozialistischen Ländern angestrebt werden sollte. Die Vertreter aus der UdSSR, Bulgarien, der Mongolei, Vietnam und Laos lehnten diesen Vorschlag ab und beharrten auf ihre bisherige Linie in ihrem Verhältnis zur VR China. Die UdSSR-Delegation betonte in diesem Zusammenhang erneut, dass die VR China die Strategie verfolge, die Länder in Osteuropa gegen die UdSSR ‚auszuspielen‘.<sup>273</sup>

Trotz der Verpflichtung zur Loyalität mit den Entscheidungen und Interessen der Führung der Sowjetunion unterzeichnete die DDR-Delegation den Abschlussbericht nicht. Nach diesem Treffen im Dezember 1983 verlor die ‚Interkit‘-Konferenz weiter an Bedeutung. Bereits im Sommer dieses Jahres teilte ein chinesischer Diplomat seinem Amtskollegen in Ungarn mit, dass es die VR China seit Langem aufgegeben habe, Ungarn als Verbündeten gegen die Interessen der UdSSR zu gewinnen, ebenso wie Rumänien oder Jugoslawien. Es gäbe stattdessen zahlreiche Chancen und Gelegenheiten, die wirtschaftlichen bilateralen Beziehungen auszubauen, auch wenn in bestimmten Einzelfragen keine gemeinsame politische Position eingenommen werde.<sup>274</sup>

Am 7. März 1984 besuchte die Delegation der Staatlichen Plankommission der VR China unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Forschungszentrums für Planwirtschaft, Xu Lizhang, Berlin. Bei dem Besuch sprach Xu Lizhang mit Gerhard Schürer, dem Kandidaten des Politbüros des Zentralkomitees der SED und stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats und Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission (SPK) der DDR. Die chinesische Staatliche Plankommission verwaltete die Makrowirtschaft in China und spielte in der Wirtschaftsreform Chinas in den 1980er-Jahren eine wichtige Rolle. Diese Art der Kontakte ging über die sonst üblichen freundschaftlichen Treffen hinaus und dehnten sich jetzt auf den wirtschaftlichen Bereich aus. Die chinesi-

---

<sup>272</sup> Bei dieser Konferenz unterstützten die Vertreter Ungarns die Position der DDR-Delegation; vgl. Bericht über die XIII. interne Chinaberatung von Vertretern der Zentralkomitees eng befreundeter Bruderparteien am 6. und 7. Dezember 1983 in Prag, S. 7 (SAPMO, BArch DY 30/ 12778).

<sup>273</sup> Vgl. Hershberg (2011), S. 29, und Gardet (2000), S. 466-467.

<sup>274</sup> Vgl. Hershberg (2011), S. 29.

sche Regierung war daran interessiert, sich mit den ökonomischen Erfahrungen und Strategien der SED in den 1980er-Jahren vertraut zu machen. „*Besonderes Interesse galt den Erfahrungen bei der Erschließung von Leistungs- und Effektivitätsreserven im Zusammenhang mit der Ausarbeitung und Durchführung der Pläne sowie im sozialistischen Wettbewerb.*“<sup>275</sup> Außer den wirtschaftlichen Themen tauschten Gerhard Schürer und Xu Lizhang ihre Meinungen über die internationale Situation und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China aus. Zum Schluss des Gesprächs äußerte Gerhard Schürer über die Entwicklung der Beziehung, dass der Besuch der chinesischen Delegation einen weiteren Schritt darstelle, um die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zu vertiefen.<sup>276</sup> Dieser Besuch bildete einen Meilenstein der Zusammenarbeit; seitdem entwickelte sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf eine neue Ebene, insofern es nicht mehr nur um bilaterale Handelsbeziehungen ging, sondern auch um den Austausch von Erfahrungen in den Entscheidungsverfahren für den Wirtschaftsaufbau.

Am 13. April 1984 – ein Monat nach dem Besuch von Vertretern der chinesischen Staatlichen Plankommission – traf die chinesische Delegation von der Staatlichen Wirtschaftskommission unter der Leitung von Zhu Rongji (朱镕基) in Berlin ein. Neben der Staatlichen Plankommission spielte die Staatliche Wirtschaftskommission ebenfalls eine wichtige Rolle in der makrowirtschaftlichen Verwaltung in China. Zhu Rongji wurde von Deng Xiaoping als ein begabter Nachwuchsfunktionär in der Kommunistischen Partei Chinas betrachtet, sodass er in einer sehr wichtigen Position in der chinesischen staatlichen Verwaltung eingesetzt wurde. Bei der Entwicklung der Beziehung zwischen der DDR und der VR China war die Dienstreise nach Berlin nicht nur eine Aufgabe für den Staat, sondern auch Ausdruck einer großen persönlichen Leistung für die chinesischen Kader in ihrer politischen Karriere.<sup>277</sup> Zhu Rongji und seine Kollegen wurden von Willi Stoph, dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, in Berlin empfangen. Bei

---

<sup>275</sup> Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1984 (1987), S. 138.

<sup>276</sup> Vgl. ebd., S. 138.

<sup>277</sup> Zhu Ringjis Karriere liefert ein gutes Beispiel für diese Aussage. Zhu Ringjis wurde nach seinem Dienst in der Staatlichen Wirtschaftskommission der VR China von 1988 bis 1991 zum Oberbürgermeister von Shanghai ernannt und seit 1989 dort auch Chef der Parteiorganisation; von 1992 bis 2002 war er Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros; von 1993 bis 1995 Präsident der chinesischen Zentralbank und von 1998 bis 2003 Ministerpräsident. Zhu Ringjis leistete zu der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Kooperation zwischen der BRD und der VR China einen sehr großen Beitrag.

dem Gespräch tauschten sich die beiden Amtskollegen zuerst über die wirtschaftliche Zusammenarbeit aus. Sie drückten ihr jeweiliges Interesse am weiteren Ausbau der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit aus und kamen überein, dass die Möglichkeiten und Potenzen beider Volkswirtschaften zum gegenseitigen Vorteil noch intensiver genutzt werden sollten.

Als Oberingenieur war Zhu Rongji beeindruckt von den Kombinats- und Betriebsbesuchen in Produktionszentren des DDR-Maschinenbaus. Er lobte die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und die Arbeitsergebnisse der Werktätigen in der DDR. Aufgrund der Handelssperre von den westlichen Industrieländern bot sich für die VR China durch die Zusammenarbeit mit der DDR in den 1980er Jahren eine wichtige Chance und Möglichkeit, für ihren wirtschaftlichen Aufbau moderne Technik einzuführen.

Beim Austausch der politischen Meinungen über die internationale Lage betonte Willi Stoph, dass die DDR die Beziehung zur VR China gemäß den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz weiterentwickeln wolle. Außenpolitisch sei die Regierung der DDR gegen die Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa und die antikommunistische Politik von Reagans Regierung, wodurch die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme gefährdet werde.

Im Mai 1984 kam aus der DDR eine Delegation unter der Leitung von Dr. Herbert Krokowski, dem ersten Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten und Staatssekretär, nach Beijing. Während seines Aufenthaltes in Beijing traf sich Dr. Krokowski zum Gespräch mit Zhang Jinfu (张劲夫), dem Vorsitzenden der Staatlichen Wirtschaftskommission der VR China, und Wu Xueqian (吴学谦), dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VR China. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Zhang Jinfu standen die Fragen der weiteren Gestaltung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Es wurden außerdem Meinungen über die Wirtschaftsentwicklung in beiden Ländern ausführlich ausgetauscht.

Nach dem Treffen mit Zhang Jinfu hielt Dr. Krokowski auf Einladung des Beijinger Forschungsinstitutes für Internationale Fragen am 5. Mai 1984 vor führenden chinesischen Wirtschaftlern einen Vortrag über die Außenpolitik. Es handelte sich hierbei um den ersten Auftritt eines Spitzenpolitikers der DDR in Beijing vor Publikum.

Am 10. Mai 1984 traf sich Dr. Krokowski mit Wu Xueqian (吴学谦), dem chinesischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Sie sprachen eingehend über die inter-

nationale Lage und über die weitere Entwicklung der Beziehung zwischen beiden Ländern; zum gegenseitigen Vorteil und Nutzen sollten die Beziehungen in Zukunft weiter ausgebaut werden. Als wichtiges Ergebnis unterzeichneten die Regierungen in Beijing das *„Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit“*. Das Abkommen über die Zusammenarbeit im kulturellen Bereich erstreckte sich über die nächsten zwei Jahre. Durch dieses Abkommen, in dem die neu aufgenommenen Bereiche Gesundheit, Sozialwesen und Tourismus im Vergleich zum Vorgängerabkommen aus dem Jahr 1951 doppelt so umfangreich waren,<sup>278</sup> wurde die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen beiden Ländern vertieft.<sup>279</sup>

Am 13. Mai 1984 wurde außerdem das *„Abkommen zwischen dem Staatlichen Komitee für Fernsehen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Rundfunk und Fernsehen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens“* unterzeichnet. Heinz Adameck, Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Fernsehen, und Xie Wenqing (谢文清), Minister für Rundfunk und Fernsehen der VR China, waren die jeweiligen Vertreter ihrer Länder.<sup>280</sup>

Nach dem Besuch von Dr. Krolkowski in der VR China Anfang Mai 1984 diskutierte das Sekretariat des Zentralkomitees der SED das Ergebnis der Konsultation mit der chinesischen Seite. Das Sekretariat erstellte danach einen sehr ausführlichen Maßnahmenkatalog, um die Beziehung zur VR China auf allen Gebieten weiter zu intensivieren. Die einzuleitenden Maßnahmen und die Personen, die dafür zuständig sein sollten, wurden aufgelistet. Durch dieses wichtige Dokument werden erstmals teilweise die Entscheidungs- und Ausführungsverfahren der Außenpolitik der DDR dokumentiert; es zeigt, wie die wichtigen Entscheidungen der Außenpolitik der DDR ausgeführt wurden und welche Personen für die Ausführung verantwortlich und tätig sein sollten. Neben dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten spielten auch andere staatliche Organe wie die Volkskammer, der Ministerrat und unterschiedliche Ministerien eine wichtige Rolle. Das Sekretariat des Zentralkomitees der SED bildete sicherlich das Machtzent-

---

<sup>278</sup> Vgl. Wobst (2004), S. 89.

<sup>279</sup> Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1984 (1987), S. 138.

<sup>280</sup> Vgl. ebd., S. 140-141.

rum für alle politischen Aktivitäten und Entscheidungen, entweder in der Partei oder in der Regierung.

In dem Dokument ‚Schlußfolgerungen des Sekretariats des ZK der SED‘<sup>281</sup> werden die Maßnahmen zur Chinapolitik auf unterschiedlichen Bereichen in sechs Kategorien oder Aufgabenfelder aufgeteilt.

- (1) ‚Fortsetzung des politischen Dialogs‘. Dieser Abschnitt beschreibt zwei Aufgaben: ein erneutes Treffen der Außenminister am Rande der 39. UN-Vollversammlung und die Vorbereitung eines offiziellen Treffens der Außenminister. Für diese Aufgaben war der Minister für Auswärtige Angelegenheit, Oskar Fischer, verantwortlich.
- (2) ‚Beziehung der Organe von den beiden Staaten‘. Die Aufgabe bestand darin, die Beziehung zwischen der Volkskammer der DDR und dem Nationalen Volkskongress der VR China aufzunehmen. Für diese Aufgabe war der Präsident der Volkskammer, Horst Sindermann, verantwortlich.
- (3) ‚Beziehung der Massenorganisationen von den beiden Staaten‘. Diese Aufgabe beinhaltete die Herstellung der Beziehung zwischen der ‚Nationalen Front‘ der DDR und der ‚Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes‘. Für diese Aufgabe war Lothar Kolditz verantwortlich. Lothar Kolditz war damals Vorsitzender der ‚Nationalen Front‘ in der DDR, einer Dachorganisation aus SED, Blockparteien und Massenorganisationen.
- (4) ‚Konsultationen auf der Ebene der Stellvertretenden Außenminister von den beiden Ländern‘. Die bilateralen Beziehungen zur VR China sollten durch Konsultationen im Rahmen eines Besuchs des Stellvertretenden Außenministers in der VR China fortgesetzt werden; dafür war der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Oskar Fischer, verantwortlich.
- (5) ‚Der Ausbau der Vertragsbeziehungen‘. Der Ausbau der Vertragsbeziehungen betraf ein Konsularabkommen, ein Abkommen über den nicht-kommerziellen Zahlungsverkehr und ein Gesundheitsabkommen. Für diese Aufgabe waren Oskar Fischer, Ernst Höfner, der Minister für Finanzen, und Ludwig Mecklinger, der Minister für Gesundheitswesen, verantwortlich.

---

<sup>281</sup> SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/3/3671, siehe Meißner (1995), S. 360-361.

(6) „Die Vorbereitungen für langfristige wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von 1986 bis 1990“. Dieser Abschnitt beschreibt insgesamt fünf Aufgaben. Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR, kümmerte sich hierbei um drei Aufgaben: (1) Vorbereitungen für eine Vereinbarung über die langfristige wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in den Jahren 1986 bis 1990, (2) Vorbereitungen für die Bildung eines Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/VR China auf hoher Ebene, (3) schriftliche Einladung zu einem Besuch in der DDR an den Staatskommissar und Vorsitzenden der Staatlichen Wirtschaftskommission der VR China. Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, Horst Sölle, war für zwei Aufgaben verantwortlich: (1) die Vorbereitung des Abschlusses eines langfristigen Handelsabkommens für die Jahre 1986 bis 1990, (2) schriftliche Einladung zu einem Besuch in der DDR an den Minister für Außenhandel der VR China.

Am 28. Juni 1984 besuchte Wen Minsheng (文敏生), der chinesische Minister für das Post- und Fernmeldewesen, Berlin. Er sprach mit dem Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph über die Kooperation und die Entwicklung der gegenseitigen vorteilhaften Beziehungen. Willi Stoph teilte seinem Gesprächspartner den Stand der Vorbereitungen für den 35. Jahrestag der Gründung der DDR mit. Zudem berichtete Willi Stoph über die Außenpolitik der DDR, dass die DDR in Verwirklichung der gemeinsamen Beschlüsse der im „Warschauer Vertrag“ vereinten sozialistischen Staatsgemeinschaft alles unternehme, um ein nukleares Inferno abzuwenden und den Weltfrieden zu sichern. Diese außenpolitischen Ausführungen von Willi Stoph waren jedoch ungewöhnlich, insofern Wen Minsheng als Minister für das Post- und Fernmeldewesen kein Mitglied im Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas war und in dem Entscheidungsverfahren der Außenpolitik Chinas keine Rolle spielte. Dieses Verhalten von Willi Stoph liegt in dem sensiblen trilateralen Verhältnis zwischen der Sowjetunion, den USA und der VR China begründet.

Aufgrund des Wettrüstens zwischen der Sowjetunion und den USA spitzte sich die internationale politische Lage im Jahr 1984 zu, besonders seit der Wahl Ronald Reagans im Januar 1981 zum US-Präsidenten. Reagan führte eine offensive und selbstbewusste Außenpolitik und forderte die UdSSR mit allen verfügbaren Mitteln als konkurrierende „Weltmacht“ heraus. Um die militärische Präsenz der USA und der NATO in Westeuropa zurückzudrängen, stationierte die Sowjetunion Ende der 1970er-Jahre insgesamt 441

moderne RSD-10/SS-20-Mittelstreckenraketen in Osteuropa und der Sowjetunion.<sup>282</sup> Im Jahr 1979 erfolgte der ‚NATO-Doppelbeschluss‘,<sup>283</sup> in dem die Stationierung eigener Pershing-II-Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles auf dem NATO-Gebiet beschlossen wurde, sofern die sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht abgezogen werden würden. Nach einer Reihe von Abrüstungsverhandlungen gemäß dem ‚NATO-Doppelbeschluss‘ zwischen den USA und der UdSSR seit Dezember 1979 gelangten beide Seiten bis 1983 nicht zu einer Einigung. Die USA stationierten daher ab November 1983 Pershing-II-Mittelstreckenraketen in den westeuropäischen Staaten England, Italien und der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Territorium der BRD befanden sich insgesamt 120 Pershing-II-Mittelstreckenraketen. Die Stationierung der Mittelstreckenraketen führte zu einer Eskalation der Beziehungen zwischen den NATO-Staaten und dem Ostblock, insbesondere zwischen der BRD und der DDR.

US-Präsident Reagan besuchte China vom 26. April bis 1. Mai 1984 und traf sich mit Deng Xiaoping zu einem Gespräch in Beijing. In der Auseinandersetzung mit der UdSSR stellte die VR China ein sehr wichtiger Partner für die USA dar, wobei durch den im Jahr 1979 beschlossenen ‚Taiwan Relations Act‘ die Beziehung zu den USA wieder distanzierter geworden war. Das Gesetz beinhaltete die Verpflichtung der USA, ‚Taiwan mit Waffen defensiven Charakters‘ zu versorgen und ‚die Fähigkeit der USA aufrechtzuerhalten, jedem Rückgriff auf Gewalt oder anderer Form der Nötigung zu widerstehen, der die Sicherheit, oder das soziale oder wirtschaftliche System, oder die Einwohner von Taiwan in Bedrängnis bringen würde‘. Die chinesische Regierung bestritt die Rechtmäßigkeit des ‚Taiwan Relations Act‘ und protestierte vor allem gegen die US-amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan; sie betrachtete das Gesetz daher als ‚unbefugte Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten‘. Im September 1982 beim XII. Nationalen Parteikongress der Kommunistischen Partei Chinas äußerte sich Deng Xiaoping sehr deutlich über die chinesische Außenpolitik in der neuen Ära, dass nämlich die VR China keineswegs Vasall eines anderen Landes sein wolle und daher eine unabhängige Außenpolitik betreibe; China wolle die Verletzung der eigenen Inter-

---

<sup>282</sup> Vgl. 戴艳丽, 苏联 SS-20 中程导弹的裁减及对今天的影响, 军备控制与安全, 第 6 卷 (2008) 第 1 期; Dai Yan-li, Die Abrüstung der SS-20 von der UdSSR und Einfluss bis heute, Rüstungsbeschränkung und Sicherheit, Band 6, 2008, Beijing

<sup>283</sup> Vgl. Becht, Manfred, SPD, Ost-West-Konflikt und europäische Sicherheit. Sozialdemokraten und sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Westeuropa, Aachen 1997; Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss. Koblenz 1985; Ploetz/Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung?, DDR und UdSSR im Kapf gegen den NATO-Doppelbeschluss. LIT Verlag, Münster 2004

ressen nicht akzeptieren.<sup>284</sup> Diese Äußerungen von Deng Xiaoping lieferten ein starkes ‚Echo‘ gegen die Außen- und Taiwan-Politik der US-Regierung.

Angesichts der Entfremdung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern versuchte der US-Präsident Ronald Reagan bei diesem Staatsbesuch in China, die Beziehung zur VR China zu verbessern. Dieser Staatsbesuch war Ronald Reagans einziger Chinabesuch während seiner Amtszeit. Die chinesische Seite war an einer guten Beziehung zu den USA interessiert, vornehmlich als Partner für den wirtschaftlichen Aufbau Chinas und gegen die Vormachtstellung der Sowjetunion in Asien. Beim Treffen zwischen Ronald Reagan und Deng Xiaoping in Beijing stand die Taiwan-Frage im Zentrum der Gespräche. Deng Xiaoping gab zu Protokoll, dass sich die Taiwan-Politik der US-Regierung in die inneren Angelegenheiten Chinas einmische, obwohl die ‚Ein-China-Politik‘ bereits durch drei Kommuniqués zwischen beiden Regierungen geregelt worden sei; die US-Regierung solle insbesondere die Waffenlieferungen für Taiwan sofort einstellen. Er teilte dem US-Präsidenten zudem mit, dass die VR China die Rückgabe der Sonderverwaltungszone Hongkong unter dem Prinzip ‚Ein Land, zwei Systeme‘ ausführen wolle; für die Taiwan-Frage wolle die chinesische Regierung gemäß dieses Prinzips ebenso die Wiedervereinigung des Festlandes mit der Insel Taiwan bewerkstelligen. Am 30. April 1984, einige Tage nach dem Gespräch mit Deng Xiaoping, hielt Ronald Reagan eine Rede an der Fudan-Universität in Shanghai. Bei dieser Rede äußerte er, dass die USA mit der VR China ‚am gleichen Strang ziehen‘ wolle. Das Verhältnis zwischen den USA und China entwickelte sich seit dem Besuch von Reagan bis 1989 wieder besser.

Eine gute Beziehung zwischen den USA und der VR China stellte für die UdSSR sicherlich eine Herausforderung dar, obwohl die chinesische Regierung betonte, dass sich China in ihrer Außenpolitik vor allem auf den wirtschaftlichen Ausbau konzentrieren wolle. In Anbetracht dieser internationalen Ereignisse war es verständlich, dass Willi Stoph bei seinem Gespräch mit Wen Minsheng, der lediglich in seiner Funktion als Mi-

---

<sup>284</sup> „China’s affairs should be run according to China’s specific conditions and by the Chinese people themselves. Independence and self-reliance have always been and will always be their basic stand. While the Chinese people value their friendship and cooperation with other countries and other peoples, they value even more their hard-won independence and sovereign rights. No foreign country should expect China to be its vassal or to accept anything that is damaging to China’s own interests.“ (独立自主，自力更生，无论过去，现在和将来，都是我们的立足点。中国人民珍惜同其他国家和人民的友谊和合作，更加珍惜自己经过长期奋斗而得来的独立自主权利。任何外国不要指望中国做他们的附庸，不要指望中国会吞下损害我国利益的苦果。) Opening speech at the twelfth national congress of the communist party of china (中国共产党第十二次全国代表大会开幕词) am 1. September 1982; Deng Xiaoping (1994).

nister für das Post- und Fernmeldewesen in Berlin anwesend war, die offizielle Haltung der DDR gegenüber der Politik der USA mitteilte, zumal er davon ausgehen konnte, dass Wen Minsheng sicher Beijing darüber informieren werde.<sup>285</sup> Die DDR bemühte sich hier um eine balancierende Politik gegenüber der Sowjetunion und der VR China. Am 24. Mai 1984 fand die 8. Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin statt. Während der Tagung wies die Leitung der SED zur Chinapolitik erneut darauf hin, dass sie die Politik der Normalisierung zur VR China weiter durchsetzen wolle und dass sich die Beziehung zwischen beiden Ländern gut entwickle.<sup>286</sup>

Am 19. September 1984, unmittelbar vor dem 35. Jahrestag der Gründung der DDR, traf Chen Muhua (陈慕华), Staatskommissarin des Staatsrates und Ministerin für Außenwirtschaft und Außenhandel der VR China, in Berlin ein. Im Vergleich zu den bisherigen Besuchern aus China zählte Chen Muhua bislang zu der höchsten Funktionärin. Sie war Mitglied der Gruppe für Auswärtige Angelegenheiten im Politbüro der Kommunistischen Partei Chinas (中共中央外事工作领导小组), wobei der Leiter dieser Gruppe zugleich der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas war. Die Mitglieder dieser Gruppe setzten sich aus verschiedenen Ministerien und Generälen aus der Volksbefreiungsarmee zusammen. Chen Muhua gehörte damit zum Kern des Entscheidungsverfahrens der Außenpolitik Chinas. Ihr Besuch in Berlin zeigte neue Fortschritte im Verhältnis von beiden Ländern.

Während ihres Aufenthaltes in Berlin traf sich Chen Muhua neben Willi Stoph mit Horst Sölle, Minister für Außenhandel, Gerhard Schürer, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, und mit Dr. Herbert Weiz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Wissenschaft und Technik. Beim Gespräch mit Willi Stoph bildete neben der Zusammenarbeit von beiden Ländern in den Bereichen Wirtschaftsaufbau, Außenhandel, Wissenschaft und Technik sowie den Veranstaltungen zum 35. Jahrestag der Gründung der DDR die Außenpolitik der DDR das Hauptthema. Willi Stoph teilte Chen Muhua mit, dass die DDR-Führung angesichts der besorgniserregenden Zuspitzung der internationalen Lage durch die Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik des US-Imperialismus und

---

<sup>285</sup> Zur Überprüfung, ob Beijing darüber tatsächlich diskutiert hatte, stehen bisher noch keine veröffentlichten Dokumente zur Verfügung.

<sup>286</sup> Vgl. Volkeszeitung, (Renmin Ribao, 人民日报), 29. Mai 1984, Beijing; siehe auch Pan Qichang (2006).

der NATO alles für die Erhaltung und Festigung des Friedens tun und den Sozialismus stärken werde. Die DDR setze sich im ‚**engen Bündnis mit der UdSSR**‘<sup>287</sup> und den anderen Staaten des ‚Warschauer Vertrages‘ dafür ein, durch ehrliche und konstruktive Verhandlungen die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu gewährleisten.<sup>288</sup> Das enge Bündnis zwischen der DDR und der UdSSR wurde von Willi Stoph in seinen Gesprächen mit den chinesischen Amts- und Parteikollegen immer wieder betont, um einen eventuellen Verdacht Moskaus zu entkräften und das Verhältnis zu beruhigen.

Beim Treffen von Chen Muhua mit Gerhard Schürer wurde sogar die Gestaltung der Zusammenarbeit in den Jahren von 1986 bis 1990 besprochen. Die Kooperation im wirtschaftlichen Bereich wurde bislang von den beiden Regierungen noch nie über einen so langen Zeitraum erörtert. Die langfristige Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Außenhandels sowie der Wissenschaft und Technik war – im Gegensatz zu den früheren propagandistischen Absichtserklärungen – tatsächlich zu einem realistischen Sachthema für beide Länder geworden.

Zum 35. Jahrestag der VR China, am 1. Oktober 1984, sendete die Leitung der DDR ein Glückwunsch-Telegramm im Namen von Erich Honecker, dem Vorsitzenden des Staatsrates, Willi Stoph, dem Vorsitzenden des Ministerrates, und Horst Sindermann, dem Präsidenten der Volkskammer, an die Repräsentanten Chinas. Dieses Telegramm stellte das erste Glückwunsch-Telegramm zum chinesischen Jahrestag der Gründung der VR China seit den 1960er-Jahren dar. „*Das chinesische Volk hat den jahrzehntelangen heldenhaften Kampf gegen Imperialismus und innere Reaktion 1949 mit dem Sieg der Volksrevolution und der Gründung der VR China gekrönt. In diesem Kampf hat sich eine traditionelle Freundschaft zwischen unseren Völkern entwickelt. [...] Die Deutsche Demokratische Republik ist gewillt, die Beziehungen zur VR China auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung, der Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität sowie der Nichteinmischung zu entwickeln. Sie sieht darin einen Beitrag zur Sicherung des Friedens.*“<sup>289</sup> Obwohl es sich nur um einen amtlichen Text handelte, war das Telegramm wie in den 1950er-Jahren inhaltlich sehr freundlich gehalten.

---

<sup>287</sup> Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

<sup>288</sup> Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1984 (1987), S. 144.

<sup>289</sup> Ebd., S. 145.

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Oskar Fischer, sendete ebenfalls ein Glückwunsch-Telegramm am 25. Oktober 1984 zum 35. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern an seinen Amtskollegen Wu Xueqian, dem Staatskommissar des Staatsrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Auch dieses Telegramm gehörte zu dem ersten seit den 1960-Jahren von der DDR-Führung an die chinesische Regierung. In dem Telegramm äußerte die Führung der DDR, „[...] *dies bedeutende Ereignis in den Beziehungen unserer Staaten entsprach den Interessen des Sozialismus und des Friedens und trug zur Entwicklung der Freundschaft zwischen dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik und dem chinesischen Volk bei*“.<sup>290</sup>

Von Oktober bis Ende 1984 besuchten drei chinesische Delegationen Berlin. Am 31. Oktober 1984 kam eine Delegation unter der Leitung des chinesischen Ministers für die chemische Industrie, Qin Zhongda (秦仲达), nach Berlin. In einem Gespräch zwischen Werner Krokowski, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, und Qin Zhongda wurde die Entwicklung der staatlichen und wirtschaftlichen Beziehung und die Zusammenarbeit in den Bereichen der chemischen Industrie, des Chemieanlagenbaus und der Kohleveredelung erörtert. Die Durchführung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED wurde von Werner Krokowski als „initiativreiche Arbeit“ der Innenpolitik erklärt, wodurch die erfolgreiche Fortsetzung des Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gewährleistet werde. In Bezug auf die internationale politische Lage wurde wie immer betont, dass die DDR zusammen mit den sozialistischen Staaten im „Warschauer Vertrag“ dazu beitragen werde, den Frieden zu sichern, ein nukleares Inferno zu verhindern, eine Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu erreichen sowie zur Politik der Entspannung in den internationalen Beziehungen zurückzukehren.<sup>291</sup>

Am 14. November 1984 besuchte der Minister für elektronische Industrie der VR China, Jiang Zemin (江泽民), Berlin. Jiang Zemin war Ingenieur; er wurde am 24. Juni 1989 Nachfolger von Zhao Ziyang als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (1989–2002). Aufgrund des wissenschaftlich-technischen Programms zur Modernisierung der chinesischen Wirtschaft bestehen die meisten Kader in der Partei aus Ingenieuren und Technikern. Willi Stoph empfing Jiang Zemin in Berlin. In dem Bericht in der

---

<sup>290</sup> Ebd., S. 145.

<sup>291</sup> Vgl. ebd., S. 147.

Zeitung ‚Neues Deutschland‘ am 15. November 1984 wurde zunächst die außenpolitische Haltung der DDR angeführt; Willi Stoph habe Jiang Zemin die Außenpolitik der DDR dargelegt, „*die auf den Abbau der durch die Konfrontations- und Hochrüstungspolitik des USA-Imperialismus und der NATO verursachten internationalen Spannungen gerichtet sind*“.<sup>292</sup> Die Außenpolitik der DDR sei dadurch kennzeichnet, dass die DDR im festen Bündnis mit der UdSSR und den anderen Staaten des ‚Warschauer Vertrages‘ im Interesse der Sicherung eines dauerhaften Friedens alles in ihren Kräften Stehende unternehme, um auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der Sicherheit durch konstruktive Verhandlungen Fortschritte bei der Begrenzung und Reduzierung der Rüstung zu erreichen. Im Vergleich mit der außenpolitischen Propaganda in den 1970er-Jahren enthielten die Ausführungen von Willi Stoph nunmehr einen stärkeren Bezug zu den tatsächlichen realpolitischen Ereignissen. Die Stationierung der US-amerikanischen Pershing-II-Mittelstreckenraketen – insgesamt 120 in der BRD – und der Marschflugkörper BGM-109 – insgesamt 464 in Westeuropa – spitzte die politische Lage in Europa wirklich zu.<sup>293</sup> Diese Politik bedrohte nicht nur den Frieden in Europa, sondern auch die Weiterexistenz der DDR. Zur Entspannung in Europa beizutragen, entwickelte sich daher zu einem wichtigen Thema in der Außenpolitik der DDR. Für den Erfolg der außenpolitischen Strategien und Aktivitäten der Führung der DDR nahm ihre Unterstützung durch die VR China eine immer größere Bedeutung und Wichtigkeit an, um sicherzustellen, dass die DDR respektive die SED nach wie vor mit einer ‚starken Stimme‘ auf der internationalen politischen Bühne vertreten sein konnte, um ihre Sicherheit und ihre Interessen zu schützen.

Nach diesen außenpolitischen Erklärungen konzentrierte sich das Gespräch zwischen Willi Stoph und Jiang Zemin auf die Zusammenarbeit im Bereich der elektronischen Industrie. Jiang Zemin drückte seine Wertschätzung über die Erfolge der Wirtschaft und der Industrie in der DDR aus; er war von dem hohen Niveau auf dem Gebiet von Bildung und Kultur sehr beeindruckt.

Der letzte chinesische Besuch in Berlin im Jahr 1984 fand unter der Leitung von Song Ping (宋平), Staatskommissar und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, am 21.

---

<sup>292</sup> Ebd., S. 147.

<sup>293</sup> Vgl. 黄山伐, 美俄对阵: 核导弹阴云曾密布欧洲, 环球时报, 2007年5月14日, Huang Shanfa, Die USA gegen die UdSSR, Europa unter der Bedrohung von Kernwaffen, Global Times, 14. Mai, 2007

Dezember statt. Als Spitzenpolitiker der Kommunistischen Partei Chinas drückte der Besuch von Song Ping eine hohe Wertschätzung für die Führung der DDR aus. Song Ping und Gerhard Schürer unterzeichneten ein Protokoll über die Vertiefung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Sie vereinbarten Maßnahmen, die das Ziel verfolgten, den bilateralen Warenaustausch im Jahr 1985 und darüber hinaus im Zeitraum von 1986 bis 1990 spürbar zu erhöhen und weitere Bereiche in die Zusammenarbeit einzubeziehen. Die DDR verpflichtete sich, sich im Rahmen des Modernisierungsprogramms der chinesischen Volkswirtschaft an der Rekonstruktion von Industriebetrieben durch Lieferung hochproduktiver Anlagen und Ausrüstungen, dem Transfer fortschrittlicher Technologien und der technischen Unterstützung zu beteiligen. Es wurde übereinstimmend hervorgehoben, dass der langfristigen Abstimmung der Schwerpunkte der Wirtschaftsbeziehungen große Bedeutung zukomme.<sup>294</sup> Zur Verbesserung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung wurde auch vereinbart, die begonnene Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in den nächsten Jahren fortzuführen und zu vertiefen.

An der Unterzeichnung nahmen der Minister für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau, Rudi Georgi, der Minister für Chemische Industrie, Günther Wyschofsky, der Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Herbert Krolkowski, sowie der chinesische Botschafter Ma Xusheng (马叙生)<sup>295</sup> teil.

Im Jahr 1984 fanden allein in Berlin neun offizielle Kontakte zwischen der DDR und der VR China statt mit insgesamt zehn Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Post- und Fernmeldewesen, Medizin und Kultur. Die Kontakte gestalteten sich noch aktiver als in den 1950er-Jahren.

### **Beijing-Besuch von Ivan Arkhipov und ‚Interkit‘-Konferenz im Jahr 1984**

Nach dem Tod von Juri Andropow im Februar 1984 wurde der 72-jährige Konstantin Tschernenko zum Staats- und Parteichef der Sowjetunion ernannt; seine Amtszeit dauerte 13 Monate; er starb am 10. März 1985 in Moskau.<sup>296</sup>

---

<sup>294</sup> Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1984 (1987), S. 148.

<sup>295</sup> Ma Xusheng, geboren 1927; von 1984 bis 1988 Botschafter in der DDR, von 1988 bis 1991 Botschafter in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Seit Mai 1991 ist Ma Xusheng der ständige Stellvertreter des Vorsitzenden des chinesischen Volksinstituts für Auswärtige Angelegenheiten.

<sup>296</sup> Sein Nachfolger wurde Michail Gorbatschow.

Im Dezember 1984 reiste eine sowjetische Delegation unter der Leiter von Ivan Arkhipov, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, nach Beijing. Ivan Arkhipov war in den 1950er-Jahren für alle sowjetischen Projekte, welche die VR China betrafen, verantwortlich. Die Führung der UdSSR bereitete diesen Besuch sorgfältig vor. Es wurde sogar ein Abkommen über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Unabhängig von diesen sowjetischen Gesprächsangeboten änderte sich an der heftigen öffentlichen Kritik an der chinesischen Außenpolitik wenig. Die Besuche von Wu Xueqian, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VR China, und Hu Yaobang, Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Ende 1983 in Tokio sowie von Zhao Ziyang, Ministerpräsident des Staatsrates der VR China, in den USA Anfang 1984 beobachtete die sowjetische Führung mit großer Skepsis. Beijing reagierte auf die negativen sowjetischen Kommentare mit Berichten über die sowjetische Militärbasis in Vietnam mit dort stationierten 2.000 Raketen, welche die internationale Sicherheit im Pazifik bedrohe.<sup>297</sup>

Im Oktober 1984 fand die 14. „Interkit“-Konferenz in Tihany (Ungarn) statt. Oleg Borisowich Rakhmanin, der Leiter der sowjetischen Delegation, verteidigte die traditionelle Politik der Sowjetunion gegenüber der VR China, wobei sich die Mehrzahl der Vertreter aus den anderen kommunistischen Staaten für eine Entspannung und Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der VR China einsetzte.<sup>298</sup>

Im Februar 1985 fand in Moskau eine Arbeitssitzung mit Vertretern der jeweiligen Ministerien für Ausländische Angelegenheiten der sozialistischen Länder statt. Oleg Borisowich Rakhmanin verteidigte erneut die antichinesische Strategie der sowjetischen Führung und beurteilte den Besuch von Ivan Arkhipov in Beijing im Dezember 1984 „stark negativ“. Er vertrat die Auffassung, dass China mit dem amerikanischen Imperialismus kooperiere, um die UdSSR und den Sozialismus zu schwächen; China wolle eine „Supermacht“ werden und verfolge hegemonistische Ziele; die Wiederannäherung zwischen China und den Ländern im Ostblock bringe diese Zielsetzung zum Ausdruck.<sup>299</sup>

Im Jahr 1985 entwickelte sich die Beziehung zwischen der DDR und der VR China weiter positiv. Die Führung der DDR verfolgte beim Ausbau der Zusammenarbeit mit der VR China einen klar strukturierten Plan. Bereits im Jahr 1984 erstellte die Führung

---

<sup>297</sup> Vgl. Jones (1985), S. 182.

<sup>298</sup> Vgl. Hershberg et al. (2011), S. 30.

<sup>299</sup> Vgl. Polish Central Archives of Modern Records, February 18, 1985 Note from a working meeting of the CC international Department deputy heads of fraternal parties of socialist countries.

der DDR ein Konzept, auf welche Weise, auf welcher Ebene und durch welche Personen ihre Chinapolitik umgesetzt werden soll. In den Schlussfolgerungen des Sekretariats des ZK der SED vom 6. Juni 1984 wurde der Aktionsplan anhand von sechs Handlungsfeldern zusammengefasst: (1) Fortsetzung des politischen Dialogs mit der VR China (Oskar Fischer), (2) Aufnahme von Kontakten der Volkskammern beider Länder (Horst Sindermann), (3) Aufnahme von Kontakten zwischen der Nationalen Front der DDR und der Politischen Konsultativkonferenz der VR China (Prof. Dr. Lothar Kolditz), (4) Fortsetzung der Konsultationen auf der Ebene der Stellvertretenden Außenminister mit einem Besuch des Stellvertretenden Außenministers der VR China in der DDR im Jahr 1985 (Oskar Fischer), (5) Ausbau der Vertragsbeziehungen wie Konsulat, nichtkommerzieller Zahlungsverkehr und Gesundheit (Oskar Fischer, Ernst Höfner, Ludwig Mecklinger), (6) Vereinbarung von 1986 bis 1990 über langfristige Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie Handel (Gerhard Schürer).<sup>300</sup>

Während Erich Honecker eine aktive Pflege der Kontakte mit Vertretern der chinesischen Führung aufbaute, orientierten sich die wirtschaftlichen Interessen der VR China umgekehrt eher auf die Industrieländer BRD, Japan und die USA. Aus der Perspektive der Führung der VR China erfüllte die DDR lediglich eine politische Bedeutung.

Die chinesische Spitzopolitiker besuchten seit Anfang 1984 häufig Berlin und Bonn. Die VR China verfolgte eine neutrale Außenpolitik in Bezug auf die beiden deutschen Staaten; Bundeskanzler Helmut Kohl besuchte bereits im Oktober 1984 die VR China. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges nahm die Außenpolitik der VR China eine neutrale Position zwischen der UdSSR und den USA ein. Eine neutrale Außenpolitik bedeutete eine sichere und realistische Politik für China, um ihre eigenen Interessen zu vertreten und den politischen und militärischen Konflikt zwischen dem Ost- und Westblock zu vermeiden.

### **,Bourgeoise Liberalisierung‘**

Eine neue Änderung in der politischen Entwicklung der VR China war seit dem Treffen von Deng Xiaoping und Chen Liying (陈励应) an der Beijing-Universität am 20. Mai 1985 eingetreten. Chen Liying war Professor an der Staatlichen Universität Taiwan;

---

<sup>300</sup> Vgl. Schlussfolgerungen des Sekretariats des ZK der SED vom 6. Juni 1984, SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/3/3671.

wegen politischer Verfolgung durch die Chinesische Nationalpartei (Guomindang) verließ er Taiwan. Seit 1984 arbeitete Chen Liying als Professor an der Beijing-Universität. In seiner Rede behauptete Deng Xiaoping zum ersten Mal, dass die ‚bourgeoise Liberalisierung‘ ein kapitalistischer Weg sei.<sup>301</sup> Einige Tage später, am 6. Juni 1985, äußerte Deng Xiaoping bei einer anderen Rede vor dem Publikum eines ‚Chinesisches Festland und Taiwan‘-Kolloquiums die gleiche Meinung. Die DDR war bis 1990 mit demselben Problem konfrontiert, und zwar mit der demokratischen Bürgerrechtsbewegung im eigenen Land. Die Regierung der DDR leistete Beijing daher die volle politische Unterstützung; der Höhepunkt bildete die Erklärung der Volkskammer am 8. Juni 1989.

### **Die Ära von Michail Gorbatschow**

Am 11. März 1985 wurde Michail Gorbatschow mit 54 Jahren zum zweitjüngsten Generalsekretär in der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewählt. Während seiner Amtszeit entspannten sich die Beziehungen zu den USA und der VR China. Die zwei ‚Großmächte‘ setzten die ‚Genfer Verhandlungen‘ weiter fort und unterzeichneten schließlich im Dezember 1987 den ‚Washingtoner Vertrag‘ über nukleare Mittelstreckensysteme. Michail Gorbatschow besuchte die VR China im Jahr 1989. Das Verhältnis zwischen der UdSSR und der VR China normalisierte sich nach einer fast dreißigjährigen Phase des Kalten Krieges.

Die ‚Interkit‘-Konferenzen fanden nicht mehr statt, die propagandistischen Angriffe gegen die VR China wurden eingestellt. Die sowjetische Führung erklärte Ende 1986, dass sie sich in die Innen- und Außenpolitik der osteuropäischen kommunistischen Länder nicht mehr einmischen werde; die Parteien erhalten ihre Entscheidungssouveränität zurück. Diese Entwicklung ermöglichte die Verbesserung der Verhältnisse zwischen der VR China und Osteuropa, darunter der DDR. Die Führung der DDR hatte sich durch den Amtsantritt von Gorbatschow mehr Veränderungen erwartet, in seinem Telegramm nach Moskau hatte Honecker den neuen Chef der Sowjetunion als „*herzlichste, brüderlichste Grüße und Glückwünsche*“ begrüßt, früher zu Tschernenkos Amtsantritt war es lediglich „*herzliche und brüderliche Glückwünsche*“. <sup>302</sup> Tschernenko übernahm die Politik von Breschnew weiter und wegen seiner schlechten Gesundheit war er nicht

---

<sup>301</sup> Vgl. Deng Xiaoping, Selected Works, Volume 3; „bourgeois liberalization means taking the capitalist road“; Foreign Languages Press, Beijing, 1994, 邓小平, 邓小平文选 (第三卷), 人民出版社, 北京 1993.

<sup>302</sup> Spittmann, Ilse: Die DDR unter Honecker, Edition Deutschland Archiv im Verlag Wissenschaft und Politik B. von Nottbeck (1990), S. 110.

kompetent für die Führung der UdSSR. Daher sah die Führung der SED keine Hoffnung. Auf der anderen Seite verringerte sich durch die Entspannungspolitik und die Bürgerrechtsbewegungen die Kontrolle der UdSSR in Osteuropa, sodass sich die politische Situation in Osteuropa – außer Rumänien – bis 1989 zu demokratischeren Verhältnissen entwickeln konnte. Kurz nach dem Amtsantritt von Gorbatschow wurde der neue Außenminister Eduard Schewardnadse nominiert, Gromyko musste sein Amt wegen seiner konservativen politischen Meinungen verlassen. Danach führte in der UdSSR Gorbatschow „*Glasnost*“ und „*Perestroika*“ ein, um die UdSSR vor dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruch zu retten. Die in ihrer Wirkung erfolglosen Reformen beschleunigten den Ruin der UdSSR. Ein Ergebnis dieser Entwicklung führte zum Ende der SED-Herrschaft. Die Führung von der SED und der KPCh sahen die Reform als Angriff gegen die Basis der Lehre vom Sozialismus, da die Legitimationsgrundlage und Existenzberechtigung von beiden Regimen mit der sozialistischen Ideologie verbunden war. Die Haltung gegen die Reformen von Gorbatschow von den beiden Parteien hatte die beiden Länder als Schulter-an-Schulter-Partner verbunden.

Am 23. April 1985 besuchte der chinesische Minister für Kultur, Zhu Muzhi, Berlin. Im Gespräch zwischen Zhu Muzhi und Willi Stoph erklärte der Vorsitzende des Ministerrates über die Außenpolitik der DDR, dass „*die DDR gemeinsam mit den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft für die Beseitigung der von den aggressivsten imperialistischen Kreisen geschrüten Spannungen, für die Beendigung des Wettrüstens und für wirksame Schritte zur Abrüstung eintrat*“.<sup>303</sup> Über die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen in Genf zwischen der UdSSR und den USA tauschten beide Partner ebenfalls ihre Meinungen aus. In seinen Ausführungen über den Stellenwert der kulturellen Beziehungen betonte Willi Stoph, dass den Beziehungen zwischen der DDR und der VR China eine wachsende Bedeutung als Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und als Faktor zur Erhaltung des Friedens zukomme; in diesem Zusammenhang haben auch die kulturellen Verbindungen eine große Bedeutung.<sup>304</sup> Die Rolle der kulturellen Beziehungen wurde erstmals von der Führung der DDR als wesentlicher Faktor zur Verbesserung der wechselseitigen Beziehungen angeführt.

---

<sup>303</sup> Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1985 (1988), S. 149.

<sup>304</sup> Vgl. ebd., S. 149.

1985 markierte ein wichtiges Jahr in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China. In diesem Jahr besuchten mehrere Delegationen unter der Leitung von Spaltenpolitikern der DDR Beijing und führten mit chinesischen Spaltenpolitikern wie Zhao Ziyang (赵紫阳), Hu Yaobang (胡耀邦) und Li Peng (李鹏) Gespräche. Umgekehrt besuchten chinesische Spaltenpolitiker wie Li Peng oder Wang Renzhong (王任重) Berlin. Das Verhältnis zwischen der DDR und der VR China entwickelte sich auf einer neuen Ebene.

Am 27. April 1985 besuchten der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für das Post- und Fernmeldewesen, Rudolph Schulze, und der Vorsitzende der DDR-Sektion des Wirtschaftsausschusses DDR/VR China, Günther Wyschofsky, zugleich Minister für Chemische Industrie, und die von ihnen geleitete Delegation Beijing. Sie trafen sich dort mit dem Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China, Zhao Ziyang (赵紫阳), zum Gespräch. Die Kollegen aus der DDR teilten ihren chinesischen Amtskollegen am Anfang des Gesprächs den Zweck ihres Besuches mit, dass die Arbeit der Delegation auf die Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China auf zahlreichen Gebieten orientiert sei. Das Hauptthema im Vergleich zu den früheren Besuchen konzentrierte sich dieses Mal auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Beide Seiten waren davon überzeugt, dass „*es gute Möglichkeiten gibt, die Beziehung zwischen beiden sozialistischen Staaten weiter zu verstärken und insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet noch intensiver zu gestalten*“.<sup>305</sup> Für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hatten die Regierungen den Wirtschaftsausschuss DDR/VR China gebildet, der über das erste langfristige Handelsabkommen verhandelte. Die Bildung eines Wirtschaftsausschusses DDR/VR China und die Absicht, ein langfristiges Handelsabkommen einzugehen, stellte eine große Leistung seit der Normalisierung der Beziehungen dar. Die Zusammenarbeit verlief seitdem intensiver als die früheren Kontakte, die sich in der Regel lediglich in politischen und ideologischen Solidaritätsbekundungen erschöpften. Beide Seiten unternahmen die Anstrengung, das wechselseitige Interesse durch intensivere Kooperationen im wirtschaftlichen Bereich auszuweiten. Die DDR-Delegierten betonten, dass die Beziehung den Beschlüssen des X. Parteitages der SED entsprach. Nach diesen Gesprächsinhalten wurde das Themenfeld der Erhaltung des Friedens und des Stopps des Wettrüstens aufgegriffen und diskutiert.

---

<sup>305</sup> Ebd., S. 151.

Es wurde vereinbart, die internationale Lage zu entspannen und eine weltweite Koalition der Vernunft und des Realismus zu schaffen. Die Delegation berichtete außerdem den chinesischen Amtskollegen über die Leistungen der Werktätigen der DDR bei der weiteren Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft, insbesondere in Vorbereitung auf den XI. Parteitag der SED.

Zhao Ziyang berichtete den Gästen aus der DDR über die jüngsten Beschlüsse zur Entwicklung der Volkswirtschaft und Durchführung der wirtschaftlichen Reformen sowie über den im Jahr 1986 beginnenden Fünfjahresplan. Die Modernisierung Chinas biete der DDR und der VR China gute Möglichkeiten für die weitere Zusammenarbeit.<sup>306</sup>

Am gleichen Tag fand die 1. Tagung des Wirtschaftsausschusses DDR/VR China in Beijing statt. Diese Tagung hatte eine politische und wirtschaftliche Bedeutung. Auf der politischen Ebene eröffnete die Tagung seit der Normalisierung der Beziehungen das erste Mal die Perspektive einer langfristigen Zusammenarbeit, zumal auf der höchsten Ebene. Die langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit würde zweifellos die politische Verbindung beider Länder stärken. Auf der wirtschaftlichen Ebene hatte die 1. Tagung und das unterzeichnete Protokoll das wechselseitige Interesse an einem Wachstum des Handelsaustausches erneut bekräftigt. Die Teilnehmer der Tagung sprachen über umfassende Themen in wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Bereichen. Dieser Austausch bedeutete einen großen Fortschritt in der wirtschaftlichen Kooperation. Der von den Regierungen vereinbarte Warenaustausch im Jahr 1985 lieferte eine gute Ausgangsbasis für die Vorbereitung des langfristigen Handels- und Zahlungsabkommens. Der kommende Fünfjahresplan bot eine sehr gute Möglichkeit, die bilaterale Zusammenarbeit zu verstärken, besonders für die Modernisierung Chinas. Im Maschinenbau benötigte die VR China moderne Technik und Produkte aus der DDR, daher konnte die DDR im Prozess der technologischen Modernisierung Chinas einen wichtigen Beitrag leisten. Neben dem Maschinenbau waren die Modernisierung der chemischen Industrie, der Leichtindustrie, des Verkehrswesens sowie der Geologie notwendig, wofür auf der Tagung in Beijing eine Reihe von Maßnahmen vereinbart worden war. Außerdem nahm die Ständige Kommission für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China im Rahmen der 1. Tagung des Wirtschaftsausschusses ihre Arbeit auf. Die beiden Seiten kamen überein, dass die wissenschaft-

---

<sup>306</sup> Vgl. ebd., S. 152.

lich-technische Zusammenarbeit in den Jahren 1985/1986 weiterentwickelt werden solle und neue Gebiete in ihre Arbeit einzubeziehen seien.<sup>307</sup>

Das Protokoll der 1. Tagung des Wirtschaftsausschusses DDR/VR China unterzeichneten Günther Wyschofsky und Qin Zhongda. Beide Amtskollegen waren jeweils Minister für die Chemische Industrie. Diese personelle Zusammensetzung zeigt, welchen Stellenwert die chemische Industrie für den wirtschaftlichen und industriellen Ausbau Chinas einnahm. Über die 1. Tagung und ihre Auswirkungen wird im dritten Kapitel dieser Arbeit im Zusammenhang mit der Darstellung der ökonomischen Beziehung zwischen beiden Ländern erneut diskutiert.

Bei der 1. Tagung war der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Li Peng (李鹏), anwesend. Li Peng – wie seine Kollegen von Beruf Ingenieur – ist das Adoptivkind des ehemaligen chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai. Diese persönliche Herkunft ermöglichte es ihm, Kader auf sehr hoher Ebene in der Kommunistischen Partei Chinas und Mitglied der chinesischen Regierung zu werden. Li Peng ist für seinen konservativen politischen Standpunkt bekannt; als Nachfolger von Zhao Zhiyang war er chinesischer Ministerpräsident von 1987 bis 1998. Während seiner Amtszeit hatte Li Peng Berlin besucht, daher spielte er auch eine wichtige Rolle in dem Kontakt zwischen der VR China und der DDR.

Vom 16. bis 21. Mai 1985 besuchte Li Peng Berlin; er traf sich mit den Spitzenpolitikern der DDR, Erich Honecker und Willi Stoph, zum Gespräch. Diese Begegnungen zählten zur höchsten Kontaktstufe seit der Normalisierung.

Am 16. Mai 1985 sprach Li Peng zuerst mit Willi Stoph über die Entwicklung der bilateralen Beziehung und die internationale Lage. Für die ‚Genfer Verhandlungen‘ zwischen den USA und der UdSSR erwarteten die DDR und die VR China positive Ergebnisse. Willi Stoph erläuterte Li Peng die Außenpolitik der DDR, und zwar das Bemühen der DDR, den Dialog mit allen Kräften der Vernunft und des Realismus fortzusetzen, um die Menschheit vor einem nuklearen Inferno zu bewahren; die DDR unterstützte daher die konstruktive Friedenspolitik der UdSSR. Außerdem teilte er den chinesischen Besuchern den Stand der Vorbereitungen für den XI. Parteitag der SED mit. Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Willi Stoph und Li Peng stand das Thema der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Beide Seiten äußerten ihren Wunsch, dass sich die Beziehung

---

<sup>307</sup> Vgl. ebd., S. 152.

beider Länder weiterentwickeln solle vor allem auf den Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie des gegenseitigen Warenaustauschs, wobei dieser Prozess kontinuierlich fortgesetzt werden solle. Die langfristige und planmäßige Ausgestaltung solle der ökonomischen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils im kommenden Fünfjahresplan dienen.

### **Erster Höhepunkt, Treffen von Erich Honecker und Li Peng**

Der Höhepunkt des Besuches von Li Peng bildete das Treffen in Berlin am 20. Mai 1985 mit Erich Honecker, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR. Es erfolgte ein Gespräch über die Grundfragen der Beziehung zwischen der DDR und der VR China. Zum Stellenwert der Beziehung der DDR zur VR China stellte Erich Honecker fest, dass „*seitens der DDR die Entwicklung der staatlichen, ökonomischen und kulturell-wissenschaftlichen Beziehung als gut eingeschätzt werde und allseitige Unterstützung erfahre. Es ist unser Ziel, auf allen Gebieten gut voranzukommen.*“<sup>308</sup> *Trotz der Jahre der Störung in den Beziehungen konnte Gen. Li Peng die Herzlichkeit verspüren, mit der er als Vertreter des chinesischen Volkes in der DDR aufgenommen worden ist. Bei allen Problemen, die es geben mag, von denen vielleicht auch nicht alle auf Grund des unterschiedlichen Aufbaus des Sozialismus in beiden Ländern überwunden werden können, kann man doch viele weitere Möglichkeiten für die Entwicklung der Beziehungen feststellen. Die Einladung an führende Persönlichkeiten der DDR auf diesem oder jenem Gebiet durch die Volksrepublik China wird begrüßt. Bei diesen Zusammentreffen und Aussprachen können weitere Schritte für die Entwicklungen der Beziehungen geprüft und eingeleitet werden [...]*“<sup>309</sup>

Die gute Entwicklung der Beziehung zur DDR wurde von Li Peng sehr hoch gewertet. Mit der DDR verbinde die VR China ein sehr freundschaftliches Verhältnis. In den letzten Jahren seien die gegenseitigen Beziehungen wieder besser gestaltet worden, was sich auch während des Verlaufs des Besuches bestätigt habe. Li Peng betonte, „*die VR China gehe davon aus, dass beide Länder den Willen haben, diese Beziehung weiter*

---

<sup>308</sup> Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

<sup>309</sup> Meißner (1995), S. 364, Dokument 178; Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik China, Genossen Li Peng, am 20. Mai 1985.

*zu entwickeln. In der Mehrzahl der erörterten Probleme gibt es gemeinsame Auffassungen oder angenäherte Standpunkte.*“<sup>310</sup>

Solche freundlichen Äußerungen über die Kooperationsbereitschaft der DDR verfolgten auch den Zweck, die eventuell bestehenden Bedenken der Führung der DDR gegenüber der VR China zu zerstreuen. Dieses Verfahren stellte eine typische chinesische außenpolitische Strategie seit Zhou Enlais Ära dar und wurde zur Normalisierung der Beziehungen mit den Staaten in Osteuropa und schließlich der UdSSR angewandt.

Li Peng verwies auf die großen Reserven und Potenziale bei der Entwicklung der ökonomischen Beziehungen. Er drückte das starke Interesse der chinesischen Regierung am Abschluss eines langfristigen Handels- und Zahlungsabkommens aus. Das von der DDR-Seite zum Ausdruck gebrachte Vorhaben, im Verlaufe der Jahre 1986 bis 1990 eine Steigerung des Warenaustausches um 250 Prozent zu erreichen, werde von der chinesischen Seite gebilligt; die VR China werde dazu die notwendigen Anstrengungen unternehmen.<sup>311</sup>

Li Peng betonte, dass die VR China davon ausgehe, dass sich die Beziehungen entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen beider Länder weiterentwickeln werden. Von chinesischer Seite werde es keinerlei Beschränkungen geben. Die DDR sei ein sozialistischer Staat mit einer sehr entwickelten sozialistischen Gesellschaft und in der VR China werde stets berücksichtigt, dass es zwischen beiden Ländern eine lange Tradition freundschaftlicher Beziehungen gebe.

Li Peng erwähnte gegenüber Erich Honecker, dass gegenwärtig 1.000 chinesische Studenten in der BRD studieren, wobei von der BRD eine Erhöhung des Kontingents auf 3.000 angeboten wurde. Die Führung der VR China würde es begrüßen, wenn die chinesischen Studenten in der DDR ausgebildet werden würden, da es sich um ein sozialistisches Land handelt.<sup>312</sup>

In der Praxis des internationalen Studentenaustauschs spielte die Frage nach der ideologischen Orientierung des Aufnahmelandes allerdings keine Rolle; die VR China war daran interessiert, die bestmögliche wissenschaftlich-technische Ausbildung ihrer Auslandsstudenten für den Aufbau der chinesischen Wirtschaft zu ermöglichen, wobei die

---

<sup>310</sup> Meißner (1995), S. 364, Dokument 178. Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

<sup>311</sup> Vgl. Meißner (1995), Dokument 178, S. 364

<sup>312</sup> Vgl. Meißner (1995), Dokument 177, S. 363

BRD als Ausbildungsort der DDR vorgezogen wurde. Es gab in der DDR keine chinesischen Studenten in den Fachbereichen Geisteswissenschaft und Kultur (Germanistik gehörte nicht dazu). Im Vergleich mit der BRD sollten in einem Rahmenabkommen<sup>313</sup> zwischen den beiden Regierungen jährlich lediglich fünfzehn chinesische Studenten bzw. Nachwuchswissenschaftler in die DDR kommen. Im Studienjahr 1986/1987 standen nur zehn von fünfzig Studenten Plätze für den Teilstudiengang Germanistik oder deutschsprachige Weiterbildung zur Verfügung.<sup>314</sup>

Nachdem Li Peng bei diesem Treffen mit Erich Honecker das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR, Wolfgang Rauchfuß, zu einem Gegenbesuch nach China eingeladen hatte, erklärte er gegenüber Erich Honecker, dass er im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und der chinesischen Regierung zum Ausdruck bringen möchte, dass „*jede führende Persönlichkeit der DDR zu einem genehmen Zeitpunkt in der VR China empfangen werden wird*“.<sup>315</sup> Ein Jahr später reiste Erich Honecker zu einem Staatsbesuch nach China; dieses Ereignis bildete den Höhepunkt der Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Erich Honecker erklärte ausführlich Li Peng die Außenpolitik der DDR. Die DDR werde stets in fester Verbundenheit mit der UdSSR und den anderen Staaten des „Warschauer Vertrages“ zusammen handeln, um den Frieden zu sichern und eine weltweite Koalition der Vernunft und des Realismus gegen ein nukleares Inferno zu bilden sowie für die Einstellung des Wettrüstens einzutreten. Erich Honecker betonte bei seinen Ausführungen die gemeinsame Verantwortung aller sozialistischen Staaten im Kampf für den Frieden und die Stärkung des Sozialismus.

Li Peng stellte im Anschluss an die außenpolitischen Ausführungen von Erich Honecker die Außenpolitik der VR China ebenfalls sehr ausführlich vor. Diese Erklärung über die chinesische Außenpolitik erstreckte sich über mehr als dreißig Jahre seit Mao Zedong. Aufgrund des engen Verhältnisses zwischen der UdSSR und der DDR richtete sich diese Erklärung zur chinesischen Außenpolitik nicht nur an die Adresse Berlins, sondern

---

<sup>313</sup> Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der VR China über den Austausch und die Aufnahme von postgradualen Studenten, Aspiranten und Studenten vom 26. Sept. 1985, JIV 2/2205, Bl. 76, vgl. auch Wobst (2004), S. 92.

<sup>314</sup> Vgl. Wobst (2004), S. 92.

<sup>315</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 364, Dokument 178.

auch an die Adresse Moskaus. Zum Verhältnis beider deutschen Staaten und zur Frage der Wiedervereinigung erklärte Li Peng, dass es sich um ein sensitives Thema zwischen der DDR und der BRD handele. Damit sich die Volkswirtschaft und das Lebensniveau der Bevölkerung besser entwickeln könne, so Ling Peng, brauche China Frieden und Sicherheit.

*„Genosse Li Peng legte dar, dass die VR China für ihre hochgesteckten Ziele beim weiteren wirtschaftlichen Aufbau eine friedliche Umwelt brauche und deshalb eine unabhängige und selbständige Friedenspolitik betreibe. Dies bedeutet, dass sich China keiner Staatengruppierung anschließen werde, jedoch die Bündnispolitik anderer Länder respektiere. Früher wurde die Ansicht vertreten, ein Krieg sei unvermeidlich.<sup>316</sup> Heute vertrete die chinesische Führung die Meinung, dass die Anstrengungen aller friedliebenden Staaten den Frieden bis in das nächste Jahrhundert hinein erhalten können. Die Hauptgefahr für den Frieden sei nach chinesischer Auffassung das Wettrüsten der Supermächte. Deshalb begrüße die VR China die Genfer Verhandlungen und hoffe auf konkrete Ergebnisse.“<sup>317</sup>*

Zum Verhältnis der VR China mit der UdSSR äußerte sich Li Peng bei dem Gespräch positiv:

*„Genosse Li Peng bekräftigte den Wunsch der VR China, die Beziehung zur UdSSR zu verbessern. Dafür gibt es in den letzten Jahren positive Tendenz, da beide Seiten guten Willen zeigen.“<sup>318</sup>*

Zur Beziehung zwischen der BRD und der DDR nahm Li Peng eine klare Position ein:

*„Genosse Li Peng legte den Standpunkt der chinesischen Regierung dar, dass die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ohne Einmischung anderer von ihnen selbst gestaltet werden müßten. Diesen Standpunkt werde der Ministerpräsident des Staatsra-*

---

<sup>316</sup> „Ein Krieg ist unvermeidlich, sogar mit Atomwaffen“ war Maos Einschätzung der damaligen internationalen Lage. China bereite sich deshalb für einen kommenden Krieg vor und die Zentraulaufgabe der Regierung konzentrierte sich auch auf die Verteidigung gegen die UdSSR und die USA, Imperialismus. Siehe Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (2007) (毛泽东外交文选).

<sup>317</sup> Meißner (1995), S. 362, Dokument 177; Information über die Beratungen mit dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten des Staatsrates der Volksrepublik China, Genossen Li Peng. SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/2A/2758.

<sup>318</sup> Meißner (1995), S. 362, Dokument 177.

*tes der VR China, Genosse Zhao Zi-yang, bei seinem bevorstehenden Besuch in der BRD auch gegenüber Bundeskanzler Kohl erläutern.“<sup>319</sup>*

Beide Seiten sprachen danach erneut über die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zum Abschluss eines Luft- und Seeverkehrsabkommens wurde die Vereinbarung getroffen, dass die Verhandlungen zwischen den zuständigen Staatsorganen der DDR und der VR China im 2. Halbjahr 1985 aufgenommen werden sollten. Zur Einrichtung einer direkten Flugverbindung von Berlin nach Beijing wurde mit dem sowjetischen Partner bereits verhandelt, um eine einvernehmliche Lösung zu finden, da sich die Fluglinie überwiegend über dem Territorium der Sowjetunion befindet. Der Autobahnbau und der Studentenaustausch bildeten ebenfalls ein Gesprächsthema.

### **Zhao Ziyangs Besuch in der BRD**

Die Bundesrepublik Deutschland zählt ebenfalls zu einem wichtigen Handelspartner der VR China; mit der BRD werden seit 1972 ohne politische Irritationen intensive Beziehungen auf vielen Gebieten gepflegt.<sup>320</sup> Die hohen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Leistungen der BRD sind für China von großem Interesse und für die Modernisierung Chinas besonders wichtig. Für die BRD bedeutete die VR China einen großen Absatzmarkt, wobei darauf geachtet wurde, im bilateralen Handel mit der VR China keine politischen Probleme zu verursachen. Nach Japan und den USA war die BRD drittgrößter Handelspartner Chinas.

Zhao Ziyang traf im Rahmen seiner Westeuropareise am 7. Juni 1985, kurz nach Li Pengs Besuch in der DDR, in Bonn ein; mit Bundeskanzler Helmut Kohl sprach er über die Entwicklung der Beziehung zwischen der BRD und der VR China. Dieser Besuch galt als Gegenbesuch zum Aufenthalt Helmut Kohls in China im Jahr 1984. Helmut Kohl schätzte den Wert des Besuches von Zhao Ziyang hoch ein und kommentierte positiv, dass sich die Zusammenarbeit zwischen der BRD und der VR China schon seit dem letzten Herbst (1984) auf einem neuen Niveau befindet.

Der Status quo von zwei deutschen Staaten und die enge Zusammenarbeit mit der DDR war für die chinesische Führung eine unvermeidbare Frage. Das Hauptinteresse Chinas

---

<sup>319</sup> Zhao Ziyang, Premierminister der VR China, hatte die BRD im Juni 1985 kurz nach Li Pengs Besuch in der DDR besucht. Um etwaige Bedenken der DDR-Führung zu entkräften, hatte Li Peng Erich Honecker den Standpunkt der chinesischen Deutschlandpolitik bereits erklärt. Zhao Ziyang vertrat diese chinesische Position auch gegenüber dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl.

<sup>320</sup> Vgl. Leutner/Trampedach (1995), Kommentar des Journalisten Jeske, FAZ, 8. Juni 1986.

bestand darin, die moderne Technik von der BRD und der DDR nach China einzuführen und die wirtschaftlichen Beziehungen mit beiden deutschen Staaten gut zu organisieren und weiterzuentwickeln. Beim Gespräch Zhao Ziyangs mit Bundeskanzler Helmut Kohl erläuterte er ihm die chinesische Position der Deutschland-Politik, dass nämlich die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR ohne Einmischung anderer Staaten von ihnen selbst gestaltet werden müssten.

Die Politik von Beijing verfolgte das Ziel, eine balancierte Politik gegenüber beiden deutschen Staaten und gegenüber den USA und der UdSSR auszuführen. Die VR China zeigte seit den Reformen von Deng Xiaoping mehrmals der internationalen Gemeinschaft, dass China kein Interesse mehr an politischen und ideologischen Konflikten in der Welt hatte, beispielsweise in Bezug auf den Konfliktbereich Naher Osten oder die demokratischen Bewegungen in Osteuropa. China vermied in ihrer außenpolitischen Kommunikation provokante oder einseitige Stellungnahmen oder zog sich auf propagandistische Erklärungen wie die Sorge um den Frieden in der Welt zurück. Aufgrund dieser neutralen Position konnte die VR China gute Verhältnisse mit vielen Ländern, besonders zu den USA und der UdSSR, eingehen und pflegen.

Während des Aufenthalts von Zhao Ziyang in Bonn wurden am 10. Juni 1985 drei Abkommen unterzeichnet: (1) „Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen“, (2) „Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit“ und (3) die „Verlängerung des Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit am 24. Oktober 1979“.

Die Beziehungen zwischen der BRD und der VR China entwickelten sich gut und stabil parallel zu den Beziehungen zwischen der DDR und der VR China.

### **Wang Renzhongs Besuch in Berlin**

Am 27. Juni 1985, kurz nach dem Besuch von Zhao Ziyang in Bonn, traf eine chinesische Delegation des Nationalen Volkskongresses unter der Leitung von Wang Renzhong (王任重), einem hochrangigen Kader der Kommunistischen Partei Chinas, zum offiziellen Besuch in Berlin ein. Wang Renzhong war Stellvertreter des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses.

Beim Gespräch mit Erich Honecker sprachen beide Seiten über die internationale Lage und die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. „*Erich Honecker und*

*Wang Renz-hong würdigten die Fortschritte zur allseitigen Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Sie hoben dabei besonders die Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit hervor. Die Gesprächspartner brachten Ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die Kontakte zwischen den Parlamenten der DDR und der Volksrepublik China ebenso der Entwicklung der Beziehungen neue Impulse verleihen werden.“<sup>321</sup>* Die DDR befand sich geografisch und politisch in der Mitte des Kalten Krieges, während die VR China Sicherheit und Frieden für ihren wirtschaftlichen Aufbau benötigte, weshalb beide Seiten darin übereinstimmten, alle Möglichkeiten zur Sicherung des Weltfriedens zu nutzen und die Militarisierung des Weltraums zu verhindern.

Erich Honecker berichtete den chinesischen Gästen über die Beschlüsse der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED, wobei er betonte, dass es der feste Wille der DDR sei, die weitere Entwicklung der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft zu verstärken, insbesondere auf dem Weg der Intensivierung der Volkswirtschaft und den Kampf gegen die Gefahr eines nuklearen Infernos.

Wang Renzhong überbrachte die Grüße von dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang (胡耀邦), dem Präsidenten der VR China, Li Xiannian (李先念), und dem Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses der VR China, Peng Zhen (彭真), an Erich Honecker, die unmittelbar von ihm erwidert wurden. Die freundschaftliche Begrüßung und die gute Atmosphäre wurden von der Zeitung ‚Neues Deutschland‘ am 28. Juni 1985 in einem Bericht besonders erwähnt.

### **Gerhard Schürer in Beijing**

Die hochrangigen Besuche von Vertretern der DDR und der VR China seit Anfang 1985 nahmen stark zu. Obgleich die Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China zu diesem Zeitpunkt den Zustand der Normalität noch nicht erreicht hatten, strahlten die außenpolitischen Aktivitäten zwischen der DDR und der VR China doch ein Signal aus. Auf der einen Seite bedeutete diese Entwicklung, dass die Kontrolle der UdSSR schwächer geworden war, auf der anderen Seite zeigte sie aber auch, dass die DDR eigene außenpolitische Interessen verfolgte und offen für ihre Umsetzung eintrat. Ein Jahr später, im Oktober 1986, betonte Erich Honecker gegenüber Hu Yaobang, dem

---

<sup>321</sup> Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1985 (1988), S. 154.

Generalsekretär des ZK der KP Chinas: „*Wir sind eine selbständige Partei, arbeiten selbst unsere Politik aus [...]*“<sup>322</sup>

Am 9. Juli 1985 besuchte Gerhard Schürer, Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der SED, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, Beijing. Er führte Gespräche mit chinesischen Spitzenpolitikern wie dem Präsidenten der VR China, Li Xiannian, und dem Ministerpräsidenten des Staatsrates, Zhao Ziyang, über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen, die internationale Lage und die langfristige Zusammenarbeit von 1986 bis 1990. Der Besuch Gerhard Schürer galt als Vorbereitung für Erich Honeckers Staatsbesuch in der VR China im Jahr 1986.

Friedenspolitik spielte eine wichtige Rolle in der Außenpolitik von beiden Ländern. Gerhard Schürer und Li Xiannian brachten gemeinsam ihren Willen zum Ausdruck, den Weltfrieden zu sichern und einen Nuklearkrieg zu verhindern sowie die internationale Entspannung zu fördern. Gerhard Schürer betonte, dass die DDR „*die Bereitschaft aller am Frieden interessierten Kräfte zum politischen Dialog nutzte, um einen Beitrag zur Schaffung einer weltumspannenden Koalition der Vernunft und des Realismus zu leisten*“.<sup>323</sup>

Beim Gespräch mit dem chinesischen Ministerpräsidenten des Staatsrates, Zhao Ziyang, informierten sich beide Seiten über den wirtschaftlichen Ausbau in ihren Ländern. Zhao Ziyang erläuterte den Inhalt der Reformen in der Landwirtschaft, der Industrie und im Transportwesen. Das Ziel der chinesischen Reformen bestehe darin, die Produktivkräfte zu entwickeln, die Effektivität der Produktion und den Lebensstandard der Bevölkerung weiter zu erhöhen.<sup>324</sup> Um das Hauptziel zu erreichen, spiele die Wirtschaftskooperation eine wichtige Rolle in der Beziehung zwischen beiden Ländern, besonders für China.

Beide Regierungen schlossen am 15. Juli 1985 ein Abkommen über die langfristige Zusammenarbeit ab. Das „*Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr im Jahre 1986–1990*“ bot eine stabile Grundlage für den kontinuierlichen Aus-

---

<sup>322</sup> Niederschrift über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Genossen Hu Yaobang, am 24.10.1986 im Hotel „Jin Ling“ in Nanjing. PA AA, MfAA, ZR 2492/90, S. 10.

<sup>323</sup> Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1985 (1988), S. 154.

<sup>324</sup> Vgl. ebd., S. 155.

bau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Gemäß diesem Abkommen exportierte die DDR Lastkraftwagen, Schienenfahrzeuge, Erzeugnisse des wissenschaftlichen Gerätebaus, Düngemittel und Maschinen nach China. Aus China importierte die DDR vor allem Reis, Mais, Baumwolle und mineralische und chemische Roh- und Grundstoffe sowie Produkte der Textilindustrie. Der bilaterale Handel förderte die Wirtschaftsentwicklungen in beiden Ländern, wodurch das politische Bündnis verstärkt wurde.<sup>325</sup>

Der Höhepunkt des Besuches von Gerhard Schürer bildete das Gespräch mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang (胡耀邦). Das Hauptthema betraf die Existenz von zwei deutschen Staaten. China sei nach dem Bürgerkrieg zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Chinesischen Nationalpartei (Guomindang) seit 1949 in zwei Teile getrennt, ebenso wie Deutschland. Um die Taiwan-Frage zu lösen und um China wieder zu vereinigen, brauche China politische Unterstützung und Anerkennung von allen Ländern, die diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen haben.

Die ‚Ein-China-Politik‘ steht bis heute im Zentrum der Außenpolitik Chinas. Diese vergleichbare oder ähnliche Situation band die VR China und die DDR enger aneinander. Um weiterhin als sozialistischer Staat existieren zu können und die innere Stabilität des Landes und der SED-Herrschaft zu gewährleisten, führte die DDR eine ideologisch motivierte Abgrenzungspolitik gegenüber dem anderen deutschen Staat, der BRD, ein. Erich Honecker behauptete seit den 1970er-Jahren, dass das Volk der DDR sozialistisch sei.<sup>326</sup> Die (sozialistische) Wiedervereinigung beider deutscher Staaten gehörte sicherlich zu einem politischen Ziel der SED, aber wegen den schwierigen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sah sich die SED zuallererst aufgefordert, sich auf ihre eigenen Interessen und auf ihr eigenes Überleben zu konzentrieren.

Hu Yaobang äußerte sein Verständnis für die besondere Lage und Problematik der DDR und erläuterte die Grundhaltung der chinesischen Regierung. „*Das ist die Existenz von zwei Deutschland, der DDR und der BRD. Manche ausländische Freunde drängen uns mitunter zu einer Stellungnahme zu diesem Problem. Uns ist bekannt, dass die DDR und*

---

<sup>325</sup> Über das Abkommen und die Mitwirkung der DDR wird mit weiteren Einzelheiten im Abschnitt über die wirtschaftlichen Beziehungen diskutiert.

<sup>326</sup> Vgl. 邓红英, 吴友法, 中南财经政法大学人文学院, 论昂纳克时期民主德国的民族分离主义政策 (On the Honecker era East Germany national separatism policy), 武汉大学学报: 人文科学版, 2005 年第 5 期.

*viele europäische Länder, sozialistische und kapitalistische, nicht für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind, jedenfalls nicht in der Gegenwart. Wir haben bisher Ihre Meinung respektiert und respektieren sie auch jetzt. Wir werden das auch in Zukunft tun.“<sup>327</sup>*

Für das gute Verhältnis mit der Bundesrepublik Deutschland bat Hu Yaobang um Verständnis, wobei er an der Solidarität mit den Interessen der SED festhielt. „*Wir glauben, dass auch Sie für diesen Kontakt zwischen der VR China und der BRD volles Verständnis haben und sie für normal halten. Wir werden bei unseren Beziehungen zur BRD niemals die Interessen der DDR verletzen. Es ist tatsächlich so, dass wir bei unseren Begegnungen mit BRD-Politikern sehr oft unsere Meinung dazu gesagt haben. Ich habe zum Beispiel Schmidt, Carstens, Kohl und auch Brandt gesagt, dass China für eine nationale Aussöhnung und für ein friedliches Nebeneinander beider deutscher Staaten ist.*“<sup>328</sup> Hu Yaobang betonte außerdem, dass „*ich diese Politiker davor gewarnt [habe], die DDR schlucken zu wollen. Ich möchte den Genossen der DDR sagen, dass wir bei unseren Beziehungen zur BRD die Gesamtlage berücksichtigen und unsere Haltung tadellosfrei ist.*“<sup>329</sup>

Um die Sorge der DDR-Führung, dass die VR China und die BRD und die USA ein strategisches Bündnis eingehen könnten, zu entkräften, stellte in den weiteren Ausführungen Hu Yaobang die chinesische Politik in Bezug auf die kapitalistischen Länder dar, wobei das Grundprinzip maßgeblich sei, wichtige Entscheidungen nicht mehr wie früher aufgrund von ideologischen Standpunkten und Überzeugungen zu treffen. „*Über die Situation in der BRD bin ich nicht sehr informiert. In der BRD gibt es tatsächlich Menschen, die revanchistisch gesinnt sind. Aber wie groß diese Schicht ist, kann ich nicht beurteilen. Wenn es schon solche Menschen gibt, dann können deren Kräfte nicht sehr stark sein. Ich kann auch nicht beurteilen, ob es ihre Gefühle verletzen würde, wenn man ihnen Revanchismus vorwirft. Unsere Partei steht auf dem Standpunkt, dass man den kapitalistischen Hauptmächten nicht dauernd etwas vorwerfen oder ständig gegen sie ankämpfen kann. Das würde möglicherweise zu einer Kluft zwischen den Völkern führen.*

---

<sup>327</sup> Meißner (1995), S. 365, Dokument 179; Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der KP Chinas, Genossen Hu Yaobang, mit Genossen Gerhard Schürer am 10.7.1985 im Sitz der Partei- und Staatsführung der VR China, Zhongnanhai. Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

<sup>328</sup> Meißner (1995), S. 365, Dokument 179.

<sup>329</sup> Ebd.

*kern führen. Wir würden uns selbst isolieren. Unsere grundlegende Politik gegenüber den kapitalistischen Hauptmächten besteht aus 3 Punkten.*

- 1. Wir gehen mit ihnen kein Bündnis ein. Niemals werden wir uns mit ihnen verbinden.*
- 2. Falls diese Länder zu einer Politik des Hegemonismus übergehen sollten, dann werden wir sie entschieden bekämpfen.*
- 3. Wir entwickeln und gestalten die Beziehungen zu ihnen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.“<sup>330</sup>*

Auch in Bezug auf die Beziehung der VR China zur USA betonte Hu Yaobang gegenüber den ‚Genossen‘ der SED, dass die von außen herangetragene ‚Gefahr‘ eines Bündnisses zwischen der VR China und den USA jeglicher Grundlage entbehre. „*Wir glauben, dass diese unsere Haltung richtig ist. Es gibt aber Leute, die uns vorwerfen, ein Bündnis mit den USA einzugehen oder, dass die Gefahr bestehe, dass China in eine imperialistische Falle gerate. Wir sind weder Dummköpfe noch Kinder. Wir lassen sie ruhig reden. Ich kann den Genossen aus der DDR sagen, dass unsere Bevölkerung sich über solche Vorwürfe empört. Solche Vorwürfe haben die Gefühle unseres Milliardenvolkes verletzt.*“<sup>331</sup>

In den Gesprächen mit Gerhard Schürer vermittelte Hu Yaobang eine deutliche Aussage zum Standpunkt der chinesischen Außen- und Deutschlandpolitik. Er fasste die Beziehungen Chinas zu den führenden kapitalistischen Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland oder den USA in drei Punkten zusammen. Die VR China wolle friedliche und möglichst konfliktfreie Rahmenbedingungen für ihr Programm der Modernisierung Chinas; die Beziehungen mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern bedeute jedoch nicht, dass die VR China das Ziel verfolge, ein Bündnis oder eine strategische Allianz mit diesen Ländern einzugehen. Diese Aussagen stellten erstmals die Prinzipien der chinesischen Regierung im Umgang mit kapitalistischen Staaten dar. Diese Äußerungen zielten sicherlich auf Moskau, da die Normalisierung der Beziehungen zu der Sowjetunion ein wichtiges Ziel der chinesischen Außenpolitik war. Obwohl die VR China und die USA am 17. August 1982 das ‚Shanghai US-PRC Joint Communiqué‘ unterzeichnet hatten, entsprach diese Vereinbarung keineswegs einem Bündnis. Hu

---

<sup>330</sup> Meißner (1995), S. 365, Dokument 179. Die Hervorhebungen stammen vom Autor dieser Arbeit.

<sup>331</sup> Ebd., Die Hervorhebungen stammen vom Autor dieser Arbeit.

Yaobangs Bemerkungen lieferten aber auch ein Signal für Washington, dass wegen der US-amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan die VR China kein Interesse an einer zu engen Zusammenarbeit mit den USA hätte. In Bezug auf die USA und die UdSSR praktizierte die VR China in dieser Phase eine sehr flexible und realistische Politik mit dem Ziel, eigene Interessen zu verfolgen, zu verteidigen und weiter auszudehnen.

### **Einladung für Erich Honecker nach China**

Anlässlich der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 1985 trafen sich die Außenminister Oskar Fischer und Wu Xueqian (吴学谦) wieder in New York. Seit dem ersten Kontakt im September 1982 führten sie bereits zum vierten Mal in New York Gespräche. Aufgrund der schnellen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern in allen Bereichen überbrachte der chinesische Außenminister eine offizielle Einladung zum Staatsbesuch für Erich Honecker seinem Amtskollegen Oskar Fischer. Diese Einladung bildete das Hauptthema dieses Treffens.

Wu Xueqian teilte den Wunsch der chinesischen Führung mit. Der Besuch von Erich Honecker in China werde der Höhepunkt der bisher intensiv verlaufenden Entwicklung der bilateralen Beziehungen und der Zusammenarbeit in nahezu allen Bereichen sein. Er betonte gleichzeitig, dass der bevorstehende Besuch Erich Honeckers ein außerordentliches internationales Gewicht erhalten werde. Die chinesische Führung habe „*für diesen ersten offiziellen Besuch des guten Willens eines Führers eines osteuropäischen Landes seit langer Zeit*“ alle Vorbereitungen getroffen; und „*die deutschen Genossen sollen sich wie zu Hause fühlen*“.<sup>332</sup> Erich Honecker würde bei seiner Reise in China alle Genossen der chinesischen Partei und Staatsführung kennenlernen und gleichzeitig ausführliche Gespräche mit ihnen führen können. Wu Xueqian würde den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, während aller Etappen seines Aufenthaltes in der VR China begleiten.

Neben dem Thema über den Staatsbesuch von Erich Honecker beriet sich Wu Xueqian mit Oskar Fischer über einen Abschluss des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China bis zum Jahr 2000. An diesem Abkommen, so Wu Xueqian, sei die chinesische Regierung sehr interessiert;

---

<sup>332</sup> Meißner (1995), S. 368, Dokument 181; Telegramm des Außenministers Oskar Fischer an den Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker. SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/20/194.

die VR China habe bereits mit der umfassenden Prüfung des DDR-Entwurfs begonnen.<sup>333</sup>

### **Deng Xiaopings mündliche Mitteilung an Michail Gorbatschow<sup>334</sup>**

Der Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei und Staatspräsident Rumäniens, Nicolae Ceaușescu, kam zum Staatsbesuch im Oktober 1985 nach Beijing. Am 9. Oktober 1985 traf er sich mit Deng Xiaoping zu Gesprächen. Deng Xiaoping führte die VR China faktisch bis zu seinem Tod im Februar 1997, obwohl er keinen offiziellen Titel bekleidete. Während des Besuches in Beijing brachte Nicolae Ceaușescu die Bitte vor, ob er Deng Xiaoping zu einem persönlichen Gespräch treffen könne. Im Vergleich mit anderen Staaten in Osteuropa führte Rumänien eine von der UdSSR unabhängige Außenpolitik. Die Kontakte zwischen Rumänien und der VR China brachen auch in der Phase der starken Spannungen und Irritationen zwischen der UdSSR und der VR China nicht ab. Dieses Verhalten unterschied sich von dem der DDR.

Nicolae Ceaușescu äußerte seine Absicht, dass Rumänien dabei helfen wolle, die Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China wieder zu verbessern. Gute Beziehungen zwischen beiden Ländern seien nicht nur für sie selbst wichtig, sondern auch für den Frieden in der Welt. Er teilte Deng Xiaoping mit, dass er am 22. Oktober 1985 mit Michail Gorbatschow zusammentreffe werde. Dieser Hinweis bot Deng Xiaoping eine sehr günstige Gelegenheit, eine bessere Beziehung zur Sowjetunion einzuleiten. Deng Xiaoping wies auf ‚drei Hindernisse‘ hin, die einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Beijing und Moskau im Wege stünden, und zwar der Einsatz der sowjetischen Armee in der Republik Mongolei und in Afghanistan sowie die sowjetische Unterstützung für die Invasion der vietnamesischen Armee in Kambodscha. Obwohl seit der ‚Befriedigungsdiplomatie‘ wieder Kontakte zwischen der UdSSR und der VR China bestanden, verhinderten die ‚drei Hindernisse‘ die Normalisierung der Beziehungen beider Staaten bis 1989. Das dritte ‚Hindernis‘ wäre – nach Meinung von Deng Xiaoping – das leichteste für Moskau. Er bat Nicolae Ceaușescu, eine mündliche Botschaft an Michail Gorbatschow zu überbringen. Deng Xiaoping erklärte, dass sich die Führung Chinas, vertreten durch ihn selbst oder durch Hu Yaobang, den Generalsekretär der Kommunisten

---

<sup>333</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 365.

<sup>334</sup> Vgl. 邓小平的外交战略大牌, 蒋本良, 给共和国领导人作翻译, 上海辞书出版社, 上海 (2007), Außenpolitische Strategie von Deng Xiaoping, Jiang Benliang, Als Dolmetscher für die Leiter der Republik, Shanghai Lexicographical Publishing House, Shanghai, 2007

tischen Partei Chinas, mit Gorbatschow treffen wolle, wenn Moskau den Rückzug der vietnamesischen Armee aus Kambodscha veranlassen würde. Er selbst würde eine Ausnahme machen wollen und eine Reise ins Ausland antreten, um mit der Führung der Sowjetunion über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten zu sprechen, obwohl er alt sei und sich schon seit Langem nicht mehr mit konkreten politischen Aufgaben beschäftige.

Auf die persönliche Botschaft von Deng Xiaoping reagierte Moskau sehr positiv. Beim Empfang für das Jubiläum der Oktoberrevolution in Moskau bestätigte Michail Gorbatschow dem chinesischen Botschafter Li Zewang (李则望) den Empfang der mündlichen Mitteilung und äußerte gleichzeitig den Wunsch der sowjetischen Führung, dass die UdSSR die Beziehung zur VR China auf eine neue Ebene bringen wolle. Einen Monat später, am 23. November 1985, beriet er sich mit Li Peng in Moskau kurz über die Verbesserung des Verhältnisses von beiden Ländern. Li Peng hielt sich damals im Rahmen einer Europareise in Moskau auf. Der Wille der Führung der UdSSR bestand darin, die Beziehungen zur VR China erheblich zu verbessern, obgleich die ‚drei Hindernisse‘ noch auf dem Weg lagen.

Im Juli 1986 hielt Michail Gorbatschow eine Rede in Wladiwostok.<sup>335</sup> Die Rede enthielt sehr positive Signale für die Beziehung zur VR China. Moskau wollte ihre Armee aus Afghanistan etappenweise abziehen, es fanden bereits Gespräche mit der Mongolei statt, auf deren Territorium sowjetische Streitkräfte zurückzuziehen. Solche Maßnahmen lösten sicherlich den militärischen Druck auf die VR China und verminderten die Spannung zwischen Moskau und Beijing. Diese sowjetischen Reaktionen auf die mündliche Mitteilung von Deng Xiaoping bedeuteten einen großen Schritt im Prozess der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten.

### **Einschätzung der SED über die Beziehung zur VR China**

Vom 14. bis 24. November 1985 bereiste der deutsche Diplomat Bruno Mahlow China. Bruno Mahlow war damals der stellvertretende Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der SED und zuständig für die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Nach seiner China-Reise verfasste Bruno Mahlow einen gehei-

---

<sup>335</sup> Vgl. 蒋本良, 给共和国领导人作翻译 (见证历史: 共和国大使讲述), 上海辞书出版社, 上海 (2007). Jiang, Ben-liang, Als Dolmetscher für die Leiter der Republik, Shanghai Lexicographical Publishing House, Shanghai, 2007

men Bericht<sup>336</sup> über die Beziehung zwischen beiden Parteien, der SED und der KPCh, und über das Verhältnis zwischen der DDR und der VR China, den er dem Politbüro der SED überreichte.

Der Bericht behandelte vier Aspekte: (1) die Beziehung zwischen der DDR und der VR China, (2) die Kontakte zwischen beiden Parteien, (3) das Verhältnis von der BRD und der VR China sowie (4) die Beziehung zwischen Berlin und Moskau.

*„Die chinesischen Vertreter stimmen der Einschätzung über die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China sowie den entsprechend der Direktive geäußerten Vorschlägen zum Ausbau der Beziehungen voll zu.“<sup>337</sup>* Das Generalkonsulat der DDR in Shanghai wurde in den 1960er-Jahren geschlossen. Im Jahr 1985 wurden „*die Vorschläge zur umgehenden Wiederaufnahme der Tätigkeit des Generalkonsulats der DDR in Shanghai und der Einrichtung eines KIZ der DDR in der VR China [...] von den chinesischen Genossen begrüßt. Sie erklärten, aktiv die damit im Zusammenhang stehenden Fragen in Angriff zu nehmen und so schnell wie möglich zu lösen.*“<sup>338</sup> Im März 1986 nahm das Generalkonsulat der DDR in Shanghai wieder ihre Arbeit auf; dieses Ereignis zählte zu einer der größten Erfolge in der Entwicklung der Beziehung zwischen beiden Ländern seit der Normalisierung.

*„Die chinesische Seite stimme dem Empfang einer Delegation der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED durch die Parteihochschule des ZK der KP Chinas, der Entsendung einer Delegation des Büros für die Übersetzung und Herausgabe der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin zum IML beim ZK der SED der Forschungsgruppe für ökonomische Fragen beim Sekretariat des ZK der KP Chinas zum Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung sowie einer planmäßigen Zusammenarbeit des Dietz Verlages und des Volksverlages der VR China zu. [...] Prinzipielle Einigkeit bestand darin, die Begegnungen zwischen verantwortlichen Genossen der Abteilungen für Internationale Verbindungen intensiv fortzusetzen.<sup>339</sup> Zusätzlich wurde von den chinesischen Genossen vorgeschlagen, Kontakt zwischen gesellschaftlichen Organisationen beider Länder, die sich mit Fragen der Sicherung des Friedens und der internationalen*

---

<sup>336</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 366, Dokument 180; Bericht über eine Reise des Genossen Bruno Mahlow in die VR China zur Fortsetzung der Parteikontakte mit der KP Chinas (14.-24.11.1985), SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/2A/2843.

<sup>337</sup> Meißner (1995), S. 366.

<sup>338</sup> Ebd.

<sup>339</sup> Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

*Verständigung befassen, aufzunehmen. [...] die aufgezeigte Möglichkeit zur Einladung einer Delegation des ZK der KP Chinas zum XI. Parteitag bei vorliegenden chinesischen Interesse an einer Teilnahme wurde von den chinesischen Genossen mit großem Interesse und Dank zur Kenntnis genommen. Es wurde erklärt, dass die KP Chinas dieser Frage große Bedeutung beimesse und darüber noch weiter nachdenken wolle. Wiederholt wurde nachdrücklich Interesse an Erfahrungen der DDR, der SED geäußert (Jugendpolitik, Auseinandersetzung mit westlichen Einflüssen, Filme, Materialaus tausch etc.).<sup>340</sup>*

Die Beziehungen zwischen der BRD und der VR China stellten für die SED respektive die DDR-Führung weiterhin ein sensitives Thema dar, weshalb der Verlauf der Entwicklung intensiv beobachtet wurde. „**Gleichzeitig wurde deutlich, dass im Laufe der Jahre nach der „Kulturrevolution“ die BRD ihre Positionen in China bedeutend ausbauen konnte (nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im ideologischen Bereich, einschließlich auf dem Gebiet der deutschen Sprache und Literatur).**<sup>341</sup>

Die nach wie vor bestehende enge Beziehung zwischen der DDR und der UdSSR wurde von der chinesischen Führung vorbehaltlos respektiert. „*Wiederholt wurde hervorgehoben, dass die chinesische Seite für die Entwicklung der Beziehungen mit der DDR und mit der SED keine Schwierigkeiten oder Hindernisse sehe. Die spezifischen Beziehungen der SED zur KPdSU, das Bündnisverhältnis mit der UdSSR würde man voll und ganz verstehen und respektieren. Angesprochen auf generelle Parteikontakte mit der KPdSU und auf die chinesischen Erklärungen, daß man zu Beziehungen mit allen kommunistischen Parteien bereit sei, reagierten unsere chinesischen Gesprächspartner übereinstimmend mit dem Hinweis auf die nicht überwundenen Hindernisse.*<sup>342</sup>

### **Günther Kleiber in Beijing**

Am 28. Oktober 1985 besuchte Günther Kleiber, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Minister für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau, Beijing als Leiter einer DDR-Delegation. Es fand ein Gespräch über die internationale Lage, die Be

---

<sup>340</sup> Meißner (1995), S. 367, Dokument 180, Bericht über eine Reise des Genossen Bruno Mahlow in die VR China zur Fortsetzung der Parteikontakte mit der KP Chinas (14.-24.11.1985), SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/2A/2843.

<sup>341</sup> Meißner (1995), S. 366. Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

<sup>342</sup> Meißner (1995), S. 367.

ziehungen zwischen beiden Ländern und die Ausführung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPCh, Hu Yaobang, statt. In den Gesprächen nahm das Thema der Sicherheit und des Friedens eine wichtige Stellung ein. Die DDR übernahm zusammen mit der UdSSR und allen sozialistischen Staaten die Aufgabe, die Sicherheit zu schützen und Krieg mit nuklearen Waffen zu verhindern. Diese politische Zielsetzung entsprach auch den Interessen der VR China.

Neben der Übereinstimmung in den allgemeinen politischen Themen spielte jetzt die Wirtschaft eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Beziehung zwischen Berlin und Beijing. Im April 1985 fand die 1. Tagung des Ausschusses DDR/VR China für die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Außenhandels sowie der Wissenschaft und Technik statt. Im Juli 1985 unterzeichneten beide Regierungen das „*Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr im Jahre 1986-1990*“. Seit der Tagung dieses Ausschusses bestanden regelmäßige Kontakte zwischen beiden Parteien; durch die Unterzeichnung des „Abkommens über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr bis 1990“ wurde eine stabile Grundlage für das bilaterale Verhältnis geschaffen. Diese konstruktive wirtschaftliche Zusammenarbeit stärkte die politischen Beziehungen. Bei dem Treffen im Oktober 1985 kamen Günther Kleiber und Hu Yaobang überein, auf der Grundlage der Ergebnisse der 1. Tagung und des Abkommens die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbaus auch in Zukunft weiter auszubauen. Mit dem chinesischen Minister für Kohlebergbau, Yu Hongen, setzte Günther Kleiber die Gespräche über den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit fort.

Beim Aufenthalt Günther Kleibers in Beijing besichtigte die Delegation auch chinesische Unternehmen wie den „1. Pekinger Lebensmittelbetrieb“ und das „1. Pekinger Autowerk“. Die Technik und Maschinen aus der DDR besaßen in China einen sehr guten Ruf. Die chinesischen Gastgeber zeigten ein großes Interesse an der weiteren Zusammenarbeit mit der DDR.

### **Horst Sindermann in Beijing**

Der letzte offizielle Besuch aus der DDR in der VR China fand am 14. Dezember 1985 durch den Präsidenten der Volkskammer der DDR, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates, Horst Sindermann, statt.

In Beijing traf Horst Sindermann mit chinesischen Spitzenpolitikern wie Hu Yaobang, Li Xiannian und Peng Zhen zusammen. Im Jahr 1983 fand die letzte Begegnung mit Peng Zhen statt. In der Delegation befanden sich auch Abgeordnete der Volkskammer der DDR, zum Beispiel Werner Heilemann, Mitglied des Präsidiums der Volkskammer (FDGB-Fraktion), Monika Werner (SED-Fraktion), Michael Koplanski (DBD-Fraktion) sowie Hans-Joachim Willerding (Vorsitzender der FDJ-Fraktion).

An die früheren Besuche von Li Peng und Wang Renzhong in der DDR wurde in diesen Gesprächen erinnert, die wesentlich zu der guten Entwicklung der bilateralen Beziehungen beigetragen hätten. Horst Sindermann sprach bei dieser Gelegenheit eine Einladung an Peng Zhen für einen Besuch in der DDR aus. Horst Sindermann sprach auch mit Gen Biao, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses. Er drückte seine Zuversicht aus, das Mandat der Delegation der Volkskammer „*mit unseren chinesischen Freunden und Genossen weitere Wege der vertrauensvollen, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zu erörtern und die Bande der Freundschaft zwischen beiden Völkern fest zu knüpfen*“.<sup>343</sup>

Der Höhepunkt des Besuches von Horst Sindermann war am 15. Dezember 1985 das Treffen mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang, in Zhongnanhai, dem Hauptquartier der Kommunistischen Partei Chinas und der chinesischen Regierung. Hu Yaobang betonte, dass die VR China und die DDR traditionell gute und freundliche Beziehungen pflegen und neue Möglichkeiten einer allseitigen und fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten und Völkern erschließen. Im Vergleich mit dem Verlauf der Beziehungen der VR China zu anderen Staaten in Osteuropa entwickelte sich die Beziehung zur DDR tatsächlich sehr rasch. Bis Ende 1985 besuchten alle Spitzenpolitiker der DDR außer Erich Honecker Beijing. Beide Seiten bekräftigten erneut die Überzeugung, dass die Gefahren eines nuklearen Infernos durch friedliche Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR von der Menschheit abgewendet werden sollten. Die Verpflichtung Chinas, Atomwaffen nicht als Erste einzusetzen, schätzte Horst Sindermann hoch ein. Er ging weiter auf die Beziehungen der SED zu den sozialdemokratischen Parteien ein und erläuterte, „*dass bei den Gesprächen mit Sozialdemokraten sich Übereinstimmung in vielen Fragen gezeigt habe. So*

---

<sup>343</sup> Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1985 (1988), S. 162.

*seien konkrete Schritte zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa und von atomwaffenfreien Zonen eingeleitet worden“.<sup>344</sup>*

Hu Yaobang hob bei diesem Gespräch hervor, dass die VR China an der Seite aller Völker für den Frieden einstehe. Sie betreibe deshalb eine unabhängige, selbstständige, friedliche Außenpolitik, die gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit allen Völkern einschließe. Seine Bewunderung gelte der vom Wirken Erich Honeckers ausgehenden Außenpolitik der DDR.<sup>345</sup>

Hu Yaobang informierte die Gäste darüber hinaus über den Stand des bisherig geleisteten wirtschaftlichen Aufbaus Chinas. China erziele „*eine rasche Entwicklung der Produktivkräfte und darauf aufbauend eine ständige Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung*“.<sup>346</sup> Die Mitwirkung der DDR habe bei der Erreichung dieses Ziels einen wichtigen Beitrag geleistet. Über die Prinzipien des internationalen Handels erklärte er, dass die VR China seinen Außenhandel sowohl mit den sozialistischen Staaten als auch mit kapitalistischen Ländern auf gleichberechtigter Basis und zum gegenseitigen Vorteil betreibe.<sup>347</sup> Die chinesische Regierung verfolge eine interessengeleitete Politik, es spiele keine Rolle, zu welchem Gesellschaftssystem der jeweilige Handelspartner gehöre. Die Veränderung der Grundlinien der chinesischen Außenpolitik wurden in dem Dokument von der DDR-Führung mit „*großer Aufmerksamkeit*“ zur Kenntnis genommen.<sup>348</sup>

Am 16. Dezember 1985 sprach Horst Sindermann mit Li Xiannian, dem Staatspräsidenten der VR China. Das Hauptthema betraf die Sicherheitspolitik. Es wurden die aktuellen Ergebnisse der „Genfer Verhandlungen“ zwischen der Sowjetunion und den USA in den Gesprächen ausführlich diskutiert. Die DDR nahm vor dem Eintritt der Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China eine Vermittlerrolle zwischen Moskau und Beijing ein.

## **2.2 Staatsbesuch von Erich Honecker in der VR China im Jahr 1986**

Der Staatsbesuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, bildete den Höhepunkt der Kontakte zwi-

---

<sup>344</sup> Ebd., S. 163.

<sup>345</sup> Vgl. ebd., S. 163.

<sup>346</sup> Ebd., S. 163.

<sup>347</sup> Vgl. ebd., S. 164.

<sup>348</sup> Vgl. ebd., S. 164.

schen der DDR und der VR China im Jahr 1986. Während der Amtszeit von Erich Honecker erzielte die DDR eine Reihe von außenpolitischen Erfolgen. Diese Erfolge gehen auf die persönlichen Anstrengungen Erich Honeckers zurück, aber auch auf die Entspannung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington und zwischen Moskau und Beijing. Dieser Besuch im Jahr 1986 war der einzige Staatsbesuch in den 1980er-Jahren von dem hochrangigsten Führer der DDR in der VR China bis zum raschen Zusammenbruch der DDR im Jahr 1990.

Vor dem Besuch Erich Honeckers in der VR China kamen bereits zahlreiche Spitzenpolitiker der DDR wie Gerhard Schürer, Oskar Fischer, Horst Sindermann nach Beijing und die Gegenbesuche aus Beijing nach Berlin. Durch die häufigen Kontakte tauschten sich beide Seiten über die jeweiligen außenpolitischen Fragen und Ziele, über die Entwicklung der Beziehungen und die Gestaltung und den Ausbau der sozialistischen Gesellschaft aus. Diese Konsultationen und Gespräche führten zu einem guten bilateralen Verhältnis. Im Vergleich zu den anderen Staaten in Osteuropa war die Beziehung zur DDR die wichtigste für die VR China in Osteuropa geworden.

Vom 30. Mai bis 2. Juni 1986 besuchte der chinesische Außenminister Wu Xueqian Berlin. Erich Honecker hatte ihn empfangen und mit ihm über die Entwicklung der Beziehungen gesprochen. Beide Seiten drückten ihre Zufriedenheit über die bisherige Zusammenarbeit aus. Oskar Fischer und Wu Xueqian unterzeichneten ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der VR China von 1986 bis 1987 sowie ein neues Konsularabkommen.

Vom 21. Oktober bis 26. Oktober 1986 hielt sich Erich Honecker in Beijing auf. Es handelte sich um den ersten Besuch des SED-Chefs und der DDR in der VR China seit der Aufnahme der außenpolitischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Der offizielle Besuch Erich Honeckers in China wurde von der DDR sorgfältig vorbereitet.

In Beijing führte Erich Honecker Gespräche mit Hu Yaobang, Zhao Ziyang Li Xian-nian und Deng Xiaoping. Er betrachtete die außenpolitischen Aktivitäten der DDR als persönliche Leistungen, insbesondere die Mitgliedschaft der DDR bei den Vereinten Nationen im Jahr 1972 oder die Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Besuch Erich Honeckers in der VR China hatte aufgrund der komplizierten Beziehungen zwischen den USA, der UdSSR und der VR China mehrere Bedeutungen. Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den USA wurde Beijing als Partner

der USA betrachtet, während die DDR als enger Verbündeter Moskaus gehandelt wurde. Erich Honeckers Reise nach Beijing konnte daher als ein indirekter Kontakt zwischen den USA und der UdSSR gewertet werden. Die DDR stand nun im Mittelpunkt der internationalen Politik. Erich Honecker selbst interpretierte seine Funktion im Dialog mit den chinesischen Spitzenpolitikern als Vermittler zwischen Beijing und Moskau.

### **Treffen mit Li Xiannian im Palast des Nationalen Volkskongresses<sup>349</sup>**

Am 21. Oktober 1986 wurde Erich Honecker von dem chinesischen Präsidenten Li Xiannian und anderen Kadern der KPCh aus der oberen Führungsebene im Palast des Nationalen Volkskongresses empfangen; zu den hochrangigen Kadern zählten Ye Fei, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Wu Xuqian, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chinas und Staatskommissar und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Zhu Liang, Leiter der Abteilung Internationale Verbindung des Zentralkomitees der KP Chinas, Ma Xusheng, Botschafter der VR China in der DDR und andere.

Beim Gespräch mit Li Xiannian ging es um die Entwicklung Chinas nach der Kulturrevolution und um die Einschätzung von Mao Zedong, wobei er auf die Resolution der Kommunistischen Partei Chinas vom 27. Juni 1981 Bezug nahm.<sup>350</sup>

Li Xiannian stellte Erich Honecker die Nachwirkungen der Kulturrevolution vor: „*In die Partei hätten sich schlechte Elemente eingeschlichen. Erfahrenen älteren Kadern habe man vorgeworfen, sie seien kapitalistische Machthaber. Unerfahrene Jugendliche hätten leitende Positionen besetzt. Mit zehn Jahren Kulturrevolution seien zehn Jahre Entwicklung verloren gegangen. In der Welt sei die Entwicklung weitergegangen, in China sei Rückständigkeit eingezogen [...]*“

Über die Gründe dieser Entwicklung erläuterte Li Xiannian gegenüber seinen Gästen: „*Eigentlich hätte in China nach der Erringung der politischen Macht der Schwerpunkt der Arbeit auf den Aufbau und die Entwicklung verlagert werden müssen. Das habe die KP Chinas nicht getan, sondern sehr viel von Klassenkampf geredet. Natürlich, solange es Imperialismus gebe, werde es auch Klassenkampf geben. Trotzdem sei zu viel davon*

---

<sup>349</sup> PA AA, MfAA, ZR 2492/90, Gespräch mit Hu Yaobang (Anlagen 1-3), mit Li Xiannian (Anlagen 4-6), mit Deng Xiaoping (Anlage 7) und mit Zhao Ziyang (Anlage 8).

<sup>350</sup> Vgl. *关于建国以来党的若干历史问题的决议*, 人民出版社 出版, 北京, 1985, Resolution on certain questions in the history of our party since the founding of the People's Republic of China, Volksverlag, Beijing, 1985

*die Rede gewesen. Dann sei die Kulturrevolution gekommen. Ein Jahr wäre schon zu viel gewesen, aber sie habe zehn Jahre gedauert. [...] Wenn China einen linken Kurs auf wirtschaftlichem Gebiet verfolgt habe, könne man nicht nur Mao die Schuld geben. Alle Mitglieder der Parteiführung hätten dafür Verantwortung zu tragen. Obwohl sie den Kurs aus gutem Herzen verfolgt haben, sei das Ergebnis schlecht gewesen. Der Wille habe nicht mit dem Ergebnis übereingestimmt. Für die Durchführung der Kulturrevolution trage Mao als Vorsitzender die Verantwortung [...] aber die Verdienste Maos seien auch nicht zu leugnen. Er war, ist und bleibe ein großer Führer Chinas. Ohne ihn hätte es nicht die Gründung der Volksrepublik China gegeben. Das habe Genosse Deng Xiaoping auch gesagt [...] Deshalb betrachte die KP Chinas die Mao-Ideen immer noch als theoretische Stütze [...] nutze ihn als Waffe entsprechend den chinesischen Bedingungen [...]“*

### **Kapitalisten bleiben Kapitalisten**

Zwei Tage später beim Bankett gab es ein interessantes Gespräch zwischen Li Xiannian und Erich Honecker in Beijing. Li Xiannian sagte Erich Honecker, dass der Marxismus in China tiefe Wurzeln geschlagen habe. Dazu kommen die Lehren von Lenin und Stalin aus der Sowjetunion. Daher hatten die chinesischen Reaktionäre die Kommunisten beschimpft, dass sie nur an die Lehren von Ausländern glaubten. Die Reaktionäre forderten von ihnen, dass die Kommunisten an die Chinesen glauben sollten, zum Beispiel an Chiang Kaishek. Li Xiannian erzählte, dass Chiang Kaishek stets die chinesischen Kommunisten beschuldigt habe, dass sie zwar Krieg führen können, aber keine Wirtschaft leiten. Nach Li Xiannians Meinung, stellvertretend für die Führung der KPCh, gebe es noch viele Probleme in der Entwicklung Chinas, wobei ein großes Problem die Bevölkerungszahl und ihre Kontrolle sei. Erich Honecker antwortete auf diese Feststellung, dass die Zeit kommen werde, in der an die Einschränkung des Bevölkerungswachstums zu denken sei.

Bei der Erörterung des Territorialstreits zwischen Japan und der UdSSR um die vier Inseln Etorofu, Kunashiri, Shikotan und die Inselgruppe Habomai fand Li Xiannian das Interesse der UdSSR fragwürdig: „*China kann nicht verstehen, warum dieser Streit um die Inseln geführt werden muß.*“ Li Xiannian erinnerte sich in diesem Zusammenhang an seine Reise in die USA und sagte seinem Kollegen aus Berlin, dass bei allen Gesprächen mit vielen US-amerikanischen Politikern der japanische Überfall auf die USA erwähnt wurde. Li Xiannian vertrat die Auffassung, dass der japanische Militarismus heu-

te nicht wiederbelebt werden dürfe. Erich Honecker erwiderte ihm: „*Kapitalisten bleiben Kapitalisten.*“<sup>351</sup>

### „Wir sind Freunde“ – Erich Honeckers Gespräch mit Hu Yaobang

Am 21. Oktober 1986 hatte Erich Honecker zum ersten Mal Hu Yaobang, den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, zu einem Gespräch im Hauptquartier der KPCh in Zhongnanhai in Beijing getroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die innere Situation der DDR. Erich Honecker betonte hierbei die freundschaftliche Beziehung zwischen beiden Ländern: „*Unser Volk ist sehr für eine gute Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China, zwischen unseren Parteien, Staaten und unseren beiden Völkern. Sie haben recht, Genosse Hu Yaobang, wir sind Freunde.*“

Bei der Bewertung des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes des Sozialismus in der DDR gelangte Erich Honecker zu der Einschätzung, dass es sich bei den Problemen – wenn überhaupt – lediglich um temporäre Entwicklungsprobleme handeln würde. „*Im Gegensatz zur Krise in den Ländern des Kapitals können wir sagen, daß es bei uns keine Probleme gibt, die den Sozialismus in Frage stellen würden. Unsere Probleme sind Entwicklungsprobleme.*“ Er fügte hinzu, dass es in der Volkswirtschaft der DDR keine Arbeitslosigkeit gebe und dass das Bruttonsozialprodukt der DDR aktuell 120 Milliarden US-Dollar betrage.

Im Anschluss an diese positive Mitteilung beschwerte sich Erich Honecker über die „Propaganda“ der Massenmedien in der BRD: „*Täglich müssen wir die Auseinandersetzung mit Verleumdungen der gegnerischen Massenmedien führen. Das ist ein harter ideologischer Kampf. Aus der BRD senden drei Fernsehstationen und über 25 Rundfunkstationen imperialistische Ideologie, die bei uns in jeder Wohnung empfangen werden kann. Hinzu kommt, daß es Sendungen in deutscher Sprache sind. Wir dürfen sie nicht unterschätzen.*“

Mit dem chinesischen Parteichef Hu Yaobang erörterte Erich Honecker auch die sogenannte „Deutschlandfrage“ und die Möglichkeit einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. „*Wir müssen von den Realitäten ausgehen, so wie Kohl und ich das unterschrieben haben, das heißt gegenseitige Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit*

---

<sup>351</sup> Niederschrift über die offiziellen Verhandlungen zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, und dem Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Genossen Hu Yaobang, am 21.10.1986 im Zhongnanhai, PA AA, MfAA, ZR 2492/90. Besuch von GS der SED, Honecker nach VR China. Anlage 1, S. 3.

*keit, der territorialen Integrität und der gegenseitigen Nichteinmischung.“ Erich Honecker äußerte in diesem Gespräch die Einschätzung, dass es gegenwärtig kein weltpolitisches Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung gebe. „*Da von deutschem Boden zwei Weltkriege ausgegangen sind, haben selbst die imperialistischen Länder, wie Frankreich, Großbritannien und auch die USA, kein Interesse an einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Das Gewicht eines solchen vereinigten Deutschlands wäre ihnen besonders aus ökonomischer Sicht viel zu groß. Zwar streicheln sie die BRD ab und zu, indem sie deren Ansprüche unterstützen, passen aber sehr genau auf, daß sich die Deutschen nicht zu nahe kommen. Das machen wir uns zunutze [...]*“<sup>352</sup>*

### **Hu Yaobang erklärte die Außenpolitik Chinas**

Am 22. Oktober 1986 traf sich Erich Honecker in Beijing mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang. Hu Yaobang eröffnete das Gespräch mit einer allgemeinen Erklärung über die chinesische Außenpolitik. Die Kommunistische Partei Chinas habe sich schon seit dem Ende der Kulturrevolution im Jahr 1976 darauf vorbereitet, die Innen- und Außenpolitik zu verändern, um die Ordnung in der chinesischen Gesellschaft wiederherzustellen. Auf dem 3. Plenum des XI. Zentralkomitees der KPCh habe die Partei eine Reihe von wichtigen Entscheidungen getroffen. Die beschlossenen Reformen und Maßnahmen werden seitdem in der chinesischen Volkswirtschaft eingeführt. Über die begangenen Fehler in der Innenpolitik habe die Partei viel gesprochen, weniger über die Fehler in der Außenpolitik. Auf die Frage von Erich Honecker, ob die Kommunistische Partei Chinas ihre Außenpolitik korrigieren wolle, antwortete Hu Yaobang, dass „*die Fehler in der Außenpolitik im Vergleich zu denen in der Innenpolitik wesentlich geringer*“<sup>353</sup> gewesen seien. Er verwies darauf, dass es sich bei der Innen- und Außenpolitik um unterschiedliche Handlungsfelder und Fragestellungen handele. Er betonte, dass China selbst für die Fehler in der Innenpolitik verantwortlich sei. Die Außenpolitik sei jedoch zweiseitig und interaktiv. Chinas Führung habe die Sorge, dass die Fehler in der Außenpolitik von den Fein-

---

<sup>352</sup> Niederschrift über die offiziellen Verhandlungen zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, und dem Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Genossen Hu Yaobang, am 21.10.1986 im Zhongnanhai, PA AA, MfAA, ZR 2492/90. Besuch von GS der SED, Honecker nach VR China. Anlage 1, S. 3.

<sup>353</sup> Niederschrift über das Gespräch des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED, mit Genossen Hu Yaobang, Generalsekretär des ZK der KP Chinas, am 22.10.1986, PA AA, MfAA, ZR 2492/90, Besuch von GS der SED, Honecker nach VR China. Anlage 2, S. 2, siehe auch Meißner (1995), S. 370.

den Chinas ausgenutzt werden könnten, um die Absichten Chinas zu entstellen und daraus Kapital zu schlagen. Die Erklärungen von Hu Yaobang über die Außenpolitik Chinas tragen einen konservativen Charakter.

Während der Ära Maos, insbesondere in der Zeit der Kulturrevolution (1966 bis 1976), befand sich die VR China in einem Zustand der außenpolitischen Isolation. Anfang der 1970er-Jahre versuchte Mao, die Außenpolitik zu verändern, auch unter dem Eindruck der Konflikte mit der UdSSR. Seit dem ersten Kontakt mit den USA im Jahr 1972 verbesserte sich die Lage für die VR China allmählich. Nach dem Besuch von Richard Nixon in Beijing 1972 nahmen fast alle Industrieländer mit der VR China außenpolitische Beziehungen auf. China wurde in der internationalen Politik wieder wahrgenommen. Die Normalisierung der Beziehungen mit den Staaten in Osteuropa entwickelte sich aufgrund des Einflusses der Sowjetunion weiterhin noch sehr langsam.

Die DDR leistete in dieser historischen Phase den ersten Schritt zur Normalisierung der Beziehungen mit der VR China. Für die Anstrengungen der DDR drückte Hu Yaobang seinen besonderen Dank aus und lobte insbesondere Gerhard Schürer als „*eine sehr gute Brücke*“; er räumte ein, dass „*die DDR bei der Verbesserung der Beziehungen vorangegangen*“<sup>354</sup> sei. Um die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern in Osteuropa zu verbessern und weiterzuentwickeln, führte Hu Yaobang drei Punkte an.

Er erklärte, dass die VR China die Innen- und Außenpolitik der sozialistischen Länder Osteuropas vollständig respektiere. Die VR China wolle niemals Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik von diesen Ländern nehmen. Die VR China respektiere „*die besonderen engen Beziehungen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten zwischen diesen Ländern und der Sowjetunion herausgebildet haben*“.<sup>355</sup> Die VR China werde „*nichts erklären oder unternehmen, was die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern Osteuropas und der Sowjetunion beeinträchtigen könnte*“.<sup>356</sup> Die Erklärungen von Hu Yaobang brachten deutlich zum Ausdruck, dass die VR China kein politisches Interesse habe, sich in die politischen Verhältnisse in Osteuropa einzumischen. Die Führung der VR China sendete durch diese Aussage und Botschaft ein freundliches Signal an die Sowjetunion, um die Entspannung der Beziehungen zur UdSSR zu fördern. Für Erich

---

<sup>354</sup> Niederschrift, PA AA, MfAA, ZR 2492/90, Meißner (1995), S. 370.

<sup>355</sup> Niederschrift, PA AA, MfAA, ZR 2492/90.

<sup>356</sup> Ebd.

Honecker eröffnete sich hier die Möglichkeit, eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen Beijing und Moskau einnehmen zu können. Diese Funktion entsprach dem Zweck des offiziellen Besuchs Erich Honeckers.

Die Beziehungen zwischen der VR China und den westlichen Industrieländern waren ein sensitives Thema für den sozialistischen Block. Seit Deng Xiaopings Besuch in den USA im Jahr 1979 verlief die Zusammenarbeit zwischen Beijing und Washington in einem schnellen Tempo. Dieser Trend führte in Moskau und in Berlin zu großen Bedenken. Hu Yaobang erklärte gegenüber Erich Honecker, dass die VR China Begriffe wie „*USA-Imperialismus*“, „*Japanischer Militarismus*“ sowie „*Revanchismus in der BRD*“ nicht mehr verwenden werde, weil „*wenn wir in der Außenpolitik weiterhin diese Ausdrücke verwenden würden, wäre es für viele Menschen unverständlich, warum wir einerseits Beziehungen entwickeln und andererseits diese Länder beschimpfen*“.<sup>357</sup> Die Führung der VR China werde weiterhin die USA kritisieren, aber „*hauptsächlich wegen ihres Hegemonismus*“ zum Beispiel in der Taiwan-Frage. Die VR China verurteile auch die „*räuberische Politik der kapitalistischen Hauptmächte gegenüber den Entwicklungsländern*“; die japanische Regierung werde von der VR China in Bezug auf beispielsweise den Besuch des Yasukuni-Schreins (靖国神社) in Tokio und die Darstellung des Zweiten Weltkriegs in Schulbüchern häufig kritisiert. In seinen Gesprächen mit seinen Kollegen aus Berlin betonte Hu Yaobang, dass die VR China ihre Kritik hinsichtlich aller Handlungen der kapitalistischen Länder gegen den Weltfrieden, der Verletzung des Prinzips der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens niemals einstellen und der Kampf Chinas niemals nachlassen werde.<sup>358</sup>

Hu Yaobang erklärte, dass die chinesische Außenpolitik und die Kommunistische Partei Chinas nach den Erfahrungen des jahrzehntelangen Kampfes gegen Guomindang („*Nationale Volkspartei Chinas*“) unter der Leitung Mao Zedongs an drei Prinzipien festhalten werden: (1) Wir müssen den richtigen Standpunkt vertreten; (2) Der Kampf muss Nutzen bringen; (3) Es muss das richtige Maß des Kampfes gefunden werden.<sup>359</sup>

In diesen Äußerungen von Hu Yaobang spielte die Kampfphilosophie von Mao Zedong auch nach dem Ende der Kulturrevolution nach wie vor eine zentrale Rolle im Selbst-

---

<sup>357</sup> Ebd.

<sup>358</sup> Ebd., S. 8.

<sup>359</sup> Ebd., S. 10.

verständnis der Führung der KPCh. Obgleich die KPCh ihre Arbeitsschwerpunkte und ihre Zielsetzungen ändert, bleibt der Herrschafts- und Machtanspruch der Partei unverändert bestehen.

In Bezug auf Europa, so Hu Yaobang, war die Führung der KPCh nach jahrzehntelanger Beobachtung und Analyse zu der Ansicht gekommen, „*daß ein neuer Weltkrieg nirgendwo anders als nur in Europa ausbrechen kann. Europa ist zum Brennpunkt der Widersprüche geworden. Wenn es in Europa zu keinem Krieg kommt, dann wird es auch nicht zu einem Weltkrieg kommen.*“ Die KPCh forderte daher aufgrund dieser Einschätzung die Entspannung der Beziehungen zwischen den westeuropäischen und den osteuropäischen Staaten und die wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und Europa. Hu Yaobang gab zu Protokoll, dass China die Entwicklung der Lage in Europa ständig mit großer Aufmerksamkeit verfolge. „*Je länger die Situation der friedlichen Koexistenz zwischen ihnen anhält, umso günstiger ist dies für die Sowjetunion, für alle sozialistischen Länder und für alle Völker der Welt.*“

Zu der BRD hatte Hu Yaobang eingeräumt, dass es sicherlich eine Handvoll Leute in der Bundesrepublik Deutschland geben werde, die Revanchisten seien; trotzdem dürfe man nicht behaupten, dass die Regierung in der Bundesrepublik Deutschland zu dieser Gruppe gehöre. Solche neutralen Einschätzungen und Positionen wurden von der chinesischen Führung bei den außenpolitischen Kontakten mit anderen Staaten stets eingenommen. Hu Yaobang fasste die allgemeinen Beziehungen zu den Industrieländern, nicht nur zur BRD, kurz zusammen: „*Durch die Entspannung der Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern haben wir große Vorteile erzielt – sowohl für den Aufbau unseres Landes als auch für die Gewinnung der Sympathien der Völker der Welt.*“<sup>360</sup>

Die Deutschland-Frage spielte eine wichtige Rolle in der Außenpolitik Chinas. Die Beziehungen zu den zwei deutschen Staaten spiegelten im Hintergrund die Beziehungen zu den USA und der UdSSR wider. Die Option einer Wiedervereinigung Deutschlands stellte eine komplizierte und sensitive politische Frage für die Führung Chinas dar. Die VR China verhinderte es seit der Einleitung der Reformen im Jahr 1979, ihre Außenpolitik mit potenziellen politischen Konflikten zu verbinden. Nach Hu Yaobang entwickelte sich die Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich in den Bereichen wie Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik. Das chinesische Verhältnis zur

---

<sup>360</sup> Ebd., S. 6.

DDR werde durch die Zusammenarbeit der VR China mit der BRD nicht beschädigt. Bei den Kontakten mit den Spitzenpolitikern aus der BRD habe China immer ihren Wunsch bekräftigt, dass beide deutschen Staaten Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz entwickeln sollen, und dass die BRD niemals die Absicht verfolgen solle, sich die DDR einzuverleiben.<sup>361</sup> Hu Yaobang informierte Erich Honecker über seinen Besuch in der BRD im Juni 1986, bei dem in Bonn auch über die DDR gesprochen worden sei. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl habe ihm mündlich mitgeteilt, dass die Teilung Deutschlands eine Folge des Zweiten Weltkrieges sei, weshalb diese Frage lange Zeit existieren werde und nicht mit Gewalt gelöst werden könne. Die BRD sei bestrebt und bereit, mit der DDR vernünftige Beziehungen zu unterhalten. Der Außenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher, habe ihm gesagt, dass das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten eine aktive Rolle in den Ost-West-Beziehungen spiele; die BRD wolle daher das Verhältnis vertiefen. Willy Brandt habe in einem Gespräch mit ihm ähnliche Meinungen vertreten. Hu Yaobang wertete die persönlichen Beziehungen von Erich Honecker zu Politikern in der BRD, wie zu Oskar Lafontaine, hoch ein und erklärte, dass er selbst ebenfalls gute persönliche Beziehungen zu ein paar amerikanischen Politikern hätte. „*Es wäre sehr schlecht, wenn man in dringenden Angelegenheiten keinen Partner findet.*“<sup>362</sup> Durch solche Erklärungen drückte Hu Yaobang die engen Beziehungen zu den USA aus und zeigte, dass die VR China tatsächlich eine neutrale Rolle einnahm.

Erich Honecker sprach mit Hu Yaobang über die Beziehungen zwischen Berlin und Bonn, über seine Kontakte zu Willy Brandt und Oskar Lafontaine sowie über die politische Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Auf die Ausführungen von Hu Yaobang reagierte Erich Honecker sehr positiv. Erich Honecker war zuvor bereits mit Helmut Kohl dreimal in Moskau zusammengetroffen, wobei sie über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten diskutierten. In einer gemeinsamen Erklärung verpflichteten sich beide Seiten zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur territorialen Integrität, zur Achtung der Souveränität und zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie zu dem Grundsatz, dass vom deutschen Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Diese gemeinsame Erklärung verschaffte der Führung der DDR das Gefühl der Sicherheit und Konti-

---

<sup>361</sup> Ebd.

<sup>362</sup> Ebd., S. 12.

nuität, weshalb die DDR-Führung sogar eine Zusammenarbeit mit der VR China bis zum Ende des 20. Jahrhunderts plante.<sup>363</sup>

Auch die Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gehörte zu den Gesprächsthemen. Erich Honecker teilte Hu Yaobang mit, dass er aufgrund der kommenden Wahlen in der BRD am 25. Januar 1987 einen Besuch in die BRD verhinderte, weil in solchen Fällen für die SPD ein Stimmenverlust von 6 Prozent und somit 6 Prozent mehr Stimmen für die CDU herauskommen würde. Obwohl sich die DDR in die Innenpolitik der BRD nicht einmischen wollte, übte die DDR dennoch teilweise indirekt Einfluss auf die Politik in ihrem Nachbarland aus. Bei einer Kundgebung in der BRD, erläuterte Erich Honecker weiter, wurde „*Schlesien ist unser*“ gerufen. Er habe darüber mit Helmut Kohl gesprochen. Gegenüber dem chinesischen Amtskollegen betonte Erich Honecker erneut, „*dass Frieden in Europa ist, dass das europäische Haus neu gebaut werden kann bei Anerkennung der bestehenden Realitäten*“.<sup>364</sup> Die europäische Friedenspolitik wurde von Erich Honecker besonders hervorgehoben mit der Aussage: „*Es existiert die DDR, es existiert die BRD, es existiert Polen.*“<sup>365</sup>

Das Thema der Abrüstung bildete den Gegenstand bei allen bilateralen Gesprächen zwischen der DDR und der VR China. Da beide Länder keinen unmittelbaren Einfluss auf die Politik der militärischen ‚Supermächte‘ USA und UdSSR nehmen konnten, waren beide Staaten auf unterschiedliche Weise gezwungen, für sich eine ausgleichende Stellung und Position einzunehmen. Die VR China verfügt zwar über Atomwaffen, aber gleichzeitig nur über die begrenzte Fähigkeit, zum Beispiel mittels schwerer Langstreckenbomber und Interkontinentalraketen<sup>366</sup>, die UdSSR oder die USA zu bedrohen oder gar die strategische Balance zwischen der UdSSR und der USA zu brechen. Der Bezug auf das Reservoir an Atomwaffen hatte mehr eine propagandistische Bedeutung und betonte die neutrale Stellung der VR China in den Fragen der Abrüstung.

Die außenpolitische chinesische Strategie bezüglich der Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika umfasste die allgemeine Unterstützung für die Bestrebungen und den Kampf dieser Länder gegen Imperialismus, Kolonialismus, für den Schutz ihrer

---

<sup>363</sup> Ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China in wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereichen wurde am 24. Oktober 1986 von beiden Regierungen unterzeichnet.

<sup>364</sup> Meißner (1995), S. 373.

<sup>365</sup> Ebd., S. 373.

<sup>366</sup> Militärpolitische Informationen, Die militärische Zusammenarbeit zwischen der NATO und China, Politische Hauptverwaltung der Nationalen Volksarmee, 11.1981.

nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, für den Schutz der nationalen Interessen und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft.<sup>367</sup> Die Politik in der Ära von Mao Zedong, die revolutionäre kommunistische Bewegung zu exportieren, wurde bereits von Deng Xiaoping aufgegeben. In Südostasien wollte Mao Zedong eine ähnlich führende Rolle wie Stalin in Osteuropa spielen; diese Politik scheiterte beispielsweise in Kambodscha<sup>368</sup> und Indonesien<sup>369</sup>. Die KPCh hatte aufgrund dieser Ereignisse alle Unterstützer und Sympathisanten verloren. Die Skepsis und Feindlichkeit gegenüber der VR China dauerte bis in die 1980er-Jahre an. Deng Xiaoping und die Führung der KPCh konzentrierte sich seitdem nur auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Hu Yaobang erkannte teilweise das Scheitern der Außenpolitik in Bezug auf die Entwicklungsländer an. „*In der Vergangenheit haben wir diese Länder dazu ermuntert, so schnell wie möglich den Weg des Sozialismus einzuschlagen und die sozialistische Umgestaltung durchzuführen. Die praktischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben bewiesen, daß ein solches Vorgehen kein gutes Ergebnis bringt. Es entspricht nicht den Möglichkeiten [...] In Afrika ist dies besonders deutlich [...]*“<sup>370</sup>

Vor dem Ende des Gesprächs übergab Erich Honecker Hu Yaobang eine offizielle Einladung in die DDR. Nach dem Rücktritt Hu Yaobangs im Jahr 1987 wegen seiner indirekten Unterstützung des ‚bürgerlichen Liberalismus‘ besuchte Zhao Ziyang, sein Nachfolger, die DDR im Jahr 1987.

### **Erich Honeckers Gespräch mit Zhao Ziyang**

Das Gespräch mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang fand am 22. Oktober 1986 statt. Im Vergleich zum Gespräch zwischen Erich Honecker und Hu Yaobang konzentrierten sich die beiden Politiker stärker auf Einzelheiten in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Zhao Ziyang stellte die freundschaftliche Beziehung zwischen der VR China und der DDR heraus: „*Die Volksrepublik China schätzt diese Entwicklung sehr hoch ein. Die*

---

<sup>367</sup> Niederschrift, PA AA, MfAA, ZR 2492/90, S. 14.

<sup>368</sup> Vgl. Chon/Thet, Behind the Killing Fields: A Khmer Rouge Leader and One of His Victims. University of Pennsylvania Press. January 1, 2011, Siehe auch 红色高棉：空前绝后的恐怖执政, 文史参考, 2010年第5期; 热烈欢迎波尔布特访问中国, 人民日报, 1977年9月29日

<sup>369</sup> Bewegung 30. September in 1965, Vgl. Levene/Roberts (Hrsg.), The Massacre in History. Berghahn Books (War and genocide 1), New York u. a. 1999, S. 247-251; Green, Indonesia. Crisis and Transformation. 1965-1968. Compass press, Washington DC 1990, S. 51-63.

<sup>370</sup> Niederschrift, PA AA, MfAA, ZR 2492/90, S. 14.

*VR China ist bereit, die freundschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR allseitig zu vertiefen und zu verstärken.“<sup>371</sup> Zhao Ziyang betonte, dass beide Seiten viele gemeinsame Interessen haben; (1) beide Staaten bauen den Sozialismus auf, um die Erhöhung des Lebensstandards der Menschen zu erreichen; (2) beide Länder beschäftigen sich mit der Sicherung des Friedens und der Entspannung und dem Kampf gegen das Wettrüsten; (3) beide Staaten hätten ein großes Interesse, die bilateralen Beziehungen zu verstärken und zu vertiefen; (4) beide Staaten respektieren gegenseitig die in ihren Ländern bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse.*

Zhao Ziyang teilte Erich Honecker mit, dass die VR China die Tür zu der Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Formen und Bereichen in der Wirtschaft sowie in Wissenschaft und Technik geöffnet habe. Das sei ein Schwerpunkt der chinesischen Reformen. Die VR China suche neben den traditionellen Formen des Warenaustausches nach neuen Wegen der Zusammenarbeit. Die VR China habe den Provinzen und Städten größere Vollmachten eingeräumt, wodurch sie selbst außenwirtschaftliche Kooperationen entwickeln können. Zhao Ziyang schlug vor, dass die beiden Länder auf dem Gebiet der kohlenchemischen Industrie zusammenarbeiten sollen; China habe reiche Kohlevorkommen und die DDR habe die Technik und die Anlagen. Aufgrund eines aktuell dringenden Bedarfs kam Zhao Ziyang sogar auf die Lieferung von Lastkraftwagen zu sprechen. Erich Honecker erklärte ihm, dass die DDR zurzeit kein Überangebot an Lastkraftwagen des Typs „W50“ hätte. Diese Fahrzeuge wären in Vorderasien und in Afrika sowie in der DDR sehr gefragt.<sup>372</sup>

Als Grund für den stagnierenden Handelsverkehr und die Senkung der Importzahlen gab Zhao Ziyang die hohen Lagerbestände an, wobei dieser Zustand lediglich von temporärer Bedeutung sei: „*Im Zusammenhang mit der Einschränkung der Investitionstätigkeit haben sich Veränderungen beim Importbedarf der VR China, insbesondere bei Maschinen, Anlagen und elektrischen Ausrüstungen ergeben. Auch LKW sind von diesen Entscheidungen betroffen. Wir haben sehr hohe Lagerbestände, was auch Probleme*

---

<sup>371</sup> Meißner (1995), S. 374, Dokument 183, Niederschrift über das Gespräch des Genossen Erich Honeckers mit dem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas und Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Genosse Zhao Ziyang, am 22.10.1986, 15 Uhr. Anlage 8, (SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/2/2191).

<sup>372</sup> Im Jahr 1987 begrenzte die VR China den Import von Lastkraftwagen des Typs „W50“ aus der DDR auf 8.000 Stück, im Jahr 1988 auf 6.000 Stück; vgl. PA AA, MfAA, ZR 2492/90.

*für die DDR ausgelöst hat. Diese Stagnation hat vorübergehenden Charakter, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern werden weiterentwickelt.*<sup>373</sup>

### **„Man sollte in die Zukunft schauen“ – Das Zusammentreffen Erich Honeckers mit Deng Xiaoping**

Zum Höhepunkt des Staatsbesuchs von Erich Honecker in Beijing zählte das Zusammentreffen mit Deng Xiaoping am 23. Oktober 1986. Deng Xiaoping war damals offiziell der Vorsitzende der Zentralen Beraterkommission der KP Chinas. In diesem Gespräch räumte Deng Xiaoping Fehler in der chinesischen Innen- und Außenpolitik ein, erinnerte an seinen kurzen Aufenthalt in Berlin im Jahr 1925, sprach über die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sowie über die Unterstützung der DDR auf dem Gebiet des Sports.

Deng Xiaoping stellte fest, „*dass die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien nie abgebrochen waren [...] deshalb kann von einer Wiederherstellung nicht die Rede sein*“.<sup>374</sup> Erich Honecker stimmte dieser Einschätzung zu; die SED und die KPCh werden ihre Beziehungen fortsetzen. Die Beratungen zwischen den beiden Abteilungen für Internationale Verbindungen von der SED und der KPCh fanden am gleichen Tag statt. Über die Entwicklung der Beziehungen äußerte Erich Honecker seine Auffassung, „*seit dem 3. Plenum des ZK der KP Chinas im Jahre 1978 haben sich unsere staatlichen und Parteibeziehungen in einer aufsteigenden Linie befunden, haben sich schrittweise entwickelt. Mit dem jetzigen offiziellen Besuch leiten wir eine neue Phase ein.*“<sup>375</sup>

In dem Gespräch mit Hu Yaobang wurden Erich Honecker bereits die Grundsätze der chinesischen Innen- und Außenpolitik, ihre Veränderungen sowie die Beziehungen der Kommunistischen Partei Chinas zu den kommunistischen Parteien erklärt, wobei Deng Xiaoping offener und deutlicher über die begangenen Fehler berichtete. Deng Xiaoping gab zu, dass China in der Vergangenheit in der Innenpolitik, in den internationalen Angelegenheiten sowie in den Beziehungen zu anderen kommunistischen Parteien Fehler begangen habe. China solle aber den Blick nach vorne richten. „*Blick nach vorn*“ erwähnte Deng Xiaoping während des Gesprächs mit Erich Honecker insgesamt dreimal.

---

<sup>373</sup> Meißner (1995), S. 374.

<sup>374</sup> Meißner (1995), S. 376, Dokument 184; Niederschrift über eine Begegnung des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Zentralen Beraterkommission der KP Chinas, Genossen Deng Xiaoping, am 23.10.1986 im Gebäude des NVK der VR China.

<sup>375</sup> Meißner (1995), S. 376, Dokument 184.

*„Das 3. Plenum unseres ZK hat sowohl die Erfahrungen als auch die Lehren aus der Entwicklung seit der Gründung unserer Republik zusammengefaßt. Es hat auch die Erfahrungen und Lehren aus der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung zusammengefaßt. Für die internationalen Beziehungen, für die Außenpolitik und die Innenpolitik, aber auch für die Beziehungen unserer Partei mit Parteien im Ausland haben wir auf dem Plenum neue Standpunkte, neue Handlungsweisen ausgearbeitet. Um es mit einem Wort zu sagen. **Wir richten unseren Blick nach vorn.** Das gilt auch für unsere Innenpolitik. **Auch hier richten wir den Blick nach vorn.** Das 3. Plenum hatte kurz nach der Beendigung der katastrophalen zehnjährigen Kulturrevolution stattgefunden. Deshalb war es notwendig, alles zu tun, damit sich die ganze Partei und das ganze Volk zusammenschließen. **Auch in den internationalen Angelegenheiten muß man den Blick nach vorn richten.**“<sup>376</sup>*

Die Ausführungen von Deng Xiaoping waren offen und deutlich; die chinesische Politik konzentrierte ihre Aufmerksamkeit auf die Weiterentwicklung des Landes mit einer klaren Zukunftsperspektive zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Die Vergangenheit solle kein Hindernis sein. Obwohl es in der Vergangenheit bestimmte Spannungen zwischen der SED und der KPCh gegeben habe, sollen die beiden Parteien und Staaten den Blick nach vorn richten. Deng Xiaoping teilte Erich Honecker mit, dass er bereits gegenüber Tito die Auffassung vertreten habe, „*daß man nicht sagen kann, dass nur die jugoslawischen Genossen recht hätten, aber auch nicht davon ausgehen kann, nur wir hätten recht gehabt. Ich bin dafür, daß die Dinge der Vergangenheit vom Wind weggefegt werden sollten. Man sollte in die Zukunft schauen.*“<sup>377</sup>

Deng Xiaoping erinnerte an die Zusammenarbeit zwischen der KPD und der KPCh in der Vergangenheit. Die Beziehung zwischen beiden Parteien habe eine lange Tradition. Deng Xiaoping hielt sich bei einer Reise von Paris über Berlin nach Moskau im Jahr 1925 für eine Woche in Berlin auf. Dort wurde er von einem deutschen Arbeiterehepaar herzlich empfangen. Auf Einladung des ‚Roten Frontkämpferbundes‘ lernten er und andere chinesische Kollegen diese Organisation und die KPD kennen. Erich Honecker berichtete Deng Xiaoping von seinen Erfahrungen im Gefängnis vom 4. Dezember 1935 bis zum April 1945. Deng Xiaoping schlug vor, dass Erich Honecker über die in-

---

<sup>376</sup> Meißner (1995), S. 377, Dokument 194. Die Hervorhebungen stammen vom Autor dieser Arbeit.

<sup>377</sup> PA AA, MfAA, ZR 2492/90. Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

ternationalen Probleme und die bilateralen Fragen weiter mit Hu Yaobang und Zhao Ziyang sprechen solle, da er sich „jetzt nicht mehr so sehr um konkrete Dinge kümmerte“.<sup>378</sup> Er hätte nur zwei Aufgaben zu erfüllen, nämlich mit ihm zusammenzutreffen und den Gast zum Essen einzuladen.

Trotz dieses einschränkenden Hinweises sprach Deng Xiaoping mit Erich Honecker auch über die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Eine fortgeschrittenere Wissenschaft und Technik seien für den Ausbau Chinas sehr wichtig. Die DDR könne dabei der VR China mehr helfen. China habe zahlreiche Naturvorkommen wie Braunkohle und in der DDR werden Koks, Plaste und Elaste aus Braunkohle hergestellt. Die Zusammenarbeit könne sich deshalb auf diesem Gebiet weiter entwickeln. Er wolle unbedingt Fachleute in die DDR schicken, wie es die USA mit ihren Fachleuten in Japan und Europa täten, zumal China von dort nicht alles erhalte, was es brauche.<sup>379</sup>

Während des Gesprächs mit Erich Honecker lobte Deng Xiaoping insbesondere die Trainer aus der DDR. Sport und Sportveranstaltungen spielten in China beziehungsweise in ihren außenpolitischen Kontakten eine wichtige Rolle. Ein gutes Beispiel war der Besuch der amerikanischen Tischtennisspieler in Beijing im Jahr 1971. Damals bestanden noch keine diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und den USA. Dieser ‚sportliche‘ Besuch trug zu einer Annäherung bei. Die internationalen Erfolge im Sport bedeuteten darüber hinaus eine große Ehre für China und die Leistung der Kommunistischen Partei Chinas. In der Propaganda dienten Sportleistungen immer als Beweis für den Erfolg der Kommunistischen Partei Chinas, weshalb der Sport als nationales Projekt immer gefördert und unterstützt wurde. Während der Asienspiele hatten chinesische Schwimmer erstmals viele Goldmedaillen gewonnen, wofür Deng Xiaoping seinen Dank zum Ausdruck brachte. Deng Xiaoping äußerte sein Interesse, dass noch mehr gute Trainer aus der DDR in der VR China arbeiteten. Auf dem Gebiet des Leistungssports erzielten die DDR-Sportler große Erfolge gegenüber den Konkurrenten aus der BRD; für die DDR zählten die Sportler zu ihren ersten Diplomaten.

Über das hochrangige Zusammentreffen schrieb die chinesische Zeitung ‚Renmin Ribao‘ einen Bericht. Deng Xiaopings Äußerungen über die Fehler in der Innen- und Außenpolitik sowie die Fehler in den Beziehungen zu den anderen Parteien wurden in

---

<sup>378</sup> Ebd.

<sup>379</sup> Gespräch von Erich Honecker mit Deng Xiao-ping, PA AA, MfAA, ZR 2492/90, S. 16.

diesem Bericht nicht erwähnt. Es wurde aber betont, dass seit dem 3. Plenum des 11. ZK der KPCh sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten und Parteien kontinuierlich entwickelt haben. Diese enge Beziehung sei auch der Wunsch von Deng Xiaoping und anderen chinesischen Politikern. Erich Honecker wurde mit dem Kommentar zitiert, „*durch unseren Besuch haben wir ein tieferes Verständnis von China gewonnen, und unsere Freundschaft hat sich verstärkt*“.<sup>380</sup>

### **Gespräch von Günter Mittag und Li Peng**

Am 22. Oktober 1986 trafen sich Günter Mittag und Li Pen zu einem Gespräch. Es konzentrierte sich auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit; Günter Mittag schlug ein paar Pläne vor, um die Zusammenarbeit zu vertiefen, wie die Lieferung von Anlagen, Ausrüstungen und Maschinen aus der DDR sowie die Ausbildung von Fachkadern. „*Die Produktionenkooperation wird nicht als eine Tagesfrage, sondern als eine langfristige Aufgabe gesehen.*“ Er schlug darüber hinaus eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen der Kohleveredelung, Mikroelektronik und neuer Werkstoffe vor sowie die Rekonstruktion der Industriebetriebe in der VR China „*besonders die in früheren Jahren von der DDR errichteten*“ und die Entwicklung einer direkten Zusammenarbeit mit Provinzen und Regionen in der VR China. Solche Vorschläge verfolgten ein wirtschaftliches Interesse insbesondere vor dem Hintergrund der seit 1978 einsetzenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der BRD und der VR China. Das erste große Joint Venture mit einem westlichen Industrieland erfolgte in der Automobilbranche mit der Volkswagen AG, gefolgt von Aktivitäten der Siemens AG. Anfang der 1980er-Jahre wurde in einem Bericht der DDR-Botschaft in Beijing eine Werbung von der Volkswagen AG erwähnt. Unter dem Konkurrenzdruck der BRD forderte die DDR noch eine tiefere und schnellere Kooperation mit der VR China.<sup>381</sup>

Gegenüber dem Vorschlag einer direkten Zusammenarbeit äußerte Li Peng jedoch Vorbehalte: „*Es wird nicht möglich sein, mit allen Provinzen, autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten direkt zusammenzuarbeiten. Einige Provinzdelegationen besuchten bereits die DDR und erweckten Hoffnungen in der DDR, die aus finanzi-*

---

<sup>380</sup> Meißner (1995), S. 381, Dokument 194; Bei dem Treffen zwischen Deng Xiao-ping und Erich Honecker waren sich beide Seiten darüber einig, dass die Beziehungen zwischen beiden Parteien zuvor nicht unterbrochen waren und weiterentwickelt werden sollen.

<sup>381</sup> Gespräch von Günter Mittag und Li Peng, PA AA, MfAA, ZR 2492/90, Anlage 9.

*ellen Gründen nicht realisiert werden konnten.“* Li Peng schlug vor, dass die Zusammenarbeit mit den Provinzen von der Zentrale in Beijing bestätigt werden sollten.<sup>382</sup>

Nach den Verhandlungen über die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen wurde das „Abkommen zur Entwicklung der langfristigen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China“ unterzeichnet. Dieses Abkommen hatte eine Gültigkeitsdauer bis über das Jahr 2000 hinaus. Es war das erste Abkommen dieser Art, das die VR China mit einem anderen Staat unterzeichnet hatte.<sup>383</sup>

### **Erich Honecker und Hu Yaobang im Hotel „Jin Ling“ in Nanjing**

Am 24. Oktober 1986 trafen Erich Honecker und Hu Yaobang im Hotel „Jin Ling“ in Nanjing erneut zum Gespräch zusammen. Bei diesem Treffen sprachen sie zum ersten Mal über die Kernfrage in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China, und zwar über Moskaus Rolle und Wirkung. Hu Yaobang äußerte gegenüber Erich Honecker ganz offen, dass er mit ihm über die Beziehungen Chinas zur Sowjetunion und zu Vietnam sprechen wolle. Vor einem Jahr am 9. Oktober 1985<sup>384</sup>, überbrachte Deng Xiaoping Moskau eine mündliche Botschaft durch Nicolae Ceausescu, in der von „drei Hindernissen“ auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR die Rede war. Moskau reagierte positiv. Bei einer Rede in Wladiwostok ungefähr ein Jahr später am 28. Juli 1986<sup>385</sup> sprach Michail Gorbatschow über die kurzfristige Beilegung von zwei „Hindernissen“. In einer offiziellen Stellungnahme reagierte die Führung Chinas positiv auf die in dieser Rede angekündigten sowjetischen Maßnahmen. Bei dem Gespräch mit Erich Honecker äußerte Hu Yaobang jedoch die Unzufriedenheit Beijings über die Führung der UdSSR bei der Klärung des letzten „Hindernisses“, der sowjetischen Unterstützung bei der vietnamesischen Besatzung in Kambodscha. „*Im Oktober d. J. sind die stellvertretenden Außenminister der VR China und der UdSSR zur 9. Runde der bilateralen Konsultationen zusammengekommen. Dabei wurde uns erneut*

---

<sup>382</sup> PA AA, MfAA, ZR 2492/90, Anlage 9, S. 10.

<sup>383</sup> PA AA, MfAA, ZR 2492/90; DDR und Volksrepublik China schlossen Abkommen über ökonomische Zusammenarbeit in den nächsten 15 Jahren, Neues Deutschland, 25.10.1986.

<sup>384</sup> Niederschrift über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Genossen Hu Yaobang, am 24.10.1986 im Hotel „Jin Ling“ in Nanjing, PA AA, MfAA, ZR 2492/90, S. 2.

<sup>385</sup> Niederschrift über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Genossen Hu Yaobang, am 24.10.1986 im Hotel „Jin Ling“ in Nanjing, PA AA, MfAA, ZR 2492/90, S. 2.

*klar, daß der sowjetische Standpunkt bezüglich Kambodscha keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat.“<sup>386</sup>*

Vor dem vietnamesischen Einmarsch nach Kambodscha am 25. Dezember 1978 hatten die UdSSR und Vietnam am 3. November 1978 einem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit über einen Zeitraum von 15 Jahren unterzeichnet. Dieser Vertrag wurde von der Führung der KPCh als ein strategisches Signal gegen Beijing aufgefasst, zumal im Artikel 6 des Vertrages Vietnam militärische Unterstützung durch die Sowjetunion zugesagt wurde. Nach anfänglich 20.000 vietnamesischen Soldaten befanden sich im achten Kriegsjahr in Kambodscha nunmehr 80.000 vietnamesische Soldaten. Beijing konnte diese Entwicklung in Vietnam und Kambodscha nicht akzeptieren. Beijings forderte den kompletten Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha.

Die Führung Chinas betrachte, so Hu Yaobang, die sogenannten „drei Hindernisse“ als eine politische Einheit. Erst nach einem vollständigen militärischen Rückzug der UdSSR aus dem Grenzgebiet zur VR China könne die Beziehung zwischen beiden Staaten in eine Normalisierung eintreten. Hu Yaobang betonte am Schluss des Gesprächs, dass die VR China aufrichtig die Beziehung mit der UdSSR verbessern wolle. Diese Position von Beijing bot Erich Honecker eine gute Gelegenheit, als Vermittler zwischen Moskau und Beijing aufzutreten. Diese Funktion stellte auch ein politisches Ziel Erich Honeckers dar, um die Reputation und den Einfluss der DDR auf der internationalen politischen Bühne zu demonstrieren und sich darüber hinaus als Mittler zwischen Ost und West zu betrachten.<sup>387</sup>

Erich Honecker führte gegenüber Hu Yaobang aus, dass eine gute Beziehung zwischen Beijing und Moskau selbstverständlich wichtig sei; diese Beziehung sei nicht nur für „*die beiden Seiten*“, sondern auch für „*die ganze Welt*“ sowie für „*ganz zu schweigen von der internationalen kommunistischen Bewegung*“<sup>388</sup> wichtig. Er betonte, dass selbstverständlich „*die Beziehungen zwischen der VR China und der Sowjetunion, zwischen der KP Chinas und der KPdSU besondere Bedeutung*“<sup>389</sup> haben. Erich Honecker sagte Hu Yaobang, dass er als Mittler zwischen Beijing und Moskau tätig sein könne; er

---

<sup>386</sup> Niederschrift über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Genossen Hu Yaobang, am 24.10.1986 im Hotel „Jin Ling“ in Nanjing, PA AA, MfAA, ZR 2492/90, S. 3.

<sup>387</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 350.

<sup>388</sup> Ebd.

<sup>389</sup> Ebd.

könne die Aufgabe übernehmen, die chinesische Botschaft Moskau zu erklären und zu übermitteln. Er informierte Hu Yaobang über die Freiheit der Entscheidungen der SED in Bezug auf die sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow; Honecker sagte, „*ich kenne Genossen Gorbatschow und die ihn umgebenden Genossen als Menschen, bei denen Wort und Tat übereinstimmen, die ehrlich für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der KPdSU und der KP Chinas sind. Man kann mit ihm alle Fragen besprechen. Ich will ehrlich sagen, dass alle Fragen zwischen der SED und der KPdSU offen geklärt werden. Da gibt es keinen Vormund, keine Vater- und Mutterpartei.*“<sup>390</sup>

In dieser Aussage bringt Erich Honecker zum Ausdruck, dass sich die Führung der DDR seit den 1980er-Jahren zunehmend von den Vorgaben, Direktiven und Entscheidungen der sowjetischen ‚Bruderpartei‘ und Führungsmacht der Ostblockstaaten löste und sich mehr und mehr ein distanzierteres Verhältnis einstellte. Trotz der offiziellen Propaganda, die weiterhin ein enges und ‚unverbrüchliches‘ Bündnis zwischen der DDR und der UdSSR beschwore, entwickelten sich die außenpolitischen Entscheidungen der DDR allmählich unabhängiger von der UdSSR. Die UdSSR ließ sich in ihrer Beziehung zu den anderen Ostblockstaaten von eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen leiten. Die Interessen von Partnerländern, wie sie beispielsweise im ‚Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ artikuliert und diskutiert wurden, wurden von Moskau häufig ignoriert, manchmal sogar schwer beschädigt.

Ein gutes Beispiel für diese rigorose Verfolgung des sowjetischen Eigeninteresses geben die Beratungen zur Erdölversorgung zwischen Berlin und Moskau im Jahr 1981. Um den Erdölbedarf der DDR zu decken, brauchte die DDR jährlich 19 Millionen Tonnen Erdöl von der Sowjetunion. Diese Erdöllieferungen waren nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR notwendig, sondern auch für die sowjetischen Truppen auf dem Territorium der DDR. Nach einer Reihe von Beratungen zwischen Berlin und Moskau erhielt die DDR jährlich statt 19 Millionen Tonnen nur 17 Millionen Tonnen Erdöl. Durch diese Entscheidung der Sowjetunion geriet die DDR-Wirtschaft in den Zustand einer Unterversorgung mit dem vor allem für die Industrieproduktion notwendigen Rohstoff; der Handlungsdruck auf die DDR-Führung führte zur Erwägung von alternativen Handelspartnern, vornehmlich der VR China.<sup>391</sup>

---

<sup>390</sup> Ebd., S. 350. Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

<sup>391</sup> Vgl. Wentker (2007), S. 398-399.

Erich Honecker betonte, dass die DDR bei geringeren Liefermengen „*die Aufgaben ihrer ökonomischen Entwicklung nicht mehr zufriedenstellend lösen*“<sup>392</sup> könne. Gerhard Schürer verhandelte mit dem Gosplan-Vorsitzenden Nikolai Baibakow, dem Chef des sowjetischen Planungskomitees, über ein ausreichendes Liefervolumen von Erdöl für die DDR-Wirtschaft; es scheiterten die Anstrengungen, „*die fehlenden 2 Mio. Tonnen Erdöl gegen die Zahlung von rund 600 Mio. Dollar in freien Devisen zu liefern, womit der DDR nicht geholfen war*“.<sup>393</sup>

Nachdem Erich Honecker in dem Gespräch mit Hu Yaobang am 24. Oktober 1986 seinen Wunsch äußerte, als Mittler zwischen der VR China und der UdSSR aufzutreten, setzte er hinzu: „*Ich will damit sagen, wir sind daran interessiert, dass sich die Verbindungen und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China bessern, um auch solche Fragen zu lösen. Die sie hemmen.*“<sup>394</sup> Er schlug Hu Yaobang gleichzeitig vor, dass der Weg zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der VR China und der UdSSR darin bestand, mit den vietnamesischen Genossen zu reden. Als Politiker balancierte er in dieser Phase zwischen Beijing und Moskau, um keine Seite „unglücklich“ zu machen. Er wies darauf hin, dass „*das die beste Methode wäre*“.<sup>395</sup> Um seinem Standpunkt mehr Gewicht zu verleihen, sagte er: „*Ich weiß nur, dass Genosse Gorbatschow zu jeder Zeit zu jeder Stunde bereit ist, wenn Sie sagen, dass Sie sich mit ihm treffen wollen. Wir wären froh darüber, wir wären glücklich über die Lösung dieses Problems. Das möchte ich als Kommunist sagen, ohne Diplomatie. Die Diplomatie überlassen wir den Außenministerien, wir brauchen sie, aber natürlich gegenüber den kapitalistischen Ländern [...].*“<sup>396</sup> Vor dem Ende des Gesprächs fragte Erich Honecker Hu Yaobang, ob Vietnam tatsächlich beginnen würde, seine Truppen zurückzuziehen, weil er etwas davon gehört habe. Hu Yaobang antwortete: „*Das ist Propaganda.*“<sup>397</sup>

In den chinesischen Medien wurde über das Gespräch nicht berichtet. Die chinesische Führung erhielt von Erich Honecker lediglich mündliche Absichtserklärungen. Ob Michail Gorbatschow später die Botschaft aus Beijing durch Erich Honecker erhalten hatte

---

<sup>392</sup> Vgl. ebd., S. 478.

<sup>393</sup> Vgl. ebd., S. 478.

<sup>394</sup> Vgl. ebd., S. 478.

<sup>395</sup> Vgl. ebd., S. 478.

<sup>396</sup> Ebd., S. 478.

<sup>397</sup> Niederschrift, Honecker und Hu Yaobang am 22. Oktober 1986, PA AA, MfAA, ZR 2492/9, S. 17.

oder wie die Führung in Moskau darauf reagierte, kann gegenwärtig nicht geklärt werden; es liegen bisher noch keine veröffentlichten Aufsätze oder Akten in China vor, in denen das Gespräch dokumentiert worden wäre; in der DDR steht dieser Vorgang in der Akte SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/2/219.

Der Staatsbesuch von Erich Honecker im Oktober 1986 in der VR China bildete den Höhepunkt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten und gleichzeitig den Höhepunkt der propagandistischen Leistungen der beiden Parteien, SED und KPCh. Erich Honecker fasste seinen Besuch gegenüber den chinesischen Medien mit den Worten zusammen: „*Während des Besuches hatte ich Gelegenheit, mit den führenden Persönlichkeiten Chinas mehrfach inhaltsreiche Gespräche zu führen und einen umfassenden Meinungsaustausch über bilaterale und internationale Fragen zu führen. Beide Seiten haben in vielen Fragen eine völlig einheitliche Auffassung erzielt. Dieser offizielle Besuch besitzt für die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien und Staaten eine positive Bedeutung.*“<sup>398</sup>

Nach dem historischen Staatsbesuch in Beijing entwickelte sich die Kooperation zwischen der DDR und der VR China in eine neue Ära. In den folgenden Jahren bis 1989 besuchten weitere Mitglieder des Politbüros die VR China. Beide Länder traten danach in eine Zusammenarbeit, die durch eine größtmögliche politische und wirtschaftliche Unterstützung gekennzeichnet war.

### **Auswirkungen des Staatsbesuches von Erich Honecker in der VR China**

Erich Honecker verstand seine China-Politik nicht vordergründig als gegen die UdSSR gerichtet, sondern vielmehr als Möglichkeit, die Stellung der DDR in der internationalen Politik zu erhöhen. Die Führung der DDR unterrichtete Moskau stets über den politischen Kurs der DDR. Nach dem Besuch von Erich Honecker in der VR China wertete die sowjetische Führung die politischen Ambitionen Erich Honeckers als Ausdruck einer persönlichen Selbstüberschätzung und Fehlinterpretation der tatsächlichen Kräfteverhältnisse. Aus der Perspektive von Beijing verfolgte Erich Honecker den Plan, durch die guten politischen Beziehungen der DDR zur ‚Großmacht‘ China seine eigene Position als Subjekt einer Erfolgsgeschichte zu stärken.<sup>399</sup>

---

<sup>398</sup> Meißner (1995), S. 383, Dokument 187; Honecker beendet China-Besuch und verlässt Peking – Besuch als außerordentlich erfolgreich bezeichnet.

<sup>399</sup> Vgl. Chen Feng (1994), S. 144.

In seinen Erinnerungen stellte der ehemalige Botschafter der UdSSR in Ost-Berlin, Wjatscheslaw Kotschemassow, fest, dass der Führungsstil und die Politik Erich Honeckers nicht die uneingeschränkte Zustimmung seiner ‚Parteifreunde‘ fand: „*Ende 1986 wurde mir klar, daß Kräfte in der DDR-Führung den Kurs Honeckers mit Mißfällen beurteilten.*“<sup>400</sup>

Werner Krolkowski, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Nationalen Verteidigungsrates und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, vertraute ihm in einem Gespräch seine Unzufriedenheit über die aktuelle Situation an: „*Es geht darum, daß im ZK der SED eine sehr schwierige Lage entstanden ist. Reinstes Dogmatismus in der Politik, keine Diskussion, Zentralisierung, die bis ins Absurde führt, eine absolut falsche Informationspolitik. Alles wird nur in rosarotem Licht gezeigt [...] Man muß die Führung auswechseln [...]*“<sup>401</sup>

### **Treffen von Erich Honecker mit Michail Gorbatschow im Jahr 1986**

Am 3. Oktober 1986 trafen sich Erich Honecker und Michail Gorbatschow zu einem Gespräch in Moskau. Erich Honecker berichtete über seinen Besuch in der VR China. Michail Gorbatschow erklärte, dass die Beziehung der VR China zu den Industrieländern davon geprägt sei, dass sie als Entwicklungsland auftrete und dabei wie viele andere Entwicklungsländer ihre preisgünstigen Arbeitskräfte und Rohstoffe anbiete, „*um große Profite aus dem Land zu pumpen*“.<sup>402</sup> Die chinesische Beziehung zu den sozialistischen Ländern wäre dagegen von einem anderen Charakter geprägt, „*sie würden unter anderen Bedingungen realisiert. Die chinesische Führung beginne das jetzt besser zu verstehen.*“<sup>403</sup> Michail Gorbatschow führte gegenüber Erich Honecker aus, dass die VR China eine selbstständige, von der Sowjetunion unabhängige Politik betreibe, die mit den Beziehungen wie in den 1950er-Jahren nichts mehr zu tun habe. Erich Honecker bestätigte diese Auffassung, indem er sagte, „*daß es solche Beziehungen auch nicht geben könnte.*“<sup>404</sup>

---

<sup>400</sup> Kotschemassow (1994), S. 59.

<sup>401</sup> Ebd.

<sup>402</sup> Niederschrift über ein Gespräch des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, am 3.10.1986, SAPMO-BArch., ZPA, J IV 2/2A/2937.

<sup>403</sup> Niederschrift über ein Gespräch des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, am 3.10.1986, SAPMO-BArch., ZPA, J IV 2/2A/2937.

<sup>404</sup> Ebd.

Während des Gesprächs mit Michail Gorbatschow erinnerte sich Erich Honecker an eine Aussage von Kim Il Sung, der sich im Jahr 1984 in der DDR aufhielt; Kim Il Sung sagte zu ihm: „*Wenn die sozialistischen Länder etwas mit China erreichen wollen, dann müsse das gemeinsam mit der jetzigen Generation der chinesischen Führungskader erfolgen. Ihre Nachfolger hätten keine Verbindung mehr zur kommunistischen Bewegung [...]*“<sup>405</sup>

### **,Interkit‘-Konferenz im Jahr 1986**

Seit dem Machtantritt von Michail Gorbatschow im März 1985 konzentrierte sich die Führung der Sowjetunion intensiver auf die Bewältigung ihrer eigenen Probleme wie zum Beispiel die schlechte Lage der Volkswirtschaft und der Militäreinsatz in Afghanistan. Die jährlich stattfindenden traditionellen ,Interkit‘-Konferenzen verloren unter der Führung von Michail Gorbatschow jegliche politische Bedeutung. Oleg Borisowich Rakhmanin, der Leiter der sowjetischen Delegation dieser Treffen, wurde von Michail Gorbatschow aufgrund seiner unveränderten Haltung gegenüber der sowjetischen Chinapolitik seines Amtes enthoben.

Neben der Einführung politischer Reformen (,Glasnost‘ und ,Perestroika‘) entwickelte Michail Gorbatschow auch eine neue Politik zu den sozialistischen Ländern in Osteuropa. Am 10. November 1986 fand eine Konferenz der Parteichefs der RGW-Staaten statt; in seiner Grundsatzrede erklärte er die neuen Prinzipien der Umgestaltung der sowjetischen Politik „*auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils*“ und bekräftigte die Prinzipien der Autonomie, Souveränität, Entscheidungsfreiheit und Selbstverantwortung in den sozialistischen ,Bruderländern‘: „*Selbständigkeit jeder Partei, ihr Recht zur souveränen Entscheidung über die Entwicklungsprobleme ihres Landes, ihre Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk. Dies seien unabdingbare Prinzipien. Niemand könne eine besondere Rolle in der sozialistischen Gemeinschaft beanspruchen.*“<sup>406</sup>

Durch diese grundsätzlichen Erklärungen von Michail Gorbatschow räumte erstmals die Sowjetunion den Verzicht auf ihre Vormachtstellung und Kontrolle über die kommunistische Bewegung in den osteuropäischen Ländern ein. Im Laufe des Jahres 1987 leiteten

---

<sup>405</sup> Küchenmeister (2013), S. 158-159. Der Partei- und Staatschef der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (Nordkorea), Kim Il Sung, besuchte die DDR von 29. Mai bis 4. Juni 1984.

<sup>406</sup> Wentker (2007), S. 491.

alle osteuropäischen Länder eine Normalisierung der Beziehungen zur VR China ein, zwei Jahre früher als zwischen der UdSSR und der VR China.

### **Die Chinapolitik der DDR aus der Perspektive von Moskau**

Seit der Breschnew-Ära informierte Erich Honecker die sowjetische Führung regelmäßig über Verlauf und Inhalt der Gespräche mit der Führung der VR China; diese Tradition führte er fort sowohl bei Konstantin Tschernenko als auch bei Michail Gorbatschow.<sup>407</sup> Nach dem Urteil von Wjatscheslaw Kotschemassow, dem ehemaligen Botschafter der UdSSR in der DDR, herrschte in der sowjetischen Führung auf allen wichtigen politischen Ebenen die Grundhaltung des Misstrauens gegenüber der Politik der DDR-Führung vor. „*Ich kann mit vollem Recht feststellen, daß es auf den Ebenen Führung, Apparatstrukturen, ZK der KPdSU, Regierung und Außenministerium ein ständiges Mißtrauen gegenüber der innenpolitischen und wirtschaftlichen Lage der DDR und ihren äußeren Angelegenheiten gab [...] was die Maßstäbe unserer Zusammenarbeit charakterisierte, die Bedeutung der DDR in der sozialistischen Gemeinschaft, in der internationalen Arena. Für die Hauptinteressen der DDR und ihres Volks kämpfte die Sowjetunion und war im gemeinsamen Interesse immer bereit zu kämpfen [...]*“<sup>408</sup>

Aus sowjetischer Perspektive verstärkte die VR China systematisch ihren Einfluss und ihre Präsenz in der DDR, um sowohl die Produktion von hochwertigen Industrieprodukten zu sichern als auch den kulturellen Austausch auf allen Ebenen voranzutreiben. Wjatscheslaw Kotschemassow berichtet in seinen Erinnerungen, dass die DDR-Führung vermutlich aus Angst vor einer sowjetischen Intervention die tatsächliche Tragweite und Intensität ihrer Beziehungen zur VR China verheimlicht habe,<sup>409</sup> um nach den Reformmaßnahmen von Michail Gorbatschow, wodurch die DDR-Führung stark verunsi-

---

<sup>407</sup> Vgl. Bock/Muth/Schwiesau, DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch, LIT Verlag, 2004, S. 143.

<sup>408</sup> Kotschemassow (1994), S. 135.

<sup>409</sup> „Warum zum Beispiel verheimlichte die DDR-Führung vor uns das Thema der Beziehungen mit China? Vielleicht fürchtete man unsere Einmischung? Aber dafür gaben wir keinerlei Anlässe [...]“ Kotschemassow (1994), S. 137.

chert wurde, eine weitere ideologische und wirtschaftliche ‚Stütze‘ als Alternative zum möglichen Ausfall der Sowjetunion als ‚Partner‘ zu gewinnen.<sup>410</sup>

### **2.3 Die Entwicklung bis 1989 und das Ende der diplomatischen Beziehungen**

Von 1987 bis 1989 erstreckte sich die zweite Phase der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China. Wie in den osteuropäischen Staaten entwickelte sich auch in der VR China eine demokratische und bürgerrechtliche Bewegung, die in China zuerst von den jungen Studenten ausging. Diese demokratische Bewegung wurde von der chinesischen Führung als ‚bürgerlicher Liberalismus‘ bezeichnet und offiziell als Bedrohung für die Stabilität der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas beziehungsweise des Sozialismus betrachtet. Im Dezember 1986 fanden Studentendemonstrationen in ein paar Städten in China statt. Die Studenten forderten über Deng Xiaopings Reformpolitik hinaus auch politische Reformen in der VR China. Am 30. Dezember 1986 hielt Deng Xiaoping eine Rede mit dem Titel „*Gegen den bürgerlichen Liberalismus mit prominenter Fahne*“<sup>411</sup>. Er betonte, dass es sich um das Schicksal der Partei, der Kommunistischen Partei Chinas, und des Staates handele, gegen den ‚bürgerlichen Liberalismus‘ beständig zu kämpfen, da der ‚bürgerliche Liberalismus‘ die Privatisierung, das Zwei- oder Mehrparteiensystem und die Abschaffung der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas sowie die Abschaffung des Marxismus-Leninismus fordere.

Am 6. Januar 1987 wurde ein Leitartikel mit dem gleichen Titel ‚Gegen den bürgerlichen Liberalismus mit prominenter Fahne‘ in der ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报) veröffentlicht,<sup>412</sup> in dem Deng Xiaopings Standpunkt erneut gestärkt und bekräftigt wurde. Im Vergleich zur Politik von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion und in Osteuropa intensivierte sich die staatliche Kontrolle und Aufsicht der demokratischen Bewegung in der VR China. Deng Xiaoping betrachtete die studentischen Demonstrationen beziehungsweise die Stimmen aus der demokratischen Bewegung als eine starke

---

<sup>410</sup> „Als die schweren Folgen der Reformen von Gorbatschow deutlich wurden, fragten sich einige unserer Mitarbeiter: Vielleicht suchten die Führer der DDR unter diesen Bedingungen ‚einen weiteren Pol‘, ein gewisses Gegengewicht oder, besser gesagt, eine zweite Stütze? Es kann auch sein, daß sie darin eine Stärkung ihrer Innen- und Außenpolitik in den Augen der Öffentlichkeit und Bevölkerung der DDR sahen [...]“ Kotschemassow (1994), S. 138.

<sup>411</sup> Vgl. Deng, Xiaoping, „take a clear-cut stand against bourgeois liberalization“ 30. Dezember 1986, Selected Works, Volume 3, Foreign Languages Press, Beijing, 1994, 邓小平, 旗帜鲜明地反对资产阶级自由化, 邓小平文选, 第三卷, 人民出版社, 北京 1993

<sup>412</sup> Vgl. ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报), 6. Januar 1987.

unmittelbare Bedrohung seiner Reform- und Öffnungspolitik; er forderte daher harte Maßnahmen, um seine Politik ohne Kompromisse weiter fortsetzen zu können. Diese Position führte vor allem zum Sturz von Hu Yaobang; Zhao Zizang wurde sein Nachfolger als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und Li Peng wurde der Nachfolger von Zhao Ziyang als Premierminister. Diese personellen Veränderungen wurden unter dem Druck und der Leitung von Deng Xiaoping und anderen führenden Persönlichkeiten Chinas durchgeführt, sodass sich an den Grundsätzen der Reform- und Öffnungs- sowie der Außenpolitik Chinas nichts änderte. Erich Honecker befürwortete diese chinesische Position gegenüber der demokratischen Bewegung in der VR China und setzte dieselben kompromisslosen Maßstäbe an die demokratischen und bürgerrechtlichen Bewegungen in der DDR und in Osteuropa an.

### **Sowjetische Reformen**

Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1986 führte Michail Gorbatschow in seiner Grundsatzrede erstmals die Begriffe ‚Glasnost‘ und ‚Perestroika‘ ein. Ab Mitte 1988 sollte die ‚Perestroika‘ dem Sozialismus vor allem durch freie Wahlen, Gewaltenteilung und Ausbau des Rechtsstaatsprinzips ein demokratisches Antlitz geben, wobei die privilegierte Stellung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) erhalten bleiben sollte. In der Außenpolitik sollte die Entspannungspolitik fortgesetzt und das Wettrüsten zwischen UdSSR und USA beendet werden.

Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Ronald Reagan und Michail Gorbatschow den INF-Vertrag, der den Abbau aller Mittelstreckenraketen in Europa beinhaltete. Im Jahr 1985 wurden bereits die Verhandlungen über den START-I-Vertrag aufgenommen. Im Jahr 1989 zog die UdSSR ihre in Afghanistan stationierten Truppen zurück, danach ebenso die sowjetischen Truppen in der Mongolei; ein Rückzug der vietnamesischen Soldaten aus Kambodscha wurde zwischen der UdSSR und der VR China während des Besuches von Außenminister Eduard Schewardnadse im Februar 1989 in Beijing vereinbart.<sup>413</sup>

Ende 1986 gab Michail Gorbatschow bekannt, dass die sozialistischen Länder in Osteuropa nunmehr über ihre Angelegenheiten selbst zu entscheiden hätten. Die sowjetischen Reformen wurden von Ost-Berlin als auch von Beijing als ein Angriff auf die Grundlagen des Sozialismus betrachtet, weil sie die Einheit von Partei und Staat infrage stellten.

---

<sup>413</sup> Vgl. Buszynski, Gorbachev and Southeast Asia, Routledge, 2013, S. 170-175.

Die sowjetische Reformpolitik wurde daher von der Führung der DDR und der VR China strikt abgelehnt. In den Massenmedien der DDR und der VR China wurde die politische Entwicklung der Sowjetunion heftig kritisiert und im Rückblick als Hauptgrund für den Zusammenbruch der UdSSR verantwortlich gemacht.<sup>414</sup>

In den Gesprächen zwischen Michail Gorbatschow und Erich Honecker bildete die Reformpolitik und der Wandel der politischen Verhältnisse das Hauptthema, wobei Erich Honecker lediglich aus Höflichkeit sein Verständnis zum Ausdruck brachte.<sup>415</sup>

### **Zhao Ziyangs Besuch in der DDR**

Vom 8. bis 11. Juni 1987 besuchte Zhao Ziyang, der damalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und Premierminister, Berlin. Bei dem Gespräch zwischen ihm und Erich Honecker nahm die Erörterung und Diskussion über die personellen Veränderungen in der Parteiführung der KPCh einen ungewöhnlich langen Zeitraum in Anspruch. Im kommunistischen Parteisystem hatte die personelle Veränderung in der Parteiführung eine entscheidende Bedeutung. Die Frage, ob und wie die personellen Veränderungen in der chinesischen Führung Einfluss auf die Außenpolitik beziehungsweise die DDR-Politik ausüben werde, beschäftigte die Führung der DDR.

Zhao Ziyang nannte beim Zusammentreffen mit Erich Honecker vier Punkte, um die Bedenken von Erich Honecker und anderen führenden Politikern in der DDR zu zerstreuen.

### **Die Frage nach Hu Yaobangs Entmachtung**

Die Absetzung von Hu Yaobang als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas im Januar 1987 führte zu der Sorge, ob die Führung der KPCh die Reform- und Öffnungspolitik Deng Xiaopings verändern würde. Zhao Ziyang erklärte Erich Honecker, dass Hu Yaobang über einen sehr langen Zeitraum für die Kommunistische Partei Chinas eine sehr gute Arbeit geleistet habe. „*Insbesondere nach der Zerschlagung der Viererbande hat er als Leiter der Abteilung für Organisations- und Kaderfragen des ZK einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung der Beschlüsse des ZK geleistet. Das trifft besonders auf die Rehabilitierung vieler in der Kulturrevolution verfolgter Kader der*

---

<sup>414</sup> Vgl. Deng Xiaoping (1993), S. 3, S. 139.

<sup>415</sup> Vgl. Küchenmeister, Honecker - Gorbatschow, Vieraugengespräche, Dietz, Berlin, 2013, S. 210.

*Partei zu. Wir alle werden seinen großen Beitrag für die Politik unserer Partei nie vergessen.*“<sup>416</sup>

Zhao Ziyang stellte Hu Yaobang als Anhänger von Deng Xiaoping dar. Seine Entbindung von den Aufgaben des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas bedeute jedoch nicht, dass seine Haltung oder seine Arbeit gegen Deng Xiaoping gerichtet gewesen seien, es gehe hier allein um sein Verhältnis zum ‚bürgerlichen Liberalismus‘.

*„Genosse Hu Yao-bang war sehr aktiv bei der Durchsetzung der Politik der Reform und der Öffnung des Landes nach außen. Dafür hat er sehr viel getan. In diesem Punkt stimmten die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros und die Mitglieder des Politbüros des ZK mit ihm überein.“*<sup>417</sup> Hu Yaobangs Fehler sei es gewesen, dass er sich nicht standhaft verhielt und keine klare Haltung gegenüber dem ‚bürgerlichen Liberalisierung‘ eingenommen habe. Die Ausbreitung der ‚bürgerlichen Liberalisierung‘ sei eine Folge der Schwächen in der ideologischen Arbeit der Kommunistischen Partei Chinas. Nach der Einführung der Reformpolitik Deng Xiaopings sei die Zentralaufgabe der KPCh seit 1979 der wirtschaftliche Ausbau des Landes gewesen.

Deng Xiaopings Reform- und Öffnungspolitik war seit dem Beginn der Umsetzung bis in die Gegenwart in der Partei immer umstritten. Die Kernfrage der Diskussionen betraf die Einschätzung, ob diese Reformen letztendlich zur Abschaffung der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas führen könnten. In den offiziellen Medien wurde diese Auseinandersetzung als Gegensatz eines kapitalistischen oder sozialistischen Chinas beschrieben. Deng Xiaoping legte die sogenannten ‚Vier Grundprinzipien für die Entwicklung Chinas‘<sup>418</sup> fest, um die konservativen Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas zu beruhigen. Die ‚Vier Grundprinzipien‘ beziehen sich auf ‚den sozialistischen Weg‘, ‚unter Führung der Kommunistischen Partei‘, ‚auf Grundlage von Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Denken‘ und ‚auf Grundlage der Diktatur des Proletariats‘. Da die ‚bürgerliche Liberalisierung‘ von Deng Xiaoping und anderen führenden

---

<sup>416</sup> Meißner (1995), S. 384, Dokument 188; Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem amtierenden Generalsekretär des Zentralkomitees der KP Chinas und Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China, Zhao Ziyang, am 8. Juni 1987 im Hause des Zentralkomitees. Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

<sup>417</sup> Meißner (1995), S. 384, Dokument 188.

<sup>418</sup> Bei den ‚Vier Grundprinzipien‘ (四项基本原则) handelt es sich um eine politische Doktrin, die von Deng Xiaoping in den späten 1970er-Jahren aufgestellt wurde, um wirtschaftliche Reformen und eine Öffnung Chinas nach außen zu ermöglichen, wobei politische Reformen jedoch ein verbotenes Thema waren.

Persönlichkeiten Chinas zudem als eine Bedrohung gegen die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas gesehen wurde, galt die politische Haltung gegenüber der ‚bürgerlichen Liberalisierung‘ als ein wichtiges Kriterium für die Kader der Partei bezüglich der Frage, ob sie sich standhaft verhielten und weiter in der Partei dienen sollten.

Für die Verbreitung der ‚bürgerlichen Liberalisierung‘ sei Hu Yaobang zuständig gewesen, „viele Leute setzten auf ihn in diese Richtung große Hoffnungen“, sagte Zhao Ziyang zu Erich Honecker. Aus diesem Grund sei die Entmachtung von Hu Yaobang unvermeidbar gewesen. Fast gleichzeitig wurden andere bekannte Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas, die sich für die politische Reform beziehungsweise die Demokratie in China einsetzten, wie Fang Lizhi (方励之), Liu Binyan (刘宾雁), Wang Ruowang (王若望), aus der Partei ausgeschlossen. Manche chinesische Intellektuelle bewerteten diese Ereignisse und Veränderungen als eine neue politische Bewegung analog der Kulturrevolution in China, wobei die konservativen Mitglieder in der Partei, die gegen politische Reformen in China waren, diese Bewegung gewonnen hatten.

Als Anhänger von Deng Xiaopings Reformpolitik befürwortete und verteidigte Zhao Ziyang die chinesische Öffnungspolitik. Durch die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung und durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität könne der Raum für Liberalisierungen immer mehr verkleinert werden. Diese Aussage von Zhao Ziyang entsprach der Parteipropaganda in der VR China. Er räumte ein, dass die Kommunistische Partei Chinas die Autarkie für keine gute Methode hielt, um die Bürger vor ausländischen Einflüssen zu schützen. Die VR China führe trotzdem keine Politik des Entweder-Oder durch. Die Partei wolle die Öffnungspolitik nach außen weiterführen und gleichzeitig den Kampf gegen die ‚bürgerliche Liberalisierung‘ weiterführen.

Auf verschiedenen Tagungen des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wurde Hu Yaobang für seine Haltung gegenüber der ‚bürgerlichen Liberalisierung‘ heftig kritisiert. Deng Xiaoping gab zu Protokoll, dass Hu Yaobang die ‚bürgerliche Liberalisierung‘ nicht ernst genug genommen habe; er solle daher nicht wieder als Generalsekretär des Zentralkomitees auf dem XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas gewählt werden. Zhao Ziyang teilte Erich Honecker weiter mit, dass Hu Yaobang dieser Entscheidung der Partei zugestimmt habe und dass er danach zum Vorsitzenden der Zentralen Beraterkommission gewählt worden sei. Die Studentenunruhen seien von der Partei als Folge der fehlerhaften Politik Hu

Yaobangs bewertet worden, daher solle er dafür die persönliche Verantwortung tragen. Nachdem Zhao Ziyang diese Entscheidungen und Begründungen der Kommunistischen Partei Chinas Erich Honecker erklärt hatte, ging er noch auf zwei weitere Aspekte ein. Hu Yaobang habe schon während des XII. Parteitags der KPCh dem Politbüro seinen Willen mitgeteilt, dass er die Funktion des Generalsekretärs nur für eine Wahlperiode übernehmen wolle.<sup>419</sup> Die zweite Bemerkung betraf Zhao Ziyang Einschätzung der Studentenunruhen: „*An sich waren die Studentenunruhen keine sehr ernste Sache. Sie waren auch leicht beizulegen.*“<sup>420</sup>

Zhao Ziyang empfand eine gewisse persönliche Sympathie für die studentische Bewegung. Er gehörte zu den Mitgliedern in der Kommunistischen Partei Chinas, die für die politische Reform in der VR China eintraten. Für die hochrangigen Kader in der KPCh, darunter Zhao Ziyang, verbesserte sich durch die wirtschaftliche Reform und durch die ersten Erfolge die Situation für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Partei, wobei die gegenwärtige Lage nur einen Moment der Entwicklung widerspiegelt. Um die Herrschaft der KPCh auf Dauer zu stabilisieren, musste die Partei allmählich gewisse politische Reformen vornehmen; ansonsten könnte die Herrschaft der KPCh nicht fortbestehen und die nächste politische Krise nicht überleben.

Nur kurze Zeit später, im Jahr 1989, fand die studentische Bewegung vom April bis Juni in Beijing, Shanghai und anderen Städten erneut statt, die schließlich zur Entmachtung von Zhao Ziyang führte. Im Gegensatz zu Hu Yaobang teilte Zhao Ziyang seine politische Haltung in einer öffentlichen Ansprache vor den protestierenden Studenten in Beijing mit. Nach der Niederschlagung der Proteste brach ein Kampf unter den führenden Persönlichkeiten in der Partei um die Macht aus; aufgrund seiner Sympathie für die protestierenden Studenten musste Zhao Ziyang alle seine Posten in der Partei und in der Regierung aufgeben; er wurde bis zu seinem Tod im Jahr 2005 unter Hausarrest in Beijing gestellt.<sup>421</sup>

In dem Gespräch mit Erich Honecker im Juni 1987 antwortete Zhao Ziyang auf die Frage, ob die personellen Veränderungen in der Kommunistischen Partei Chinas die Innen- und Außenpolitik Chinas beeinflussen werde, mit der Feststellung: „*Diese personelle*

---

<sup>419</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 385.

<sup>420</sup> Ebd.

<sup>421</sup> Vgl. Zhao Ziyang, Rede im Hausarrest, Hongkong, 2007; 赵紫阳软禁中的谈话, 宗凤鸣记述整, 中国香港 (2007).

*Veränderung wird keinen Einfluß auf die weitere Verfolgung der Grundlinie unserer Partei haben. Im Gegenteil. Wir können nun die Linie des dritten Plenums allseitiger, umfassender und richtiger durchsetzen. Weder unsere Innen- noch unsere Außenpolitik wird eine Veränderung erfahren, schon gar nicht unsere Politik in bezug auf die Entwicklung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, darunter besonders zur DDR, denn die Fehler des Genossen Hu Yao-bang betreffen nicht diese Seite unserer Politik.*<sup>422</sup> Er teilte Erich Honecker mit, dass die Lage in China seit Anfang dieses Jahres bis Mai sehr gut gewesen sei, sowohl wirtschaftlich als auch politisch; die Studen-tenunruhen seien schnell vorbeigegangen.

Erich Honecker drückte sein Verständnis für die Situation von Zhao Ziyang aus und stellte fest: „*Es geht darum, die marxistisch-leninistische Ideologie in unserem ganzen Volk zu verankern und gegen die bürgerliche Ideologie, die man versucht, uns vom Westen aufzuzwingen, zu kämpfen.*<sup>423</sup> Er führte weiter aus, dass die politische Lage in der DDR eine andere sei; die SED sei sehr fest mit den Volksmassen verbunden; die SED betrachte die Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR als eine Form der Diktatur des Proletariats usw. Die Demokratie in der DDR sei keine Demokratie wie in den westlichen Industriestaaten, sondern eine sogenannte „*sozialistische Demokratie*“<sup>424</sup>. Die Demokratie sei in ihren Formen sehr vielgestaltig; die DDR habe aufgrund der Existenz von fünf Parteien ein ganz anderes Wahlsystem als in den anderen sozialistischen Ländern. Die SED halte am Prinzip des demokratischen Zentralismus fest. Die SED wolle den Werksdirektor von den Belegschaften der Betriebe wählen lassen, weil der Direktor eines Betriebs eine zu große Verantwortung habe.

In Bezug auf die von Michail Gorbatschow durchgeführten Reformen (Glasnost, Perestroika) in der Sowjetunion betonte Erich Honecker gegenüber Zhao Ziyang, dass die DDR andere Bedingungen habe; die DDR betrachte den „*gewaltigen Umbruch*“ in der UdSSR mit „*großer Sympathie*“.<sup>425</sup>

Auch die Beziehung zwischen Moskau und Beijing war Gegenstand der Gespräche. Bereits vor einem Jahr während des Besuchs von Erich Honecker in der VR China sprachen sie in Nanjing über dieses Thema. Erich Honecker hatte damals seinen Wunsch

---

<sup>422</sup> Meißner (1995), S. 385-386.

<sup>423</sup> Ebd.

<sup>424</sup> Ebd.

<sup>425</sup> Vgl. ebd., S. 386.

gegenüber Hu Yaobang geäußert, dass er als Vermittler zwischen Moskau und Beijing auftreten wolle. Erich Honecker teilte Zhao Ziyang mit, dass er nach dem Staatsbesuch in der VR China die Botschaft von der chinesischen Führung an Michail Gorbatschow weitergegeben habe. Das Echo aus Moskau auf diese Botschaft sei sehr positiv gewesen. Nach Erich Honeckers Mitteilung bestand die Lösung der Kambodscha-Frage in der Bildung einer Koalitionsregierung unter Einbeziehung von Prinz Sihanouk und ohne Pol Pot. Moskau nahm an, dass diese Lösung durch die nationale Aussöhnung den realen Verhältnissen dort am besten entsprach; sie konnte in Verbindung mit Kontakten seitens Vietnams mit der VR China und des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN-Länder) erreicht werden. Mit diesem Lösungsvorschlag zeigte sich die chinesische Führung nicht zufrieden und einverstanden, daher erläuterte Zhao Ziyang Erich Honecker die Haltung Chinas, dass eine ‚echte‘ Lösung für die Kambodscha-Frage darin bestehe, die vietnamesischen Truppen aus Kambodscha zurückzuziehen und die vietnamesische Besatzung auf diesem Territorium zu beenden. „*Solange ausländische Truppen Kambodscha besetzt halten, kann von Möglichkeiten einer politischen Regelung keine Rede sein.*“<sup>426</sup>

Bei dem Gespräch mit Erich Honecker betonte Zhao Ziyang immer wieder: „*Wir sind der Meinung, dass die Ausbreitung der bürgerlichen Liberalisierung eine Folge der Schwächen in der ideologischen Arbeit ist.*“<sup>427</sup> Er ging jedoch auf keine Einzelheiten ein, die darüber Aufschluss geben könnten, welche Inhalte der ‚ideologischen Arbeit‘ schwächer geworden waren. In der politischen Tradition der kommunistischen Staaten gehört die ‚ideologische Arbeit‘ zur Aufgabe der propagandistischen Massenmedien – Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen – und vor allem der Kader für propagandistische Arbeit.<sup>428</sup> Vor dem ‚Tian’anmen-Massaker‘ im Jahr 1989 gab es mehr Pressefreiheit als in den Amtszeiten von Jiang Zemin und Hu Jintao; es wurden Themen wie politische Reform und Mehrparteiensystem vor allem in den Zeitungen in Südkorea besprochen und debattiert; heutzutage sind in der VR China solche politischen Themen tabu.

---

<sup>426</sup> Meißner (1995), S. 389.

<sup>427</sup> Ebd., S. 387.

<sup>428</sup> Vgl. 王燎, 关于苏联意识形态工作的几个问题 (Probleme bei ideologischer Arbeit in der UdSSR), 苏联东欧问题, 1985年第6期; 王乐泉, 牢牢掌握意识形态工作的主导权 (Die ideologische Arbeit fest zu führen), 求是, 2005年第2期; 彭继红, 中国共产党意识形态工作研究 (1949-2009) (Forschung zur ideologischen Arbeit der KPCh, 1949 - 2009), 湖南大学出版社, 长沙, 2011.

Erich Honecker beschwerte sich in dem Gespräch mit Zhao Ziyang über die Lage der DDR: „*Nach wie vor ist es so wie zur Zeit unseres Besuches bei Ihnen, dass in der BRD und Berlin-West rund um die Uhr etwa 25 Rundfunksender und 3 Fernsehstationen ihre Sendungen in die DDR ausstrahlen. Unter diesen Umständen bekommen wir überhaupt keine Gelegenheit einzuschlafen.*“<sup>429</sup> Die aktuelle Situation in der DDR war Erich Honecker jedoch sehr bewusst; sie wurde von ihm als ‚Wettlauf mit der Zeit‘ bezeichnet.

Die staatlichen Zensur- und Kontrollmaßnahmen sind in der VR China stärker ausgeprägt als in der DDR.<sup>430</sup> Die Propaganda-Abteilung der Kommunistischen Partei Chinas überwacht alle Medien auf dem Festland Chinas und erteilt sehr oft direkte Befehle, Artikel, Beiträge oder Sendungen, die von einem politischen Tabuthema handeln oder einen Parteiskandal betreffen, aus dem Verkehr zu ziehen; sie gibt sogar die Anordnung, die verantwortlichen Journalisten festzunehmen.<sup>431</sup> Die chinesische Regierung blockiert seit 1949 die Rundfunksender und Fernsehstationen aus dem Westen, zum Beispiel ‚Voice of America‘.

Die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft spielt eine wichtige Rolle in der Propaganda in allen kommunistischen Ländern. Während des Gespräches mit Zhao Ziyang verwies Erich Honecker auf die volkswirtschaftlichen Leistungen der SED beziehungsweise der DDR: „*Ich habe auch Gespräche mit Wirtschaftsleuten aus der Bundesrepublik Deutschland gehabt. Sie alle sind tief beeindruckt von der Entwicklung unserer Industrie in den Kombinaten [...] Selbst die westlichen Medien staunen darüber, dass wir eine so hoch entwickelte Volkswirtschaft haben. Ich war gerade in den Niederlanden. Die Grüße von Ministerpräsident Lubbers habe ich Ihnen ja bereits übermittelt. Auch er ist über unsere Leistungen sehr überrascht.*“<sup>433</sup>

Zhao Ziyang verbindet den Gedanken von der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Sozialismus und der daraus folgenden ‚Erhöhung des Lebensstandards‘ und der

---

<sup>429</sup> Meißner (1995), S. 387.

<sup>430</sup> Vgl. Bradley, Laura, Cooperation and Conflict: GDR Theatre Censorship, 1961-1989. Oxford University Press, 2011; Bräuer/Vollnhals, In der DDR gibt es keine Zensur. Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung. 1954-1989 Inhaltsübersicht, Leipzig, 1995

<sup>431</sup> Vgl. Shi Tao, 师涛, Frankfurter Allgemeine Zeitung. FAZ.net-Journalist mit Unterstützung von Yahoo verhaftet. ‚Reporters sans frontières, ‚China’s Rights Defenders‘. Human Rights Watch. Archived from the original on 15 October 2012. Retrieved 15 October 2012.; ‚Banned, Censored, Harassed, and Jailed‘. Human Rights Watch. October 11, 2009. Archived from the original on 15 October 2012. Retrieved 15 October 2012.

<sup>433</sup> Meißner (1995), S. 388.

,Steigerung der Arbeitsproduktivität‘ mit dem Gedanken einer damit einsetzenden Zurückdrängung ‚liberaler‘ und ‚bürgerlicher‘ Strömungen. „*Wenn die Menschen in der Praxis die Überlegenheit des Sozialismus erleben können, im Laufe der Entwicklung unserer Gesellschaft der Erhöhung des Lebensstandards und die Steigerung der Arbeitsproduktivität, dann kann der Platz für die Liberalisierung langsam immer mehr verkleinert werden. Wir halten die Autarkie für keine gute Methode, um die Bürger vor ausländischen Einflüssen zu schützen. Natürlich sollten wir auch nicht zulassen, dass sich bürgerliche Einflüsse ausbreiten. Richtiger ist, dass wir keine Politik des Entweder-Oder durchführen. Das heißt, indem wir gegen die bürgerliche Liberalisierung sind, führen wir die Politik der Öffnung nach außen weiter.*“<sup>434</sup> Nach dieser Auffassung besteht die Aufgabe der Kommunistischen Partei Chinas darin, durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung die ‚bürgerlichen‘ Forderungen nach Freiheit und Menschenrechten zu neutralisieren, um auf diese Weise die Macht der Kommunistischen Partei Chinas weiterhin zu sichern.

Vor Zhao Ziyangs DDR-Reise im Jahr 1986 lud Erich Honecker Deng Xiaoping und Li Xiannian persönlich nach Berlin ein;<sup>435</sup> dieser Einladung wurde jedoch nicht entsprochen. Als Grund für die Entscheidung, zu diesem Zeitpunkt nicht nach Berlin zu reisen, war vermutlich die Rücksicht auf die Interessen der UdSSR maßgeblich. Die chinesische Führung konzentrierte sich in dieser Phase der Entwicklung darüber hinaus mehr auf die Handelsbeziehungen zur BRD als mit der DDR. Nach offiziellen Angaben wurde der im Jahr 1986 erzielte Umsatz von 1.109 Millionen Valuta-Mark im Jahr 1988 lediglich auf 1.336 Millionen Valuta-Mark gesteigert.<sup>436</sup> Für die VR China kam die DDR vorrangig als ideologischer Partner, weniger als Handelspartner in Betracht. Der Besuch von Zhao Ziyang in der DDR bildete eine Station seiner Reise durch fünf Länder in Osteuropa (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien). Aus der Perspektive der Führung der VR China gehörte die DDR in eine Reihe mit anderen sozialistischen Staaten, ohne hierbei eine Sonderstellung einzunehmen. In einem Leitartikel der Volks-

---

<sup>434</sup> Meißner (1995), S. 388. Die Hervorhebung stammt vom Autor dieser Arbeit.

<sup>435</sup> Gespräche zwischen den Genossen Erich Honecker und Li Xiannian während des Staatsbanketts zu Ehren des Genossen Hocke am 21.10.1986. Peking, den 21.10.1986, Anlage 5, Niederschrift über eine Begegnung des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR. Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Zentralen Beraterkommission der KP Chinas, Genossen Deng Xiaoping, am 23.10.1986 im Gebäude des NVK der VR China, Anlage 7, PA AA, MfAA, ZR 2492/90.

<sup>436</sup> Vgl. Krüger (1994), S. 140.

zeitung (Renmin Ribao) vom 23. Juni 1987 wurde der Besuch als eine ‚Normalisierung mit Osteuropa‘ gelobt.<sup>437</sup>

#### **Vom 4. Juni 1989 bis zum Ende der DDR (Wiedervereinigung Deutschlands)**

Das Jahr 1989 bedeutete seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein Wendepunkt und Meilenstein für zahlreiche Länder, besonders für die kommunistischen Länder in Osteuropa, die Sowjetunion sowie die VR China. Der sogenannte ‚Kommunismus‘ fand sein Ende. Im Jahr 1989 erlebte die Kommunistische Partei Chinas ihre größte Krise seit 1949. Durch die gewaltsame Niederschlagung der studentischen Protestbewegungen überlebte die Kommunistische Partei Chinas diese Krise, aber die Krise dauert noch an und ist noch nicht vorbei. Die Kritik gegen das Einparteiensystem und die Forderungen nach Demokratie und Bürgerrechten wachsen. Da die Führung der Kommunistischen Partei Chinas die Studenten als die Hauptgruppe der demokratischen Bewegungen betrachtete, wurde nach 1989, um die jungen Studenten besser kontrollieren zu können, von der Kommunistischen Partei Chinas nach 1989 sogar eine Ausbildungsänderung eingeführt, und zwar die militärische Ausbildung an der Universität Beijing und an der Universität Fudan bis zu einem Jahr zu verlängern; früher dauerte dieser Teil der Ausbildung ein Monat.<sup>438</sup> Diese Änderung der Ausbildungsbedingungen wurde im Jahr 1992 wieder abgeschafft; gleichzeitig wurde die Aufnahmeprüfung der Postgraduierten durch eine politische Prüfung abgelöst, in der geprüft wird, ob die Bewerber kritische oder negative Meinungen über die Kommunistische Partei Chinas vertreten. Auch diese Maßnahme zur Kontrolle und Disziplinierung der Studenten wurde sehr schnell wieder zurückgenommen aufgrund der schlechten Leistungen von den neuen Studenten.

#### **Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China respektive zwischen der KPdSU und der KPCh**

Die einzige außenpolitische Leistung der VR China im Jahr 1989 bestand in der Normalisierung des Verhältnisses mit der Sowjetunion. Michail Gorbatschow besuchte vom 15. bis 18. Mai 1989 Beijing und Shanghai. Bei dem Gespräch mit Deng Xiaoping am 16.

---

<sup>437</sup> Vgl. Artikel ‚Ein bedeutungsvoller Besuch, Genosse Zhao Ziyang besuchte Osteuropa‘, Volkszeitung (Renmin Ribao, 人民日报), 23. Juni 1987.

<sup>438</sup> Vgl. 国家教委关于北京大学, 复旦大学参加军训优秀毕业生直接进党政机关等问题的通知, 【颁布单位】国家教委【发文字号】教学[1994]1号【颁布时间】1994-02-21【生效时间】1994-02-21【时效性】.(Partei- und staatliche Behörden nehmen die ausgezeichneten absolvierten Studenten mit militärischem Training direkt an.)

Mai 1989 blickten sie gemeinsam auf die Geschichte der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Parteien zurück. Deng Xiaoping betonte gegenüber Michail Gorbatschow, dass das künftige Prinzip der Beziehung darin bestehen solle, **die Vergangenheit abzuschließen und in die Zukunft zu schauen** (结束过去, 开辟未来). Während der Zarenherrschaft und der Zeit Stalins, erläuterte Deng Xiaoping, habe Russland durch ungleiche Verträge 1,5 Millionen Quadratkilometer Territorium annexiert. „Außerdem schloß Stalin mit der Kuomintang unter Chiang Kai-shek einen Vertrag ab, nachdem die Äußere Mongolei, die damals zu China gehörte und ebenfalls 1,5 Millionen Quadratkilometer umfaßte, abgetreten wurde. Es handelte sich also um insgesamt 3 Millionen Quadratkilometer [...].“<sup>439</sup> China wolle jedoch den Status quo nicht verändern und diese Territorien nicht zurückfordern. Deng Xiaoping wies darauf hin, dass er mit diesem Beispiel das Prinzip erklären wolle, die Vergangenheit abzuschließen und in die Zukunft zu blicken.

Deng Xiaoping führte weiter aus, dass China in der Geschichte stets eine unterdrückte Nation gewesen sei und während des Zweiten Weltkriegs habe Japan einen Teil des chinesischen Territoriums besetzt. „Nur die Frage einiger Inseln (Senkaku-Inseln)<sup>440</sup> sei zwischen China und Japan noch offen [...].“<sup>441</sup> Obgleich nach dem Zweiten Weltkrieg die USA die Guomindang politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützte, habe Chiang Kaishek jedoch den Bürgerkrieg von 1946 bis 1949 verloren und sei nach Taiwan geflüchtet, „deshalb konnten die USA kein chinesisches Territorium annexieren“.<sup>442</sup> China wolle den bisherigen außenpolitischen Kurs der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit nicht verändern, auch nicht die Beziehungen zu den USA.

Über die politischen Entwicklungen in Ungarn, Polen und der UdSSR brachte Deng Xiaoping seine Sorgen zum Ausdruck. Nach seiner Meinung gebe es in Ungarn keine eigene organisierte Opposition, die Partei habe dort selbst das Vertrauen in den Sozialismus verloren und sich im Grunde selbst durcheinandergebracht.

---

<sup>439</sup> Meißner (1995), S. 418.

<sup>440</sup> Die Senkaku-Inseln, 钓鱼岛及其附属岛屿, werden seit dem 15. Mai 1972 (wieder) von Japan als Teil der Gemeinde Ishigaki verwaltet. Die Republik China und die Volksrepublik China beanspruchen unabhängig voneinander seit 1970/1971 diese Inseln als Teil der Stadtgemeinde Toucheng im Landkreis Ilan, Provinz Taiwan.

<sup>441</sup> Meißner (1995), S. 418.

<sup>442</sup> Ebd.

In Polen existiere eine Opposition, und die Partei stehe vor der Frage, wie sie sie behandeln solle. Er selbst habe die Ausrufung des Ausnahmezustandes im Jahr 1981 befürwortet. Er habe gesagt, dass die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei immer weiter vor der Opposition zurückwich, und nun habe die Partei die Macht verloren. Die Sowjetunion sei das Symbol der kommunistischen Bewegung und daher haben die politische Entwicklung und die Unruhen dort für China eine besondere Bedeutung; Deng Xiaoping sagte Michail Gorbatschow, dass China die gegenwärtige Entwicklung in der Sowjetunion mit Besorgnis verfolge.<sup>443</sup>

Nach dem Gespräch gab die VR China bekannt, dass die Normalisierung der Beziehung zwischen beiden Ländern realisiert sei, ebenso wie die Beziehung zwischen beiden Parteien. Dieser Prozess der Normalisierung setzte zwei Jahre später ein im Vergleich zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen der VR China und den osteuropäischen Staaten.

Während des Staatsbesuchs von Michail Gorbatschow vereinbarten und veröffentlichten die UdSSR und die VR China am 18. Mai 1989 ein gemeinsames Kommuniqué. Das Kommuniqué enthält achtzehn Artikel; es stellt unter anderem fest, dass die ‚drei Hindernisse‘, die von Deng Xiaoping als Maßstab für eine Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen genannt worden waren, beseitigt worden sind.<sup>444</sup> Li Shuheng ging bei einem Gespräch mit Egon Krenz im September 1989 auf mehrere Einzelheiten dieses Dokumentes ein. Es enthielt vier Punkte: (1) die Vergangenheit mit Russland, (2) die Beziehungen zu den USA, (3) Chinas zukünftige Innen- und Außenpolitik und (4) die politische Entwicklung in Ungarn, Polen und der UdSSR selbst.

Es ergab sich nun eine gemeinsame Position, in der beide Seiten die Absicht erklärten, dass beide Länder nun zukünftig enger zusammenarbeiten sowie verstärkt bilaterale Kontakte aufnehmen und pflegen werden.<sup>445</sup>

Seit dem Besuch von Michail Gorbatschow in der VR China normalisierten sich die russisch-chinesischen Beziehungen. Die Normalisierung von den beiden Parteien, der

---

<sup>443</sup> Vgl. ebd.

<sup>444</sup> Zu diesen ‚drei Hindernissen‘ zählten (1) die militärische Besatzung der Sowjetunion in Afghanistan; (2) das sowjetische Engagement in Indochina (die moskautreue Volksrepublik Vietnam hatte das pekingtreue Kambodscha besetzt, um die Roten Khmer abzusetzen) sowie (3) der Rückzug der sowjetischen Militärpräsenz an den Grenzgebieten zwischen der Mongolei und China.

<sup>445</sup> Vgl. 中苏联合公报 (Das Kommuniqué von der VR China und der UdSSR ), 1989, 年 5 月 18 日.

KPdSU und der KPCh, wurde ebenso realisiert.<sup>446</sup> In den folgenden Jahren wurden die Grenzstreitigkeiten vollständig gelöst. Die Auflösung der UdSSR erfolgte Ende 1991.

Die Prinzipien und Legitimationsmotive der Kommunistischen Partei Chinas veränderten sich seit 1989.<sup>449</sup> Seit dieser Zeit wird in der VR China die bisherige kommunistische Propaganda schrittweise ersetzt durch die Kommunikation der volkswirtschaftlichen Erfolge und des nationalen Selbstbewusstseins.

Anfang 1989 wurde aufgrund der gescheiterten Wirtschaftspolitik (Inflation seit 1988), von Korruptionsskandalen von privilegierten Kadermitgliedern der Kommunistischen Partei Chinas sowie der steigenden Arbeitslosigkeit von jungen Studenten das Einparteiensystem stark kritisiert; es wuchs die Forderung nach politischen Reformen. Am 15. April 1989 verstarb Hu Yaobang, der ehemalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas. Eine Trauerkundgebung von Studenten am ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ in Beijing verwandelte sich in eine Protestkundgebung. Wie bereits im Jahr 1976 beim Tod von Zhou Enlai wurde in der Öffentlichkeit Kritik an der vorherrschenden politischen Linie der chinesischen Regierung zum Ausdruck gebracht.<sup>451</sup>

### **Zeitungsverbot von ‚World Economic Herald‘**

Der Wendepunkt in der chinesischen demokratischen Bewegung markierte das Zeitungsverbot von ‚World Economic Herald‘ im Mai 1989. Diese Zeitung befand sich in Shanghai; Jiang Zemin war dort der damalige Parteichef. Im Jahr 1986 war Jiang Zemin Sekretär des Komitees der KPCh in Shanghai geworden, im nächsten Jahr wurde er in das Politbüro des ZK der KPCh aufgenommen.

Die ‚World Economic Herald‘ erschien seit dem 15. April 1980; im Vergleich mit anderen damaligen Medien in der VR China befand sich die Zeitung nicht ganz in staatlicher

---

<sup>446</sup> Vgl. Volkszeitung, (Renmin Ribao, 人民日报), 17. Mai 1989.

<sup>449</sup> Die Stellung der Kommunistischen Partei Chinas in der chinesischen Verfassung lautet seit dem XIV. Plenum im Jahr 1992: „Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht.“ Auf dem XVI. Plenum der KPCh im Jahr 2002 wurden mehrere verfassungsrechtliche Änderungen vorgenommen, die deutliche Signale enthalten hinsichtlich der Transformation der KPCh von einer kommunistischen Partei in eine Regierungspartei wie in anderen Ländern. Der Herrschaftsanspruch der KPCh bildet nun das Hauptthema, wobei der kommunistische Alleinvertretungs- und Legitimationsanspruch an Bedeutung verloren. Siehe Verfassung der KPCh vom XVI. Plenum im Jahr 2002. 十六大修改后的党章与原党章条文对照, 中国方正出版社, 1. November 2002, Beijing.

<sup>451</sup> Vgl. Nathan/Link, Die Tiananmen-Akte. Die Geheimdokumente der chinesischen Führung zum Massaker am Platz des Himmlischen Friedens. 2001; Spence, Jonathan, Chinas Weg in die Moderne. München, 1995

Hand. Die meisten Redakteure waren Wirtschaftler, nicht traditionelle Kader der KPCh, die über einen großen Erfahrungsschatz verfügten. Das Motto der Zeitung war in der VR China in den 1980er-Jahren sehr bekannt: ‚Let world knows China, let China knows world‘. Nach der Kulturrevolution gab es lediglich ein paar staatliche Zeitungen wie Renmin Ribao (Volkszeitung), Guangming (Zeitung) und Jiefangjun Bao (Zeitung der Volksbefreiungsarmee). Die Nachrichten und Berichte bestanden vornehmlich aus Propaganda, sodass sie kaum Leser fanden. Lediglich der Zeitung Cankao Xiaoxi („Reference News“) war es erlaubt, ausländische Nachrichten und Kommentare über China zu veröffentlichen. Die „World Economic Herald“ besaß vor ihrem Verbot ein ähnliches Vorrecht und war daher in China sehr gefragt. Sie bildete für die chinesischen Leser ein „Fenster“ ins Ausland, besonders in die USA und in die westlichen Industrieländer; sie berichtete zum Beispiel auch über die politische Reform in Ungarn im Jahr 1985. Nach 1989 stehen alle Diskussionen über politische Reformen unter tabu. Vor diesem Hintergrund konzentrierte sich die Zeitung nicht auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas, sondern berichtete vor allem über politische chinesische Fragestellungen und Ereignisse. Trotz eingeschränkter Pressefreiheit berichtete die Zeitung über eine Vielzahl von Themen. Die Zeitung wurde von zahlreichen ausländischen Botschaften und Behörden als Quelle herangezogen, um sich über die „echte“ Entwicklung Chinas zu informieren; viele Botschaften in Beijing hatten die Zeitung aus Shanghai abonniert wie zum Beispiel die amerikanische und britische Botschaft, aber auch die Botschaften der UdSSR und der DDR. Nach dem Tod von Hu Yaobang wurde die Zeitung im Jahr 1989 verboten.

Obgleich die Kulturrevolution 1976 beendet wurde, dauerte der Kampf zwischen den Reformwilligen und den Konservativen in den 1980er-Jahren weiterhin an. Wegen eines Aufsatzes von Zhou Yang (周扬) über Marxismus entstand im Jahr 1983 die Debatte „Gegen geistige Verschmutzung“. Deng Xiaoping entlehnte dieses Wort von Deng Liqun (邓力群), später wurde dieser Begriff als „Bürgerlicher Liberalismus“ verwendet. Hu Yaobang und andere Mitglieder des Politbüros sprachen sich gegen diese Kampagne aus. Hu Yaobang wurde im Jahr 1987 seines Amtes als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas enthoben, sein Nachfolger, Zhao Ziyang, verlor im Jahr 1989 alle seine politischen Ämter.

Nach dem Tod von Hu Yaobang am 15. April 1989 begann die studentische Bewegung in Beijing, zu ihren Slogans gehörten „Denken an Hu Yaobang“ und „Gegen Korruption“.

Am 19. April 1989 fand eine Versammlung von Redakteuren des ‚World Economic Herald‘ und ‚New Observer‘ sowie von Journalisten aus anderen Medien in Shanghai statt, um dem Leben und der politischen Leistung von Hu Yaobang zu gedenken. Teilnehmer wie Yan Jiaqi (严家其) und Dai Qing hatten ihren Wunsch nach politischen Reformen zum Ausdruck gebracht, „alle Generalsekretäre haben keinen guten Ende, da sie die Leitungsposition nicht durch reguläre Verfahren verlassen mussten“. Am 24. April 1989 erschien ein Sonderbericht von dieser Versammlung mit dem Titel ‚Denken an Hu Yaobang zeigt den Antrieb von Reformen‘. Der Kommentar zu diesem Artikel bestand aus 500 Wörtern. Die Leitung der KPCh in Shanghai bemerkte sofort, welche enorme Wirkung auf die öffentliche Meinung in der VR China dieser Artikel und dieser Kommentar entfalten wird. Der Parteichef von Shanghai, Jiang Zemin, gab den Befehl, den Artikel sofort zu korrigieren und den Kommentar von den politischen Reformen zu löschen.

Da die Zeitung bereits erschienen war, wurde die Anweisung erteilt, die komplette Auflage sofort einzuziehen. Der Befehl von Jiang Zemin wurde von der Redaktion der Zeitung nicht vollständig ausgeführt; lediglich 20.000 Exemplare wurden zurückgenommen. Am 28. April 1989 erschien zwar die korrigierte Auflage der Zeitung entsprechend der Anordnung der Partei, aber dieses Ereignis setzte bereits eine Eigendynamik in Gang. Dreiunddreißig Intellektuelle in der VR China unterschrieben eine Erklärung unter dem Titel ‚Pressefreiheit resolut zu bewahren‘. Seit diesem Vorfall entwickelte sich die politische Bewegung in China von einer zunächst kleinen studentischen Bewegung zu einer Volksbewegung. Es begann für die Kommunistische Partei Chinas die größte Krise seit dem Ende der Kulturevolution.

Jiang Zemin erteilte das Zeitungsverbot von ‚World Economic Herald‘, wodurch er das Vertrauen von Deng Xiaoping gewann. Nach dem Sturz von Zhao Ziyang wurde er von Deng Xiaoping zum neuen Parteichef ernannt.

### **Ende der demokratischen Bewegung**

Der ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ wurde schließlich am 3. und 4. Juni 1989 gewaltsam von militärischen Einsatzkräften geräumt („Tian'anmen-Massaker“). Der Höhepunkt der demokratischen Bewegung auf dem chinesischen Festland war beendet. Heute

ist das Thema in der VR China nach wie vor tabu; wie viele Opfer in der damaligen Nacht ums Leben gekommen sind, ist bis heute nicht sicher bekannt.<sup>452</sup>

Als die VR China durch die gewaltsame Niederschlagung der studentischen Proteste von nahezu allen Ländern der Welt geächtet, kritisiert und isoliert wurde, erhielt Beijing politische Unterstützung von der DDR. Am 8. Juni 1989, gerade vier Tage nach dem welthistorischen Ereignis, bekundete die 9. Tagung der Volkskammer der DDR ihre Solidarität mit dem Vorgehen der chinesischen Regierung:

*„Die Abgeordneten der Volkskammer stellen fest, dass in der gegenwärtigen Lage die von der Partei- und Staatsführung der Volksrepublik China beharrlich angestrebte politische Lösung innerer Probleme infolge der gewaltsamen, blutigen Ausschreitungen verfassungsfeindlicher Elemente verhindert worden ist. Infolge dessen sah sich die Volksmacht gezwungen, Ordnung und Sicherheit unter Einsatz bewaffneter Kräfte wieder herzustellen. Dabei sind bedauerlicherweise zahlreiche Verletzte und auch Tote zu beklagen. [...] Die Volkskammer der DDR betrachtet die Vorgänge in Peking ausschließlich als innere Angelegenheit der Volksrepublik China und wendet sich gegen jegliche ausländische Einmischung. [...] Die Abgeordneten der Obersten Volksvertretung der DDR bringen ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, dass die Partei- und Staatsführung der Volksrepublik China, eng verbunden mit dem Volk, die Schritte unternimmt, die der Klärung der Probleme und dem weiteren Voranschreiten des chinesischen Brudervolks auf dem vor 40 Jahren frei gewählten Weg des Sozialismus dienen [...]“<sup>453</sup>*

Die solidarische Haltung und Begründung der Volkskammer der DDR zu den Ereignissen in der VR China beinhaltet ihren eigenen Standpunkt bezüglich des Verhaltens der SED in gesellschaftlichen Krisensituationen. Während sich die DDR im Jahr 1953 auf die militärische Unterstützung Moskaus verlassen konnte, stellte sich die Situation im Jahr 1989 anders dar. Die Sowjetunion befand sich durch die Änderung des Politikstils von Michail Gorbatschow selbst in einem intensiven Veränderungsprozess. Sogar in der

---

<sup>452</sup> In Medien, Dokumenten und Berichten sowie aufgrund von Erinnerungen von Betroffenen wird die Zahl der Opfer sehr unterschiedlich angegeben; es wird von 200 bis 3.000 Todesfällen gesprochen. Siehe United States Embassy in Beijing: What Happened on the Night of June 3/4? Cable to the Department of State. Abgerufen am 28. Januar 2013 (englisch): „The battles raged around the square rather than on it. Witnesses present at the Martyrs Monument report an eerie lack of action on the square proper during the shooting in the streets.“

<sup>453</sup> Meißner (1995), S. 397-398.

KPdSU gab es einflussreiche Gegenspieler von Michail Gorbatschow wie Boris Jelzin oder Gennadi Janajew.<sup>454</sup> Die demokratische Bewegung breitete sich nicht nur in der DDR, sondern in ganz Osteuropa aus. Die SED erhielt zu diesem Zeitpunkt von seinen osteuropäischen ‚Bruderstaaten‘ keine politische Unterstützung mehr. Die derart entstandene ideologische ‚Lücke‘ an Solidarität und Unterstützung trug wesentlich zum Höhepunkt der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China im Jahr 1989 bei.

Am 13. Juni 1989 stellte Margot Honecker, Ministerin für Volksbildung der DDR, gegen die sogenannten ‚Konterrevolutionäre‘ fest: „*Noch ist nicht die Zeit, die Hände in den Schoß zu legen, unsere Zeit ist eine kämpferische Zeit, sie braucht eine Jugend, die kämpfen kann, die den Sozialismus stärken hilft, die für ihn eintritt, die ihn verteidigt mit Wort und Tat und, wenn nötig, mit der Waffe in der Hand.*“<sup>455</sup> Sie forderte die Jugend der DDR sogar auf, „Feinde“, „Verräter“ und „Konterrevolutionäre“ zu suchen und gewaltsam zur Strecke zu bringen.<sup>456</sup> Diese Äußerungen zeigen, dass Margot Honecker zur Niederschlagung der demokratischen Bewegung in der DDR die ‚chinesische Lösung‘ wie auf dem ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ favorisierte.

Die blutige Niederschlagung der Demonstrationen am 4. Juni 1989 in Beijing löste noch am gleichen Tag eine Protestwelle in Ostberlin aus; DDR-Bürger versammelten sich vor der chinesischen Botschaft in Berlin-Pankow, um gegen die gewalttätige Maßnahme der Kommunistischen Partei Chinas zu protestieren und ihre Solidarität mit der chinesischen Demokratiebewegung zum Ausdruck zu bringen.

Die Proteste der DDR-Bürger richteten sich zugleich gegen die DDR-Führung selbst. Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes beobachteten vom 4. bis 7. Juni 1989 intensiv die Ereignisse vor der chinesischen Botschaft und führten Maßnahmen zur Feststellung der beteiligten Personen und Identitäten durch. Die protestierenden DDR-Bürger übergaben am 7. Juni 1989 einen Brief an die Botschaft Chinas.<sup>457</sup>

---

<sup>454</sup> Vgl. O’Clery (2011); Jelzin (2000).

<sup>455</sup> Honecker, Margot, *Unser sozialistisches Bildungssystem – Wandlungen, Erfolge, neue Horizonte*, Berlin, 1989, S. 29

<sup>456</sup> Vgl. Rein, Gerhard, *Die protestantische Revolution 1987 - 1990. Ein deutsches Lesebuch*, Wichern Verlag, Berlin, 1990, S. 180

<sup>457</sup> Hauptabteilung XX/Auswertungs- und Kontrollgruppe: ‚*Lagerelevante Personenfeststellungen zum Sicherungsbereich ‚Botschaft der VR China in der DDR‘ im Zeitraum 4.6.1989 bis 7.6.1989*‘, 7. Juni 1989, BStU, ZA, HA XX/AKG 139, Blatt 63-65.

Am 10. Juni 1989 gab Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit der DDR, an alle Leiter der Diensteinheiten den Befehl, ‚feindlich-negative Aktivitäten‘, die gegen die VR China gerichtet seien, aktiv zu unterbinden: „[...] alle Hinweise auf derartige feindlich-negative Aktivitäten und deren Organisatoren unverzüglich überprüft und geklärt werden, jegliche provokatorisch-demonstrative Handlungen gegen die VR China, insbesondere ihre Botschaft in der DDR, deren bevorrechtetes Personal, andere offizielle Vertretungen und deren Angehörige sowie alle anderen in der DDR aufhältigen Bürger der VR China rechtzeitig vorbeugend verhindert bzw. wirksam unterbunden werden.“<sup>458</sup>

Darüber hinaus ordnete Erich Mielke an, dass jede Form der Verbreitung von Ankündigungen und Aufrufen zu Protestaktionen durch geeignete ‚politisch-operative Maßnahmen‘ unterbunden werden sollte; alle Hinweise, die derartige Aktivitäten betreffen, sollen überprüft werden; bedeutsame Aktivitäten seien ihm persönlich sofort zu melden.<sup>459</sup>

Viele Menschen in der DDR bewiesen in dieser Situation sehr viel Zivilcourage und Mut, indem sie – im Gegensatz zur SED-Führung – ihre Unterstützung für das chinesische Volk aussprachen und ihre Trauer um die Opfer zum Ausdruck brachten. Es gab zwei Protestzüge von jungen Menschen in der Nähe der chinesischen Botschaft in Berlin-Pankow; es wurden dort auch Briefe abgegeben. Trotz Überwachung durch die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR fanden öffentlich angekündigte Gottesdienste in mehreren Kirchen in Ostdeutschland statt, um der chinesischen Opfer zu gedenken und über die aktuelle Entwicklung in der VR China zu informieren.<sup>460</sup>

Die evangelischen Kirchen in der DDR veranstalteten Klagegottesdienste und verfassten eine Erklärung, „in denen die sofortige Einstellung der Hinrichtungen und ein Ende der Hexenjagd in China gefordert wurden [...] Klagetrommel und Klagegesänge. Am vergangenen Mittwoch waren es in einem Gedenkgottesdienst für die Opfer in China in der Samariterkirche schon 1500 Menschen. Der Protest gegen die Abrechnung der chinesischen Führung mit dem eigenen Volk wird in der DDR nicht leiser. Er wird, wieder einmal, getragen von den evangelischen Gemeinden und von Friedens- und Menschen-“

---

<sup>458</sup> Schreiben des Ministers an die Leiter der Diensteinheiten zur Verhinderung von Demonstrationen wegen der Ereignisse in China, 10. Juni 1989, BStU, ZA, MfS BdL/Dok 008916.

<sup>459</sup> Vgl. Ebd.

<sup>460</sup> Vgl. Information Nr. 321/89 ‚Über die Durchführung kirchlicher Solidarisierungsveranstaltungen im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in der VR China‘, 30. Juni 1989, BStU, ZA, ZAIG 3785, Blatt 1-5.

rechtsgruppen.“<sup>461</sup> Über die Proteste in der DDR und über die Fluchtaktionen aus der DDR in die westlichen Nachbarländer wurde in der VR China nicht berichtet.

In den folgenden Monaten wiederholte und bekräftigte die DDR-Führung ihre Solidarität und Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei Chinas. Am 11./12. Juni 1989 legte der chinesische Außenminister Qian Qichen einen Zwischenstopp in Berlin ein, um persönlich den Dank der Kommunistischen Partei Chinas an die Adresse der Volkskammer und der Führung der DDR auszusprechen.

*„Außenminister Qian Qichen erläuterte die Politik der Partei und Regierung der VR China zur Normalisierung der Lage und Weiterführung des sozialistischen Aufbaus. Oskar Fischer bekräftigte im Sinne der Erklärung der Volkskammer die Solidarität und Verbundenheit mit der VR China und dem chinesischen Brudervolk. [...] Außenminister Qian Qichen würdigte die internationalistische Haltung der DDR. Er schätzte die Ergebnisse der DDR bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft hoch ein und wünsche neue Erfolge auf diesem Weg.“<sup>462</sup>*

Die Kommunistische Partei Chinas errang die Herrschaft in China durch militärische Kämpfe, weshalb der Einsatz von Militär und Armee eine traditionelle und akzeptierte Strategie darstellte, um ihre Herrschaft zu sichern. In einem Leitartikel am 26. April 1993 in der „Volkszeitung“ (Renmin Ribao, 人民日报)<sup>463</sup> und bei einem Gespräch mit den Leitern der Armee sowie den Senioren der Kader drückte Deng Xiaoping seine Überzeugung aus, dass die Herrschaft der Partei am wichtigsten sei, alle Aufgaben der Kommunistischen Partei Chinas dienen diesem Zweck.<sup>464</sup> Die Kommunistische Partei Chinas besitzt allerdings keine politische Legitimierung. Die SED befand sich in dem-

---

<sup>461</sup> Meißner (1995), S. 402.

<sup>462</sup> Ebd., S. 398.

<sup>463</sup> Vgl. „Volkszeitung“ (Renmin Ribao, 人民日报), 必须旗帜鲜明地反对动乱(mit klarem Standpunkt gegen den Aufstand), 全党和全国人民都要充分认识这场斗争的严重性, 团结起来, 旗帜鲜明地反对动乱, 坚决维护得来不易的安定团结的政治局面, 维护宪法, 维护社会主义民主和法制。决不允许成立任何非法组织; 对以任何借口侵犯合法学生组织权益的行为要坚决制止; 对蓄意造谣进行诬陷者, 要依法追究刑事责任; 禁止非法游行示威, 禁止到工厂, 农村, 学校进行串联; 对于搞打, 碰, 抢, 烧的人要依法制裁; 要保护学生上课学习的正当权利。广大同学真诚地希望消除腐败, 推进民主, 这也是党和政府的要求, 这些要求只能在党的领导下, 加强治理整顿, 积极推进改革, 健全社会主义民主和法制来实现。.

<sup>464</sup> Vgl. Deng Xiaoping, Address to Officers at the Rank of General and above in Command of the Troops Enforcing Martial Law in Beijing, Selected Works, Volume 3, Foreign Languages Press, Beijing, 1994, 在接见首都戒严部队军以上干部时的讲话, 邓小平选集, 第三卷, 302-308 页, 人民出版社, 北京, 1993 年。

selben Dilemma, wahrscheinlich ein weiterer Grund, warum die DDR-Führung das chinesische Konzept der gewaltsamen Niederschlagung von Protestbewegungen ebenfalls favorisierte und befürwortete. In einer Erklärung der Synode der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen vom 18. Juni 1989 wird dagegen eine andere Überzeugung zum Ausdruck gebracht.

*„Mit großer Bestürzung hörten und sahen wir dann, wie diese gewaltfreie Bewegung blutig niedergeschlagen wurde und eine brutale Verfolgung Beteiligter einsetzte. Wir sind betroffen von dem Leid, das durch diese Vorgänge hervorgerufen wurde, und wollen in unseren Gebeten an die Opfer dieser gesellschaftlichen Katastrophe in China denken. [...] Wenn wir an die Menschen in China denken, verbinden wir damit die Hoffnung, dass ihnen dies trotz der vielen Verletzungen, die es in diesen Auseinandersetzungen gegeben hat, doch gelingen möge [...].“<sup>465</sup>*

In einem im ‚Neues Deutschland‘ am 23. Juni 1989 veröffentlichten Bericht von Joachim Hermann, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, wurde die ideologisch bestimmte Position der SED zu den Ereignissen auf dem ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ in Beijing zusammengefasst:

*„Die friedlichen Demonstrationen der Studenten in Peking sollten zu einem konterrevolutionären Umsturz der Volksmacht in China ausgenutzt werden. Die Volkskammer der DDR unterstrich in einer von der Fraktion der SED eingebrachten Erklärung, dass die von der chinesischen Partei- und Staatsführung beharrlich angestrebte politische Lösung innerer Probleme infolge der gewaltsamen, blutigen Ausschreitungen verfassungsfeindlicher Elemente verhindert wurde und sich deshalb die Volksmacht gezwungen sah, Ordnung und Sicherheit unter Einsatz bewaffneter Kräfte wiederherzustellen. Die Volkskammer betonte, dass sie die Vorgänge in Peking ausschließlich als innere Angelegenheit der Volksrepublik China betrachtet und sich gegen jegliche ausländische Einmischung wendet [...].“<sup>466</sup>*

Für diese Form der uneingeschränkten Solidarität war die Führung der Kommunistischen Partei Chinas sehr dankbar. Nach der Niederschlagung der Proteste am 4. Juni 1989 brach ein Kampf um die Macht in der Kommunistischen Partei Chinas aus. Zhao Ziyang musste alle seine politischen Posten aufgeben; er wurde wegen seiner Sympathie

---

<sup>465</sup> Rein (1990), S. 180.; Meißner (1995), S. 387-388.

<sup>466</sup> Meißner (1995), S. 400.

für die protestierenden Studenten für den Rest seines Lebens unter Hausarrest gestellt. Der konservative Parteifunktionär Jiang Zemin wurde zum neuen Chef der Kommunistischen Partei Chinas bestimmt.

In einem Bericht im SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2.035/33, wurde die aktuelle Lage und Entwicklung zu den Ereignissen während und nach dem 4. Juni 1989 in Beijing festgehalten. Die Kommunistische Partei Chinas habe die Armee eingesetzt, um die sozialistische Ordnung wiederherzustellen und den Aufstand niederzuschlagen. Welche Armee-Einheiten und wie viele Soldaten an dem Einsatz teilgenommen hatten, wurde in dem Bericht nicht erwähnt. Ob die DDR über eigene Informationsquellen in der Kommunistischen Partei Chinas verfügte, bleibt ebenfalls unklar. Der Bericht hält fest, dass die Führung der Kommunistischen Partei Chinas auf die politische Bewegung und ihre Entwicklung in Beijing und in anderen Städten nicht vorbereitet gewesen sei. Am 7. Mai 1989 begann der Hungerstreik der Studenten, wobei es nach dem Standpunkt der DDR und der VR China um eine ‚Konterrevolution‘ gehandelt habe: „*Peking war Ende Mai/Anfang Juni bereits weitergehend von der Konterrevolution beherrscht.*“<sup>467</sup> Über die Frage, mit welchen Mitteln und Methoden eine Auflösung der ‚Konterrevolution‘ durchzuführen sei, gebe es in der Partei verschiedene Auffassungen: „*Zögernde Reaktion, verursacht durch Fehleinschätzung der Lage und wachsende Auseinandersetzungen in der Führung über das Vorgehen, hat zu einer Situation geführt, die von einem nicht ausreichend vorbereiteten militärischen Eingreifen gekennzeichnet und mit hohen Opfern verbunden war [...].*“<sup>468</sup> Die Zahl der Opfer wurde in dem Bericht nicht angegeben. Die chinesische Propaganda behauptete zu diesem Zeitpunkt, dass es keine Opfer am 4. Juni 1989 gegeben habe. Noch nach über 20 Jahren ist die Angabe der Opfer ein Tabuthema in der VR China.

Eine sehr wichtige Entwicklung in der VR China ergab sich durch die personelle Veränderung der Parteiführung während des IV. Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas vom 22. bis 24. Juni 1989. Zhao Ziyang musste als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas zurücktreten. Seine Memoiren, ‚Der Gefangene des Staats‘,<sup>469</sup> wurden im Jahr 2009 in Hongkong und Taiwan veröffentlicht. In die-

---

<sup>467</sup> Ebd., S. 406-407.

<sup>468</sup> Meißner (1995), S. 406-407.

<sup>469</sup> Vgl. Zhao Ziyang, Prisoner of the State: The Secret Journal of Premier Zhao Ziyang(改革历程), New Century Press, Hongkong, 2009

sem Buch drückte er seine Dialog- und Entspannungsbereitschaft gegenüber den Studentendemonstrationen aus: „*Ich dachte, wenn die Studentendemonstrationen gemäß der Prinzipien von Demokratie und Gesetz, mit Dialog und Entspannung gelöst werden könnten, würde dies Chinas Reform stärken, einschließlich einer politischen Reform.*“ Er wurde von seinen Aufgaben als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Mitglied des Politbüros, Mitglied des Zentralkomitees und als 1. Stellvertretender Vorsitzender der Militärikommission entbunden. Li Peng begründete den Antrag zur Entbindung von allen Ämtern mit der Unterstützung der Unruhen, der Spaltung der Partei, der Vernachlässigung des Parteiaufbaus und der politisch-ideologischen Arbeit.<sup>470</sup> Jiang Zemin wurde zum neuen Parteichef gewählt. Die Parteiführung betonte ausdrücklich, dass sie an den ‚Vier Grundprinzipien‘, an der Reform und Öffnung nach außen, der Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit und des Aufbaus der Partei festhalten werde. Es wurde zudem die unabhängige und selbstständige Außenpolitik auf Basis der Prinzipien der friedlichen Koexistenz bekräftigt.

Am 4. September 1989 trat Deng Xiaoping als Vorsitzender der Zentralen Militärikommission (ZMK) zurück, gleichzeitig wurde Jiang Zemin als Vorsitzender der Zentralen Militärikommission gewählt. Seitdem besaß Deng Xiaoping keine offiziellen Titel, weder in der Kommunistischen Partei Chinas noch in der chinesischen Regierung; er spielte jedoch bis zu seinem Tod 1997 eine entscheidende Rolle in der chinesischen Innen- und Außenpolitik. Von 1978 bis 1989 verfolgte Deng Xiaoping eine klare Außenpolitische Strategie. Durch eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Industriestaaten wollte er die wirtschaftliche Entwicklung Chinas fördern und gleichzeitig die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas sichern. In der Phase des Kalten Krieges stand er auf der Seite des Westens und der USA gegen die Interessen der UdSSR. Für die VR China war die DDR nicht nur ein sozialistischer Partner, um beispielsweise die Herrschaft der Partei zu schützen und die Reformen von Michail Gorbatschow zu boykottieren, sondern auch ein Handelspartner für die Lieferung moderner industrieller Produkte und Technik, wodurch sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern allmählich positiv gestalteten und schließlich zu einer engen Verbindung führten. In der Ära von Deng Xiaoping führte die Reform- und Öffnungspolitik zu einer entspannten internationalen

---

<sup>470</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 406-407.

Lage. Diese Phase wurde in der VR China als die ‚goldene Zeit‘ bezeichnet – bis zum Ereignis am 4. Juni 1989.

Die Reformen von Michail Gorbatschow (Glasnost, Perestroika) machten den Weg frei für eine allmähliche Demokratisierung der Ostblockstaaten. Ab Mai 1989 begann Ungarn mit dem schrittweisen Abbau der Grenzzäune zu Österreich. Diese Situation wurde von Zehntausenden DDR-Bürgern genutzt, um in die Bundesrepublik Deutschland zu fliehen. Gleichzeitig wuchsen die Oppositionsbewegungen in der DDR. Politische Forderungen wurden nunmehr öffentlich auf der Straße vertreten – wie zum Beispiel bei den ‚Montagsdemonstrationen‘ in Leipzig. Die Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR entpuppten sich zu einem Debakel. Es wurde immer deutlicher, dass die SED nicht mehr Herr der Lage in der DDR war.

Im September 1989 – kurz vor dem Mauerfall am 9. November 1989 – besuchte Qiao Shi (乔石), Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas, Ostberlin. Es fanden Gespräche mit Hermann Axen, Horst Dohlus und Egon Krenz über die weitere politische, wirtschaftliche sowie technische Zusammenarbeit statt. Mit Qiao Shi besuchten alle hochrangigen Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas außer Deng Xiaoping Berlin.<sup>471</sup>

Am 22. Juni 1989 schickte Erich Honecker an Jiang Zemin ein Glückwunschtelegramm, um die Solidarität und politische Unterstützung von der ‚Bruderpartei‘ zu demonstrieren.<sup>472</sup> Offiziell wurde Jiang Zemin am 23. oder 24. Juni 1989 als neuer Parteichef der Kommunistischen Partei Chinas gewählt; ob Erich Honecker und die SED über den Ausgang der Entscheidung bereits vorab aus Beijing informiert worden waren, lässt sich anhand von Dokumenten nicht belegen.

Bis Ende 1989 reisten zwei DDR-Delegationen nach China, aus Beijing reisten drei Delegationen nach Berlin. Im Juli 1989 besuchte eine Delegation unter der Leitung von Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros und Sekretariats der SED, Beijing. Bei dem Treffen mit dem neuen Parteichef Chinas dankte Jiang Zemin der Delegation für

---

<sup>471</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 135.

<sup>472</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 401, Glückwünsche von Erich Honecker an Jiang Zemin. Neues Deutschland, 22. Juni 1989.

ihre Solidarität mit den Worten: „*Ein Freund in der Not ist ein wirklicher Freund.*“<sup>474</sup> Nach dem 4. Juni 1989 begann die internationale Isolierung der Kommunistischen Partei Chinas respektive der VR China. Jiang Zemin berichtete den Gästen von der Niederschlagung des ‚konterrevolutionären‘ Aufstands in Beijing. Zhu Rongji, Stellvertreter der Parteisekretär des Stadtparteikomitees und Bürgermeister von Shanghai, dankte ebenfalls für die Unterstützung der DDR und für die persönlichen Grüße von Erich Honecker. „*Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt entschlossen China bei der Niederwerfung des konterrevolutionären Aufstands. Wir schätzen diese freundschaftliche Unterstützung der DDR äußerst hoch. Wir sind enge Freunde.*“<sup>475</sup>

Bei dem Besuch der DDR-Delegation wurde ein Protokoll über die wissenschaftlich-technische Kooperation für den Zeitraum nach 1990 unterzeichnet. Dazu vereinbarte die Kommission neue Aufgaben für die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Mikroelektronik und Rechentechnik, der Biotechnologie, des wissenschaftlichen Gerätebaus sowie neuer technischer Keramikwerkstoffe.<sup>476</sup>

Vom 25. September bis 2. Oktober 1989 besuchte eine Partei- und Staatsdelegation anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der VR China unter der Leitung von Egon Krenz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED sowie Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Beijing. Es handelte sich um die letzte Delegation aus Berlin in der VR China vor dem Zusammenbruch der DDR. Dieser Besuch fand in einer besonders kritischen Phase für beide Länder statt. Die Kommunistischen Partei Chinas erlebte eine Krisensituation, die sie durch eine gewaltsame Niederschlagung beendete, mit der außenpolitischen Folge, dass sie fast von der ganzen Weltgemeinschaft isoliert war. Die Nachwirkungen dieses Ereignisses dauern bis heute an, beispielsweise das Waffenembargo der Europäischen Union gegen die VR China. Gleichzeitig sperrte die DDR ihre Grenze zur Tschechoslowakei aufgrund der politischen Reformen in ihrem Nachbarland.<sup>477</sup>

Bei dem Besuch in Beijing traf Egon Krenz mit den wichtigsten Personen in der Kommunistischen Partei Chinas außer Deng Xiaoping zusammen: Jiang Zeming (江泽民),

---

<sup>474</sup> Meißner (1995), S. 406.

<sup>475</sup> Ebd., S. 406.

<sup>476</sup> Vgl. Meißner (1995), Dokument 196, Protokoll DDR-China über Zusammenarbeit signiert, S. 403.

<sup>477</sup> Vgl. Duisberg, Claus J., Das deutsche Jahr – Innenansichten der Wiedervereinigung 1989/1990. wjs-Verlag, Berlin, 2005,

Generalsekretär des Zentralkomitees der KP Chinas; Qiao Shi (乔石), Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der KP Chinas, Sekretär der Disziplinkontrollkommission beim Zentralkomitee der KP Chinas; Wan Li (万里), Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KP Chinas, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China; Yang Rudai (杨汝岱), Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KP Chinas und 1. Sekretär des Provinzparteikomitees Sichuan, sowie Li Shuzheng (李淑铮), Kandidat des Zentralkomitees und stellvertretender Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der KP Chinas.<sup>478</sup>

Bei den jeweiligen Gesprächen standen die ‚konterrevolutionären‘ Unruhen im Mittelpunkt. Die chinesischen Kollegen bedankten sich für die politische Unterstützung und erklärten die neue Entwicklung in der VR China. Jiang Zemin erinnerte sich an seine zwei Besuche in der DDR, einmal im Jahr 1965, als er die Messe in Leipzig besuchte, und einmal als Minister für elektronische Industrie in den 1980er-Jahren. Er sprach auch über die deutsche Literatur; ein besonderes Interesse zeigte er an Faust von Goethe und an Weimar. Jiang Zemin erwähnte bei jedem Treffen mit ausländischen Gästen oder seinen Besuchen im Ausland seine persönlichen Interessen in Bezug auf Fremdsprachen, wie Englisch und Russisch, sowie auf die Literatur und Musik. Aus Höflichkeit sprach auch Egon Krenz über Weimar und erinnerte an die dunklen Seiten ihrer Geschichte, nämlich an die dort errichteten Konzentrationslager, und betonte gegenüber Jiang Zemin, dass die DDR auf einem antifaschistischen Fundament errichtet worden sei; die ‚Freie Deutsche Jugend‘ organisiere heute Veranstaltungen wie antifaschistische Kundgebungen auf dem Ettersberg und die mit dem Namen von Goethe verbundenen „*Wei-martage der Jugend*“.<sup>479</sup>

Die Erklärungen von Jiang Zemin zur schwierigen Lage, in der sich die DDR zurzeit befindet, spiegeln die offizielle Auffassung der Kommunistischen Partei Chinas, wonach es immer deutlicher werde, „*welche Absichten die Kreise des Imperialismus mit ihrem Konzept des sogenannten friedlichen Wandels verfolgen. Es sei ein aggressives Pro-*

---

<sup>478</sup> Vgl. Sutter, Robert, Historical Dictionary of Chinese Foreign Policy. Plymouth, United Kingdom: Rowman and Littlefield Publishing Group. 2011, S. 128; Brady, Anne-Marie, Making the Foreign Serve China: Managing foreigners in the People's Republic. Oxford, UK: Rowman & Littlefield Publishers, 2003

<sup>479</sup> Meißner (1995), S. 413.

*gramm zur Unterminierung des Sozialismus [...]. Die Deutsche Demokratische Republik habe einerseits sichtbare Erfolge beim sozialistischen Aufbau erreicht, sie stehe andererseits aber auch auf einem Vorposten im komplizierten Kampf, der zwischen Sozialismus und Kapitalismus tobt. [...] Er wünsche der DDR von ganzem Herzen, dass sie mit Genossen Erich Honecker an der Spitze der Partei weitere und noch größere Erfolge erreiche [...].“* Kurz nach dem Besuch der DDR-Delegation unter der Leitung von Egon Krenz trat Erich Honecker am 18. Oktober 1989 von allen Ämtern und Funktionen zurück; die offizielle Erklärung zu diesem Rücktritt lautete: „*Das ZK hat der Bitte Erich Honeckers entsprochen, ihn aus gesundheitlichen Gründen von der Funktion des Generalsekretärs, vom Amt des Staatsratsvorsitzenden und von der Funktion des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zu entbinden.*“

Dieser Rücktritt Erich Honeckers stellte für beide Länder eine große Überraschung dar. Bis zur Auflösung der DDR in Gestalt eines Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland führte Egon Krenz als Parteichef der SED die Regierungsgeschäfte in der DDR.<sup>480</sup> Bis zum 3. Oktober 1990 bestand zwischen der DDR und der VR China kein Kontakt mehr. Einen Tag vor dem Treffen mit Jiang Zemin am 26. September 1989 sprach Egon Krenz mit Qiao Shi (乔石). Die Gesprächsinhalte betrafen vier Punkte: (1) die Unruhen in Beijing und ihre Ursachen, (2) Zhao Ziyang und die ‚bürgerliche Liberalisierung‘, (3) die internationale Lage und die Solidarität der DDR mit der VR China und (4) die chinesisch-amerikanischen Beziehungen beziehungsweise die Außenpolitik Chinas.

Als Ursachen für die Unruhen in Beijing gab Qian Shi an, „*dass das große internationale Klima und das kleine nationale Klima wesentliche Ursachen für die Unruhen und den konterrevolutionären Aufruhr waren. [...] Deng habe zu Beginn der Unruhen bereits darauf aufmerksam gemacht, dass es sich hier um einen komplizierten politischen Kampf handele.*“<sup>481</sup> Als hoher Funktionär der Kommunistischen Partei Chinas wiederholte Qiao Shi gegenüber Egon Krenz die allgemeine Propaganda der Partei und den Standpunkt der Parteiführung: „*Diese Entwicklung habe eine extreme Minderheit von Personen verursacht, die Positionen der bürgerlichen Liberalisierung vertrete. Diese Kräfte hätten die Trauerfeierlichkeiten für Hu Yao-bang missbraucht, bestimmte Fehler*

---

<sup>480</sup> Vgl. Bauerkämper, Arnd (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte: deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Dietz, Bonn 1998

<sup>481</sup> Meißner (1995), S. 409 und S. 410.

*und Mängel in der Arbeit der Partei ausgenutzt und eine sehr komplizierte Lage herbeigeführt [...]. Die Lösungen der konterrevolutionären Kräfte waren Freiheit und Demokratie, das wahre Ziel bestand jedoch in der Beseitigung der führenden Rolle der KP Chinas und dem Sturz der Staatsmacht.“ Diese Position der Kommunistischen Partei Chinas über die Ereignisse auf dem ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ gilt bis heute.*

Qiao Shi betonte, dass im Rahmen der Modernisierung Chinas und der Öffnung nach außen die westliche Ideologie, der westliche Lifestyle und westliche Wertvorstellungen eingedrungen seien, wobei Zhao Ziyang als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas zu viel Sympathie für diese westlichen Strömungen entwickelt habe. „*Einige Parteimitglieder und Angehörige der Intelligenz seien verblendet worden und die bürgerliche Liberalisierung, vor der Genosse Deng Xiao-ping schon vor vielen Jahren gewarnt habe, konnte eine bestimmte Verbreitung erfahren. Sehr nachteilig wirke sich auch aus, dass Zhao Zi-yang dem Parteiaufbau und ideologischen Fragen ungenügende Aufmerksamkeit geschenkt habe. Das Entstehen und die Entwicklung der Unruhen und des konterrevolutionären Aufruhrs seien nicht von den Fehlern Zhao Zi-yang zu trennen [...]“ „Bürgerliche Liberalisierung“ habe mit dem Begriff ‚Freiheit‘ nichts zu tun. Nach der Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas unternehmen die westlichen Staaten den Versuch, durch Entspannungspolitik und ‚bürgerliche Liberalisierung‘ die sozialistischen Länder zur Preisgabe ihrer kommunistischen Prinzipien zu veranlassen und ihren friedlichen Wandel hin zum Kapitalismus herbeizuführen.<sup>482</sup>*

Der Begriff ‚Bürgerliche Liberalisierung‘ wurde erstmals im Jahr 1959 von Liu Shaoqi, Staatspräsident der VR China, in seinem Artikel ‚Sieg des Marxismus-Leninismus in China‘ verwendet.<sup>483</sup> In der offiziellen chinesischen Forschung zur Geschichte der Partei gilt Deng Xiaoping als Urheber des Begriffs der ‚Bürgerlichen Liberalisierung‘. Als Befürworter oder Sympathisant der ‚Bürgerlichen Liberalisierung‘ wurde der damalige Parteichef Hu Yaobang im Januar 1987 von Deng Xiaoping abgesetzt. Intellektuelle wie Fang Lizi (方励之), Wang Ruowang (王若望) oder Liu Binyan (刘宾雁) verloren ihre Posten. Die konservativen Kräfte in der Kommunistischen Partei Chinas gingen als Sie-

---

<sup>482</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 410.

<sup>483</sup> Vgl. 建国以来重要文献选编 (Selected impotent Documents since the founding of the People’s Republic of China ), 第 12 册, 第 543 页, 中央文献出版社, 北京, 2011

ger aus diesem ‚Richtungsstreit‘ hervor und legten den ideologischen Grundstein für den Befehl eines militärischen Eingreifens im Juni 1989 in Beijing.

Qiao Shi zeigte Verständnis für die schwierige Lage der DDR und versicherte der DDR-Delegation unter der Leitung von Egon Krenz, dass die Kommunistische Partei Chinas und die chinesische Regierung die Anstrengungen der DDR unterstützen werden, entschieden am Sozialismus festzuhalten, die Souveränität der DDR zu wahren und jedwe- de Destabilisierungsversuche zurückzuweisen.<sup>484</sup> Die Entwicklungen in Osteuropa und in der UdSSR haben nicht nur auf die DDR, sondern auch auf China einen gewissen Druck ausgeübt.<sup>485</sup> Seit dem 4. September 1989 fanden in Leipzig die ‚Montagsdemonstrationen‘ statt, wodurch das SED-Regime unter einem starken öffentlichen Druck stand.<sup>486</sup> Diese Demonstrationen in der DDR könnten aus der Perspektive der Kommu-nistischen Partei Chinas ein ‚falsches Signal‘ für die VR China bedeuten.

Die internationale Lage Chinas verschlimmerte sich seit dem ‚Tian’anmen-Massaker‘; fast alle internationalen Kontakte mit der VR China wurden abgebrochen. Es wurde die Frage erörtert, ob die VR China ihre Außenpolitik verändern solle oder sogar die Reform- und Öffnungspolitik. Für Deng Xiaoping bedeutete diese Politik, die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas durch eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwick-lung zu sichern, weshalb diese seit 1978 durchgeführte Politik seither nicht mehr verän-dert wurde. Jiang Zemin als Führungsersönlichkeit der konservativen Kräfte in der Kommunistischen Partei Chinas unternahm den Versuch, die bisherige Politik zur Ab-wehr der ‚bürgerlichen Liberalisierung‘ zu verändern; nach einer Mahnung von Deng Xiaoping, dass derjenige, der die Reformpolitik ablehne, sein Amt aufgeben müsse, gab Jiang Zemin seine Position wieder auf.<sup>487</sup>

---

<sup>484</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 410.

<sup>485</sup> In der VR China wurden damals alle aktuellen Informationen über die politischen Entwicklungen in Europa streng blockiert, nur höhere Funktionäre der KPCh konnten die Berichte erhalten. Erst ein Jahr später, im Jahr 1990, wurde in den chinesischen Massenmedien über Osteuropa und die Sowjetunion mit eingeschränkten Inhalten berichtet. Die chinesische Bevölkerung wurde sozusagen verspätet und zeitver-setzt von dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa und in der UdSSR informiert.

<sup>486</sup> Vgl. Kowalcuk, Ilko-Sascha, Endspiel, Die Revolution von 1989 in der DDR. C.H. Beck, München, 2009

<sup>487</sup> Vgl. Deng Xiaoping, Excerpts from Talks given in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai and Shanghai, Deng Xiaoping Selected Works, Volume 3, Foreign Languages Press, Beijing, 1994, 邓小平, 邓小平文选, 第三卷, 在武昌, 深圳, 珠海, 上海等地的谈话要点 (一九九二年一月十八日—二月二十一日), 370-383, 人民出版社, 北京, 1993

Entsprechend den Grundsätzen von Deng Xiaoping und der Kommunistischen Partei Chinas erklärte Qiao Shi bei den Gesprächen mit der DDR-Delegation über die zukünftige Außenpolitik Chinas, dass seit Anfang der 1970er-Jahre beide Länder eine insgesamt relativ stabile Entwicklung genommen haben. „*Natürlich übe die gegenwärtige antichinesische Kampagne in den USA einen negativen Einfluß auf die chinesisch-amerikanischen Beziehungen aus. China werde sich keinem Druck beugen und werde keinen Handel mit seinem sozialistischen System zulassen.*“<sup>488</sup> In Bezug auf das gegenwärtige Verhältnis zur USA bekräftigte Qiao Shi, dass die chinesische Öffnungspolitik unverändert fortgesetzt werde unter Wahrung der Prinzipien der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. „*Die USA wollten ihre antichinesischen Handlungen jedoch nicht auf die Spitze treiben [...]. Wenn die USA Taten zeigen, sei China bereit, positiv darauf zu reagieren. Die chinesische Öffnungspolitik werde unverändert weiterverfolgt. China werde niemals eigene Prinzipien aufgeben und sich niemals von ausländischer Unterstützung abhängig machen.*“<sup>489</sup>

Wan Li, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KP Chinas und Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China, bedankte sich bei dem Gespräch erneut über die Solidarität und Verbundenheit der DDR-Führung und äußerte, dass die VR China jegliche Unterstützung für die Anstrengungen der DDR in der Zukunft geben könne.<sup>490</sup>

Am 27. September 1989 traf Egon Krenz mit Yang Rudai (杨汝岱), Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KP Chinas und 1. Sekretär des Provinzparteikomitees Sichuan, zusammen. Yang Rudai ging auf die Unruhen außerhalb von Beijing in der Provinz Sichuan ausführlich ein. Er betonte, dass in Sichuan die richtige Politik der Regierung und des Zentralkomitees befolgt wurde und die Unruhen innerhalb von drei Tagen niedergeschlagen werden konnten. Egon Krenz verwies auf den Gründungsmythos der DDR, wonach der Staat DDR gegründet wurde auf den Grundlagen von Antifaschismus, Sozialismus und internationaler Solidarität. Auf die Demonstrationen in Leipzig kam er nicht zu sprechen.<sup>491</sup>

---

<sup>488</sup> Meißner (1995), S. 411.

<sup>489</sup> Ebd., S. 411.

<sup>490</sup> Vgl. ebd., S. 415.

<sup>491</sup> Vgl. ebd., S. 416.

Bei dem Gespräch mit Li Shuzheng (李淑铮), Kandidat des Zentralkomitees und stellvertretender Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der KP Chinas, erfuhr die DDR-Delegation weitere Einzelheiten über die Entmachtung und den Sturz von Zhao Ziyang und über den Besuch von Michail Gorbatschow.

Zu Beginn des Gesprächs bedankte sich Li Shuzheng ebenfalls für die politische Unterstützung der DDR, die im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern sehr eindeutig ausgefallen sei. „*In China sei sehr wohl registriert worden, dass andere sozialistische Länder nicht so eindeutig reagierten [...].*“<sup>492</sup> Nach diesen einleitenden Worten ging er auf die Ereignisse im Mai 1989 ein. Die führenden Funktionäre der Kommunistischen Partei Chinas, der Regierung sowie der Armee seien am Abend des 19. Mai 1989 in Beijing einberufen worden. Zhao Ziyang habe es abgelehnt, die Versammlung zu leiten und dabei zu sprechen. Er nahm schließlich nicht daran teil. Am Nachmittag um 4.30 Uhr desselben Tages habe Zhao Ziyang die Studenten auf dem ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ besucht. Dort habe er die Studenten besänftigt, gleichzeitig habe er seine Sorge geäußert, dass die Lage für die Studenten und für ihn selbst nicht optimistisch sei. „*Ein kleines Häuflein Rädelsführer nutzte diese Gelegenheit, um endlich den konterrevolutionären Aufruhr gegen die Partei und die VR China auszulösen. Deshalb wurde beschlossen, am 3.6. den Aufruhr niederzuschlagen, weil in den Tagen zuvor bereits eine beträchtliche Zahl von Waffen aus den Händen der Armee geraubt worden war. Die Sache wurde in der Nacht vom 3. zum 4.6. entschieden [...].*“<sup>493</sup>

Während der 4. Plenarsitzung des XIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas vom 23. bis 24. Juni 1989, so berichtete Li Shuzheng weiter, wurden nur die Fehler Zhao Ziyangs im Zusammenhang mit dem ‚konterrevolutionären Aufstand‘ behandelt. „*Probleme seiner früheren Arbeit als Generalsekretär müssen erst noch eingeschätzt werden. Es sind weitere Untersuchungen notwendig, um festzustellen, ob er Verbindungen zum Ausland hatte [...].*“<sup>494</sup>

Nach den Memoiren Zhao Ziyangs nahm er an der Versammlung am Abend des 19. Mai 1989 teil; danach hatte er sich für drei Tage entschuldigen lassen. In der Zwischenzeit erhielt er keine Nachricht darüber, wonach er nicht mehr länger als Generalsekretär

---

<sup>492</sup> Ebd., S. 418.

<sup>493</sup> Ebd., S. 417.

<sup>494</sup> Ebd., S. 417.

der Kommunistischen Partei Chinas tätig sein dürfe. Niemand nahm Kontakt mit ihm auf. Durch andere Quellen erfuhr Zhao Ziyang, dass die führenden Funktionäre der Regierung und der Kommunistischen Partei Chinas in den vergangenen Tagen lokale Leiter in verschiedenen Provinzen nach Beijing einberufen hatten, um Zhao Ziyangs Fehler, die Spaltung der Partei zu betreiben, zu verkünden. Unter diesen führenden Funktionären befanden sich Li Peng (李鹏), Premierminister der VR China; Yao Yilin (姚依林), Vize-Premierminister, Staatspräsident der VR China und stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Militärkommission der VR China, und Song Ping (宋平), Mitglied des ständigen Ausschusses des Politbüros, Direktor der ZK-Organisationsabteilung. Zhao Ziyang glaubte, dass dieser Vorgang „gegen die Verfassung der KPCh“<sup>495</sup> verstieß, und beauftragte Wen Jiabao (温家宝), Direktor des Büros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, eine Versammlung des Politbüros einzuberufen. Wen Jiabao verweigerte diesen Befehl und sagte Zhao Ziyang, dass das Büro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (中央办公厅) nichts tun könne, weil alle Maßnahmen über das Büro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas von Li Peng und Yang Shangkun getroffen und durchgesetzt werden würden; wenn eine solche Versammlung wirklich stattfinde, könne es außerdem zu sehr schlimmen Folgen führen.<sup>496</sup> Diese Versammlung fand nicht statt, Zhao Ziyang wurde von der Kommunistischen Partei Chinas ‚in Abwesenheit‘ schuldig gesprochen. „Dies war ein sehr ernster Fehler Zhao Zi-yangs, der die Partei spaltet und den Aufruhr unterstützte [...].“<sup>497</sup>

### **Die letzten Kontakte zwischen der DDR-Führung und der VR China**

Der Besuch von Egon Krenz und seiner Delegation vom 25. September bis 2. Oktober 1989 war der letzte offizielle Kontakt zwischen Berlin und der VR China. Die politische Lage in der DDR entwickelte sich rasch zum Zusammenbruch im Jahr 1990.

Auf Einladung der DDR reiste eine chinesische Delegation unter der Leitung von Yao Yilin, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas und Stellvertretender Ministerpräsident, im Oktober 1989 anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR nach Berlin. Der letzte hochrangige chinesische Staatsbesuch in der DDR fand im Jahr 1965 statt. Auf Einladung von

---

<sup>495</sup> Vgl. Zhao Ziyang, 2009, 赵紫阳, 2009

<sup>496</sup> Vgl. ebd.

<sup>497</sup> Meißner (1995), S. 417.

Walter Ulbricht, Vorsitzender des Staatsrats der DDR, und Willi Stoph, Ministerpräsident der DDR, schickte damals China eine Delegation unter der Leitung von Lu Dingyi, Stellvertretender Ministerpräsident, nach Berlin, um das 20. Befreiungsjahr Deutschlands zu feiern. Aufgrund des Konflikts zwischen Moskau und Beijing wurde diese Delegation in Berlin sehr reserviert behandelt; danach gab es keinen hochrangigen Kontakt mehr zwischen der DDR und der VR China.<sup>503</sup>

Beim Besuch in Berlin im Oktober 1989 traf Yao Yilin mit Erich Honecker und Willi Stoph zusammen. Ebenfalls im Oktober 1989 traf eine zweite chinesische Delegation von Vertretern der Kommunistischen Partei Chinas in Berlin ein. Diese beiden Begegnungen stellten die letzten offiziellen Kontakte vor dem Zusammenbruch der DDR zwischen beiden Parteien dar.<sup>504</sup>

Am 4. Oktober 1989 veröffentlichte die ‚Xinhua News Agency‘ einen Bericht zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR, in dem die volkswirtschaftlichen Leistungen und Erfolge der DDR-Politik zusammengefasst wurden. „*Ihr Bruttonsozialprodukt belief sich 1987 auf 260 Millionen Mark, gegenüber 29 Millionen Mark während der ersten Jahre der Republik, und seine Industrieproduktion pro Kopf der Bevölkerung hat es zur zehnstärksten Industrienation der Welt gemacht. Von 1971 bis Ende 1988 hat die DDR drei Millionen Wohneinheiten gebaut oder erneuert, und damit für neun Millionen Einwohner bessere Wohnbedingungen geschaffen. Mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 1.250 Mark (etwa 600 bis 700 US-Dollar) und mit 45 % der Familien, die über ein Auto verfügen, erfreuen sich die Ostdeutschen eines höheren Lebensstandards als die Bürger der anderen osteuropäischen Staaten und als die meisten Bürger der Welt.*“<sup>505</sup> Die Darstellung der wirtschaftlichen Leistungen verfolgte das Ziel, die Aussage zu beweisen, dass der Sozialismus besser sei als der Kapitalismus und dass die Herrschaft der kommunistischen Partei dadurch Legitimität besitze; diese Argumentation zählt zur typischen propagandistischen Strategie in allen sozialistischen Ländern.

Der ‚Republikgeburtstag‘ am 7. Oktober 1989 fand bereits unter sehr spannungsgeladenen Umständen statt mit Protestaktionen und polizeilichen Übergriffen am Rande der

---

<sup>503</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 118-119.

<sup>504</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 142.

<sup>505</sup> Xinhua News Agency, 4. Oktober 1989; siehe auch Meißner (1995), S. 419.

Festlichkeiten in Berlin.<sup>506</sup> An demselben Tag veröffentlichte die ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报) eine Kolumne mit dem Titel ‚Brillante 40 Jahre der DDR‘; in dieser Kolumne wurde berichtet, dass es der Sozialismus in der DDR geschafft habe, die großartigen politischen und wirtschaftlichen sowie technischen Leistungen in den vergangenen 40 Jahren erfolgreich zu gestalten.<sup>507</sup>

Im September und Oktober 1989 fanden zahlreiche Demonstrationen in der DDR statt, zuerst in Leipzig, später in Dresden, Halle, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Plauen, Arnstadt, Rostock, Potsdam und Schwerin. Über Hunderttausend DDR-Bürger aus dem ganzen Land nahmen an den Demonstrationen teil. Die Bürger forderten ähnlich wie in den Nachbarländern Polen und Ungarn vor allem Reisefreiheit und die Abschaffung der Zensur; nach und nach wurden weitere Forderungen formuliert wie die Legalisation der organisierten Opposition, das Mehrparteiensystem und freie Wahlen. Die SED stand unter einem hohen Entscheidungs- und Erwartungsdruck. Egon Krenz, Erich Mielke und weitere Politbüromitglieder versuchten am Abend des 16. Oktober 1989, Erich Honecker davon zu überzeugen, von seinen Ämtern zurückzutreten. Willi Stoph schlug als ersten Punkt der Tagesordnung bei der Sitzung des Politbüros am 17. Oktober 1989, in Anwesenheit von Erich Honecker, vor: „*Entbindung des Genossen Honecker von seiner Funktion als Generalsekretär und Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär.*“<sup>508</sup> Erich Mielke, Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), gab zu Protokoll, dass Erich Honecker für fast alle aktuellen Missstände in der DDR verantwortlich sei, und drohte Erich Honecker, kompromittierende Informationen, die er besitze, herauszugeben, falls er nicht zurücktrete.<sup>509</sup> In einer öffentlichen Erklärung am nächsten Tag wurde festgestellt: „*Das ZK hat der Bitte Erich Honeckers entsprochen, ihn aus gesundheitlichen Gründen von der Funktion des Generalsekretärs, vom Amt des Staatsratsvorsitzenden und von der Funktion des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zu entbinden.*“<sup>510</sup> Egon Krenz wurde per Akklamation einstimmig zum neuen Generalsekretär der SED gewählt. Am 20. Oktober 1989 trat Erich Honecker von seinen Ämtern zurück.

---

<sup>506</sup> Vgl. Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen. Zweiter Band: Deutsche Geschichte vom «Dritten Reich» bis zur Wiedervereinigung. Fünfte, durchgesehene Auflage, München, 2002

<sup>507</sup> Vgl. ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报), 7. Oktober 1989.

<sup>508</sup> Wolters, Christiane, Stasi-Unterlagen: Mielkes Geschichte im Koffer, Spiegel-Online, 31. März 2004.

<sup>509</sup> Vgl., Ebd. ; Kellerhoff, Die Welt, 25. August 2012.

<sup>510</sup> Ebd.

Ob die Kommunistische Partei Chinas über aktuelle Informationen mit Einzelheiten von der Sitzung am 17. Oktober 1989 verfügte oder ob sie auf die personellen politischen Veränderungen in der DDR respektive der SED vorbereitet war, kann bis heute durch keine öffentlich zugängliche Dokumente belegt werden. Der chinesische Parteichef Jiang Zemin sendete aus Beijing am 19. Oktober 1989 ein Glückwunsch-Telegramm nach Berlin. Er wünschte der DDR Erfolg bei dem Versuch, die auf dem Weg liegenden Schwierigkeiten zu überwinden, und brachte zum Ausdruck, dass die Beziehungen zwischen beiden Parteien und Nationen sich weiter festigen mögen. Die rasche Entwicklung in der DDR kam für China unerwartet.

Eine weitere Herausforderung für die SED-Führung bestand in der Öffnung der Grenzen von Nachbarländern der DDR. Ab dem 2. Mai 1989 erfolgte der erste Abbau von Grenzkontrollen zwischen Ungarn und Österreich; die Fluchtbewegung von DDR-Bürgern durch Ungarn in die BRD setzte ein. Am 10. und 11. September 1989 wurde die Grenze zwischen Ungarn und Österreich schließlich vollständig geöffnet. Der seit 1946 bestehende ‚Eiserne Vorhang‘ war gefallen. Kurz danach begann die Flucht zahlreicher DDR-Bürger über die nunmehr offene ungarische Grenze und über die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in der Tschechoslowakei und Polen.<sup>511</sup> In den folgenden drei Wochen flüchteten mehr als 25.000 DDR-Bürger nach Österreich. Die DDR verbot daraufhin Reisen nach Ungarn; aber das war nur noch eine Randnotiz. Die Fluchtwelle war nicht mehr zu stoppen. Bis zum Fall der Berliner Mauer verließen etwa 50.000 Menschen die DDR in Richtung Bundesrepublik Deutschland;<sup>512</sup> diese Fluchtbewegung trug zum Zusammenbruch der DDR wesentlich bei.

Über die politische Situation und Entwicklung in der DDR wurde in der VR China unter sehr strengen Zensurbedingungen berichtet, wobei die chinesische Öffentlichkeit keine Informationen über den tatsächlichen Verlauf des gesellschaftlichen Umbruchs und des Niedergangs der SED erhielten, sondern lediglich mit propagandistischen Hinweisen wie beispielsweise die ungerechten Verhältnisse im Kapitalismus versorgt wurde. Im November 1989 publizierte die ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报) eine Repor-

---

<sup>511</sup> Vgl. Ehtreiber, Ewald: Stichwort „Eiserner Vorhang“ in: Oswald Panagl / Peter Gerlich (Hg.): Wörterbuch der politischen Sprache in Österreich. öbv, Wien, 2007; Karner/Stehlik (Hg.): Österreich. Tschechien. geteilt – getrennt – vereint, Beitragsband und Katalog der Niederösterreichischen Landesausstellung 2009. Schallaburg 2009

<sup>512</sup> Vgl. Gaddis, John Lewis, Der kalte Krieg. Eine neue Geschichte. Pantheon und Siedler Verlag, München, 2008, S. 323, Englische Ausgabe: The Cold War. A New History. Allen Lane, New York, 2007

tage über zwei ehemalige DDR-Bürger, die über ihre Erlebnisse in der BRD berichteten:<sup>513</sup> „[...] man behandelte sie nicht als Gleichberechtigte. Sie hatten dort keine eigene Wohnung, keinen festen Job und kein gesichertes Leben. Die Arbeitgeber behandelten die beiden nicht gleichberechtigt und bezahlten ihnen pro Stunde nur 4 DM, während sie den Arbeitnehmern vor Ort für dieselbe Arbeit pro Stunde 17 DM bezahlten. Die Miete war unerträglich teuer. Die Miete eines Zimmers ohne Warmwasser und Heizung betrug 654 DM pro Monat [...].“

### **Letztes Treffen zwischen Erich Honecker und Michail Gorbatschow**

Am 28. Juni und 7. Oktober 1989 trafen sich Erich Honecker und Michail Gorbatschow – vor dem Zusammenbruch der DDR und der UdSSR – letztmalig zu einem persönlichen Gespräch. Michail Gorbatschow erläuterte Erich Honecker die Notwendigkeit von politischen Reformen; er wisse, dass die DDR-Führung diese neue Entwicklung nicht unterstütze, aber es gebe keinen anderen Weg. Dieser Weg sei das Schicksal der Sowjetunion, aber nicht nur ihr Schicksal, sondern unser gemeinsames Schicksal.<sup>514</sup>

Erich Honecker fragte Michail Gorbatschow, was die UdSSR in der Zukunft erwarte. Gorbatschow antwortete ihm, dass unter der Voraussetzung, dass die KPdSU aus dem Kongress der Volksdeputierten die richtigen Konsequenzen und Lehren ziehe, sie ihre Aktivität stark entfalte und den erforderlichen Stand erreiche, werde nichts Schlimmes passieren.<sup>515</sup> Obgleich die Spannungen in der Sowjetunion gegenwärtig ihren Höhepunkt erreicht haben, kann sich von einigen Ausnahmen abgesehen die Mehrheit des sowjetischen Volkes weder in der Gegenwart noch in der Zukunft ein Leben ohne den Sozialismus oder außerhalb des Sozialismus vorstellen.<sup>516</sup>

Die Sowjetunion, so Gorbatschow weiter, habe eine schwierige, komplizierte Geschichte, vor allem was die Stalinzeit betreffe.<sup>517</sup> Erich Honecker bekräftigte, dass die Kom-

---

<sup>513</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 420-421; Zwei Bürger des demokratischen Deutschland sprechen über ihre Begegnung mit Westdeutschland/keine eigene Wohnung/keine feste Arbeit/keine Sicherheit im Leben (民德两公民谈在西德的遭遇/没有自己住所/没有固定工作/生活没有保证), Renmin Ribao (人民日报), 5. November 1989.

<sup>514</sup> Vgl. Küchenmeister (1993), S. 209, Dokument 19, Niederschrift des Arbeitstreffens des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, am 28. Juni 1989 in Moskau.

<sup>515</sup> Vgl. ebd., S. 217.

<sup>516</sup> Vgl. ebd., S. 210.

<sup>517</sup> Vgl. ebd., S. 213.

unisten und alle Bürger der DDR mit großem Interesse und großer Anteilnahme die Entwicklung in der Sowjetunion verfolgen. Die DDR-Bürger sehen selbstverständlich die Kompliziertheit der Situation und die neuen Probleme, die hervortreten. Der Grundton sei jedoch die Freundschaft zur Sowjetunion, die Kampfgemeinschaft mit der KPdSU. Auf der 8. Tagung des ZK der SED sei diese Solidarität erneut unterstrichen worden.<sup>518</sup>

In dem Vier-Augen-Gespräch erinnerte sich Michail Gorbatschow an eine Frage von Helmut Kohl, dem Bundeskanzler der BRD, wie die DDR zur Umgestaltung in der UdSSR stehe. Er habe gegenüber Helmut Kohl die DDR verteidigt: „*Was wir in der Sowjetunion heute im Rahmen der Umgestaltung tun, hat man in der DDR vor 10 bis 15 Jahren begonnen. Ihnen ist dort viel gelungen; sie brauchen nicht unsere Umgestaltung nachzumachen, sondern müssen ihren eigenen Weg gehen. Auch die Sowjetunion studiere die Erfahrungen der DDR, so zum Beispiel im Genossenschaftswesen, wo es sehr kluge und interessante Lösungen gebe. Diese Fragen seien in der Sowjetunion noch nicht in Ordnung. Auch die Sozialpolitik der DDR, vor allem die Lösung der Wohnungsfrage, sei für die Sowjetunion sehr interessant.*“<sup>519</sup>

Am 4. November 1989 fand die erste von der SED genehmigte Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin statt, an der über 200.000 DDR-Bürger teilnahmen. Sie forderten die Gewährung von in der DDR-Verfassung enthaltenen Bürgerrechten, Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie einen Gewaltverzicht der staatlichen Sicherheitsbehörden. Diese Demonstration gilt als Meilenstein der friedlichen Revolution in der DDR.<sup>520</sup> Ein Tag später veröffentlichte die chinesische Presse (Guangmin Ribao (光明日报)) einen Kommentar mit dem Titel „*Kann sich aus dem Vergleich beider deutscher Staaten die Niederlage des Sozialismus ergeben?*“<sup>521</sup> Der Artikel argumentierte gegen die Auffassung, dass die DDR gescheitert sei, und konzentrierte sich auf die wirtschaftliche Lage in der DDR. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich die Grundlagen der DDR und der BRD wesentlich voneinander unterschieden; die DDR erhielt Unterstützung von der UdSSR, die BRD von den USA: „*Diese Unterstützung [der DDR durch die UdSSR] war jedoch nicht mit dem Kapitalexport der kapitalistischen Länder*

---

<sup>518</sup> Vgl. ebd., S. 210.

<sup>519</sup> Küchenmeister (1993), S. 219.

<sup>520</sup> Vgl. Kowalcuk (2009).

<sup>521</sup> Meißner (1995), S. 421-423.

*unter der Führung der USA in die BRD vergleichbar [...].“<sup>522</sup> Anhand eines Vergleichs des Verlaufs des Bruttonsozialprodukts zwischen der DDR und der BRD kommt der Autor des Artikels zu dem Ergebnis, dass die Wirtschaft der DDR erfolgreicher gewesen wäre als die der BRD. „Nach 1980 geriet die BRD in eine dreijährige Wirtschaftsrezession. 1980 ist das Bruttonsozialprodukt um 1,8 % gestiegen. 1981 ist das Bruttonsozialprodukt um 0,3 %, 1982 um 1,1 % gesunken. Seit 1983 hat sich die Wirtschaft langsam erholt. Das Bruttonsozialprodukt stieg in jenem Jahr um 1,3 %, 1987 um 1,7 %. Die Wirtschaft der DDR entwickelte sich dagegen in der ersten Hälfte der 80er Jahre stetig und stabil. Das Einkommen der Bevölkerung stieg durchschnittlich um 4,5 % pro Jahr. 1987 stieg es um 4 % und übertraf damit das Entwicklungstempo der BRD zur gleichen Zeit. Die Entwicklung der DDR ging hauptsächlich auf die Kollektivierungsmaßnahmen und die Erhöhung der Produktivität zurück. Zwischen 1970 und 1982 ist die Produktivität um 73 % gestiegen. Der 40-jährige Aufbau des Sozialismus war damit ein riesiger Erfolg. [...] Auch die Ökonomen der BRD müssen zugeben, dass man auf die Steigerungsrate der Wirtschaft der DDR wirklich ‚stolz‘ sein kann. Kann man daher sagen, dass der Sozialismus gescheitert ist?“<sup>523</sup> 1989 wäre die DDR ohne die finanzielle Unterstützung durch die BRD zahlungsunfähig gewesen.<sup>524</sup> Um ihre Staatseinnahmen zu erhöhen, wurden sogar DDR-Dissidenten an die BRD verkauft.<sup>525</sup>*

Für den Autor der Kolumne stehen die („konkreten historischen und wissenschaftlichen“) Vorzüge des sozialistischen Systems der DDR gegenüber dem kapitalistischen System der BRD fest. „Durch den konkreten historischen und wissenschaftlichen Vergleich der Entwicklung beider deutscher Staaten können wir zusammenfassend feststellen, dass das sozialistische System natürlich einen Reifungsprozeß benötigt. Dennoch sind die Vorzüge des Systems in der kurzen Zeit, auch seine starke Lebenskraft und seine breite zukünftige Entwicklung, von Anfang an klar zutage getreten.“<sup>526</sup> Zu den Fragen, warum beispielsweise die DDR-Bürger in den Westen flüchteten, warum es eine so große Zahl von Beamten und Informanten des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) gab, die die

---

<sup>522</sup> Ebd., S. 422.

<sup>523</sup> Meißner (1995), S. 423.

<sup>524</sup> Vgl. Blessing/Damm/Werner, Die Schulden des Westens. Wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird, Selbstverlag Klaus Blessing; Auflage: 1 (1. Januar 2005),

<sup>525</sup> Vgl. Die Bilanz des 26-jährigen ‚Häftlingshandels‘ („Geld gegen Freiheit“) zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland ergab für die Freilassung von 33.755 DDR-Häftlingen eine Summe von 3.436.900.755,12 DM, siehe Quillfeld (2010).

<sup>526</sup> Meißner (1995), S. 423.

DDR-Bürger flächendeckend beobachteten, oder warum im Jahr 1961 die Berliner Mauer errichtet worden war, lieferte der Artikel keine Erklärung, obgleich solche Fragen, Ereignisse und Sachverhalte als Kernfaktoren der allgemeinen Unzufriedenheit der Bevölkerung zum Zusammenbruch der DDR führten.

Nach der Absetzung von Erich Honecker am 18. Oktober 1989 übernahm Egon Krenz die Macht als Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, kurz danach am 24. Oktober 1989 auch als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED am 18. Oktober 1989 gab Egon Krenz das Ziel der SED bekannt. „*Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wiedererlangen.*“<sup>527</sup> Am 4. November 1989 fand eine große Demonstration in Berlin statt, an der über eine halbe Million DDR-Bürger teilnahmen. In Anbetracht des starken politischen Drucks und der schlechten finanziellen Situation trat die Regierung der SED am 7. November 1989 zurück. Während des Besuchs von Egon Krenz in Moskau behauptete er, dass die Entwicklung in der DDR positiv sei; kurze Zeit später bezeichnete er den Besuch in Moskau als ‚Fehler‘. Einen positiven Beitrag in der Geschichte der DDR leistete Egon Krenz durch seine Anordnung: ‚Die Anwendung der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.‘

Am 9. November 1989 wurde die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten geöffnet und das Symbol des Kalten Krieges – die Berliner Mauer – fiel. Die chinesische Berichterstattung über dieses welthistorische Ereignis nahm dieses Mal eine neutrale Stellung ein, wobei auch die Massenflucht und Protestdemonstrationen nicht verschwiegen wurden. „*Das demokratische Deutschland gibt die Öffnung der Grenze bekannt. [...] das Mitglied des ZK der SED Günter Schabowski hat gestern auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben, dass die Bürger des demokratischen Deutschlands ab sofort aus dem demokratischen Deutschland ins Ausland reisen dürfen und Begründungen für mehrmehrige Aus- und Einreisen nicht mehr nötig sind. Dieser Schritt bedeutet, dass das demokratische Deutschland in der Tat die Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten sowie zwischen Ost- und Westberlin geöffnet hat. Das ist das erste Mal in der 40jährigen Geschichte des demokratischen Deutschlands. Das Innenministerium Westdeutschlands soll sich schon darauf vorbereitet haben, die voraussichtlich große Anzahl von Bürgern*

---

<sup>527</sup> Neues Deutschland, 19. Oktober 1989.

*des demokratischen Deutschlands willkommen zu heißen. Dem Innenministerium zufolge wird jeder nach Westdeutschland einreisende Bürger des demokratischen Deutschlands aufgenommen. Eine Abschiebung soll nicht stattfinden [...]. Die bekannte Schriftstellerin des demokratischen Deutschlands, Christa Wolf, soll im Fernsehen an die Bürger des demokratischen Deutschlands appelliert haben, in der Heimat zu bleiben und an den Reformen teilzunehmen [...].*<sup>528</sup>

Moskau verhielt sich zu den Ereignissen am 9. November 1989 und zum Fall der Berliner Mauer neutral und positiv. Aufgrund des ‚Tian’anmen-Massakers‘ im Juni 1989 befand sich die politische Beziehung zwischen Beijing und Bonn auf einem Tiefpunkt. Beijing betrachtete die Bundesrepublik Deutschland in dieser Phase als ‚feindlich‘.<sup>529</sup>

Am 14. Dezember 1989 veröffentlichte die ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报) erstmals einen offiziellen Kommentar zur ‚Frage der deutschen Vereinigung‘. Die Vorstellung einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten fand keine Sympathie. Nach dem Zweiten Weltkrieg befand sich China von 1946 bis 1949 in einem Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Guomindang (Chinesische Nationalpartei), aus dem Mao Zedong als Sieger hervorging; sein Kontrahent Chiang Kaishek und seine Anhänger zogen sich auf die Insel Taiwan zurück. Die VR China betrachtet Taiwan seither als Provinz der VR China. Alle Staaten, die diplomatische Beziehungen zur VR China aufnehmen wollen, müssen die politische Doktrin der ‚Ein-China-Politik‘<sup>530</sup> anerkennen. Die Wiedervereinigung Deutschlands betrachtete die VR China als einen Sieg der BRD über die DDR respektive als einen Sieg des Kapitalismus in der BRD und eine Niederlage des Sozialismus in der DDR. Die Frage, ob die VR China ebenfalls in Zukunft durch die ‚Deutsche Methode‘ mit Taiwan wiedervereinigt werden könnte, stellt sich für Beijing nicht, da Beijing Taiwan als eine Provinz von China betrachtet, nicht als ein anderer, souveräner Staat. Aus diesem Grund lässt sich auch keine gleichwertige Beziehung herstellen zwischen dem Festland China und der Insel Taiwan wie zwischen der BRD und der DDR.<sup>531</sup> In dem Kommentar wurde das ‚Zehn-Punkte-Programm‘ von

---

<sup>528</sup> Meißner (1995), S. 423 f.

<sup>529</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 222-226.

<sup>530</sup> ‚Ein-China-Politik‘: „Die Regierung der Volksrepublik China ist die alleinige rechtmäßige Regierung von ganz China [...] und Taiwan ist unveräußerlicher Bestandteil des Territoriums der Volksrepublik China.“

<sup>531</sup> Vgl. The Taiwan Question and Reunification of China, Taiwan Affairs Office & Information Office of the State Council, the People’s Republic of China, August 1993, Beijing.

Helmut Kohl über den schrittweisen Vollzug der deutschen Vereinigung indirekt kritisiert, indem der Autor des Artikels die kritischen und ablehnenden Stimmen aus der DDR, der UdSSR, den USA und aus Westeuropa sowie dem ‚Warschauer Pakt‘ und der NATO heranzog und zitierte. Die chinesischen Berichte nach der ‚offiziellen‘ deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 bis 1992 stellen vor allem die negativen Seiten des deutschen Vereinigungsprozesses dar, berichten zum Beispiel über die wirtschaftlichen und zwischenmenschlichen Probleme und die steigende Kriminalität.<sup>532</sup>

Am 3. Dezember 1989 wurde Erich Honecker aus der SED ausgeschlossen; es begann seine Flucht vor einem deutschen Haftbefehl nach Moskau im März 1991 bis zu seiner Ausreise nach Santiago de Chile im Januar 1993. Das letzte offizielle Abkommen zwischen der DDR und der VR China (,Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den Außenministerien‘) wurde im Februar 1990 abgeschlossen.<sup>533</sup> Am 12. September 1990 wurde der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (,Zwei-plus-Vier-Vertrag‘) in Moskau unterzeichnet, womit die Einheit Deutschlands auch völkerrechtlich seine Anerkennung und Legitimation fand.<sup>534</sup> Am 3. Oktober 1990 erfolgte die Wiedervereinigung Deutschland in Form eines Beitritts der DDR an die BRD, sodass auch die bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China zu ihrem historischen Abschluss und Ende kamen.

Die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China brachen tatsächlich bereits zu einem früheren Zeitpunkt ab. Die am 5. April 1990 erstmals und gleichzeitig letztmals frei gewählte Volkskammer der DDR gab bei ihrer 11. Tagung am 7. Juni 1990 eine gemeinsame Erklärung über die Ereignisse vom 3. und 4. Juni 1989 in der VR China bekannt, in der die VR China zur Aufrechterhaltung der bilateralen Beziehungen mit der DDR aufgefordert wurde, die Achtung der Menschenrechte zur Grundlage ihrer Außenpolitik zu machen.

*„Vor einem Jahr, in der Nacht vom 3. zum 4. Juni 1989, ließ die chinesische Führung die gewaltfreien Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking niederschlagen. [...] Am 8. Juni 1989 gab die Volkskammer der DDR eine Erklärung*

---

<sup>532</sup> Leutner (1996), S. 320.

<sup>533</sup> Siehe Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3 vom 31. Januar 1992.

<sup>534</sup> Siehe Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 14. September 1990, Nr. 109, S. 1153-1156.

*„Zu den aktuellen Ereignissen in der Volksrepublik China“ ab, mit der der militärische Einsatz auf dem Platz des Himmelschen Friedens gerechtfertigt wurde. [...] Die erste frei gewählte Volkskammer der DDR bedauert jene Erklärung. Die Mitglieder der Volkskammer gedenken in tiefer Trauer der Opfer. [...] Im Bewußtsein, dass das mutige Eintreten der Pekinger Demonstranten auch der jungen Demokratiebewegung in der DDR wesentliche Impulse verliehen hat und in Kenntnis dessen, dass sie sie noch im Oktober 1989 in Gefahr war, ein ähnliches Schicksal zu erleiden, geben die Mitglieder der Volkskammer ihrer Hoffnung Ausdruck, dass auch in China eine demokratische Entwicklung möglich wird. [...] Bis zum heutigen Tage werden Menschenrechtsverletzungen in China bekannt, insbesondere in Tibet. [...] Einer positiven Entwicklung der bilateralen Beziehung Hoffnung gebend, erwartet die Volkskammer der DDR von der Regierung der Volksrepublik China, dass sie die Menschenrechte respektiert, die politischen Gefangenen freiläßt und den Dialog mit politisch Andersdenkenden aufnimmt. [...] Die Volkskammer erwartet von der Regierung und den Wirtschaftsunternehmen der DDR, dass sie dafür Sorge tragen, dass Menschenrechte nicht den Wirtschaftsinteressen geopfert werden, sondern zur Grundlage für die Gestaltung der Außenbeziehungen gemacht werden.“*

Die Forderung nach der Einhaltung der Menschenrechte, wie sie in der ‚Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte‘ der Vereinten Nationen (UN-Menschenrechtscharta) festgehalten wird, bildet auch in der gegenwärtigen Beziehung zwischen der BRD und der VR China ein Hauptthema. Der chinesischen Öffentlichkeit ist die Erklärung der letzten Volkskammer der DDR vom 7. Juni 1990 nicht bekannt; die bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China wurden daraufhin sofort abgebrochen; zwischen beiden Regierungen gab es keine offiziellen Kontakte mehr.

Angesichts der raschen politischen Wende in der DDR und in Osteuropa veränderte die VR China ihre außenpolitische Haltung sehr schnell. Bereits am 3. Oktober 1990 erklärte Wu Xueqian, Stellvertretender Ministerpräsident der VR China, bei einem Treffen mit dem Botschafter der BRD, Hannspeter Hellbeck: „*Die chinesische Regierung und das chinesische Volk verstehen und unterstützen den Wunsch des deutschen Volkes nach Vereinigung und wir sympathisieren mit ihm. Wir respektieren dessen Wahl und freuen uns, dass Deutschland seine Einheit schließlich in Frieden verwirklicht hat [...]. Regierung und Volk von China hofften, dass die Vereinigung Deutschlands zur Erhaltung des Friedens und der Stabilität in Europa und der Welt und zur Entwicklung beitragen wer-*

*de [...].“<sup>535</sup> Die plötzliche Veränderung der chinesischen Position gegenüber der Frage einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten erscheint im Rückblick allerdings weniger überraschend; seit 1978 konzentriert sich die Kommunistische Partei Chinas auf die wirtschaftliche Modernisierung des Landes, wobei ideologische Prinzipien und politische Überzeugungen eine zunehmend geringere Bedeutung in den Entscheidungsverfahren der KPCh einnehmen. Deng Xiaoping und die KPCh glauben, dass nur durch einen wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und durch die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung die Herrschaft der Partei gesichert werden kann. Diese Überlegung bildet das parteipolitische Hauptmotiv für die Reform- und Öffnungspolitik Chinas.*

Am 2. Oktober 1990 fand die Verabschiedungszeremonie der DDR in Berlin statt; die Regierung lud zu diesem Akt alle ausländischen diplomatischen Vertretungen und Botschaften in Berlin ein. Am 3. Oktober 1990 verließ Zhang Dake (张大可), der letzte Botschafter Chinas in der DDR, Berlin in Richtung Beijing. Die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China waren damit beendet. Ein Jahr später, im Dezember 1991, unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der Russischen Föderation, der Ukraine und von Belarus die ‚Belowescher Vereinbarung‘, nach der die Auflösung der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) offiziell beschlossen wurde. Seitdem erhält die VR China kaum mehr politisch-ideologische Unterstützung von außen, das heißt von anderen sozialistischen Staaten, ähnlich der Situation der DDR in den 1980er-Jahren.

### **DDR und Taiwan**

Taiwan als offizielle Provinz der VR China galt für die Führung der DDR als attraktiver Handelspartner. Bei der Entscheidung über die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Unternehmen aus Taiwan oder in Fragen des Tourismus berücksichtigte die DDR-Führung zu jeder Zeit die aktuelle Position der chinesischen Führung in Beijing. Auf politischer Ebene bestanden keine Kontakte mit Taipei. Im Jahr 1980 besuchte Günther Birke erstmals Taiwan;<sup>536</sup> in den 1980er-Jahren fanden weitere Reisen von DDR-Bürgern nach Taiwan statt, die mit Reisepässen und Genehmigungen vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) ausgestattet waren.

---

<sup>535</sup> Leutner (2006), S. 355.

<sup>536</sup> Vgl. Brief von der Abteilung Ferner Osten an Ministerium für Außenhandel Entwicklungsländer II/SOA Gen. Dr. Kasper, 18.12.1980, PA AA, MfAA, ZR 2575/90.

Die Außenhandelsunternehmen der DDR erhielten am 1. März 1980 die Genehmigung, unter Kontrolle des Ministers für Außenhandel der DDR vorteilhafte Geschäftsmöglichkeiten mit Unternehmen in Taiwan im Rahmen der Absatz- und Bezugsinteressen der DDR zu nutzen. Touristen aus Taiwan wurde gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet, in die DDR einzureisen. Diese Maßnahmen führten zu einer Aufnahme des Post- und Fernmeldeverkehrs mit Taiwan, wobei die chinesische politische Doktrin beachtet wurde, keine diplomatischen Kontakte mit Taiwan aufzunehmen („Ein-China-Prinzip“). Es bestand kein Kontakt zu taiwanesischen Behörden; die Bezeichnung „Republic of China“ wurde nicht verwendet. Unternehmen aus Taiwan durften in den 1980er-Jahren an der Leipziger Messe teilnehmen, die unter der Bezeichnung „Taiwan“ geführt werden mussten. Die Flagge von Taiwan wurde von den DDR-Organen nicht gezeigt. Für die Teilnehmer aus Taiwan im Rahmen von Konferenzen und anderen internationalen Veranstaltungen galten besondere Bestimmungen.<sup>537</sup>

Im Jahr 1987 belief sich das offizielle Volumen der Lieferung von Erzeugnissen aus der DDR an Unternehmen in Taiwan auf ca. 2 bis 3 Millionen US-Dollar. Es war bekannt, dass sich weitere Waren aus der DDR auf dem Markt in Taiwan befanden.<sup>538</sup> Der Botschafter der VR China in der DDR bedankte sich in einem Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Ferner Osten für diese Informationen und wiederholte, dass alle Länder, die diplomatische Beziehungen zur VR China unterhalten, keine Beziehungen zu Taiwan durch staatliche und halbstaatliche Organe aufnehmen dürfen. Gegen die inoffiziellen Handelsbeziehungen mit Taiwan erhob die VR China keine Einwände.<sup>539</sup>

Der DDR-Führung war bekannt, dass die Führung der VR China umfangreiche Handels-, Verkehrs-, Wissenschafts-, Kultur- und Touristikbeziehungen von Ländern wie Japan, der USA und anderer westlicher Staaten mit Taiwan duldet; eine militärische Unterstützung für Taiwan, zum Beispiel von den USA, wurde von der VR China streng

---

<sup>537</sup> Vgl. Brief an Eiteljörge von der Abteilung Ferner Osten an Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen Abteilung Ausland XX, 15. Juli 1988, PA AA, MfAA, ZR 2575/90.

<sup>538</sup> Vgl. Vermerk über ein Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Außenhandel, Genossen Jochen Steyer, mit dem Botschafter der VR China in der DDR, Ma Xusheng, am 19. November 1987, PA AA, MfAA, ZR 2575/90.

<sup>539</sup> Vgl. Vermerk über ein Gespräch des Leiters der Abteilung Ferner Osten, Gen. Zorn, mit dem Botschafter der VR China in der DDR, Gen. Ma Xusheng, am 23. Oktober 1987 im PA AA, MfAA, Abteilung Ferner Osten, Berlin, 26. Oktober 1987, PA AA, MfAA, ZR 2575/90.

untersagt. Ende der 1980er-Jahre ermöglichte die chinesische Führung schließlich den unmittelbaren Kontakt mit taiwanesischen Unternehmen und Behörden.<sup>540</sup>

### **3 Die ökonomische Beziehung zwischen der DDR und der VR China**

#### **3.1 Die Entwicklung des Außenhandels seit 1980**

Der Außenhandel und die Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technischen Bereich zwischen der DDR und der VR China wurde Ende der 1970er-Jahre wegen des chinesisch-vietnamesischen Krieges abgebrochen. Nach dem ersten Kontakt seit 1980 wurde die Zusammenarbeit wieder aufgenommen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China entwickelte sich besonders in den 1980er-Jahren gut und stabil.<sup>541</sup> Diese Beschreibung der bilateralen Handelsbeziehungen findet sich auch in den chinesischen Publikationen bestätigt. Bei jedem Kontakt mit der DDR in den 1980er-Jahren erklärten die Vertreter der VR China, dass die VR China auf den Gebieten der Wirtschaft und Technik eine engere Zusammenarbeit mit der DDR anstrebe, um die Anziehungskraft des Sozialismus zu erhöhen und die Führung der Kommunistischen Partei Chinas zu stärken. Bei den Handelsbeziehungen zu anderen sozialistischen Ländern nahm die Ideologie eine wichtige Stellung ein. In den 1980er-Jahren zeigte Beijing zu den kapitalistischen Ländern wie BRD und Japan und den USA jedoch ein deutlich stärkeres Interesse, weil diese Beziehungen für den wirtschaftlichen Aufbau Chinas eine wesentlichere Funktion erfüllten.

Von 1949 bis 1980 schlossen beide Regierungen lediglich ein Handelsabkommen ab,<sup>542</sup> außer den jährlich aktualisierten Abkommen über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr. In den 1980er-Jahren unterzeichneten beide Regierungen über vierzig Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf fast allen Gebieten. Die wirtschaftlichen Kontakte beziehungsweise der bilaterale Handel wurde selbst dann nicht unterbrochen, wenn die politischen Beziehungen wie in den Jahren von 1964 bis 1980 aufgrund der Spannungen zwischen Moskau und Beijing nahezu unterbrochen waren. Die DDR verfolgte mit den Handelsbeziehungen mit der VR China das Ziel, zur

---

<sup>540</sup> Vgl. Zur Frage von Kontakten DDR-Taiwan (Quelle: Abt. FO) PA AA, MfAA, ZR 2575/90.

<sup>541</sup> Zu den Beziehungen DDR-VR China, PA AA, MfAA, ZR 21/87, S. 1.

<sup>542</sup> Siehe Vertrag vom 18. Januar 1960 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über Handel und Seeschifffahrt (GBI. 1960 I, S. 265, S. 143), Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3 vom 31. Januar 1992.

Stabilisierung der wirtschaftlichen und innenpolitischen Lage der DDR beizutragen. Durch den Handel mit der VR China versuchte die DDR, ihren Rohstoffbedarf zu decken. Das jeweilige Handelsvolumen stieg auch bis 1989 jährlich an. Die DDR spielte eine sehr wichtige Rolle in der Modernisierung der VR China. In den 1950er-Jahren lieferte die DDR sehr viele wichtige technische Produkte nach China. Ein gutes Beispiel gibt die ‚798 Fabrik‘ im Nordosten Beijings. Die ‚798 Fabrik‘ hieß offiziell ‚Beijing Nordost China Radio Geräte Vereinsbetrieb‘ (北京华北无线电联合器材厂). Sie wurde mit Unterstützung der DDR gegründet und stellte sehr wichtige elektronische Bauteile für chinesische Atomwaffen her. Solche Bauteile konnte die VR China damals nicht selbst produzieren. Ein anderes bekanntes Projekt ist das ‚Schleifscheibenwerk‘ (郑州第二砂轮厂)<sup>543</sup> in Zhengzhou. Es gab damals insgesamt 406 Projekte in der VR China, die mit der Unterstützung und der Hilfe von der Sowjetunion projektiert und durchgeführt wurden. Dieses Projekt in Zhengzhou wurde allerdings nicht mit Unterstützung der UdSSR, sondern der DDR verwirklicht; es wurde daher von den Chinesen als ‚das 407. Projekt‘ bezeichnet. Das ‚Schleifscheibenwerk‘ nimmt eine wichtige Bedeutung für die chinesische Industrie und Verteidigungsbereitschaft in den 1950er- bis 1990er-Jahren ein. Trotz des zwischenzeitlichen Bruches des Verhältnisses zwischen der UdSSR und der VR China wurde das Projekt über neun Jahre nicht unterbrochen, sondern fortgesetzt. Neben der Versorgung mit technischen Produkten lieferte die DDR damals auch Stahl, unterschiedliche Maschinen, Lastkraftwagen, Züge, naturwissenschaftliche Geräte, Harnstoff, Kalisalz usw. Alle diese Geräte und Produkte wurden für den wirtschaftlichen Aufbau der VR China dringend benötigt. Die VR China exportierte meistens Naturalien wie Reis, Tee, Tabak, Seide, Porzellan, Textilien, Kunstwerke, Schweinefleisch, Borsten, Dosen mit Frucht und Gemüse usw. in die DDR. Während des Staatsbesuches von Erich Honecker im Jahr 1986 wurden beispielsweise Verträge über den Import von Textilien zur Versorgung der Bevölkerung der DDR im Jahr 1987 in Höhe von 600 Millionen Mark abgeschlossen. Die Lieferungen der VR China zur Versorgung der Bevölkerung der DDR umfassen:

20,0 Mio. Stück	Untertrikotagen
3,0 Mio. Stück	Kinderoberbekleidung

---

<sup>543</sup> Meißner (1995), S. 273, SAPMO-BArch, ZPA IV 2/610/180.

1,5 Mio. Stück	Arbeits- und Berufsbekleidung
1,4 Mio. Stück	Herrenhemden
600.000 Stück	Herrennachtwäsche
300.000 Stück	Kindernachtwäsche
600.000 Stück	Frottiertücher
19,0 Mio. Stück	Taschentücher
15,0 Mio. lfd. Meter	Baumwollgewebe
1,0 Mio. m <sup>2</sup>	Natureidengewebe
500.000 kg	Bettfedern

**Abbildung 6: Textilimporte der DDR aus der VR China im Jahr 1987**

Aufgrund des Embargos von den westlichen Industrieländern zählten die UdSSR und die DDR zu den wenigen wissenschaftlich-technischen Lieferquellen für die Modernisierung Chinas.

Der bilaterale Handel zwischen der DDR und der VR China wurde in US-Dollar und in Schweizer Franken verrechnet. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet spielte die antikapitalistische Propaganda keine Rolle; weder die Mark (M) der DDR noch der Renminbi (RMB) der VR China wurden als Handelswährung verwendet. Da die VR China nicht zum ‚Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ (RGW) gehörte, wurde auch der Russische Rubel (R) nicht als Handelswährung eingesetzt.

In den 1980er-Jahren exportierte die chinesische Wirtschaft neben den traditionellen Rohstoffen und Naturalien vermehrt auch industrielle Produkte wie Messgeräte, Reifen oder Werkzeugmaschinen in die DDR. Aufgrund der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung stieg der Bedarf an moderner Technik und modernen Produkten in der VR China an. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern stieg daher in den 1980er-Jahren stetig an. Die sich gut entwickelnde politische Beziehung trug zum Wachstum der Wirtschaftskooperation bei und umgekehrt.

Seit 1950 wurde für den bilateralen Handel ein jährliches Abkommen über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr zwischen der DDR und der VR China unterzeichnet. Das Abkommen von 1980 wurde am 2. April 1980 abgeschlossen. Die DDR importierte hauptsächlich Naturprodukte und Rohstoffe aus der VR China wie Reis, Tabak, Tee, Seide, Baumwolle, Porzellan, Bekleidung, Schweinefleisch, Darmhaut und Wolframerz;

die DDR sollte Industrieprodukte wie Werkzeugmaschinen, Reifen und Messinstrumente aus der VR China erhalten. Obgleich das Volumen des bilateralen Handels stieg, verfolgten beide Länder unterschiedliche Ziele. Die vereinbarten Liefermengen konnten oftmals nicht erreicht werden. „*Bei Verhandlungsbeginn erklärte die chinesische Seite nochmals, dass sie von den angebotenen DDR-Exporten nur 140 Mio. M in das Handelsabkommen für 1983 übernehmen kann. In den Beratungen konnte eine Erhöhung um 47 Mio. M durchgesetzt werden [...]. In einem einseitigen Brief an den Leiter der chinesischen Delegation wurde die Bereitschaft der DDR zur Lieferung von Kühlwagons 1984 und 1985 und zum Abschluss entsprechender langfristiger Verträge zum Ausdruck gebracht.*“<sup>544</sup>

Anfang der 1980er-Jahre unterzeichneten die DDR und die VR China zahlreiche Handelsabkommen. Die DDR versuchte durch vertragliche Vereinbarungen mit der VR China gute und stabile Voraussetzungen zu schaffen, um ein weiteres Absinken des Handelsvolumens zu verhindern. Obwohl die Ergebnisse fast 24 Prozent unter dem des Jahres 1979 lagen und lediglich durch die Erhöhung des Exports von Rohstoffen und Halbfabrikaten erzielt wurden, ging der Anteil weiter zurück und machte 1983 nur noch etwa 31 Prozent aus.<sup>545</sup> Im Jahr 1981 ging der bilaterale Handel im Vergleich zu 1980 um nahezu 50 Prozent zurück.<sup>546</sup> Diese negative Entwicklung prägte den Handel in den 1980er-Jahren. Das Abkommen von 1982 sah beispielsweise eine Steigerung des Handelsvolumens um 7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr vor, was in der Praxis jedoch nicht umgesetzt werden konnte. Die DDR-Führung entfernte sich in den 1980er-Jahren Jahr für Jahr von dem bisher höchsten Handelsvolumen im Jahr 1980. „*Die DDR strebt an, im Handel mit der VR China das bisher höchste Volumen (1980: 658 Mio. Sfr.) baldmöglichst wieder zu erreichen. Dazu müssen jedoch neue Formen und Möglichkeiten erschlossen werden.*“<sup>547</sup>

---

<sup>544</sup> Meißner (1995), S. 281.

<sup>545</sup> Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen der sozialistischen Länder mit der VR China im Jahre 1982 sowie Einschätzung der Jahresabkommen 1983 unter besonderer Berücksichtigung der Export- und Importwarenstruktur, VD HPA Pe 16/83, 5. Ausf., PA AA, MfAA, ZR 2513/90, S. 5.

<sup>546</sup> Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker mit dem Botschafter der VR China in der DDR, Chen Tung, auf dem Neujahrsempfang des Vorsitzenden des Staatsrates am 11. Januar 1982, PA AA, MfAA, ZR 21/87, S. 2.

<sup>547</sup> „Herbert Krolkowski, Brief Anlage, Zu den Beziehungen DDR–VR China“, PA AA, MfAA, ZR 21/87, S. 3.

Eine Analyse der Importe und Exporte der DDR aus dem Jahr 1983 zeigt, dass die DDR bei dem bilateralen Handel mit der VR China durchaus Überschüsse oder Gewinne erzielte. Dem tatsächlichen Exportvolumen der DDR in die VR China im Jahr 1983 von 341 Millionen Mark stand ein vereinbartes Exportvolumen von 187 Millionen Mark gegenüber; auch die Bilanz der Importe der DDR aus der VR China wies einen Überschuss von 147 Millionen Mark aus.

Zum Export der DDR	
1983	341 Mio. M
Mit dem Abkommen 1983 vereinbart	187 Mio. M
Nachlieferungen aus 1982	20 Mio. M
Zum Import der DDR	
1983	324 Mio. M
Mit dem Abkommen 1983 vereinbart	177 Mio. M
Nachlieferungen aus 1982	76 Mio. M

**Abbildung 7: Importe und Exporte der DDR mit der VR China im Jahr 1983**

Die DDR schätzte die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der VR China positiv ein. Bereits seit Mitte der 1970er-Jahre hatte die DDR ein erhebliches Interesse an einer Ausweitung des Handels mit der VR China:<sup>548</sup> „*Die VR China sei interessiert, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR auszubauen. Man hoffe auch auf chinesischer Seite, dass sich allmählich wieder günstigere Bedingungen für den Handel mit Maschinen und Ausriistungen, die der Exportstruktur der DDR entsprechen, entwickeln.*“<sup>549</sup>

In dem im Jahr 1983 abgeschlossenen Handelsabkommen konnte die DDR-Führung exportseitig nur 55,9 Prozent und importseitig nur 54,3 Prozent im Verhältnis zum Vorjahr vereinbaren. Als Gründe werden zum einen der veränderte chinesische Importbedarf sowie die bereits früher vereinbarten Exportmengen angegeben: „*Dies resultiert im Wesentlichen daraus, daß einerseits die chinesische Seite nicht mehr bereit war im nennenswerten Umfang Textilmaschinen zu importieren, und anderseits ein Teil der traditi-*

<sup>548</sup> Wentker (2007), S. 533.

<sup>549</sup> Meißner (1995), S. 282, SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/2/1996.

*onellen Exportpositionen der DDR bereits in der noch vor Beginn der Abkommensverhandlungen 1983 abgeschlossenen Sondervereinbarung enthalten ist.“<sup>550</sup>*

In dem Dokument aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR wird zusammenfassend festgestellt, dass ein deutlicher Rückgang des Handelsvolumens zwischen der DDR und der VR China für 1983 im Umfang von 55 Prozent zu verzeichnen ist.<sup>551</sup>

Die verantwortlichen Stellen in der DDR zeigten eine starke Motivation darin, für die VR China als attraktiver Handelspartner zu gelten. Es wurden sehr detailliert Erfolgskriterien wie Marktstrategie, Investitionspolitik, Konkurrenzfähigkeit, Preisgestaltung usw. analysiert. In der Marktstrategie der DDR sollte die Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit (WTZ) wirkungsvoller und gezielter einbezogen werden, um die Leistungsfähigkeit der Maschinenbauindustrie der DDR besser nutzen und andererseits Möglichkeiten des Exports immaterieller Leistungen besser erschließen zu können. In Anbetracht des gegenwärtigen Importbedarfs der VR China sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Rohstoffgewinnungs- und -verarbeitungsanlagen (auch Teilausrüstungen davon) aller Art anzubieten und dabei sorgfältig zu prüfen, ob im Interesse der DDR eine Bezahlung dieser Anlagen mit damit gewonnenen/verarbeiteten oder ähnlichen Rohstoffen vorgeschlagen oder akzeptiert werden kann, um den gegenwärtigen chinesischen Bemühungen um Nutzung des Kompensationshandels zu Erlangung moderner Technologien und Ausrüstungen weitestgehend Rechnung tragen zu können. Zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der DDR-Erzeugnisse wurde vorgeschlagen, die Bearbeitungszeit der Angebotsabgabe wesentlich zu verkürzen und kürzere Lieferfristen anzubieten. Bei der Preisgestaltung sollte stärker als bisher das Preisniveau der Hauptkonkurrenten Japan und Europäische Gemeinschaft berücksichtigt werden.<sup>552</sup> In den folgenden Jahren wurden diese Konzepte zur Steigerung der Attraktivität der Handelsbeziehungen mit der VR China weiter ausgebaut.

Im Jahr 1983 schlossen beide Regierungen nur ein Abkommen ab, nämlich das „*Abkommen vom 23. Juni 1983 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen*

---

<sup>550</sup> Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen der sozialistischen Länder mit der VR China im Jahre 1982 sowie Einschätzung der Jahresabkommen 1983 unter besonderer Berücksichtigung der Export- und Importwarenstruktur, VD HPA Pe 16/83, 5. Ausf., PA AA, MfAA, ZR 2513/90, S. 5.

<sup>551</sup> Ebd., S. 8.

<sup>552</sup> Ebd., S. 13-14.

*Republik und der Regierung der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens‘.<sup>553</sup>*

Im September 1984 besuchte eine chinesische Delegation unter der Leitung von Frau Chen Muhua, Staatskommissarin des Staatsrates, Ministerin für Außenwirtschaft und Außenhandel, Berlin. Während ihres Aufenthaltes führte sie Gespräche mit Willi Stoph, Vorsitzender des Staatsrates, Horst Sölle, Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR, Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR, und Dr. Herbert Weiz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Minister für Wissenschaft und Technik.

Beide Länder unterzeichneten am 17. September 1984 zwei Abkommen für eine langfristige Zusammenarbeit: *‘Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China‘* und *‘Protokoll zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über die Bildung eines Ausschusses für die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Außenhandels und der Wissenschaft und Technik‘*.<sup>554</sup>

Von 1985 bis 1989 fand jährlich eine Sitzung des Ausschusses für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels und der Technik zwischen beiden Ländern in Beijing (1985, 1987 und 1989) und Berlin (1986 und 1988) statt. Auf den Sitzungen wurden über 38 Projekte der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit beraten, wobei es bei 17 Projekten zu Abschlüssen kam.<sup>555</sup> Die VR China wollte den Produkten aus der Leicht- und Konsumgüterindustrie mehr Vorrang einräumen als den landwirtschaftlichen Produkten, wobei die DDR vor der Schwierigkeit stand, mit den Produkten aus der BRD, den USA und aus Japan nicht konkurrieren zu können.

Während des Besuches von Gerhard Schürer, Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der SED, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, in Beijing unterzeichneten die beiden Regierungen am 15. Juli 1985 das *‘Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Re-*

---

<sup>553</sup> Siehe Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3 vom 31. Januar 1992; 新华通讯社, 中华人民共和国年鉴 1983, 北京 1984, Xinhua News Agency, People’s Republic of China Year Book 1983, Beijing 1984.

<sup>554</sup> Siehe SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/3/3709.

<sup>555</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 295.

publik und der Regierung der Volksrepublik China über den Warentausch und Zahlungsverkehr in den Jahren 1986 bis 1990‘.<sup>556</sup> Vor der Unterzeichnung nahmen die Beratungen zwischen den beiden stellvertretenden Ministerpräsidenten, Gerhard Schürer und Tian Jiyun (田纪云), Stellvertretender Premierminister der VR China, mehrere Tage in Anspruch.

Im Oktober 1989 – unmittelbar vor dem Fall der Berliner Mauer – schlossen beide Regierungen ein Abkommen für 15 Jahre ab: „Abkommen zur Entwicklung der langfristigen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China (1986-2001)‘.<sup>557</sup> Im Oktober 1989 befand sich die Herrschaft der SED bereits in der Krise und die DDR stand vor dem Staatsbankrott.<sup>558</sup> Aus dieser Perspektive beinhaltete das 15-Jahre-Abkommen lediglich eine politische oder symbolische Bedeutung.

Im Jahr 1985 wurden insgesamt vier Abkommen auf den Gebieten des Post- und Fernmeldewesens, der Berufsbildung, der Verstärkung der Arbeitskontakte und der Geologie von beiden Regierungen unterzeichnet: „Vereinbarung vom 26. April 1985 zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmelde wesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Post- und Fernmelde wesen der Volksrepublik China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmelde wesens“; Vereinbarung vom 16. Mai 1985 zwischen dem Staatsekretariat für Berufsbildung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Bildungswesen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Berufsbildung“; „Vereinbarung vom 15. Juli 1985 zwischen der Staatlichen Plankommission der Deutschen Demokratischen Republik und der Staatlichen Plankommission der Volksrepublik China über die Verstärkung der Arbeitskontakte“ sowie „Protokoll vom 19. Oktober 1985 zwischen den Ministerien für Geologie der Deutschen Demokra-

---

<sup>556</sup> Siehe SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/2/2122.

<sup>557</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 294.

<sup>558</sup> Nach Gerhard Schürer war die Verschuldung der DDR im nichtsozialistischen Währungsgebiet auf eine Höhe angestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR infrage stellte. Die DDR stünde unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit, sei also bankrott. Die Schulden im Westen betrügen alles in allem 49 Milliarden Valutamark, etwa 26 Milliarden Dollar, SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2A/3252, Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989; Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR von 1975 bis 1989, S. 59, abgerufen am 20. November 2012.

tischen Republik und der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geologie‘.<sup>559</sup>

Anhand der chinesischen Dokumente betrug im Jahr 1986 das Volumen des bilateralen Handels 830 Millionen Schweizer Franken (ca. 1.109 Millionen Valuta-Mark), 33 Prozent mehr als im Vorjahr. Seit Beginn der wirtschaftlichen Zusammenarbeit stellte das Handelsvolumen im Jahr 1986 einen neuen Rekord dar.<sup>560</sup>

Im Mai 1986 besuchte Song Jian, Minister des Ministeriums für Wissenschaft und Technik der VR China, Berlin. Bei diesem Besuch fand die 2. Sitzung des Ausschusses für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels und der Technik statt. Es wurde ein Statut des Ausschusses der DDR und der VR China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (中国和民主德国科学技术合作常任委员会章程) abgeschlossen.<sup>561</sup>

Im Jahr 1986 wurden sieben Abkommen unterzeichnet. ,Grundsatzvereinbarung vom 9. April 1986 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über die Beschäftigung und Qualifizierung chinesischer Werktätiger in sozialistischen Industriebetrieben der Deutschen Demokratischen Republik‘; ,Abkommen vom 22. Mai 1986 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit‘; ,Statut vom 22. Mai 1986 des Ausschusses der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (einschließlich der Protokolle der vorangegangenen 16 Tagungen)‘; ,Objektvereinbarung vom 9. September 1986 zwischen dem Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Eisenbahnwesen der Volksrepublik China über die Beschäftigung und Qualifizierung chinesischer Werktätiger in Betrieben des VEB Kombinats Schienenfahrzeugbau der Deutschen Demokratischen Republik‘; ,Vereinbarung

---

<sup>559</sup> Siehe Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1985 (1988); Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3 vom 31. Januar 1992.

<sup>560</sup> Vgl. 中国对外经济贸易年鉴 1986, 中国对外经济贸易出版社, 北京 1986, Das statistische Jahrbuch 1986 für Außenwirtschaft und Handel, Beijing 1996, China Foreign Economic Relations & Trade Publishing House, Beijing 1986.

<sup>561</sup> Die jeweiligen Vertreter ihrer Regierungen waren Klaus Herrmann und Ma Xusheng (马旭生), siehe 新华通讯社, 中华人民共和国年鉴 1986, 北京 1987, Xinhua News Agency, People's Republic of China Year Book 1986, Beijing 1987.

vom 10. September 1986 zwischen dem Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Maschinenbau der Volksrepublik China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schweißtechnik‘; ‚Protokoll vom 18. September 1986 zwischen dem Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Handel der Volksrepublik China über weitere Zusammenarbeit‘ und ‚Abkommen vom 24. Oktober 1986 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China zur Entwicklung der langfristigen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit‘.<sup>562</sup>

Die statistischen Angaben zur Außenwirtschaft der Allgemeinen Zollverwaltung der VR China für das Jahr 1987 zeigen, dass das bilaterale Handelsvolumen insgesamt 542,92 Millionen US-Dollar betrug, wobei auf der chinesischen Seite Waren im Wert von 288,67 Millionen US-Dollar eingeführt und Waren im Wert von 254,25 Millionen US-Dollar ausgeführt wurden.<sup>563</sup> In 1988 war der Umsatz 1.336 Millionen gesteigert, im Vergleich mit 1986 nur um 12% gesteigert, jedoch nicht so optimistisch wie die chinesische Publikation behauptete.<sup>564</sup>

### **3.2 Abkommen über die langfristige Zusammenarbeit von 1986 bis 1990**

Im Mai 1987 besuchte Klaus Herrmann, Staatssekretär des Ministeriums für Wissenschaft und Technik, Beijing, um die weitere Zusammenarbeit mit den chinesischen Fachkollegen zu beraten. Vom 2. Mai bis 7. Mai 1987 fand die 3. Sitzung der Kommission für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels und der Technik in Beijing statt. Gleichzeitig wurde die XIV. Tagung des Ausschusses der DDR und der VR China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Beijing abgehalten.<sup>565</sup> Am 14. Mai 1987 unterzeichneten der Vorsitzende der chinesischen Arbeitsgruppe, Zhu Lilan (朱丽兰), und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe der DDR, Klaus

---

<sup>562</sup> Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3 vom 31. Januar 1992; 新华通讯社, 中华人民共和国年鉴 1986, 北京 1987, Xinhua News Agency, People's Republic of China Year Book 1986, Beijing 1987.

<sup>563</sup> Vgl. 中国对外经济贸易年鉴 1987, 中国对外经济贸易出版社, 北京 1988, Das statistische Jahrbuch 1987 für Außenwirtschaft und Handel, Beijing 1988, China Foreign Economic Relations & Trade Publishing House, Beijing 1988.

<sup>564</sup> Krüger (1994), S. 140.

<sup>565</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 137.

Herrmann, als Regierungsvertreter das ‚Protokoll zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über die Schwerpunkte der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik für die Jahre 1986 bis 1990‘.<sup>566</sup>

Bei insgesamt 33 Projekten verteilt auf 11 Gebiete kam es zu Abschlüssen. Zu den Feldern der Zusammenarbeit gehörten wichtige Bereiche wie die Kernenergie, die Metallurgie, der Maschinenbau oder die Leichtindustrie. In der Vergangenheit gab es zwischen beiden Ländern kein Abkommen mit einem derartig großen Umfang.

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Aufgaben	Zuständige der DDR	Staatsorgane der VR China	Termin des Beginns und der Beendigung der Arbeit
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geologie				
1	Entwicklung und Produktion geophysikalischer Erkundungstechnik	Ministerium für Geologie	Ministerium für Geologie und mineralische Rohstoffe	1986-1990
2	Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Laboranalytik	Ministerium für Geologie	Ministerium für Geologie und mineralische Rohstoffe	1986-1990
3	Zusammenarbeit bei der geologischen Erkundung, Erschließung, Förderung und der komplexen Aufbereitung von Steinsalz	Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali; Ministerium für Geologie	Ministerium für Geologie und mineralische Rohstoffe	1986-1990
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kohlegewinnung und -verarbeitung				
4	Einsatz kontinuierlicher Fördertechnik bei der Kohlegewinnung im Tagebau in der VR China	Ministerium für Kohle und Energie	Ministerium für Kohleindustrie	1986-1990
5	Aus- und Weiterbildung chinesischer Spezialisten auf den Gebieten der Koh-	Ministerium für Kohle und Energie	Ministerium für Kohleindustrie	1987-1990

<sup>566</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 284-288, SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/2/2216.

	legewinnung in Tagebauen und der Kohlevergasung			
6	Suche und Erkundung von Kohlelagerstätten	Ministerium für Geologie	Ministerium für Kohleindustrie	1986-1990
7	Vergasung chinesischer Kohle nach dem Festbettdruckvergasungsverfahren	Ministerium für Kohle und Energie	Ministerium für Chemische Industrie	1986-1990
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie				
8	Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Kernenergie	Akademie der Wissenschaften	Ministerium für Kernenergieindustrie	1987-1990
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Chemischen Industrie				
9	Grundlagenforschung zur Entwicklung neuer Color-Negativ-Filme	Ministerium für Chemische Industrie	Ministerium für Chemische Industrie	1986-1990
10	Entwicklung neuer mikrobiologischer Verfahren und Technologien als Grundlage für die pharmazeutische Industrie	Ministerium für Chemische Industrie	Staatliches Verwaltungamt für Pharmakologie	1987-1990
11	Wissenschaftlich-technische Arbeiten zur Gewinnung und Herstellung Seltener Erden	Ministerium für Chemische Industrie	Generalgesellschaft für Buntmetall	1986-1990
Zusammenarbeit auf dem Bereich Metallurgie				
12	Beschichten von Bandstahl mit Aluminium durch Elektronenstrahlbe-dampfung	Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali	Ministerium für Metallurgie	1987-1990
13	Bergbauaufbereitung von Zinn und metallurgische Anreicherung; Anreicherung und Verhüttung zinnhaltiger Materialien	Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali	Generalgesellschaft für Buntmetall	1987-1990
14	Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Plasmametallurgie	Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali	Ministerium für Metallurgie	1987-1990
15	Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Pfannenmetallurgie	Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali	Ministerium für Metallurgie	1987-1990

16	Wissenschaftlich-technische Arbeiten auf dem Gebiet der Pulvermetallurgie	Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali	Generalgesellschaft für Buntmetall	1986-1990
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Elektronik				
17	Austausch von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen auf dem Gebiet Mikroelektronik/Rechentechnik	Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik	Ministerium für Elektronik	1987-1990
Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Maschinenbaus				
18	Rationalisierung technologischer Prozesse im Schiffbau	Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau	Generalgesellschaft für Schiffbau	1987-1990
19	Rationalisierung der Schweißtechnologien und Erhöhung der Qualität beim Schweißen	Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau	Staatliche Kommission für Maschinenbau	1986-1990
20	Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Dieselmotoren	Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau	Staatliche Kommission für Maschinenbau	1987-1990
21	Wissenschaftliche-technische Arbeiten und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Landmaschinenbaus	Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau	Staatliche Kommission für Maschinenbau	1987-1990
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Metrologie				
22	Vergleichende Messung der Normale	Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung	Staatliches Amt für Metrologie	1987-1990
23	Informationsaustausch zu Grundlagen-dokumenten auf dem Gebiet der Metrologie	Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung	Staatliches Amt für Metrologie	1987-1990
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Leichtindustrie				
24	Rationalisierung von technologischen Prozessen; Realisierung von Rekonstruktions- und Projektierungsvorhaben	Ministerium für Leichtindustrie	Ministerium für Leichtindustrie	1987-1990

	in Betrieben der Leichtindustrie			
25	Technologie zur Anwendung des Malimoverfahrens bei der Herstellung technischer Textilien	Ministerium für Leichtindustrie; Ministerium für Werkzeug- und Verarbeitungsma schinenbau	Ministerium für Textilindustrie	1987-1990
26	Entwurf und Verarbeitungstechnologie für Trikotagen und Sportbekleidung	Ministerium für Leichtindustrie	Ministerium für Textilindustrie	1987-1990
27	Qualifizierung von Fachpersonal der VR China in Betrieben und Einrichtungen der DDR	Ministerium für Leichtindustrie	Ministerium für Leichtindustrie	1987-1990
Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bauwesens				
28	Entwicklung und Überleitung neuer Verfahren und Technologien im Bauwesen	Ministerium für Bauwesen	Ministerium für Städtisches und ländliches Bauen und für Umweltschutz	1987-1990
29	Angewandte Forschung auf dem Gebiet der Baustoffe und der Baustoffproduktion	Ministerium für Bauwesen	Staatliches Amt für Baustoffe	1987-1990
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft				
30	Zusammenarbeit bei der Züchtung und Prüfung von Sorten für die Pflanzenproduktion	Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	Ministerium für Forstwirtschaft	1987-1990
31	Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forstwirtschaft und der Nutzung von Holz	Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	Ministerium für Forstwirtschaft	1987-1990
32	Rationalisierung auf dem Gebiet der Fleischverarbeitung	Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	Ministerium für Binnenhandel	1987-1990

33	Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Veterinärmedizin	Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei	1987-1990
----	--	---	---	-----------

**Abbildung 8: Schwerpunkte der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China von 1986 bis 1990<sup>567</sup>**

Während seines Besuchs im Mai 1987 in Beijing führte Klaus Herrmann Gespräche mit Zhao Ziyang (赵紫阳), Premierminister, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, und Song Jian. Nach dem Treffen mit Song Jian schlossen beide Seiten eine Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der VR China über allgemeine Bedingungen für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ab. Im Jahr 1987 kam es auf dem Gebiet der Warenzeichen, der Metallurgie, der Wissenschaft und Technik, der Steuer vom Einkommen, der Visapflicht, des Bauwesens, der Landwirtschaft sowie der Elektroenergiewirtschaft zu Abschlüssen, die im Rahmen von insgesamt 10 Abkommen festgeschrieben wurden. Diese Zahl der Abkommen stellte ebenfalls einen neuen Rekord in den bilateralen Beziehungen auf.

Bei den Abkommen handelte es sich um die ‚Vereinbarung vom 26. März 1987 zwischen dem Amt für Erfindung- und Patentwesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Amt für Warenzeichen der Staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel der Volksrepublik China über den Austausch von Publikationen und Informationsmaterial auf dem Gebiet der Warenzeichen‘; ‚Protokoll vom 6. April 1987 zwischen dem Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Metallurgie der Volksrepublik China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Metallurgie‘; ‚Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über allgemeine Bedingungen für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit‘; ‚Protokoll vom 14. Mai 1987 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über die Schwerpunkte der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik für die Jahre 1986 bis 1990‘; ‚Abkommen vom 5. Juni 1987 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik

---

<sup>567</sup> Quelle: Anlage zum Protokoll des Politbüros der SED vom 21. April 1987.

China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen (GBI. 1988 II S. 14)‘; ,Abkommen vom 8. Juni 1987 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über die gegenseitige Befreiung von der Visapflicht‘; ,Protokoll vom 2. September 1987 über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bauwesens für die Jahre 1987 bis 1990‘; ,Vereinbarung vom 11. September 1987 zwischen dem Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei der Volksrepublik China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit‘ sowie ,Protokoll vom 14. September 1987 zwischen dem Ministerium für Kohle und Energie der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Wasserbau und Elektroenergie der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Elektroenergiewirtschaft‘.<sup>568</sup>

Gemäß dem Abkommen vom 9. April 1986 mit der VR China über die Beschäftigung und Qualifizierung der Werktätigen im Schienenfahrzeugbau wurden im Jahr 1987 etwa 1.000 junge chinesische Arbeiter in die DDR geschickt.<sup>569</sup>

Die statistischen Angaben zur Außenwirtschaft der Allgemeinen Zollverwaltung der VR China für das Jahr 1988 zeigen, dass das bilaterale Handelsvolumen insgesamt 697,63 Millionen US-Dollar betrug, wobei auf der chinesischen Seite Waren im Wert von 387,98 Millionen US-Dollar eingeführt und Waren im Wert von 309,65 Millionen US-Dollar ausgeführt wurden.<sup>570</sup>

Vom 13. bis 22. April 1988 führte die DDR in Beijing eine Messe für Exportprodukte durch; diese Messe zählte zu der größten Messe, die von der DDR jemals im Ausland organisiert wurde. Bei dieser Messe stellte die DDR mit zahlreichen Informationen ihre wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Leistungsfähigkeit vor. Die Ausstellung fand auf einer Fläche von 6.500 Quadratmetern statt; insgesamt 35 Außenhandelsfirmen und Beratungsfirmen beziehungsweise 57 Kombinate stellten über 800 Exportprodukte

---

<sup>568</sup> Siehe Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3 vom 31. Januar 1992, 新华通讯社, 中华人民共和国年鉴 1987, 北京 1988, Xinhua News Agency, People's Republic of China Year Book 1987, Beijing 1988.

<sup>569</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 290; Pan Qichang (2006), S. 137.

<sup>570</sup> Vgl. 中国对外经济贸易年鉴 1988, 中国对外经济贸易出版社, 北京 1989, Das statistische Jahrbuch 1986 für Außenwirtschaft und Handel 1988, China Foreign Economic Relations & Trade Publishing House, Beijing 1989.

und Modelle aus, wobei 2.500 Informationsbroschüren verteilt und 46 fachtechnische Seminare aller Art stattfanden.<sup>571</sup> Erich Honecker und Zhao Ziyang tauschten zu dieser Veranstaltung Glückwunschwidmungen aus. Gerhard Beil, Minister für Außenhandel, nahm an der Eröffnungszeremonie teil und traf sich mit Tian Jiyun (田纪云) zu einem Gespräch. Wang Zhen (王震), Vizepräsident der VR China, besuchte die Messe und drückte in Glückwunschwidmungen die Freundschaft zwischen beiden Völkern aus.<sup>572</sup>

Gerhard Schürer, Vorsitzender der Plankommission, und Günther Wyschofsky, Minister für Chemische Industrie, nahmen vom 31. Mai bis 6. Juni 1988 in Beijing an den jährlichen Sitzungen des Ausschusses für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels und der Technik und an der XV. Tagung des Ausschusses der DDR und der VR China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit teil. Vorsitzender der Arbeitsgruppe war Qing Zongda (秦仲达), Minister für Chemische Industrie der VR China. Die in der 3. Sitzung des Ausschusses im Jahr 1987 abgeschlossenen Projekte wurden bei dieser 4. Sitzung in Beijing hinsichtlich ihrer Realisierung besprochen und darüber hinaus auf neuen Gebieten der Austausch von wissenschaftlichen Informationen zur Leichtindustrie, Stadtplanung und Bau sowie zum Maschinenbau vereinbart.

Im Jahr 1988 wurden insgesamt 8 Abkommen auf 8 Gebieten – Forstwirtschaft, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Eisenbahnwesen, Wasserwirtschaft, Trinkwasseraufbereitung und Abwasserbehandlung, Erzbergbau und Metallurgie, Preise sowie Nukleare Sicherheit – abgeschlossen: „Vereinbarung vom 25. April 1988 zwischen dem Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Forstwirtschaft der Volksrepublik China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forstwirtschaft“; „Vereinbarung vom 3. Juni 1988 zwischen dem Ministerium für Handel und Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Handel der Volksrepublik China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit“; „Vereinbarung vom 29. Juni 1988 zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Eisenbahnwesen der Volksrepublik China über die Aufnahme der direkten wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“; „Vereinbarung vom 13. Oktober 1988 zwischen dem Ministerium für Um-

---

<sup>571</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 295.

<sup>572</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 139.

weltschutz und Wasserwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Wasserressourcen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft‘; „Protokoll vom 13. Oktober 1988 zwischen dem Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Bauwesen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Trinkwasseraufbereitung und Abwasserbehandlung‘; „Vereinbarung vom 24. Oktober 1988 über die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Preise beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und dem Staatlichen Amt für Preise der Volksrepublik China‘, „Vereinbarung vom 26. Oktober 1988 zwischen dem Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali der Deutschen Demokratischen Republik und der Gesellschaft für Nichteisenmetall-Industrie der Volksrepublik China über die Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit‘ und „Protokoll vom 28. Oktober 1988 zwischen dem Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der Deutschen Demokratischen Republik und dem Staatlichen Amt für Nukleare Sicherheit der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit‘.<sup>573</sup>

Die statistischen Angaben zur Außenwirtschaft der Allgemeinen Zollverwaltung der VR China für das Jahr 1989 zeigen, dass das bilaterale Handelsvolumen insgesamt 630 Millionen US-Dollar betrug, wobei auf der chinesischen Seite Waren im Wert von 306,36 Millionen US-Dollar eingeführt und Waren im Wert von 323,70 Millionen US-Dollar ausgeführt wurden.<sup>574</sup>

Eine chinesische Delegation besuchte jedes Jahr die Leipziger Messe; im Jahr 1989 besichtigte Erich Honecker den Messestand der VR China. Die Textilien aus China waren sehr beliebt; vier chinesische Produkte wurden mit einer Goldmedaille ausgezeichnet.<sup>575</sup> Bei manchen Produkten aus der VR China zeigte sich die Differenz der Lebensbedingungen zwischen der DDR und der VR China. Das Design der Waschmaschinen aus der VR China entsprach beispielsweise nicht dem Standard in der DDR, da fast jede Woh-

---

<sup>573</sup> Siehe Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3 vom 31. Januar 1992, 新华通讯社, 中华人民共和国年鉴 1988, 北京 1989, Xinhua News Agency, People's Republic of China Year Book 1988, Beijing 1989.

<sup>574</sup> Vgl. 中国对外经济贸易年鉴 1989, 中国对外经济贸易出版社, 北京 1990, Das statistische Jahrbuch 1989 für Außenwirtschaft und Handel, China Foreign Economic Relations & Trade Publishing House, Beijing 1990.

<sup>575</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 293.

nung in der DDR mit einer Warmwasserleitung ausgestattet war; in China verfügte jedoch nicht jede Wohnung über einen Warmwasseranschluss. Anhand dieser Erfahrung wurde von chinesischer Seite der Vorschlag unterbreitet, dass die VR China in Zukunft die außenwirtschaftliche Informationsarbeit verstärken sollte, um durch die Herstellung von gut verkäuflichen Produkten im Ausland dem chinesischen Staat mehr Devisen zu verschaffen: „[...] eine Menge von gut verkäuflichen Exportwaren herstellen, die Exportkapazität vergrößern und dadurch dem Staat mehr Devisen verschaffen.“<sup>576</sup>

Klaus Herrmann und die DDR-Delegation besuchte Beijing Anfang Juli 1989. Dieser Besuch war nach den dramatischen Ereignissen am 4. Juni 1989 auf dem ‚Platz des Himmels Friedens‘ der erste Besuch einer ausländischen Regierung in der VR China. Vom 4. bis 7. Juli 1989 fand die XVI. Tagung des Ausschusses der DDR und der VR China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Beijing statt, in der die bei der XV. Tagung abgeschlossenen Projekte überprüft und über neue Projekte auf den Gebieten der Computer-Technik, Mikroelektronischen Technik, Biotechnik, Materialwissenschaft und Werkstofftechnik sowie Herstellung von wissenschaftlichen Instrumenten beraten wurde. Song Jian und Klaus Herrmann unterzeichneten neue Protokolle.<sup>577</sup>

Vom 6. bis 10. Juli 1989 fand die 5. Sitzung des Ausschusses für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels und der Technik in Beijing statt. Die bei der 4. Tagung vereinbarten Projekte wurden überprüft und bewertet. Günther Wyschofsky und Qi Zhongda unterzeichneten neue Protokolle.

Wegen der schwierigen politischen Situation in beiden Ländern schlossen beide Regierungen im Jahr 1989 nur ein Abkommen ab, und zwar die ‚Vereinbarung vom 20. September 1989 zwischen dem Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Metallurgie der Volksrepublik China über die Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit‘.<sup>578</sup>

---

<sup>576</sup> Meißner (1995), S. 293.

<sup>577</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 138.

<sup>578</sup> Siehe Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3 vom 31. Januar 1992, 新华通讯社, 中华人民共和国年鉴 1989, 北京 1990, Xinhua News Agency, People's Republic of China Year Book 1989, Beijing 1990.

Trotz eines hohen Importbedarfs der VR China in den 1980er-Jahren konnten die in den jeweiligen Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit vereinbarten Handelsziele nicht erreicht werden. Die VR China war in der damaligen Zeit nicht in der Lage, die vereinbarten Produkte aus der DDR zu importieren, auf der anderen Seite konnte die chinesische Industrie aufgrund ihres damaligen niedrigen Niveaus relativ wenige Exportprodukte anbieten.

Vom 1. bis 5. Juni 1989 fand die V. Tagung des Wirtschaftsausschusses der DDR und der VR China in Beijing statt. Auf dieser Tagung wurde die Realisierbarkeit des vereinbarten Warenaustauschs beraten. In dem Jahresprotokoll vom 19. Januar 1989 verzeichnete der vereinbarte Warenaustausch einen Zuwachs von 9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Vor allem aufgrund einer nicht gesicherten Importfinanzierung und fehlender Importgenehmigungen wurden zum Stichtag 31. März 1989 nur 81 Prozent der im Jahresprotokoll 1989 vereinbarten Exporte erreicht. Bei der Frage, ob es der DDR gelinge werde, die für das Jahr 1989 geplanten Exporte zu realisieren, konnte kein Garantiever sprechen abgegeben werden. Auf der anderen Seite reduzierte die DDR den Import von Rohbaumwolle, Tomatenmark sowie Reis aus der VR China. „*Die Vertragsbindung der im Jahresprotokoll vereinbarten Termine belief sich per 31. März auf nur 64 % [...].*“<sup>579</sup>

Bei den Beratungen im Juni 1989 vertrat die DDR zwei Standpunkte: (1) die Unternehmen in der DDR verpflichten sich, die Regierungsvereinbarung vertraglich in voller Höhe umzusetzen und in allen vereinbarten Punkten exakt zu erfüllen; (2) China möge dafür sorgen, dass die bislang eingetretenen Verzögerungen der Importe und Exporte kurzfristig überwunden werden.

In dem Vertragsentwurf fiel der Export von DDR-Produkten in die VR China für das Jahr 1990 und die Folgejahre etwa 50 Prozent geringer aus als für die Jahre 1988 und 1989. Diese chinesische Zurückhaltung erklärt sich aus der ungewissen Prognose für die nächsten Jahre in Bezug auf den bilateralen Handel mit der DDR über das Jahr 1990 hinaus. In den Beratungen wiesen die Vertreter der VR China auch darauf hin, dass sich die Struktur des chinesischen Außenhandels im Jahr 1990 eventuell verändern werde. Die Vertreter der DDR verpflichteten sich, die Abkommen über Warenaustausch und Zahlungsverkehr für die Jahre 1986 bis 1990 in voller Höhe zu realisieren und sogar zu überbieten, wobei die VR China die Exportausfälle durch die Erschließung neuer und

---

<sup>579</sup> Meißner (1995), S. 289.

zusätzlicher Exporte aus der DDR ausgleichen sollte. Dieses Verfahren bildete für die Finanzierung der geplanten Importe aus der VR China eine notwendige Voraussetzung.

Die wechselnden Positionen der chinesischen Vertreter sowie der Hinweis, dass sich die DDR auf umfangreiche Veränderungen der Produktions- und Investitionsstruktur in der VR China vorbereiten müsse, wurden von den DDR-Vertretern mit ‚Sorgenfalten‘ zur Kenntnis genommen.<sup>580</sup>

In den 1980er-Jahren führte die VR China eine von pragmatischen Gesichtspunkten geprägte Außenpolitik durch, wodurch auch der Außenhandel bestimmt wurde.<sup>581</sup> Im Gegensatz zur Ära von Mao Zedong verfolgte die chinesische Regierung nunmehr eine an wirtschaftlichen Interessen orientierte Außen- und Handelspolitik. Ein Beispiel für die Wandelbarkeit der chinesischen Position liefert das am 9. April 1986 unterzeichnete Abkommen über die Beschäftigung und Qualifizierung chinesischer Werktätiger in der DDR. Im Jahr 1987 wurden etwa 1.000 junge chinesische Werktätige im Schienenfahrzeugbau in die DDR geschickt; die chinesische Regierung verlangte nun, dass die Bedingungen der Grundsatzvereinbarung angepasst und verändert werden sollten, „[...] indem u. a. folgende Ergänzungen gefordert werden:

- *Wesentliche Erhöhung des transferierten Lohnanteils und Bereitstellung der Transfermittel in Konvertierbaren Devisen,*
- *Zahlung von Trennungsschädigung und Kindergeld,*
- *Überweisung von 50 % der Sozialversicherungsbeiträge an die VR China,*
- *Volle Übernahme der bisher zu gleichen Teilen getragenen Reisekosten durch die DDR.*“<sup>582</sup>

Die Änderung von Vereinbarungen zugunsten der Interessen der VR China spiegelt den Pragmatismus der von Deng Xiaoping eingeführten Politik wider, wonach ideologische oder politische Grundsätze oder Überzeugungen im Rahmen der Kontakte mit anderen Ländern eine untergeordnete Stellung einnehmen.<sup>583</sup>

---

<sup>580</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 290.

<sup>581</sup> Vgl. Möller (2005).

<sup>582</sup> Meißner (1995), S. 290.

<sup>583</sup> Vgl. 邓小平在联合国大会第六届特别会议的发言, Vortrag Deng Xiaopings auf der 6. Sondersitzung der UN-Generalversammlung, ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao), 11. April 1974.

## 4 Die kulturelle und wissenschaftliche Beziehung zwischen der DDR und der VR China

### 4.1 Aufgabe und Bedeutung des Kultauraustauschs

Am 9. Oktober 1951 unterzeichneten beide Regierungen das Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China;<sup>584</sup> diese kulturelle Beziehung bestand bis 1990. Im Vergleich zum Stellenwert der politischen oder wirtschaftlichen Beziehung nimmt die kulturelle Beziehung lediglich eine Nebenrolle ein. In den sozialistischen Ländern wurde die Kulturbeziehung als ein politisches Werkzeug, als ein Bestandteil der ideologischen Arbeit genutzt, um die sozialistische Solidarität unter Beweis zu stellen und die Leistungsfähigkeit gegenüber den ‚imperialistischen‘ kapitalistischen Staaten zu demonstrieren. Die Sowjetunion nahm dabei für alle sozialistischen Länder eine Vorbildfunktion wahr. Kulturpolitische Entscheidungen gehörten in den Aufgabenbereich des Zentralkomitees der Parteien, hier SED und KPCh; die Volkskammer oder das Ministerium für Kultur hatten keinen Einfluss, sodass in der Praxis die wirtschaftlichen Interessen auch die kulturellen Beziehungen dominierten.

Es bestehen traditionelle kulturelle Beziehungen zwischen Deutschland und China seit dem 19. Jahrhundert; die deutsche Literatur und Philosophie sowie die Naturwissenschaft sind in China bekannt und einflussreich. Die kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China stellten ein Nebenprodukt der politischen Beziehungen dar. Während der Phase der offenen politischen Distanz von 1964 bis 1980 wurde der Kultauraustausch von beiden Ländern abgebrochen. Vor dem Hintergrund des ideologischen Wettbewerbs zwischen der DDR und der BRD wurden die kulturellen Beziehungen von der Führung der DDR als ‚politische Waffe‘ gegen die BRD und den Westen eingesetzt. Seit der westlich orientierten chinesischen Öffnungs- und Außenpolitik Ende 1978 nahm die VR China neben den bestehenden Kontakten zu den sozialistischen Staaten und der Sowjetunion gleichzeitig umfangreiche Kontakte mit dem Westen, auch mit der BRD, auf. Aufgrund der unterschiedlichen und auch gegensätzlichen Ideologie übte die Kommunistische Partei Chinas eine strenge Zensur und Kontrolle über die Werke aus der Literatur und Kunst der BRD sowie anderen westlichen Ländern aus, manche Werke wurden von der Kommunistischen Partei Chinas als ‚bürgerliche Liberalisierung‘ und

---

<sup>584</sup> Siehe Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über die kulturelle Zusammenarbeit.

„geistige Verschmutzung“ bezeichnet; trotz dieser Skepsis und Vorbehalte entwickelte sich eine kulturelle Beziehung zur BRD.<sup>585</sup> Am 1. November 1988 wurde in Beijing das ersten bundesrepublikanische Goethe-Institut eröffnet; es wurden erstmals offiziell öffentliche Sprachkurse mit dem Angebot „Deutsch als Fremdsprache“ angeboten.<sup>586</sup>

Auf der chinesischen Seite nahm aufgrund des politischen Ziels des Aufbaus und der technischen Weiterentwicklung der chinesischen Wirtschaft in den 1980er-Jahren der kulturelle Kontakt auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Zusammenarbeit eine sehr wichtige Stellung ein. Die moderne industrielle Technik aus Deutschland – unabhängig ob aus der DDR oder aus der BRD – spielte in China seit langer Zeit eine wichtige Rolle. Die Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit (WTZ) erfolgte im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, weshalb es zum Beispiel auf dem Gebiet der Medizin zu Überschneidungen kam. Zum besseren Verständnis muss hier betont werden, dass nach dem chinesischen Sprachgebrauch die Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit (WTZ) nicht dem kulturellen, sondern dem ökonomischem Bereich zugeordnet wird.

## 4.2 Die Entwicklung des Kultauraustauschs seit 1980

Anfang der 1980er-Jahre änderte die Führung der DDR ihre Haltung gegenüber der VR China. Durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und den USA am 1. Januar 1979 entwickelte sich die Zusammenarbeit von beiden Ländern auf vielen Gebieten sehr schnell. Die Richtung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen unter der Leitung von Deng Xiaoping wurde von der Führung der DDR sehr genau beobachtet. Auf dem X. Parteitag der SED vom 11. bis 16. April 1981 drückte Erich Honecker die Erwartungen der DDR an die Adresse der VR China deutlich aus: „Was die DDR betrifft, so ist sie nach wie vor bereit, die Beziehungen zur VR China entsprechend den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung zu normalisieren. Eine Politik des Friedens und der normalen Beziehungen, davon sind wir überzeugt, liegt auch im Interesse des chinesischen Volkes selbst [...].“<sup>587</sup> In diesem Erwartungsrahmen entwi-

---

<sup>585</sup> Vgl. Leutner (1996), S. 275.

<sup>586</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 338.

<sup>587</sup> Ebd., S. 353.

ckelte sich nicht nur die politische Beziehung, sondern auch die kulturelle Beziehung zwischen beiden Ländern.

Die langsame Wiederannäherung zwischen der Sowjetunion und der VR China spielte eine wichtige Rolle bei der Verbesserung des Verhältnisses zwischen der DDR und der VR China. Aus der chinesischen Perspektive galt die DDR als eine wichtige Quelle für den Zugriff auf moderne Wissenschaft und Technik, wobei es die Politik von Deng Xiaoping nicht ausschloss, ebenso mit dem ‚Konkurrenten‘ BRD in Handelsbeziehungen zu treten. Obgleich die VR China durch die Taiwan-Frage für das Thema der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten sensibilisiert war, gab die VR China seit Anfang der 1980er-Jahre zur Frage der Einheit Deutschlands keine offizielle Stellungnahme ab. Die neue außenpolitische Strategie der VR Chinas betrachtete die politische Unterstützung der DDR als eine Art Kompensation für die Spannungen mit der Sowjetunion. „Je schärfer der Konflikt mit Moskau in den sechziger Jahren, desto stärker wurde die verbale Unterstützung für die DDR und die „Interessen des deutschen Volks“ [...].“<sup>588</sup>

In einem Gespräch zwischen Willi Stoph, Vorsitzender des Ministerrats, und Zhu Muzhi (朱穆之), Minister für Kultur der VR China, am 23. April 1985 erklärte Willi Stoph, dass den Beziehungen zwischen der DDR und der VR China wachsende Bedeutung als Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und als Faktor zur Erhaltung des Friedens zukomme. In diesem Zusammenhang haben auch die kulturellen Verbindungen eine große Bedeutung. Auf der Grundlage dieses Bekenntnisses vom kulturellen Austausch als Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und Kennenlernen entwickelte die DDR ihre kulturelle Beziehung zur VR China.<sup>589</sup>

Die kulturellen Beziehungen umfassten zahlreiche Gebiete wie Presse, Bildung, Kunst, Rundfunk und Fernsehen, Sport, Filme, Literatur und Buch, Verlagswesen, Musik, Sprachenausbildung, Jura, Jugendaustausch und anderer gesellschaftlicher Gruppen.

In einem vertraulichen Dokument aus dem Archiv der Botschaft der DDR in Beijing wurde festgehalten, dass es zwei Veränderungen in der Kulturpolitik der chinesischen Führung gäbe: „*Bekannte Kultur- und Kunstschaefende, die nach 1957 als „Rech-*

---

<sup>588</sup> Meißner (1995), S. 20; siehe auch Wobst (2004).

<sup>589</sup> Siehe ‚Neues Deutschland‘, Chinesischer Minister für Kultur besuchte Dresden, berühmte Kunstsätheze der Elbestadt besichtigt, 24. April 1985.

*te“ abgestempelt oder Opfer der „Kulturrevolution“ wurden, sind rehabilitiert worden. Es wird jedoch gleichzeitig festgestellt, daß die Arbeit auf diesem Gebiet schleppend vorangeht [...].“<sup>590</sup>*

Unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas erfolgt die Kontrolle der Arbeit von den Kulturschaffenden vor allem durch den ‚Meinungsstreit der Volksmassen‘, wobei ein staatliches Kontroll- und Zensursystem über die Beurteilung und Genehmigung der Werke für die Öffentlichkeit entscheidet.<sup>591</sup> Filme, Ausstellungen und Gastspiele von Künstlern aus ‚imperialistischen‘ Staaten waren unter der Führung von Deng Xiaoping in China wieder willkommen, während gleichzeitig die Literatur und Kunst aus der Sowjetunion und anderen befreundeten sozialistischen Ländern als ‚revisionistisch‘ abgelehnt wurden.<sup>592</sup> Vor diesem Hintergrund begann die kulturelle Beziehung zwischen der DDR und der VR China in den 1980er-Jahren. Ab 1981 gaben chinesische Gastdozenten wieder Vorlesungen und Kurse an der Humboldt-Universität in Berlin; in China hielt Professor Hans Marnette, ein führender Historiker in der DDR, Vorlesungen an der Beijing-Universität.<sup>593</sup>

Im Mai 1982 wurden in Beijing für den Zeitraum 1982/1983 16 Themen zugunsten der DDR und 14 Themen zugunsten der VR China vereinbart (Steigerung zu 1980/1981 um ca. 30 Prozent). Diese Themen betrafen vorrangig den Maschinenbau, die Elektrotechnik, die chemische Industrie und die Landwirtschaft. Die Themen zugunsten der DDR waren auf die Unterstützung des Exports von Maschinenbauerzeugnissen der DDR in die VR China sowie auf den Erhalt von Saatgutproben für Futter-, Getreide- und Gemüsekulturen gerichtet.<sup>594</sup>

Seit 1982 stellte die DDR jedwede ideologische Kritik gegen die VR China ein; alle veröffentlichten Bücher und Broschüren wurden aus dem Verkauf genommen.

---

<sup>590</sup> Meißner (1995), S. 337.

<sup>591</sup> Vgl. Baumgartner (2006); zu den anderen staatlich kontrollierten Organen neben der Nachrichtenagentur Xinhua News Agency (新华社) zählen die General Administration of Press and Publication (新闻出版总署) und die State Administration of Radio, Film, and Television (国家广播电影电视总局); Zollbehörden censieren die ausländischen Zeitungen, Zeitschriften, Medien, Literaturen, Filme und die importierten Bücher. Seit 2000 gibt es auch eine Internetzensur in der VR China.

<sup>592</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 337.

<sup>593</sup> Vgl. Wobst (2004), S. 84-85.

<sup>594</sup> Vgl. Herbert Krokowski, Brief Anlage, Zu den Beziehungen DDR–VR China, PA AA, MfAA, ZR 21/87, S. 3.

Anfang 1983 wurde die Beziehung zwischen der Liga für Völkerfreundschaft der DDR und dem Verband der Chinesischen Freundschaftsgesellschaften nach langer Zeit wieder aufgenommen. Durch den Beschluss des Sekretariats des Zentralkomitees der SED vom 7. März 1983 wurde die Tätigkeit des in den 1950er-Jahren im Rahmen der ehemaligen Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland bestehenden Komitees reaktiviert. Es wurde ein Delegationsaustausch von Vertretern beider Regierungen und Parteien in näherer Zukunft vereinbart.<sup>595</sup> Auch die Kontakte der Akademien in der DDR und der VR China wurden seit 1983 wieder aufgenommen und mit dem Austausch von Delegationen begonnen. Am 22. Juni 1983 wurde ein Protokoll über die journalistische Zusammenarbeit in den Jahren 1984 bis 1987 unterzeichnet. Am 7. November 1983 erfolgte die Vereinbarung eines Plans für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Medizin. Auch über eine Vereinbarung zum Austausch von Literatur und Spezialisten für den Zeitraum 1984 und 1985 wurde besprochen.<sup>596</sup>

Am 10. Mai 1984 wurde das „*Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit*“ unterzeichnet.<sup>597</sup> Die Regierungen wurden vertreten von Herbert Krolkowski, Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, und Lu Zhixian (吕志先), Stellvertretender Minister für Kultur. Es wurde eine Zusammenarbeit auf insgesamt zwölf Gebieten beschlossen: Kultur und Kunst, Bildungswesen, Wissenschaften, Gesundheits- und Sozialwesen, Sport, Presse, Rundfunk und Fernsehen, Filmwesen, Verlagswesen, Tourismus sowie den Akademien. Bei der Umsetzung der jeweiligen Projekte sollten die zuständigen staatlichen Organe und Institutionen sowie die gesellschaftlichen Organisationen zuständig sein. Die Zusammenarbeit und der Austausch auf dem Gebiet der Kultur und Kunst wurden in Artikel 6 festgelegt:

„(1) *Die Entsendung von Schriftstellern, Künstlern und Kulturschaffenden zu Besuch, Studienaufenthalten, Aus- und Weiterbildungsaufenthalten sowie zur Teilnahme an Festivals, Wettbewerben und anderen kulturellen Veranstaltungen,*

---

<sup>595</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 338; SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/3/3486.

<sup>596</sup> Vgl. Wobst (2004), S. 88.

<sup>597</sup> Siehe Meißner (1995), S. 339; Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3 vom 31. Januar 1992.

- (2) *Die Entsendung von Kulturensembles und Solisten zu Gastspielen,*
- (3) *Die gegenseitige Durchführung von Kunst- und anderen Ausstellungen,*
- (4) *Die Aufführung von Spiel- und anderen Filmen sowie von Werken des Theaters und der Musik des Partnerstaates,*
- (5) *Die Übersetzung und Herausgabe literarisch, künstlerisch, wissenschaftlich wertvoller Werke von Autoren des Partnerstaates und die Zusammenarbeit bei der Verwirklichung solcher Vorhaben,*
- (6) *Die Entwicklung von Beziehungen freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen kulturellen Institutionen und Verbänden der Partnerstaaten.*<sup>598</sup>

Der Schwerpunkt der kulturellen Kontakte mit der DDR lag auf den Bereichen Literatur und Pressewesen. In den 1980er-Jahren bestanden kaum Austauschprogramme mit der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 1985 reiste eine Delegation des Verlags ‚Volk und Welt‘ unter der Leitung von Jürgen Gruner nach Beijing. Im Jahr 1988 besuchten Delegationen von ‚Die junge Welt‘ und ‚Horizont – Sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft‘ Beijing. Im Jahr 1989 hielten sich Li Pu (李璞), Stellvertretender Vorsitzender vom Verband der literarischen und künstlerischen Kreise (中国文学艺术界联合会), Su Xing (苏星), Chefredakteur des Parteiorgans der Kommunistischen Partei Chinas, Qiu Shi und Fang Rongkang (范荣康), Vize-Chefredakteur der ‚Volkszeitung‘ (Renmin Ribao, 人民日报) in Berlin auf. Auf dem Gebiet der Musik spielten ideologische Überzeugungen kaum eine Rolle, sodass die Kontakte zwischen der BRD und der VR China hier sehr häufig gepflegt wurden. Von 1978 bis 1994 besuchten 24 Delegationen aus dem Bereich Musik und über 1.400 Künstler aus der BRD die VR China, auf der chinesischen Seite reisten 60 Delegationen aus dem Bereich Musik und Volksmusik und etwa 1.090 chinesische Künstler in die BRD.<sup>599</sup>

Im Jahr 1984 wurden drei weitere Abkommen zwischen der DDR und der VR China unterzeichnet: ‚Abkommen vom 13. Mai 1984 zwischen dem Staatlichen Komitee für Fernsehen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Rundfunk und Fernsehen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens‘, ‚Abkommen vom 12. Juli 1984 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik

---

<sup>598</sup> Meißner (1995), S. 340.

<sup>599</sup> Vgl. 中华人民共和国年鉴, Yearbook of China, 1981-1994.

China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft‘, „Abkommen vom 25. Oktober 1984 zwischen dem Staatlichen Komitee für Rundfunk beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Rundfunk und Fernsehen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks“.<sup>600</sup>

Am 26. September 1985 wurde das „*Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über den Austausch und die Aufnahme von postgradualen Studenten, Aspiranten und Studenten*“ unterzeichnet. Im „Konkurrenzverhältnis“ zwischen der DDR und der BRD spielte Bildung eine entscheidende Rolle. Im „Jahresbericht zur Arbeit mit der deutschen Sprache in der VR China“ der Botschaft der DDR in Beijing vom 12. Dezember 1983 wurden statistische Angaben festgehalten: „*Ab September d. J. sind 2 Lektoren in Shanghai und 1 Lektor in Nanking im Einsatz [...].*“<sup>601</sup> Dieser Bericht zeigt, dass der Einfluss der BRD auf dem Gebiet der deutschen Sprache nach wie vor bedeutend größer war als die Anstrengungen der DDR. Die Anzahl der Deutschlektoren aus der BRD in Beijing (insbesondere Sprachinstitute, Pädagogische Hochschulen), Shanghai (Tongji-Universität), Xi'an, Chongqing und anderen Orten waren hoch, gleichzeitig gab es auch die großzügige Gewährung von Kurz- und Langzeitkursen zum Erwerb der deutschen Sprache als Fremdsprache in der BRD für eine große Anzahl chinesischer Studenten und Hochschulabsolventen. Lehrbücher in deutscher Sprache entstanden ausnahmslos mit Unterstützung von Lektoren aus der BRD mit entsprechenden Lehr- und Übungstexten. Nach Auffassung von chinesischen Studenten und Dozenten wurde selbst die DDR-Literatur häufig durch den BRD-Zerrspiegel betrachtet. Aus diesem Grund wollten die maßgeblichen Vertreter an den chinesischen Hochschulen die einseitige Ausrichtung der Germanistik in der VR China auf die BRD abbauen, was wiederum die DDR für ihre Interessen und Bedürfnisse ausnutzen wollte.<sup>602</sup> Während seines Besuchs in Berlin vom 15. bis 21. Mai 1985 äußerte Li Peng (李鹏), Stellvertretender Ministerpräsident der VR China, den Wunsch, mehr chinesische Studenten und Aspiranten zur Ausbildung in die DDR

---

<sup>600</sup> Siehe Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3, vom 31. Januar 1992.

<sup>601</sup> Meißner(1995), S. 338-339.

<sup>602</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 339.

zu entsenden. Jedes Jahr kämen über 1.000 Studenten in die BRD, um die deutsche Sprache und moderne Wissenschaft und Technik zu studieren. Er wies darauf hin, dass seitens der BRD eine Erhöhung auf 3.000 Studenten angeboten wurde.<sup>603</sup> Diese Tendenz stufte die Führung der Kommunistischen Partei Chinas als potenzielle Bedrohung bei der Ausweitung der ‚bürgerlichen Liberalisierung‘ ein. Die BRD habe Stipendien und andere finanzielle Unterstützungen durch den ‚Deutschen Akademischen Austausch Dienst‘ (DAAD) angeboten, gleichzeitig seien die finanziellen Möglichkeiten der DDR sehr begrenzt. Die VR China und die DDR haben ein gleiches soziales System, sodass es im Sinne der ideologischen Arbeit besser wäre, die chinesischen Studenten in der DDR statt in der BRD mit der sozialistischen Ideologie vertraut zu machen.<sup>604</sup>

Gemäß dem am 22. Mai 1986 abgeschlossenen Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sollte die DDR zunächst jährlich nur 15 chinesische Studenten aus dem Bereich Naturwissenschaft (Bergbau, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie, Textiltechnik, Landtechnik, Lebensmitteltechnologie, Ökonomie und Medizintechnik) in der DDR aufnehmen. Die DDR stellte von 1986 bis 1987 lediglich zehn von fünfzig zusätzlichen Studienplätzen zur Verfügung. Die geisteswissenschaftlichen und kulturellen Studiengänge waren von diesem Abkommen ausgeschlossen.<sup>605</sup>

Bei einem Gespräch zwischen Erich Honecker und Deng Xiaoping in Beijing am 23. Oktober 1986 kam Deng Xiaoping auf die Zusammenarbeit im sportlichen Bereich zu sprechen. Er sagte dem Gast, dass die DDR China bereits auf mehreren Gebieten geholfen habe, zum Beispiel hatten chinesische Schwimmer bei den Asienspielen erstmals zahlreiche Goldmedaillen errungen. Diese Höchstleistung der chinesischen Schwimmer sei vor allem der guten Arbeit des Trainers aus der DDR zu verdanken. Erich Honecker wies darauf hin, dass die DDR die USA und die UdSSR sportlich überholen könne, außerdem spiele die DDR auch gut Volleyball. Deng Xiaoping sagte, dass die DDR auf sportlichem Gebiet die BRD bereits überholt habe.<sup>606</sup>

Im Jahr 1988 studierten nur 15 deutsche Studenten aus der DDR in der VR China; insgesamt 68 Chinesen studierten in der DDR; gleichzeitig befanden sich 221 Studenten

---

<sup>603</sup> Vgl. Wobst (2004), S. 91-92.

<sup>604</sup> Vgl. Krüger (2002), S. 75.

<sup>605</sup> Wobst (2004), S. 92, Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über den Austausch und die Aufnahme von postgradualen Studenten, Aspiranten und Studenten.

<sup>606</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 379-380.

aus der BRD in der VR China und etwa 2.150 chinesische Studenten in der BRD. Über 50 chinesische Hochschulen und Universitäten schlossen darüber hinaus mit Universitäten in der BRD Kooperationsvereinbarungen ab.<sup>607</sup>

Die Eröffnung des Goethe-Instituts am 1. November 1988 in Beijing gibt ein anderes Beispiel. Obwohl über Oskar Fischer, Außenminister der DDR, Anfang Dezember 1987 der Versuch gestartet wurde, ein Kulturzentrum in der VR China einzurichten, waren die Bemühungen der DDR-Führung vergeblich. Die VR China war sicherlich nicht darin interessiert, sich in das ‚Konkurrenzverhältnis‘ zwischen der DDR und der BRD einzumischen; diese ‚neutrale‘ ideologische Grundhaltung entsprach der chinesischen Außenpolitik von Deng Xiaoping. Meißner stellte die These auf, dass die VR China im kulturellen Bereich der BRD den Vorzug gab gegenüber der DDR: „*Die VR China war offensichtlich nicht bereit, die DDR im kulturellen Bereich denselben Stellenwert einzuräumen wie der Bundesrepublik Deutschland [...].*“<sup>608</sup>

Im Rahmen der Vorbereitung und Konzeption der 1. Internationalen Buchmesse vom 5. bis 11. September 1986 in Beijing wurden die Inhalte und Themen der Kulturpolitik der DDR festgehalten.<sup>609</sup> Die Schwerpunkte der Kulturpolitik der DDR bestanden in einer (1) Aktiven Friedenspolitik der DDR im Bund mit der UdSSR und allen sozialistischen Ländern; (2) Friedlichen Koexistenz und Sicherung des Weltfriedens; (3) Ökonomischen Entwicklung der DDR auf der Grundlage der Aussagen und Beschlüsse des XI. Parteitages der SED; (4) Sozialistischen Kulturpolitik der DDR. Diese vier Prinzipien entsprachen der ideologischen Arbeit und Außenpolitik der DDR.

Für die chinesischen und internationalen Besucher der Buchmesse wurden von der DDR folgende Werke ausgewählt: Marx-Engels-Gesamtausgaben (MEGA) (1986, Dietz), Literatur über den XI. Parteitag der SED (Dietz), Ernst Thälmann – Bilder und Dokumente (Dietz), Deutsches Friedensbuch (Aufbau), Grimms Deutsches Wörterbuch (Hirzel), Management-Literatur (Wirtschaft), Wörterbuch Chinesisch-Deutsch (Akademie), Übersetzungen aus dem Chinesischen (Volk und Welt/Reclam), Allgemeines Künstler-Lexikon (Seemann). Bei der Gestaltung des Messestandes wurde das Foto des Parteichefs Erich Honecker verwendet mit der Textaussage: Unser Ziel ist eine Welt ohne

---

<sup>607</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 221.

<sup>608</sup> Meißner (1995), S. 301.

<sup>609</sup> Vgl. ebd., S. 342.

Krieg und ohne Waffen, in der sich alle Völker frei entwickeln können. Die Teilnahme an der Buchmesse wurde von der DDR-Führung als Plattform für eine politische Agitation benutzt.

Seit 1986 unterzeichneten beide Regierungen mehrere Abkommen über eine kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit: „*Abkommen vom 22. Mai 1986 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit*“; „*Statut vom 22. Mai 1986 des Ausschusses der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (einschließlich der Protokolle der vorangegangenen 16 Tagungen)*“; „*Abkommen vom 24. Oktober 1986 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China zur Entwicklung der langfristigen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen-technischen Zusammenarbeit*“.<sup>610</sup>

Im Mai 1987 wurden Städtepartnerschaften zwischen beiden Ländern abgeschlossen: Berlin und Beijing, Leipzig und Nanjing sowie Rostock und Dalian. Als Geste der Freundschaft und Verbundenheit wurde das „IV. Gymnasium“ in Beijing wieder in „China-DDR-Freundschaft-Gymnasium“ umbenannt und im Gegenzug mit dem „Marshall-Zhu-De-Gymnasium“ in der DDR eine Partnerschaft geschlossen.<sup>611</sup> Zu diesem Zeitpunkt bestanden bereits mit der BRD neun Städtepartnerschaften und acht Partnerschaften von Bundesländern mit chinesischen Provinzen.<sup>612</sup>

Im Jahr 1987 wurden insgesamt vier Abkommen unterzeichnet: „*Vereinbarung vom 14. Mai 1987 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über allgemeine Bedingungen für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit*“; „*Protokoll vom 14. Mai 1987 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über die Schwerpunkte der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik für die Jahre 1986 bis 1990*“; „*Abkommen vom 8. Juni 1987 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China über die*

---

<sup>610</sup> Siehe Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3, vom 31. Januar 1992.

<sup>611</sup> Vgl. Pan Qichang (2006), S. 140.

<sup>612</sup> Krüger (1994), S. 140-141.

gegenseitige Befreiung von der Visapflicht‘; ‚Plan vom 4. Dezember 1987 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit in den Jahren 1988 bis 1990‘.<sup>613</sup>

Bei der Umsetzung der kulturpolitischen Initiativen, Projekte und Veranstaltungen dominierten die wirtschaftlichen Interessen; von 1987 bis 1990 konzentrierte sich die DDR auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit, wobei die DDR für ihre technischen Dokumente, Pläne und Zeichnungen von der VR China eine entsprechende Vergütung verlangten. In diesem Zeitraum wurde im kulturellen Bereich lediglich ein ‚Protokoll über Architektur‘ im Mai 1987 vereinbart.<sup>614</sup>

Eine neue Entwicklung in der Beziehung zwischen der DDR und der VR China leitete das ‚Abkommen über die gegenseitige Befreiung von der Visapflicht‘ ein. Auf der deutschen Seite war die Aus- und Einreise von Personen und Touristen innerhalb der Länder in Osteuropa seit längerer Zeit möglich und geregelt, während auf der chinesischen Seite keine Ausreisevorschriften existierten, weder für die sozialistischen Länder noch für Ausreisen in westliche Länder. Nach dem Abschluss des Abkommens im Jahr 1987 konnten chinesische Touristen in die DDR reisen, wenn auch unter sehr strengen Bedingungen. Die Touristen durften nur als Einzelpersonen, nicht als Ehepaare in die DDR einreisen, wobei die Reisegruppen als Freundschaftsdelegationen zusammengestellt wurden. Der Aufenthalt in der DDR durfte nur maximal zwei Wochen betragen. Diese Bedingungen entsprachen den üblichen extremen Vorschriften und Kontrollen für Auslandsreisen in der VR China. Trotz des ‚Abkommens über die gegenseitige Befreiung von der Visapflicht‘ erreichte die Zahl der einreisenden chinesischen Touristen in die DDR daher nur ein geringes Niveau.<sup>615</sup>

Im Jahr 1989 wurden vier Abkommen abgeschlossen: ‚Plan vom 16. Mai 1989 zwischen dem Ministerium für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Gesundheitswesen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft in den Jahren 1989 und 1990‘; ‚Vereinbarung vom 26. Mai 1989 über die Zusammenar-

---

<sup>613</sup> Siehe Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3, vom 31. Januar 1992.

<sup>614</sup> Vgl. Wobst (2004), S. 100.

<sup>615</sup> Vgl. ebd., S. 94.

beit auf dem Gebiet der Justiz und des Rechts zwischen den Justizministerien; Arbeitsplan vom 26. Mai 1989 über die Zusammenarbeit zwischen den Justizministerien für die Jahre 1990 bis 1991‘; „Vertrag vom 3. August 1989 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über Rechtshilfe in Civil- und Strafsachen“.<sup>616</sup> Das Abkommen über die rechtliche Zusammenarbeit gehörte zum ersten Abkommen zwischen der DDR und der VR China auf dem Gebiet der Justiz.

Nach den Ereignissen am 4. Juni 1989 auf dem „Platz des Himmels Friedens“ erreichten die bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China durch die Gesten und Bekundungen der DDR-Solidarität ihren Höhepunkt.

Im September 1989 fanden in Berlin die ersten „Pekinger Tage in Berlin“ statt. Im Ausstellungszentrum am Fernsehturm auf dem Alexanderplatz wurden 1.200 Exponate aus Betrieben von Beijing sowohl des traditionellen Handwerks als auch mit modernsten Technologien hergestellte Konsumgüter aller Art und Computer gezeigt. Das aus rund 50 Künstlern bestehende Beijing-Oper-Ensemble führte 25 Stücke aus ihrem Repertoire auf.<sup>617</sup> Im September 1989 traf Zou Shiyan, Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Bildungswesen, mit Margot Honecker, Ministerin für Volksbildung der DDR, zum Gespräch zusammen, in dem vereinbart wurde, dass die Zusammenarbeit im Bereich Bildung intensiviert werden sollte.<sup>618</sup> Im Mai 1989 wurden unter der Leitung des neuen Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, eine Städtepartnerschaft zwischen Dresden und der Provinz Guangdong abgeschlossen.

Von Oktober 1989 bis zum Zusammenbruch der DDR im Jahr 1990 gab es zwischen der DDR und der VR China keinen kulturellen Austausch mehr.

Im Rahmen der Gespräche zur weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit wurde der Plan vereinbart, in den bedeutenden Städten beider Länder – Berlin, Leipzig, Weimar, Beijing, Shanghai – Restaurants zu eröffnen. Für diesen Plan zeigte die VR China ein besonderes Interesse. Im September 1989 wurde in Berlin ein „Peking Restaurant“ eröffnet, das bis zum 31. Januar 1991 betrieben wurde.<sup>619</sup>

---

<sup>616</sup> Siehe Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit China vom 12. Dezember 1991, Bundesgesetzblatt Teil II, 1992, Nr. 3, vom 31. Januar 1992.

<sup>617</sup> Vgl. Meißner (1995), S. 344.

<sup>618</sup> Vgl. ebd., S. 344-345.

<sup>619</sup> Vgl. Wobst (2004), S. 98; Pan Qichang (2006), S. 138.

## 5 Zusammenfassung und Fazit

In den 1980er-Jahren entwickelten sich die demokratischen Bewegungen in Osteuropa und der Sowjetunion. Die kommunistischen Herrschaftssysteme standen in diesen Ländern vor der Herausforderung, die gesellschaftliche Krisensituation zu meistern und zugleich ihren demokratisch nicht legitimierten Machtanspruch zu sichern. Die DDR verfolgte daher das strategische Ziel, weitere politische und wirtschaftliche Verbündete neben der Sowjetunion zu gewinnen. Durch Lockerung der bisherigen Vormachtstellung der Sowjetunion eröffnete sich für die DDR die Möglichkeit, durch eine eigene Außenpolitik ihre Interessen und Bedürfnisse zu betreiben mit dem übergeordneten innerpolitischen Ziel, die SED als Staatspartei der DDR zu stabilisieren.

Seit Ende 1978 führte Deng Xiaoping als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas eine neue Reform- und Öffnungspolitik zur Modernisierung der VR China ein; Anfang 1979 wurden diplomatische Beziehungen mit dem ‚imperialistischen Klassenfeind‘ USA aufgenommen. Seither üben in der chinesischen Außenpolitik ideologische Prinzipien nur noch einen geringen Einfluss auf die Entscheidungen der Kommunistischen Partei Chinas aus. Obgleich der DDR als Anbieter von wichtigen industriellen Gütern und Produkten beim wirtschaftlichen Aufbau der VR China eine besonders wertvolle Bedeutung zukam, orientierte sich die Reform- und Öffnungspolitik der VR China vor allem auf Handelsbeziehungen zu den westlichen Industriestaaten. In den 1980er-Jahren entwickelten sich sehr enge bilaterale Beziehungen zwischen der DDR und der VR China. Die Intensität der Beziehung in diesem Zeitraum drückt sich in zahlreichen Abkommen, die zwischen beiden Ländern vereinbart und unterzeichnet wurden, aus. Auch die persönlichen Kontakte und Begegnungen im Rahmen von Arbeitsgruppen, Sitzungen, Tagungen, Delegationen und offiziellen Staatsbesuchen trugen zu einer engen und kooperativen Beziehung bei.

In der Geschichte der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China lassen sich zwei Höhepunkte herausgreifen: (1) der Staatsbesuch von Erich Honecker im Oktober 1986 in der VR China und (2) die Erklärung der SED auf der 9. Tagung der Volkskammer der DDR am 8. Juni 1989, in der die DDR-Führung ihre Solidarität mit der Kommunistischen Partei Chinas zu den Ereignissen auf dem ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ am 4. Juni 1989 bekundete.

Die Darstellung und Analyse der Chinapolitik der DDR in den 1980er-Jahren zeigt, dass es sich wie bei der Außenpolitik von anderen sozialistischen Ländern nur scheinbar um

diplomatische Beziehungen handelt, insofern hier nicht von einer Beziehung zwischen demokratisch legitimierten Vertretern von Staaten die Rede sein kann, sondern von nicht demokratisch legitimierten Parteifunktionären in unterschiedlichen Ländern. In den sozialistischen Ländern repräsentiert die kommunistische Partei den Staat und die Regierung, sodass diplomatische Beziehungen durch Parteibeziehungen ersetzt werden. Die Gleichsetzung von Partei und Staat liefert den maßgeblichen Grund, warum sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der VR China oder zwischen der DDR und der VR China sich so dramatisch entwickeln konnten.

Wegen der schlechten volkswirtschaftlichen Lage in der UdSSR in den 1980er-Jahren erhielt die DDR immer weniger finanzielle Unterstützung, auch die Lieferung von Erdöl aus der UdSSR wurde inzwischen reduziert. Diese Situation drängte die DDR-Führung, Kredite von der BRD nachzufragen und neue Märkte in der VR China zu erschließen. Die VR China wurde in den 1980er-Jahren nicht nur von der DDR, sondern ebenso von anderen Ländern als eine neue Großmacht mit riesigen Absatzpotenzialen gesehen; die VR China bot der DDR eine nachhaltige Alternative zur UdSSR. Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China beinhaltete kein stetiges Wachstum der jährlichen Handelsvolumen, sondern zeigte trotz intensiver freundschaftlicher Kontakte bereits Mitte der 1980er-Jahre ein Auseinanderklaffen zwischen Angebot und Nachfrage. Die begrenzte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die im Vergleich zu den Industriestaaten veralteten wissenschaftlich-technischen Produkte der DDR konnten den tatsächlichen Bedarf Chinas zum Auf- und Ausbau ihrer Wirtschaft nicht mehr erfüllen. Diese Problematik der bilateralen Beziehungen verschärfte sich zudem durch die Praxis der chinesischen Handelspartner, eingehaltene Absprachen und Liefermengen kurzfristig zu ändern oder ganz zurückzunehmen. Trotz dieser Schwierigkeiten verhielt sich die DDR stets aktiv, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der VR China aufrechtzuerhalten und auszubauen. Neben dem wirtschaftlichen Bereich entwickelte sich die Zusammenarbeit in den Bereichen Post- und Fernmeldewesen, Fernsehen, Sport, Ausbildung usw. außerordentlich gut, wobei die DDR aus der Perspektive der Führung der VR China eher als ein ideologischer Partner betrachtet wurde. In der Gestaltung der Außenpolitik verhielt sich die Führung der SED in den 1980er-Jahren flexibel. Erich Honecker demonstrierte immer Solidarität und Loyalität gegenüber der Führung der Sowjetunion, wobei er gleichzeitig versuchte, eigene Schwerpunkte in der Chinapolitik zu setzen und die Interessen der DDR zu vertreten. Im Rah-

men der ‚Interkit‘-Konferenzen, die von der UdSSR als politisches Instrument der Steuerung und Kontrolle des Verhältnisses vor allem der osteuropäischen Staaten zur VR China eingesetzt wurde, wichen die Positionen der Delegierten der SED seit 1982 von der Linie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion immer mehr ab; durch dieses ‚kritische Verhalten‘ förderten sie das ‚Misstrauen‘ der Führung der Sowjetunion gegenüber der Politik der DDR. Die Einführung der Reformpolitik unter dem Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow betrachteten sowohl die DDR als auch die VR China als Bedrohung der sozialistisch-kommunistischen Bewegung und als fundamentaler Angriff auf die Lehre von der Einheit von Partei und Staat. Aufgrund dieser gemeinsamen Grundposition und Solidarität gegen die sowjetische Reformpolitik entwickelten sich die bilateralen Beziehungen von 1986 bis 1989 sehr gut. Um die wirtschaftlichen Handelsbeziehungen weiter auszubauen, nahm die DDR in dieser Phase auch Kontakt zu Taiwan als neuer Handelspartner auf trotz der sehr strengen politischen Doktrin der VR China. Beijing duldet die wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte der DDR mit Taiwan.

Als im Juni 1989 die Führung der VR China die demokratische Bewegung von Studenten und Bürgern auf dem ‚Platz des Himmlischen Friedens‘ blutig niederschlug, wurde Beijing mit Wirtschaftssanktionen von den westlichen Industrieländern belegt; als die VR China wie während der ‚Kulturrevolution‘ von der internationalen Politik isoliert wurde, drückte die Führung der DDR als einziger Staat in Europa ihre uneingeschränkte politische Unterstützung für die Entscheidung Beijings aus, gegen die ‚Konterrevolutionäre‘ vorzugehen. Aus wirtschaftlichen Interessen heraus nahmen die westlichen Staaten wie die BRD oder USA sehr schnell wieder ‚normale‘ Beziehungen mit der VR China auf. Die DDR selbst existierte im Jahr 1990 nicht mehr. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands bauten die BRD und die VR China ihre Zusammenarbeit und Kooperation auf fast allen Bereichen weiter aus, lediglich das Waffenembargo nach einer Erklärung des Europäischen Rates vom 27. Juni 1989 gegenüber der VR China blieb bestehen.

## **6 Gedruckte Quellen und Literaturverzeichnis**

### **Deutsche Quellen**

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Volumen 1970, 3 Bände, Schwarz, Hans-Peter, bearbeitet von I. D. Pautsch, Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Verlag, München 2001.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Volumen 1971, 3 Bände, Schwarz, Hans-Peter, bearbeitet von M. Koopmann, M. Peter, D. Taschler, Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Verlag, München 2002.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Volumen 1972, 3 Bände, Schwarz, Hans-Peter, bearbeitet von M. Lindemann, D. Taschler, F. Hilfrich, Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Verlag, München 2003.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Volumen 1973, 3 Bände, Schwarz, Hans-Peter, bearbeitet von M. Peter, M. Kieninger und andere, Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Verlag, München 2004.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Volumen 1974, 2 Bände, Schwarz, Hans-Peter, bearbeitet von D. Taschler, F. Hilfrich, M. Ploetz, Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Verlag, München 2005.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Volumen 1975, 2 Bände, Möller, Horst, bearbeitet von M. Kieninger, M. Lindemann und D. Taschler, Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Verlag, München 2006.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Volumen 1976, 2 Bände, Möller, Horst, Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Verlag, München 2007.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Volumen 1977, 2 Bände, Möller, Horst, Institut für Zeitgeschichte, Oldenbourg Verlag, München 2008.

Band 1979, 1980: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1980.

Band 1980, 1981: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1981.

Band 1981, 1982: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1982.

Band 1982, 1983: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1983.

Band 1983, 1984: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1984.

Band 1984, 1985: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1985.

Band 1985, 1986: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1986.

Band 1986, 1987: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1987.

Band 1987, 1988: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1988.

Band 1988, 1989: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1989.

Band 1989, 1990: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1990.

Band 1990, 1991: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1991.

Bartke, Wolfgang, The Agreements of the People's Republic of China with Foreign Countries 1949-1990, K. G. Saur Verlag, 2. Auflage, 1992.

Das deutsche Bundesgesetzblatt (BGBl.), 1949–2000, Bundesministerium der Justiz (Herausgeber), Bundesanzeiger Verlag.

Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Volumen 1977, Band XXV (2 Bände), Institut für Internationale Beziehung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Herausgeber), Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1982.

Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Volumen 1978, Band XXVI (2 Bände), Institut für Internationale Beziehung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Herausgeber), Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1983.

Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Volumen 1979, Band XXVII (2 Bände), Institut für Internationale Beziehung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Herausgeber), Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1984.

Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Volumen 1980, Band XXVIII (2 Bände), Institut für Internationale Beziehung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Herausgeber), Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1984.

Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Volumen 1981, Band XXIX (1 Band), Institut für Internationale Beziehung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Herausgeber), Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1985.

Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Volumen 1982, Band XXX (1 Band), Institut für Internationale Beziehung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Herausgeber), Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1985.

Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Volumen 1983, Band XXXI (1 Band), Institut für Internationale Beziehung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Herausgeber), Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986.

Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Volumen 1984, Band XXXII (1 Band), Institut für Internationale Beziehung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Herausgeber), Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1987.

Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Volumen 1985, Band XXXIII (2 Bände), Institut für Internationale Beziehung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Herausgeber), Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1988.

Dokumente zur Geschichte der SED, Band I, Dietz-Verlag, Berlin 1988.

Dokumente zur Geschichte der SED, Band II, Dietz-Verlag, Berlin 1989.

Dokumente zur Geschichte der SED, Band III, Dietz-Verlag, Berlin 1988.

Leutner, Mechthild; Trampedach, Tim (Bearbeiter), Bundesrepublik Deutschland und China 1949 bis 1995, Politik – Wirtschaft – Wissenschaft – Kultur. Eine Quellensammlung, Akademie Verlag, Berlin 1995.

Meißner, Werner; Feege, Anja (Bearbeiterin), Die DDR und China 1949 bis 1990: Politik – Wirtschaft – Kultur, Eine Quellensammlung, Akademie Verlag, Berlin 1995.

The Relations between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of China in 1979 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1980.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1987 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1988.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1990 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1991.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1980 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1981.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1981 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1982.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1982 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1983.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1983 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1984.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1984 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1985.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1985 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1986.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1986 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1987.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1988 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1989.

The Relations between the People's Republic of China and I. Federal Republic of Germany II. German Democratic Republic in 1989 as seen by Xinhua News Agency. A Documentation, Bartke, Wolfgang, Hamburg 1990.

## Chinesische Quellen

中央档案馆：《中国共产党八十年珍贵档案》（上、下），北京：中国档案出版社 2001 年。

中央档案馆编：《共和国五十年珍贵档案》（上、下），北京：中国档案出版社 1999 年。

中华人民共和国外交部条约法律司编：《中华人民共和国边界事务条约集》中俄卷（上、下），世界知识出版社 2005 年。

中华人民共和国外交部条约法律司编：《中华人民共和国边界事务条约集》中蒙卷，世界知识出版社 2004 年。

沈志华执行总主编：《苏联历史档案选编》（34 卷），北京：社会科学文献出版社 2002 年。

毛泽东，《毛泽东选集》（5 卷），人民出版社，北京，第一卷 1951 年，第二卷 1952 年，第三卷 1953 年，第四卷 1960 年，第五卷 1977 年；Mao Zhe-dong, *Selected Works of Mao Zhe-dong*, Foreign Languages Press, Beijing 1977.

邓小平，《邓小平文选》（3 卷），人民出版社，北京，《邓小平文选（1975～1982）》1983 年；《邓小平文选（1938～1965）》1989 年；《邓小平文选》第三卷 1993 年；Deng Xiao-ping, *Selected Works of Deng Xiao-ping*, 3 Bände, Foreign Languages Press, Beijing, 1994.

中国经济年鉴编辑委员会编辑，中国经济年鉴社，中国经济年鉴 1981，北京 1981.

中国经济年鉴编辑委员会编辑，中国经济年鉴社，中国经济年鉴 1982，北京 1982.

中国经济年鉴编辑委员会编辑，中国经济年鉴社，中国经济年鉴 1983，北京 1983.

中国经济年鉴编辑委员会编辑，中国经济年鉴社，中国经济年鉴 1984，北京 1984.

中国经济年鉴编辑委员会编辑，中国经济年鉴社，中国经济年鉴 1985，北京 1985.

中国经济年鉴编辑委员会编辑，中国经济年鉴社，中国经济年鉴 1986，北京 1986.

中国经济年鉴编辑委员会编辑，中国经济年鉴社，中国经济年鉴 1987，北京 1987.

中国经济年鉴编辑委员会编辑，中国经济年鉴社，中国经济年鉴 1988，北京 1988.

中国经济年鉴编辑委员会编辑，中国经济年鉴社，中国经济年鉴 1989，北京 1989.

- 中国经济年鉴编辑委员会编辑,中国经济年鉴社,中国经济年鉴 1990,北京 1990.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1980,对外经济贸易出版社,北京 1980.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1981,对外经济贸易出版社,北京 1981.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1982,中国对外经济贸易出版社,北京 1982.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1983,中国对外经济贸易出版社,北京 1983.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1984,中国对外经济贸易出版社,北京 1984.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1985,中国对外经济贸易出版社,北京 1985.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1986,中国对外经济贸易出版社,北京 1986.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1987,中国对外经济贸易出版社,北京 1987.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1988,中国对外经济贸易出版社,北京 1988.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1989,中国对外经济贸易出版社,北京 1989.
- 中国对外经济贸易年鉴编辑委员会,中国对外经济贸易年鉴 1990,中国对外经济贸易出版社,北京 1990.
- 傅自应 主编,中国对外贸易三十年,中国财政经济出版社,北京 2008.

## **Literaturverzeichnis**

- Adomeit, Hannes: Imperial overstretch: Germany in Soviet policy from Stalin to Gorbachev: an analysis based on new archival evidence, memoirs and interviews/Hannes Adomeit, 1. Auflage, Baden-Baden 1998.
- Barnouin, Barbara; Yu, Changgen: Chinese foreign policy during the cultural revolution, Columbia University Press, New York 1997.
- Bartel, Heinrich; Burkhardt, Gudrun; Faulenbach, Jürgen; Rudolph, Jörg-M. (Redaktion): VR China im Wandel, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1988.
- Barthel, Henner; Buhr, Peter M.: Politische Reden in der DDR: eine kritische Dokumentation, Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert 1998.
- Bartke, Wolfgang: Der diplomatische Dienst der Volksrepublik China nach der Kulturrevolution, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nummer 46, Hamburg 1972.
- Bauerkämper, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR, Oldenbourg 2005.
- Bluth, Christoph: The Two Germanies and Military Security in Europe, Palgrave Macmillan 2002.
- Bock, Siegfried; Muth, Ingrid: DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch, LIT Verlag; 1. Auflage, März 2004.
- Buszynski, Leszek: Gorbachev and Southeast Asia, Routledge, 2013.
- Chon, Gina; Thet, Sambath: Behind the Killing Fields: A Khmer Rouge Leader and One of His Victims. University of Pennsylvania Press 2011.
- Cieslik, Thomas: Die DDR – nur ein Spielball der Sowjetunion? Analyse der internationalen Beziehungen zwischen Ostberlin und Moskau, in: Die DDR in Europa zwischen Isolation und Öffnung, Heiner Timmermann (Hrsg.), S. 100-115, Münster 2005.
- Dašićev, Vjačeslav I.: Die sowjetische Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren, in: Deutschland-Archiv, 28.1995, S. 54-67.
- Dokumente und Materialien der Zusammenarbeit zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 1980-1985, Berlin.

Erb, Scott: German Foreign Policy, Navigating a new Era, Lynne Rienner Publishers 2003.

Esslin, M.: East Germany: Peking-Pankow Axis?, *China Quarterly*, No. 3, 1960, S. 85-88.

Fraude, Andreas: Die Außenpolitik der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt, 2006.

Gardet, Claudie: *Les relations de la République populaire de la Chine et de la République démocratique allemande (1949-1989)*, Bern/Frankfurt am Main 2000.

Gedmin, Jeffrey: *The hidden hand: Gorbachev and the collapse of East Germany*, Washington, D.C., AEI Press 1992.

Gieseke, Jens; Wentker, Hermann (Herausgeber): *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsauftnahme*. Metropol Verlag, Berlin 2011.

Green, Marshall: *Indonesia. Crisis and Transformation, 1965-1968*, Compass press, Washington DC 1990.

Häber, Herbert: Persönliche Anmerkungen zum Verhältnis zwischen den Führungen der SED und der KPdSU, in: *Konflikt, Konfrontation, Kooperation*, Jürgen Hofmann (Hrsg.), S. 127-132, Potsdam, 1998.

Hershberg, James G.; Wolff, David; Vámos, Péter; Radchenko, Sergey; *The Interkit Story: A Window into the Final Decades of the Sino-Soviet Relationship*, Cold War International History Project, Working Paper #63, Februar 2011.

Hertle, Hans-Hermann; Jarausch, Konrad H. (Hrsg.), *Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breschnew 1974-1982*, Berlin 2006.

Honecker, Erich: *Honecker – Gorbatschow: Vieraugengespräche/herausgegeben und eingeleitet von Daniel Küchenmeister*, Berlin 1993.

Honecker, Margot: *Unser sozialistisches Bildungssystem – Wandlungen, Erfolge, neue Horizonte*, Berlin 1989.

Hubel, Helmut: *Das Ende des Kalten Krieges im Orient, Die USA, die Sowjetunion und die Konflikte in Afghanistan, am Golf und im Nahen Osten, 1979–1991. Auswirkung für Europa und Deutschland*, R. Oldenbourg Verlag, München 1995.

Jacobsen Hans-Adolf, Leptin Gert: *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR*, Oldenbourg 1979.

Jones, Peter; Kevill, Sian: China and the Soviet Union, 1949–84, Keesing's International Studies, Langman House 1985.

Kaden, Klaus, Das Studium der chinesischen Sprache an Universitäten und Schulen der DDR, Beiträge zur Geschichte der Beziehungen der DDR und der VR China, herausgegeben von Joachim Krüger, Münster, LIT Verlag, 2002, S. 173-196.

Kissinger, Henry, China. Zwischen Tradition und Herausforderung, C. Bertelsmann Verlag, München 2012

Krüger, Joachim: Beiträge zur Geschichte der Beziehungen der DDR-VR China, LIT Verlag 2002.

Krüger, Joachim: Die Haltung der SED-Führung zur UdSSR in den Jahren 1985 bis 1989, bearbeitete und erweiterte Fassung eines Beitrages auf dem Workshop „Außenpolitik im Realsozialismus – das Beispiel DDR“ an der Universität Potsdam am 11. Dezember 1992

Kotschemassow, Wjatscheslaw: Meine letzte Mission. Fakten. Erinnerungen. Überlebungen, Dietz Verlag, Berlin 1994.

Krüger, Joachim: Zu Gast in Beijing, in: WeltTrends (Berlin), Nr. 2 (März 1994).

Krüger, Joachim: Die Volksrepublik China in der außenpolitischen Strategie der DDR (1949-1990), in: Kuo Hengyü; Mechthild Leutner (Herausgeberin): Deutschland und China. Beiträge des Zweiten Internationalen Symposiums zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen, Berlin 1991, München 1994, S. 43-58.

Küchenmeister, Daniel: Wann begann das Zerwürfnis zwischen Honecker und Gorbatjow? Erste Bemerkungen zu den Protokollen ihrer Vier-Augen-Gespräche, in: Deutschland-Archiv, 1993, S. 30-40.

Kuhrt, Eberhard, in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Reihe ‚Am Ende des realen Sozialismus‘, Band 1, Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Leske + Budrich, Opladen 1996.

Kuhrt, Eberhard, in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Reihe ‚Am Ende des realen Sozialismus‘, Band 2, Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Leske + Budrich, Opladen 1996.

Kuhrt, Eberhard, in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Reihe ‚Am Ende des realen Sozialismus‘, Band 3, Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Leske + Budrich, Opladen 1999.

Kuhrt, Eberhard, in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Reihe ‚Am Ende des realen Sozialismus‘, Band 4, Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, Leske + Budrich, Opladen 1999.

Kuhrt, Eberhard, in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Reihe ‚Am Ende des realen Sozialismus‘, Band 5, Johannes Raschka, Zwischen Überwachung und Repression – Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989, Leske + Budrich, Opladen 2001.

Kuhrt, Eberhard, in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Reihe ‚Am Ende des realen Sozialismus‘, Band 6, Gesellschaft und Alltag im SED-Staat, Leske + Budrich, Opladen 2003.

Kuo, Hengyü; Leutner, Mechthild: Deutschland und China: Beiträge des Zweiten Internationalen Symposium zur Geschichte der Deutsch-Chinesischen Beziehungen, Berlin, 1991, München: Minerva-Publikation 1994 (Berliner China-Studie; 21).

Lehmann, Ines: Die Außenpolitik der DDR 1989/1990. Eine dokumentierte Rekonstruktion. Nomos, Baden-Baden 2010. Historische Zeitschrift: Vol. 295, No. 1, S. 278.

Leutner, Mechthild (Herausgeberin); Mühlhahn, Klaus (Redaktion): Politik, Wirtschaft, Kultur: Studien zu den deutsch-chinesischen Beziehungen, Münster, LIT Verlag 1996.

Leutner, Mechthild: Das letzte Jahrzehnt der Beziehungen der DDR zur Volksrepublik China, in: Mechthild Leutner (Herausgeberin): Politik, Wirtschaft, Kultur. Studien zu den deutsch-chinesischen Beziehungen, Münster 1996, S. 63-76.

Levene, Mark; Roberts, Penny (Hrsg.): The Massacre in History, 1999.

Machetzki, Rüdiger (Herausgeber): Deutsch-chinesische Beziehungen – Ein Handbuch, Hamburg 1982.

Malycha, Andreas; Winters, Peter Jochen: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei. C. H. Beck, München 2009.

Möller, Harald: DDR und Dritte Welt: die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern – ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran, Selbstverlag, Berlin 2003.

Möller, Harald: DDR und VR China, Unterstützung der VRCH auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet (1949-1964), Verlage Dr. Köster, Berlin 2003.

Möller, Key: Die Außenpolitik der Volksrepublik China von 1949-2004. Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.

Moore, John H. (Bearbeiter): Legacies of the Collapse of Marxism, George Mason University Press, Fairfax Virginia 1994.

Muth, Ingrid, zusammen mit Siegfried Bock und Hermann Schwiesau (Hrsg.): DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch. LIT-Verlag, Münster 2004.

Muth, Ingrid, zusammen mit Siegfried Bock und Hermann Schwiesau (Hrsg.): Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel (II). LIT-Verlag, Berlin 2006.

Muth, Ingrid: Zwischen Anspruch und Realität, Beiträge zur Geschichte der Außenpolitik der DDR (= Schriftenreihe zur internationalen Politik des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht, Heft 12). Berlin 2007.

Muth, Ingrid, zusammen mit Siegfried Bock und Hermann Schwiesau (Hrsg.): DDR-Außenpolitik – Ein Überblick. Daten, Fakten, Personen (III). LIT-Verlag Dr. W. Hopf Berlin 2010.

Nepit, Alexandra: Die SED unter dem Druck der Reformen Gorbatschows: der Versuch der Parteiführung, das SED-Regime durch konservatives Systemmanagement zu stabilisieren, 1. Auflage, Baden-Baden, Nomos Verl.-Ges., 2004.

Oldenburg, Fred: Eine endliche Geschichte: zum Verhältnis DDR – UdSSR 1970 bis 1990, in: Rückblick auf die DDR, hrsg. von Gisela Helwig, S. 164-174, Köln 1995.

Pan Qichang: A Century of China-German Relations, World Affairs Press, Beijing 2006; 潘琪昌, 百年中德关系, 世界知识出版社, 北京, 2006.

Ploetz, Michael; Müller, Hans-Peter: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß, Münster, LIT Verlag 2004.

Qian, Qichen: Zehn Erinnerungen an Diplomatie, World Knowledge Press, 2003; 钱其琛, 外交十记, 世界知识出版社, 2003.

- Ray, Hemen: Die ideologische Achse Peking-Pankow, Außenpolitik, Jahrgang 12, 1960.
- Ray, Hemen: Peking und Pankow, Anziehung der Gegensätze, Chinas Engagement in Osteuropa und das Verhältnis zur DDR, Europa Archiv, Folge 16, 1963.
- Rein, Gerhard: Die protestantische Revolution 1987–1990. Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990.
- Reinhardt, Helmut: Die DDR und China, Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, 6, 1969.
- Roesler, Jörg: Der Handlungsspielraum der DDR-Führung gegenüber der UdSSR: zu einem Schlüsselproblem des Verständnisses der DDR-Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, S. 293-304.
- Scholtyseck, Joachim: Die Außenpolitik der DDR, München, Oldenbourg 2003.
- Shen, Zhihua (Bearbeiter): Eine Kurzfassung zur Geschichte der sowjetisch-chinesischen Beziehung (1917–1991), Xinhua Verlag, Beijing, 2007; 沈志华(主编), 中苏关系史纲 (1917–1991), 新华出版社. 北京, 2007.
- Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976–1989: Strategien und Grenzen, Paderborn, Schöningh 1999.
- Spittmann, Ilse: Die DDR unter Honecker, Edition Deutschland Archiv im Verlag Wissenschaft und Politik B. von Nottbeck (1990).
- Trampedach, Tim: Bonn und Peking: Die wechselseitige Einbindung in außenpolitische Strategien 1949–1990, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nummer 279, Hamburg 1997.
- Voß, Hans: DDR-Außenpolitik in engen Grenzen – Abhängig von Moskau (Rezension zu: Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, R. Oldenbourg Verlag, München 2008, in: „Neues Deutschland“ vom 23.10.2008).
- Watts, Larry, A Romanian INTERKIT? Soviet Active Measures and the Warsaw Pact “Maverick” 1965-1989, December 2012, CWIHP Working Paper #65, Washington DC, USA.
- Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990, Oldenbourg; 4. Auflage, Januar 2006.
- Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen: Die DDR im internationalen System 1949–1989, München, Oldenbourg 2007.

Wishnick, Elizabeth, *Mending Fences. The Evolution of Moscow's China Policy from Brezhnev to Yeltsin*, Seattle, London 2001.

Wittig, Horst E.: *Pankow und Peking, Bad Godesberg 1960*.

Wettig, Gerhard: Die Entstehung der Voraussetzungen für das Ende der DDR, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung*, S. 229-250, 2009

Wobst, Martina: *Die Kulturbereichungen zwischen der DDR und der VR China 1949–1990*, Münster 2004.

Xiao Donglian [Autor]; Zhen Hui; Lin Yunhui [Chefredakteur]: *Nationale Angelegenheit in 60 Jahren*, Diplomatie, Hunan Volksverlag, 2009; 郑惠, 林蕴晖 主编, 肖冬连著, 湖南人民出版社, 2009.

陈弢, 中苏破裂背景下的中国和民主德国关系(1964~1966 年), 《当代中国史研究》2012 年 3 期, 当代中国研究所.

吴跃农, 从"塔什干讲话"到"海参崴讲话":中苏关系正常化历程, 《党史纵览》2011 年 08 期, 合肥

钱其琛, 中苏关系正常化的前前后后, 《北京支部生活》, 2001 年 06 期

马叙生, 我亲历的中苏关系正常化过程, 《武汉文史资料》, 2007 年 12 期

## 7. Ungedruckte Archivquellen

- PA AA, MfAA, ZR 1969/83, Leiterbriefe, 1980-1981
- PA AA, MfAA, ZR 1973/83, Staatstelegramme, 1982
- PA AA, MfAA, ZR 2283/83, Leiterbriefe nach Peking, von 1980 bis 1981
- PA AA, MfAA, ZR 2284/83, Leiterbriefe aus Peking, von 1980 bis 1981
- PA AA, MfAA, ZR 2285/83, Jahresorientierung, 1980-1981
- PA AA, MfAA, ZR 2286/83, Beziehungsberichte, 1980
- PA AA, MfAA, ZR 446/86, Kollegiums-Vorlage Zur inneren Lage und AP d. VR China und Entw. d. Bez. DDR-VRCh seit X. Parteit.d.SED –VD PO 411/81, 25./36
- PA AA, MfAA, ZR 450/86, Einschätzung der UdSSR zur VR China, 1980-1982
- PA AA, MfAA, ZR 464/86, Studienaufenthalt Mitarbeiter Abt. IV/ZK d.SED in VR China (Bericht)
- PA AA, MfAA, 467/86, WTZ DDR- VR China
- PA AA, MfAA, 473/86, Chinesische Presse über DDR
- PA AA, MfAA, ZR 21/87, Beziehung DDR – VR China 1980-82
- PA AA, MfAA, ZR 22/87, Interkit
- PA AA, MfAA, ZR 529/88, Interkit (Interne Beratung der Abt. IV der Bruderparteien zu VR China)
- PA AA, MfAA, ZR 24/87, China – BRD
- PA AA, MfAA, ZR 31/87, Parteibeziehungen der VR China
- PA AA, MfAA, ZR 33/87 Außenhandel DDR – VR China
- PA AA, MfAA, ZR 46/87, Abberufung Botschafter Chen Tung,
- PA AA, MfAA, ZR 48/87, Analyse Innenpolitik der VR China
- PA AA, MfAA, ZR 479/86, Gesamtgesellschaftliche Entwicklung VR China
- PA AA, MfAA, ZR 55/87, Hochschulwesen
- PA AA, MfAA, ZR 2492/90, Besuch GS ZK SED, Vorsitzende Staatsbesuch, E. Honecker, VR China
- PA AA, MfAA, ZR 2507/90, Internationale Beziehung SED – KPChinas
- PA AA, MfAA, ZR 2513/90, Analyse Außenwirtschaft VR China

- PA AA, MfAA, ZR 527/88, Außenpolitik der VR China (allgemein) 1984, 1985
- PA AA, MfAA, ZR 535/88, Beziehung VR China – USA
- PA AA, MfAA, ZR 545/88 Beziehungen SED – KPCh, 1981, 1983, 1986-1987
- PA AA, MfAA, ZR 523/03, Analyse Außenpolitik VR China, von 1989 bis 1990
- PA AA, MfAA, ZR 552/88, Struktur der Außenwirtschaftsbeziehungen DDR – VR China, 1984
- PA AA, MfAA, ZR 553/88, Wirtschaftsausschuß DDR – VR China, 1984
- PA AA, MfAA, ZR 557/88, Außenhandelspolitik DDR – VR China, 1981 – 1984
- PA AA, MfAA, ZR 560/88, Zollbeziehungen DDR – VRCh (Kontakte Zollverwaltungen) 1979, 1983-1984
- PA AA, MfAA, ZR 563/88, Kulturbeziehungen DDR – VR China, Überblick, 1982 – 1986
- PA AA, MfAA, ZR 568/88, Wissenschaftsbeziehungen DDR – VRCh – Akademien der Gesellschaftswissenschaften, 1981, 1984
- PA AA, MfAA, ZR 658/89, Jahresbeziehungsberichte DDR – VR China, 1980 – 85
- PA AA, MfAA, ZR 661/89, Besuch stellv. Ministerpräsident d. Staatsrates VRCh, Li Peng, 1985
- PA AA, MfAA, ZR 2488, Jahresbeziehungsberichte DDR – VR China, 1986 – 88
- PA AA, MfAA, ZR 2507, Internationale Beziehungen SED – KP Chinas, 81 – 89
- PA AA, MfAA, ZR 2513, Analyse Außenwirtschaft VR China, 83 - 88
- PA AA, MfAA, ZR 2529, Zollbeziehungen DDR – VR China, 86 – 89
- PA AA, MfAA, ZR 2550, Beziehungen Hoch- und Fachschulwesen DDR – VR China, 86 - 88
- PA AA, MfAA, ZR 2575/90, Kontakte DDR – Taiwan
- BStU, ZA, HA XX/AKG 139, Blatt 63-65, Hauptabteilung XX / Auswertungs- und Kontrollgruppe: "Lagerelevante Personenfeststellungen zum Sicherungsbereich 'Botschaft der VR China in der DDR' im Zeitraum 4.6.1989 bis 7.6.1989", 07. Juni 1989
- BStU, ZA, ZAIG 3785, Blatt 1-5, Information Nr. 321/89 "über die Durchführung kirchlicher Solidarisierungsveranstaltungen im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in der VR China", 30. Juni 1989

BStU, ZA, MfS BdL/Dok 008916, Schreiben des Ministers an die Leiter der Dienststellen zur Verhinderung von Demonstrationen wegen der Ereignisse in China, 10. Juni 1989

## 8 Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe; alle Ausführungen, die anderen Schriften wörtlich oder sinngemäß entnommen wurden, kenntlich gemacht sind und die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Fassung noch nicht Bestandteil einer Studien- oder Prüfungsleistung war.

Yu Ning